

## **Stenografisches Protokoll**

- Endgültige Fassung\* -

der 24. Sitzung  
des 2. Untersuchungsausschusses  
am Donnerstag, dem 5. Juli 2012, 9 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

### Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen:	1 – 106
- Referatsleiter im Bundesamt für Verfassungsschutz Lothar Lingen	-
- Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm	1
- Erster Direktor beim Bundesnachrichtendienst Wolfgang Cremer	64

#### \*Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen der Zeugen Heinz Fromm (Anlage 1) und Wolfgang Cremer (Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

**Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses**

Donnerstag, 05. Juli 2012, 09:00 Uhr

**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<b>CDU/CSU</b>		<b>CDU/CSU</b>	
Binninger, Clemens	.....	Hahn, Florian	.....
Schipanski, Tankred	.....	Heinrich, Frank	.....
Stracke, Stephan	.....	Schön (St. Wendel), Nadine	.....
Winkelmeier-Becker, Elisabeth	.....	Schuster (Weil am Rhein), Armin	.....
<b>SPD</b>		<b>SPD</b>	
Edathy, Sebastian	.....	Gleicke, Iris	.....
Högl, Eva, Dr.	.....	Kolbe (Leipzig), Daniela	.....
Rix, Sönke	.....	Özoguz, Aydan	.....
<b>FDP</b>		<b>FDP</b>	
Tören, Serkan	.....	Kurth (Kyffhäuser), Patrick	.....
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid	.....	Schulz, Jimmy	.....
<b>DIE LINKE.</b>		<b>DIE LINKE.</b>	
Pau, Petra	.....	Petermann, Jens	.....
<b>BÜ90/GR</b>		<b>BÜ90/GR</b>	
Wieland, Wolfgang	.....	Ströbele, Hans-Christian	.....

Stand: 14. Juni 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

**2. Untersuchungsausschuss**

**Donnerstag, 05. Juli 2012, 09:00 Uhr**

**Fraktionsvorsitzende:**

**Vertreter:**

CDU/ CSU	.....	.....
SPD	.....	.....
FDP	.....	.....
DIE LINKE.	.....	.....
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	.....	.....

**Fraktionsmitarbeiter:**

**Fraktion:**

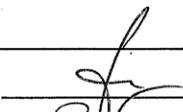
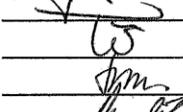
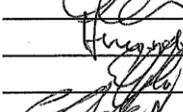
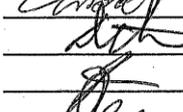
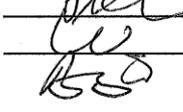
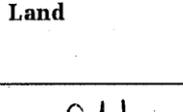
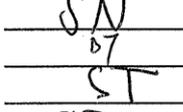
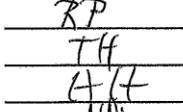
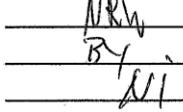
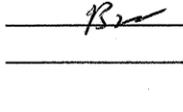
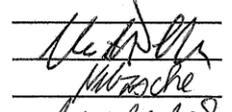
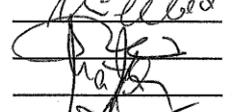
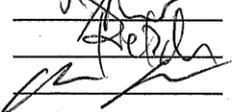
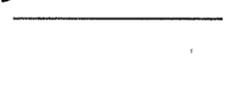
**Unterschrift:**

(Name bitte in Druckschrift)

KÜHNAU, DAN	CDU/CSU	<i>Dan Kühnau</i>
DR. STA. HORN	CDU/CSU	<i>Dr. Horn</i>
Borgheist	SPD	<i>Borgheist</i>
Dr. Molsberger	CDU/CSU	<i>Dr. Molsberger</i>
<i>Wolff</i>	Linke	<i>Wolff</i>
Wepfritz	SPD	<i>Wepfritz</i>
VON DIECK	FDP	<i>U. Dieck</i>
Hagenzuber	FDP	<i>Hagenzuber</i>
Dramelt	Grüne	<i>A. Dramelt</i>
Van Renssen	FDP	<i>Van Renssen</i>
Nickel	SPD	<i>Nickel</i>
Jutta Bieringer	SPD	<i>Jutta Bieringer</i>
Wienbecke	SPD	<i>Wienbecke</i>
Mathes	SPD	<i>Mathes</i>
Dohiel	FDP	<i>Dohiel</i>

Fraktionsmitarbeiter	Fraktion	Unterschrift
B		
tr. Meffert	Linke	tr. Meffert
von Cossel	CDU/CSU	von Cossel
D. Kiep	SPD	D. Kiep
HEYER	SPD	HEYER
C. Lang	FDP	C. Lang
Lehmann	LINKE	Lehmann
Kant	Grüne	Kant
Ulrich	CDU/CSU	Ulrich
B. Fere	CDU/CSU	B. Fere

Donnerstag, 05. Juli 2012, 09:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BWA	Grenew	KOR	
BKA	Bergus	UK	
BK-Amt	Baummann	Ref	
BDV	Kodwarz	Ref	
GSTBKR	tischer	Ref	
ÖS BKR	Knöner	SBü	
BM	Stunzsch	KK	
-11-	König	oAR	
BMI	Schuldt	Ref.	
LV Hessen	Drosie	MDing	
BMI	Adin	RK	
Ding	Brenndorf	RL	
BKMT	Fellu	RL	
GSD	Christel	SIO b. BGL	
BMP	Dittmann	AL	
BMP	Großmann	MR	
BPTI	Stande	Ref	
a	Wier	RD	
BMI	Beyerd	RI	
Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
v. Barnackow	M. v. Barnackow	RD'in	SN
M. M.		MR	BT
Matthias Schupp		RR'im	ST
NITZSCHE	Mitsche	RD'w	RP
Müllerbach	Müllerbach	OR'w	TH
BERNER		OR'w	HT
Matthias		RD	NRW
SCHUBEN		MR	BY
PIESEN		MR	NI
De Fahren		Beaufragter	BW



(Beginn des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 13.18 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich eröffne die unterbrochene 24. Sitzung wieder.

Die Sitzung wird fortgesetzt mit dem zweiten Zeugen. Ich darf das kurz hier bekannt geben - es ist der Presse bereits mitgeteilt worden -, dass wir eine Veränderung bezüglich der Zeugenvernehmungen beschlossen haben, und zwar hören wir jetzt den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Herrn Fromm, den ich zugleich hier bei uns begrüßen darf. Wir werden nach der Vernehmung von Herrn Fromm Herrn Cremer hören, den früheren Abteilungsleiter Rechtsextremismus beim Bundesamt für Verfassungsschutz. Der ursprünglich als vierter Zeuge vorgesehene Vertreter des Militärischen Abschirmdienstes wird für heute abgeladen. Zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt wird dessen Vernehmung dann nachgeholt.

Ich weise darauf hin, dass Ton- und Bildaufnahmen während der öffentlichen Beweisaufnahme grundsätzlich nicht zulässig sind. Es ist übrigens eine Regelung, die auch Besucher betrifft, nicht nur Journalisten, sondern alle hier im Saal. Weil zudem die Gefahr einer Übertragung oder Aufzeichnung der Sitzung mithilfe von modernen Funktelefonen besteht, darf ich Sie darauf hinweisen, dass die Benutzung von Handys, sogenannten Handys, während der gesamten Sitzung nicht gestattet ist. Ich möchte Sie zudem bitten, Ihre Funktelefone auszustellen.

#### **Vernehmung des Zeugen Heinz Fromm**

Herr Fromm, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass seitens des Ausschusssekretariates eine Tonbandaufnahme der heutigen Sitzung gefertigt wird. Diese Aufnahme dient ausschließlich dem Zweck, die Fertigung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Die Tonaufnahme wird dann anschließend, wenn der Zweck erfüllt ist, gelöscht.

Sie bekommen das vorläufige Protokoll der Vernehmung nach Erstellung übermittelt mit der Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen eventuell Korrekturen oder Ergänzungen vorzunehmen.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Die Ladung haben Sie am 21. Juni 2012 erhalten.

Bezüglich Ihrer Aussagegenehmigung ist uns zugegangen - es ist mittlerweile auch verteilt, am Eingang - ein Schreiben des Herrn Bundesministers des Innern vom 3. Juli 2012. Dieses Schreiben beinhaltet die Aussagegenehmigung.

Herr Fromm, vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf etwaige strafrechtliche Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne von § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten, Herr Fromm, Teile Ihrer heutigen Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder in einer eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie zu dem von mir bisher Vorgetragenen Nachfragen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, habe ich verstanden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann darf ich Sie nach diesen notwendigen Vorbemerkungen bitten, uns kurz Ihren vollständigen Namen, Ihr Alter und Ihren Beruf zu nennen.

**Zeuge Heinz Fromm:** Heinz Fromm. Ich bin 63 Jahre alt, von Beruf Jurist und Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich gehe davon aus, dass die für die Ladung verwendete Anschrift nach wie vor aktuell ist.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist dann hiermit festgehalten.

Herr Fromm, wenn Sie es wünschen, haben Sie nach § 24 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes Gelegenheit, sich vor Ihrer Vernehmung im Zusammenhang einleitend zum Gegenstand der Vernehmung zu äußern. Möchten Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann erteile ich Ihnen das Wort.

**Zeuge Heinz Fromm:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Meine Damen und Herren, die Taten des NSU, die zur Einsetzung dieses Ausschusses geführt haben, sind nach meiner Einschätzung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne Beispiel. Rechtsextremistische Gewalt hat es in den vergangenen Jahrzehnten häufig gegeben - spontane, teilweise schwere Angriffe ebenso wie planvolle terroristische Aktionen.

Auf der Grundlage der seit November vergangenen Jahres über den NSU bekannt gewordenen Umstände werden aus meiner Sicht eine ganze Reihe von Gemeinsamkeiten, aber auch Unterschiede im Vergleich zu rechtsterroristischen Taten aus der Vergangenheit deutlich. Was die Gemeinsamkeiten angeht, gilt das selbstverständlich für die Verwendung von Schusswaffen ebenso wie für den Einsatz von Sprengstoff. Ebenso eindeutig und vergleichbar mit einigen Fällen aus der Vergangenheit ist, dass der Aspekt der Fremdenfeindlichkeit in der Vergangenheit immer wieder eine Rolle gespielt hat. Auch Geldbeschaffung durch Banküberfälle hat es gegeben. So hatten, um ein Beispiel zu nennen, Mitglieder der Hepp-Kexel-Gruppe in 1982 fünf Banküberfälle mit einer Beute von insgesamt über 600 000 Mark - seinerzeit - verübt.

Worin liegen nun die Besonderheiten im NSU-Komplex, und was folgt daraus? Es sind insbesondere zwei Merkmale: zum einen, dass es den Terroristen gelungen ist, trotz der Vielzahl der von ihnen begangenen Verbrechen 13 Jahre in der Illegalität zu leben, und zum anderen das Ausmaß und die Art der verübten Morde. Zehn Exekutionen von ahnungs- und wehrlosen Menschen über einen Zeitraum von sieben Jahren - das ist beispiellos. Und das ist - ich bleibe dabei - eine schwere Niederlage für die deutschen Sicherheitsbehörden. Das ist eine schwere Last, die nicht weichen wird, von der wir - das gilt auch für mich selbst - nicht entlastet werden durch die jetzt in Gang befindliche Aufklärung und auch nicht durch legislative, organisatorische oder auch personelle Konsequenzen.

Um nicht missverstanden zu werden: Aufklärung und Veränderungen sind notwendig. Die Trauer, von der im Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages die Rede ist, kann aus meiner Sicht nur so bearbeitet werden. Auch die Angehörigen der Opfer - das ist viel wichtiger als die Beschäftigung mit den eigenen Befindlichkeiten - haben Anspruch darauf.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle darauf verzichten, hier Ausführungen zu den Aufgaben und Befugnissen des Verfassungsschutzes zu machen. Sie wissen das, und ich sehe es nicht als meine Aufgabe an, von hieraus die insoweit immer wieder erkennbare Unkenntnis in Teilen der Öffentlichkeit und auch der Medien zu beheben. Ich möchte mich auf meine durch Aktenlektüre aufgefrischte Erinnerung beschränken.

Ich habe mein Amt als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Juni 2000 angetreten. Die Bearbeitung des Rechtsextremismus hatte zu dieser Zeit im BfV oberste Priorität. Mir war die Bedeutung dieses Problems auch wegen meiner Vorerfahrungen in Hessen als Leiter des dortigen Landesamtes für Verfassungsschutz von Dezember 1991 bis August 1993 und meiner Tätigkeit als Staatssekretär im hessischen Innenministerium von September 93 bis April 99 sehr bewusst. Wesentlicher Teil im Übrigen meiner Motivation für meine Bereitschaft im Jahre 1991, die Leitung des hessischen Landesamtes zu übernehmen, war die Erwartung, einen Beitrag zur staatlichen Bekämpfung des Rechtsextremismus leisten zu können. Das gilt bis heute. Das war somit

auch nach dem 11. September 2001 der Fall, auch wenn in den Folgejahren die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus stark in den Vordergrund rückte.

Was den militanten Rechtsextremismus angeht, so liefern die Jahresberichte seit den 90er-Jahren ein Bild von der Einschätzung des BfV. Beispiel hierfür ist ein Satz aus dem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2001. Ich darf das zitieren. Dort heißt es:

In der rechtsextremistischen Szene gibt es keine handlungsfähigen terroristischen Strukturen und kein Konzept für einen zielgerichteten ...

politischen

Kampf. Gleichwohl besteht weiterhin die Gefahr, dass Einzelne oder Kleinstgruppen auch schwere Anschläge

verüben. - Ende des Zitats.

Auch nach der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens durch den Generalbundesanwalt wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, genannt „Kameradschaft Süd“, unter Führung des Neonazis Martin Wiese änderte sich dieser Befund nicht grundlegend. Hierzu ein Zitat aus dem Verfassungsschutzbericht 2003:

Anhaltspunkte

- so heißt es da -

für terroristische Aktivitäten anderer Rechtsextremisten lagen im Jahr 2003 nicht vor.

Dazu wird erklärend ausgeführt in diesem Verfassungsschutzbericht von 2003:

Die rechtsextremistische Szene in Deutschland zeigte sich für terroristische Strategien wenig empfänglich. Innerhalb der rechtsextremistischen Szene war keine intensiv geführte Gewaltdiskussion festzustellen. Nur wenige Äußerungen sprachen sich für die systematische Anwendung von Gewalt aus. Ein Klima, das die Entstehung terroristischer Strukturen begünstigen würde, bestand nicht. Gleichwohl übt nach wie vor das Konzept des „leaderless resistance“ eine gewisse Faszination auf Rechtsextremisten aus. Die Vorstellung, als Teil einer größeren Bewegung einen gemeinsamen ... „Krieg gegen das System“ zu führen, könnte bei einigen rechtsextremistischen Einzel-

personen oder Kleinstgruppen die Bereitschaft schüren, schwerste Straftaten zu begehen.

So weit die Erläuterung im Verfassungsschutzbericht 2003.

Der Fall des verhinderten Anschlags durch die „Kameradschaft Süd“ war auch Anlass für einen ausführlichen Bericht des BfV an das Bundesinnenministerium vom 14.09.2003. Kurz zuvor hatte der Generalbundesanwalt die Ermittlungen in diesem Sachverhalt übernommen. Sie wissen, und Sie erinnern sich, dass geplant war von dieser „Kameradschaft Süd“, am 9. November einen terroristischen Anschlag mit Rohrbomben auf die Grundsteinlegung des Jüdischen Gemeindezentrums in München zu verüben.

In dem vorangegangenen Erlass des Bundesinnenministeriums war die Frage gestellt worden - wörtlich -:

Wie ist die Aussage Becksteins zu bewerten, dass es eine braune RAF gebe? Sehen wir das genauso? Hatten wir dazu Erkenntnisse? (?)

Das war die Frage des Bundesinnenministeriums. Die Antwort vonseiten des BfV, mit der ich auch noch mal deutlich machen möchte, wie die Einschätzung damals war - ich zitiere auch das -, lautete wie folgt:

Bei einem Vergleich mit der RAF muss zumindest das wesentliche Merkmal dieser terroristischen Bestrebungen berücksichtigt werden. Die RAF führte ihren bewaffneten Kampf aus der Illegalität heraus. Das heißt, die Gruppe lebte unter falscher Identität, ausgestattet mit falschen Personaldokumenten und Fahrzeugdubletten in konspirativen Wohnungen. Dies erforderte ein hohes Know-how und ein Sympathisantenumfeld, das bereit war, den bewaffneten Kampf aus der Illegalität zu unterstützen. Zur Finanzierung dieses Kampfes wurden Raubüberfälle begangen. (?)

Ich zitiere weiter:

Absichten, einen Kampf aus der Illegalität heraus ... mit den damit verbundenen Umständen zu führen, sind in der rechten Szene nicht erkennbar. Es gibt derzeit auch keine Anhaltspunkte, dass eine solche Gruppe ein Umfeld finden würde, das ihr einen solchen Kampf ermöglicht. Die gewaltbejahenden Äußerungen in der rechten Szene

sind in letzter Zeit seltener geworden. Kritische Äußerungen auch zu den jüngst bekannt gewordenen Ereignissen in der „Kameradschaft SÜD“ deuten eher darauf hin, dass es ein solches potentiell unterstütztes Feld nicht gibt. Auch lebten die Mitglieder der „Kameradschaft SÜD“ nicht in der Illegalität. Nach dem bisherigen Kenntnisstand des BfV gibt es auch keine Hinweise, dass die Gruppe über ein entsprechendes Know-how, finanzielle Mittel oder ein Unterstützerumfeld für einen solchen Kampf verfügte.

In der Presse

- so immer noch der Bericht von 2003 an das Innenministerium -

wird angeführt, dass es im Rechtsextremismus sehr wohl ein potentiell unterstütztes Feld gebe. Hierzu wird auf drei Bombenbauer aus Thüringen verwiesen, die seit mehreren Jahren „abgetaucht“ seien und dabei sicherlich die Unterstützung Dritter erhalten hätten. Dem ist entgegenzuhalten, dass diese Personen auf der Flucht sind und - soweit erkennbar - seither keine Gewalttaten begangen haben. Deren Unterstützung ist daher nicht zu vergleichen mit der für einen bewaffneten Kampf aus der Illegalität.

In gleicher Weise wurde die Lage in einer längeren Analyse mit Stand vom Juli 2004 vom BfV bewertet. In diesem sogenannten *BfV Spezial* werden Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe allerdings nur kurz erwähnt. Weitere Ausführungen zu ihnen werden nicht gemacht.

Hier schließt sich die Frage an: Hätte man die Taten des NSU schon vor dem November 2011 als rechtsextremistisch motiviert erkennen können, oder hätte zumindest die Analyse weiter gefasst sein müssen, um so das, was tatsächlich geschehen ist, zumindest theoretisch für möglich halten zu können?

Zunächst ist festzustellen, dass ausweislich der Akten zu verschiedenen Taten des NSU Hinweise bzw. Anfragen von ermittelnden Polizeibehörden stattgefunden haben. Das gilt zunächst für den Sprengstoffanschlag in Köln am 19.01.2001 und auch für den Nagelbombenanschlag in Köln am 09.06.2004. In beiden Fällen erhielt das BfV noch am Tag entsprechende polizeiliche Mitteilungen. Im ersten Fall, also dem

Sprengstoffanschlag vom Januar 2001, erfolgte im BfV eine Dateiabfrage - das ist Routine -, und, da es sich bei den Opfern um Personen iranischer Herkunft handelte, eine - allerdings dann ergebnislose - Überprüfung durch die Spionageabwehrabteilung. Eine Überprüfung durch die Abteilung 2, also Rechtsextremismus, hat, soweit feststellbar, nicht stattgefunden. Mir selbst ist der Vorgang nicht in Erinnerung gewesen.

Anders verhielt es sich im Fall - daran kann ich mich erinnern und konnte ich mich auch im November noch erinnern - des Nagelbombenanschlags in der Kölner Keupstraße. Insoweit wurde im BfV ein rechtsextremistischer Hintergrund nicht ausgeschlossen, und zwar ungeachtet der von verantwortlicher Seite sehr schnell abgegebenen Bewertungen, wonach ein rechtsextremistischer Hintergrund nicht gegeben sei. In die Überprüfung einbezogen wurde auch eine Anleitung zum Bau von Nagelbomben der britischen Neonazigruppierung „Combat 18“. Es wurden einige durch militantes Verhalten vorher auffällig gewordene Rechtsextremisten aus der Region Köln aufgelistet. Der diesbezügliche Vermerk mit der Namensliste vom 8. Juli 2004 wurde über die Landesbehörde für Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen der dortigen Polizei zugänglich gemacht.

Was die sogenannten Ceska-Morde betrifft, gab es in der Zeit von 2007 bis ins Jahr 2011 wiederholt Besprechungen und Schriftwechsel mit dem Bundeskriminalamt und dem Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg hinsichtlich einer möglichen Beteiligung der Türkischen Hizbullah. Diese Überprüfungen verliefen natürlich erfolglos. Hintergrund für diesen Ansatz war die Ermordung eines in Lörrach ansässigen türkischen Blumenhändlers, dessen Leiche Anfang 2000 in Istanbul aufgefunden worden war. Für diesen Mord und andere in dem Zusammenhang wurde die Türkische Hizbullah von den türkischen Behörden verantwortlich gemacht.

Die - um zu einem weiteren Punkt zu kommen - unspezifizierte Anfrage der Besonderen Aufbauorganisation „Bosporus“ vom 07.02.2006 ist Ihnen bekannt. Anders als vom damaligen Leiter der BAO hier ausgesagt, ist darauf wenige Tage später, nämlich am 22.02.2006, vonseiten eines Sachbearbeiters im BfV telefonisch reagiert worden, wobei um eine schriftliche Anfrage gebeten wurde, die dann allerdings ausblieb.

Mir persönlich ist nicht mehr genau in Erinnerung, ab wann die Ermittlungsbehörden und dann auch die Öffentlichkeit davon ausgegangen waren, dass es sich bei den mit der Ceska verübten Morden um eine Serie handelt. Wegen dieser Taten ist nach meinem Wissen zu keinem Zeitpunkt innerhalb des Verfassungsschutzverbundes ein Bezug zum Rechtsextremismus festgestellt worden. Anhaltspunkte hierfür wurden nicht erkannt. Die während der polizeilichen Ermittlungen diesbezüglich entwickelte Arbeitshypothese, über die aktuell in der Presse berichtet worden ist, war dem BfV nicht bekannt. Auch einige Berichte des Bundeskriminalamts in der sogenannten ND-Lage im Kanzleramt ergaben keine Hinweise in diese Richtung.

Offen muss bleiben, ob eine andere, dem heutigen Kenntnisstand entsprechende Beurteilung des rechtsextremistischen Gefahrenpotenzials zu besseren Erkenntnissen über die Ceska-Mordserie geführt hätte. Immerhin waren alle neun Opfer türkischer bzw. griechischer Herkunft, und die am historischen Vorbild orientierte menschenverachtende, von Rücksichtslosigkeit geprägte Ideologie der Neonazis war seit jeher offensichtlich. Diese - so kann man es nennen - analytische Engführung hat sich als Fehler erwiesen.

Zum Mord an der Polizeibeamtin Kiese-wetter am 25.04.2007 in Heilbronn hat es am 02.05.2007 einen Bericht mit einem Unterstützungersuchen des Landeskriminalamts Baden-Württemberg gegeben, das im BfV, in den Fachabteilungen des BfV, ohne greifbares Ergebnis geprüft wurde. Nach meiner Erinnerung hat bei der Einschätzung dieser Tat seinerzeit bis ins Jahr 2009 hinein eine DNA-Spur eine wichtige Rolle gespielt. Diese Spur deutete auf eine Täterin hin, die scheinbar auch bereits an zahlreichen anderen Delikten, auch Tötungsdelikten, beteiligt war. Wahrscheinlich hat diese falsche Spur - neben dem Fehlen von Indizien für eine rechtsextremistische Motivation in diesem Fall - nicht nur mir selbst für längere Zeit den Blick verstellt.

Lassen Sie mich zu den Tätern und der Suche nach ihnen zurückkommen. Dass die Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen vor allem in den 90er-Jahren den Schwerpunkt der Aufklärungsbemühungen des Verfassungsschutzverbundes bildete, habe ich bereits erwähnt. Dass dabei Neonazigruppierungen mit ihrer grundsätzlichen Gewaltbereitschaft besondere Aufmerksam-

keit genossen, versteht sich von selbst. Eine dieser Gruppierungen war der „Thüringer Heimatschutz“. Diesem gehörten Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe seit etwa Mitte der 90er-Jahre an, und sie waren oft als Teilnehmer von Neonaziveranstaltungen und verschiedentlich auch durch Straftaten aufgefallen. Ich selbst hatte bis November vergangenen Jahres an diese konkreten Umstände keine Erinnerung. Das Gleiche gilt für die Namen der Täter, auch wenn ich sie sicher in dem *BfV Spezial*, also dieser Analyse von 2004, gelesen hatte.

Auch die intensiven Bemühungen, das Trio nach seinem Abtauchen Ende Januar 98 ausfindig zu machen, waren mir bis November 2011 nicht erinnerlich, ebenso wenig - das nehme ich hier vorweg - die sogenannte Operation „Rennsteig“, die seit 1996 lief. Das geht, wie ich annehme, darauf zurück, dass sowohl die Suche nach den Abgetauchten wie auch die Operation „Rennsteig“ bereits circa zweieinhalb bzw. vier Jahre vor meinem Amtsantritt begonnen hatten. Ich kann nicht ausschließen, dass ich danach noch irgend etwas davon gehört habe. Eine Erinnerung daran hatte ich im November 2011 jedenfalls nicht.

Die im BfV nach Bekanntwerden der Verbrechen erstellte Chronologie der Erkenntnisse und Maßnahmen nach Verschwinden der NSU-Mitglieder ist Ihnen bekannt. Ich gehe darauf an dieser Stelle im Einzelnen nicht weiter ein.

An der Suche nach den Abgetauchten war das BfV beteiligt. Die federführende Zuständigkeit lag beim LfV Thüringen. Eine koordinierende Funktion des BfV wurde erkennbar weder vom LfV Thüringen gewünscht noch vom BfV angestrebt oder gar gefordert. Die Aktenlage ist insofern eindeutig.

Das entsprach im Übrigen der Rechtslage, wie sie in § 5 des Bundesverfassungsschutzgesetzes zum Ausdruck kommt. Kurz gesagt bedeutet das: Bei regionalen Gruppierungen - der „Thüringer Heimatschutz“ wurde von allen Beteiligten seinerzeit so gesehen - ist die jeweilige Landesbehörde für Beschaffung und Auswertung verantwortlich. Das BfV erhält als Zentralstelle Erkenntnisse und Bewertungen, soweit die Landesbehörde das für erforderlich hält, und das BfV leistet Amtshilfe bei der Beschaffung, soweit von der Landesbehörde angefordert oder gewünscht.

Ich erlaube mir an dieser Stelle die Bemerkung, dass über viele Jahre jeder Versuch, hieran etwas zu ändern, von Vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Ich erinnere mich an entsprechende Diskussionen im Kreis der Amtsleiter der Verfassungsschutzbehörden schon Anfang der 90er-Jahre, und Sie erinnern sich vielleicht an einen - allerdings sehr weitgehenden - Vorschlag des früheren Innenministers Schily und diese heftigen Reaktionen darauf. Aber auch kleinere, eher auf praktische Verbesserungen gerichtete Veränderungen, durch die das Föderalismusprinzip in keiner Weise tangiert wäre, wurden und werden abgelehnt. Etwas anderes - auch diese Bemerkung erlaube ich mir noch - gilt offenbar nur dann, wenn solcher Widerstand aus politischen Gründen aussichtslos erscheint. Beispiel hierfür sind die beiden Änderungen der Koordinierungsrichtlinie in 2004 und 2011. Entsprechendes muss im Hinblick auf die Bemühungen des BfV festgestellt werden, eine bessere Abstimmung im Bereich der Quellen zu erreichen.

Die Suche nach den in der Illegalität Verschwundenen wurde nach 2001 eingestellt, weil keine Informationen mehr anfielen. Aus der damaligen Sicht des BfV, also der Zentralstelle, ergab sich kein Handlungsbedarf mehr. Von heute aus betrachtet war auch das ein Fehler. Die Speicherungen der drei Personen wurden zwar auch nach Einstellung der Strafverfahren im Jahre 2003 aufrechterhalten - was richtig war -; allerdings wurde weder von der Thüringer Landesbehörde noch vom BfV irgendetwas unternommen, wenn man von der - allerdings folgenlosen - Erwähnung der NSU-Mitglieder im Bericht an das Bundesinnenministerium vom September 2003 - ich hatte daraus zitiert - und von der Erwähnung im *BfV Spezial* von 2004 einmal absieht.

Erste Konsequenzen aus diesen Erfahrungen wurden im Dezember 2011 durch die eben schon erwähnte Änderung der Koordinierungsrichtlinie und durch Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus gezogen. Das sind nach meiner Meinung richtige Schritte. Ob es damit sein Bewenden haben kann, ist fraglich.

Erlauben Sie mir noch einige Bemerkungen zur Operation „Rennsteig“, die als gemeinsames Unternehmen des LfV Thüringen, des MAD und des BfV im Jahre 1996 begann und bis 2003 andauerte. Ziel war, die Informationslage hinsichtlich der zur damali-

gen Zeit besonders virulenten Thüringer Neonaziszene zu verbessern. Ich selbst hatte - wie schon erwähnt - bis November letzten Jahres daran keine Erinnerung. Auch der Name der Operation kam mir nicht bekannt vor, als ich ihn erfahren habe. Erst durch die ab 8. November vergangenen Jahres durch die Leitung des BfV veranlasste und - wie sich jetzt gezeigt hat - zunächst unvollkommene Aufarbeitung ist mir das bewusst geworden.

Die Ergebnisse dieser Recherchen wurden von mir fortlaufend und nach bestem Wissen in die Berichterstattung gegenüber den zuständigen Stellen und Gremien einbezogen. Die Bewertung der Ergebnisse der Operation „Rennsteig“ im Hinblick auf die vom NSU begangenen Verbrechen war, dass sich hieraus keine Erkenntnisse ergeben hatten, die Ansatzpunkte für eine Aufklärung gegeben hätten. Dies hat sich - wie mir berichtet wird - nach der aktuell in den vergangenen Tagen erfolgten eingehenden Überprüfung bestätigt.

Ich bitte an dieser Stelle um Verständnis, dass es mir nicht möglich ist, in öffentlicher Sitzung zu Einzelheiten der Operation Stellung zu nehmen. Wenn das gewünscht wird, wäre ich dankbar, wenn die Sitzung entsprechend eingestuft werden könnte.

Was die Aktenvernichtung angeht - das zum Schluss -, ist zu sagen, dass mir schon im November mitgeteilt wurde, es seien nicht mehr alle Akten vorhanden. Darüber habe ich ebenfalls jeweils nach bestem Wissen berichtet. Der tatsächliche Zeitpunkt der Vernichtung dieser Akten in einem Beschaffungsreferat war der 11. November 2011. Das habe ich am 27. Juni 2012 erfahren. Noch am Tag zuvor, also am 26. Juni, erreichte mich ein Sprechzettel des Beamten, der die Aktenvernichtung angeordnet hatte. Darin lautet der letzte Satz:

Anfang des Jahres 2011 wurden nach Einzelfallprüfung Akten vernichtet, die dienstlich nicht mehr benötigt und damit auch vor Bekanntwerden der Aktivitäten des NSU vernichtet wurden. (?)

Derselbe Beamte hat dieser Formulierung noch folgenden Satz - nicht als Bestandteil des Sprechzettels, sondern als Anmerkung - angefügt:

Zu diesen Vernichtungsmaßnahmen möchte Herr Fromm nähere

Angaben haben. Diese können wir erst morgen liefern. (?)

Eine Formulierung, die am 26. entstanden ist, die ich am 26. gesehen habe, mit der Ankündigung, dass auf meine Bitte hin, genau zu sagen, wann vernichtet worden ist, dass das erst am 27. kommen würde - - Das ist dann auch am 27.12. geschehen.

Die nach dieser Mitteilung erforderlichen dienstrechtlichen - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Am 27.06. meinen Sie jetzt, oder?

**Zeuge Heinz Fromm:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 27.06.

**Zeuge Heinz Fromm:** Entschuldigung. Was habe ich gesagt?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 12.

**Zeuge Heinz Fromm:** Entschuldigung. Selbstverständlich, ja, 26. und 27.06. Das sind die beiden Daten. - Also, das ist am 27.06. dann geschehen, also die Mitteilung des Vernichtungszeitpunkts.

Die nach dieser Mitteilung erforderlichen dienstrechtlichen Maßnahmen - das wissen Sie aber - und Unterrichtungen habe ich umgehend veranlasst. Dieser Vorgang hat - wie Sie wissen - zu einem schwerwiegenden Ansehensverlust des BfV geführt, dessen Folgen für die Funktionsfähigkeit des Amtes leider nicht absehbar sind.

Vielen Dank.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Fromm, herzlichen Dank für Ihre einleitenden Bemerkungen. Es wird eine Fülle von Fragen an Sie geben hier aus den Reihen des Ausschusses. Schwerpunkt - so hatten wir es vereinbart - ist im Zusammenhang mit der NSU-Mordserie, mit den weiteren Straftaten, insbesondere den beiden Anschlägen, für uns die Frage, welcher Kenntnisstand beim Bundesamt zu welchem Zeitpunkt vorhanden war. Wir werden aber sicherlich gar nicht umhinkönnen - auch aufgrund der aktuellen Entwicklung -, auch andere Aspekte anzusprechen.

Ich habe jetzt die Möglichkeit, einige einleitende Fragen zu stellen, und möchte ganz gerne beginnen mit dem Thema „Aktenvernichtung“, auch deshalb, weil wir heute Vor-

mittag gut zwei Stunden lang mit dem Beamten gesprochen haben, ihn als Zeugen hören konnten, der offenkundig die Vernichtung von V-Leute-Akten aus dem Bestand Ihres Hauses im Zusammenhang mit der Operation „Rennsteig“ veranlasst hat. Er hat sich - aus seiner Sicht völlig legitimerweise -, was den Kernsachverhalt betrifft, auf sein Aussageverweigerungsrecht berufen.

Ich würde aber Sie gerne fragen, wie Sie sich diesen Vorgang erklären, dass jemand, der immerhin Referatsleiter ist - wir haben nachgefragt: zehn Leute waren ihm unterstellt; also nicht ein ganz nachgeordneter Beamter -, der zuständig war für Fragen des Rechtsextremismus - - Können Sie sich das erklären, dass ein solch erfahrener, fachkundiger Beamter wenige Tage nach dem Auffliegen des Trios - während die ganze Republik entsetzt ist, dass es Rechtsterrorismus in Deutschland doch gibt -, dass ein solcher Beamter oder warum ein solcher Beamter da einschlägige Akten der Vernichtung anheimgibt?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich weiß nicht, ob es dafür irgendwann eine nachvollziehbare Erklärung geben wird. Wenn überhaupt, dann sicher erst nach Abschluss der dienstrechtlichen Ermittlungen. Aber natürlich - wenn ich das sagen darf - habe ich in den letzten Tagen auch darüber nachgedacht, wieso jemand, der in der Tat eine Weile schon beim Bundesamt für Verfassungsschutz in verantwortlicher Position tätig ist, zu diesem Zeitpunkt zu einer solcher Maßnahme kommen konnte. Ich habe, wie schon gesagt, keine überzeugende Erklärung anzubieten. Ich kann aber vielleicht sagen, was aus meiner Sicht eine Vorgeschichte sein könnte. Ich weiß nicht, was er heute Morgen erklärt hat. Ich war ja nicht dabei.

Vor ungefähr drei Jahren - nach meiner Erinnerung; vielleicht ist es auch etwas länger her - gab es Anlass für mich, mit der Abteilung - dem Abteilungsleiter, ich glaube, auch dem zuständigen Beschaffungsleiter; der Beamte hier war wohl auch dabei, ich bin aber nicht sicher - die Frage zu erörtern, was eigentlich mit der Aktenvernichtung im Beschaffungsbereich ist, wie damit umgegangen wird. Ich kann mich noch daran erinnern, dass mir bei dieser Besprechung gesagt worden ist - ich meine, durch den Vorgesetzten dieses Beamten, den unmittelbaren Vorgesetzten -: Beschaffungsakten werden nie vernichtet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war der Gruppenleiter dann?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das war der Gruppenleiter. - Ich habe mich, wenn ich mich - - Das ist wirklich jetzt aus meiner Erinnerung - - Ich war verwundert - daran kann ich mich schon erinnern - und habe das auch angesprochen und habe gesagt: Gilt für Beschaffungsakten das Gesetz nicht?

Wir sind dann dazu gekommen, dass von diesem Zeitpunkt an in der Abteilung geprüft wird, sukzessive, soweit es die Arbeitsbelastung zulässt - sukzessive und immer mal wieder, so habe ich das verstanden -, Beschaffungsakten aus der Vergangenheit auch zu vernichten. Das ist auch so dann verabredet worden, wenn Sie so wollen.

Ich will Ihnen auch verraten, was der Anlass für diese Rücksprache war und weshalb ich mich so gut erinnere: Der Anlass für diese Rücksprache war das Vorhandensein von Akten aus einer nachrichtendienstlichen Operation im Jahre 1981, die zurzeit im Begriff ist - ich will mich ein bisschen vorsichtig ausdrücken -, erneut einen Abschluss bei Gericht zu finden. Da war die Frage: Wieso haben andere, die diese Akten auch hatten, die nicht mehr, und wir haben sie noch? Da kam die Aussage: „Beschaffungsakten nie“, und daraufhin Verabredung, auch Beschaffungsakten zu prüfen, ob sie vernichtet werden können.

Das ist dann offenbar in der Folgezeit auch mehrfach geschehen. Ich habe mir jetzt aktuell das auch noch mal sagen lassen, dass es mehrere Prüfungen gegeben hat und auch Aktenvernichtungen gegeben hat, unter anderem im Januar 2011. Es war dann offensichtlich so, dass man gesagt hat: Wir machen solche Prüfungen, wenn die Zeit da ist, immer wieder, um den Aktenbestand durchzusehen und eben nicht mehr Benötigtes auch zu löschen oder zu vernichten, und wir tun das immer dann, wenn wir eine alte Akte in die Hand nehmen. Dann gucken wir auch immer hin: Brauchen wir die eigentlich noch?

Möglicherweise - aber das ist wirklich eine Vermutung - war das der Grund dafür, dass er gesagt hat: Diese alten Dinger - da gucke ich jetzt durch, beantworte die Frage, die mir gestellt worden ist: Bezüge zum NSU? Da hat er festgestellt, so wie mir berichtet worden ist: Fehlanzeige - alte Dinger, also weg. Das ist eine Erklärung. Ob das die richtige

Erklärung ist, kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der Zeuge hat uns berichtet, dass in der Tat im Januar 2011 Akten in einer konzertierten Aktion vernichtet worden seien, und zwar solche Akten aus dem Beschaffungsbereich, die älter als 15 Jahre seien. Ist das damals - - Sie sagten, vor ungefähr drei Jahren sei das besprochen worden. War das die Verabredung: 15 Jahre, oder ist da eine andere Frist oder überhaupt keine genannt worden?

**Zeuge Heinz Fromm:** Daran kann ich mich nicht erinnern, sondern ich kann mich daran erinnern, dass ich gesagt habe: Das, was im Gesetz steht, gilt für alle Akten. Es ist ja im Grunde eine datenschutzrechtliche Materie.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das sah wohl in der Praxis ein bisschen anders aus. Den Eindruck hatten wir heute Morgen auch.

**Zeuge Heinz Fromm:** In der Tat, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wundert uns natürlich, warum man im Januar 2011 sagt: Das, was über 15 Jahre alt ist, kann - ich sage mal - entsorgt werden. Und wenige Monate später, im November 2011, fliegt die Zwickauer Terrorzelle auf, er wird gebeten, Akten durchzuschauen, und er vernichtet dann sieben von acht V-Leute-Akten, die deutlich jünger als 15 Jahre sind. Also, das ist einfach nicht plausibel. Aber Sie können uns da auch nicht weiterhelfen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich kann das im Moment nicht erklären. Wenn überhaupt, dann nur so, wie schon gesagt, dass es möglicherweise auch die Vorstellung gab oder die Praxis gab, wenn man ältere Akten, die verfristet sind - wenn man so will, offensichtlich verfristet sind -, in die Hand nimmt, dann vernichtet man die, wenn sie nicht mehr benötigt werden. Die wurden aber gerade benötigt; ist ja klar.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist denn das in Ihrer Amtszeit schon ein zweites Mal passiert, dass Sie als Präsident des Verfassungsschutzes in Deutschland bitten,

dass Akten zusammengetragen und ausgewertet werden, und dann werden Akten vernichtet?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, daran kann ich mich wirklich nicht erinnern. Dass es öfter solche Erörterungen gegeben hätte, ist mir nicht in Erinnerung. Deswegen weiß ich eben auch noch - ich weiß auch noch den Anlass, wie gesagt -, weshalb das Thema überhaupt hochkam. Ich hatte vorher gar keine Veranlassung oder habe keine gesehen, keine erkannt, mich um dieses Thema gezielt zu kümmern, sondern ich bin davon ausgegangen, dass sozusagen die Verwaltungspraxis ordnungsgemäß ist. Deswegen war ich auch verwundert, als mir gesagt worden ist, Beschaffungsakten werden immer aufgehoben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir waren auch verwundert. Ich will das Thema jetzt eigentlich verlassen, habe aber noch eine Frage: Ich gehe doch mal davon aus, wie das eigentlich bei Bundesbehörden üblich ist, dass auch das Bundesamt für Verfassungsschutz über einen Datenschutzbeauftragten verfügt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Macht der das in seiner Freizeit, oder macht er das hauptberuflich?

**Zeuge Heinz Fromm:** Der ist Referatsleiter und macht das Vollzeit.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Er ist in Vollzeit Datenschützer?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das Referat heißt „Datenschutz“.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und im Bundesverfassungsschutz galt jahrelang der Grundsatz, Beschaffungsakten werden nicht unter Datenschutzgründen dann irgendwann aussortiert?

**Zeuge Heinz Fromm:** So ist es offenbar gewesen, und die DV „Beschaffung“, also Dienstvorschrift „Beschaffung“ - in der alten Fassung, wenn ich mich recht erinnere, und darauf hat man sich, das fällt mir jetzt ein, auch in dem Gespräch berufen - hatte diese Fristen nicht ausdrücklich geregelt. Das ist

aber kein Gesetz, sondern das ist eine untergesetzliche Vorschrift, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das Gesetz ist da eindeutig.

**Zeuge Heinz Fromm:** - wobei manchmal die untergesetzlichen Vorschriften in der täglichen Praxis für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtiger sind, weil sie sehr viel konkreter sind als das Gesetz. Aber das soll keine Entschuldigung sein. Das ist einfach nur ein Erklärungsversuch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das habe ich auch nicht so verstanden, Herr Fromm.

Herr Fromm, mich würde der folgende Punkt interessieren: Sie haben am 27. November 2011 in Weimar gesprochen bei einer Veranstaltung des Zentralrates der Juden in Deutschland. Sie werden da in öffentlichen Quellen unter anderem mit folgenden Sätzen zitiert - das war ja am Ende des Monats, in dem die Terrorzelle aufgefliegen ist -, Sie sollen gesagt haben:

Die Ermordung von Menschen aus dem einzigen Grund, weil sie als „fremdländisch“ empfunden werden, passt in die Gedankenwelt der rassistischen Täter. Das wussten wir. Und wir konnten uns das als Bombenanschlag oder als Brandstiftung vorstellen, aber nicht als eine kaltblütige Exekution. Dabei hätte man es durchaus besser wissen können:

...

Wenn Sie selber die Feststellung treffen, man hätte es gerade seitens des Verfassungsschutzes besser wissen können, dass das denkbar sein könnte, was das Trio da an Schuld auf sich geladen hat mit seinen schrecklichen Taten, woran liegt es denn dann konkret, dass man es nicht besser wusste?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe versucht, das in meinen einleitenden Bemerkungen zu erläutern. Vielleicht bin ich nicht deutlich geworden. Ich hatte gesagt, dass - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich frage mal konkret nach: Fühlen Sie sich mit Blick auf die personelle Ausstattung zum Beispiel, auf die Zahl der Experten ausreichend ausgestattet zur Bekämpfung von Rechtsextremismus?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist nicht das grundsätzliche Problem. Selbstverständlich würden wir - jetzt nicht nur aus der aktuellen Sicht, sondern über die ganze Zeit hin - immer auch etwas mehr Ressourcen gebraucht haben. Darum haben wir uns auch natürlich bemüht - das ist ja klar -, auch mit Blick auf die Bedeutung des Themas und der Gefahr, die vom Rechtsextremismus ausgeht. Aber das ist nicht das grundsätzliche Problem.

Das grundsätzliche Problem ist: Verstehen wir die Bedrohung richtig? Schätzen wir sie richtig ein? Sind wir womöglich in dem Bestreben, präzise zu sein, nur das für möglich zu halten, was wir schon kennen, ein wenig borniert, im Wortsinne? Hätte man nicht - das habe ich da gemeint, wenn ich das so formuliert habe - mit Blick auf das, was Nationalsozialismus ist, ideologisch bedeutet - welche Auswirkungen historisch waren, das ist ja allgemein bekannt -, diese Betrachtung nicht nur an dem zu orientieren, was schon geschehen ist in den letzten Jahrzehnten im Bereich des Rechtsterrorismus, sondern - das ist die Frage, die ich stelle; mehr ist es ja nicht; ich habe da natürlich auch keine abschließende Antwort - hätte man nicht sagen müssen, die Ideologie ist so, dass man, platt gesagt, alles für möglich halten muss und nicht so fein differenziert?

Das ist ja eigentlich auch Aufgabe der Analyse, sozusagen differenzialdiagnostisch zu argumentieren. Hätte man nicht sagen müssen: „Da ist auch anderes noch möglich, Schlimmeres noch möglich“? Das ist dieser Aspekt, den ich gemeint habe mit diesem Zitat und den ich gemeint habe mit dem Begriff „analytische Engführung“, also nur ein begrenzter Blick auf das Phänomen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben gerade gesagt: analytische Engführung. Sie haben vorher gesagt: Vielleicht war man borniert.

**Zeuge Heinz Fromm:** „Borniert“ ist übertrieben; das will ich einräumen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, haben Sie schon gesagt. Würden Sie mir zustimmen, wenn ich die Aussage treffe, man hat den Eindruck, dass die Gefährlichkeit von Rechtsextremisten jahrelang unterschätzt worden ist?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das würde ich in der Allgemeinheit nicht so stehen lassen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Man hat sich nicht vorstellen können, dass sich dort Terrorzellen bilden?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gleichwohl war es der Fall, dass sich Terrorzellen gebildet haben.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Könnte das denn daran liegen, dass man eine falsche Einschätzung hatte?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das sage ich ja. Ich sage: Der Blick war zu eng. Man hätte andere Möglichkeiten ins Auge fassen müssen. Es ist ja gesagt worden, sozusagen im Vergleich mit der RAF - das war der Sinn des Zitats aus unserem Bericht an das Bundesinnenministerium nach dem Wiese-Vorfall, nach der Verhaftung von Wiese und seinen Kameraden -, dass wir das gar nicht sehen, dass wir verschiedene Merkmale - Illegalität, Unterstützernetzwerk; ich hatte das zitiert - nicht für möglich gehalten haben.

Da, an der Stelle, wäre vor dem Hintergrund der ideologischen Bedingungen oder Voraussetzungen eine andere Beurteilung aus heutiger Sicht - - Ich will auch nicht ungerecht sein; ich wäre es ja dann auch mir selbst gegenüber; ich habe ja den Bericht auch gelesen - - dass man aus heutiger Sicht hier eine zumindest unvollständige Analyse hatte. Wenn Sie es sarkastisch wollen, könnte man sagen, man kann den Tätern alles anlasten, ganz viel anlasten, aber nicht, dass sie sich nicht an die Analyse des Verfassungsschutzes gehalten haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber Sie haben das nicht für denkbar gehalten, dass da sozusagen eine RAF von rechts sich bilden könnte?

**Zeuge Heinz Fromm:** So ist es. Das war ja genau die Frage, die das Ministerium uns gestellt hat im Anschluss an eine damals wohl gefallene Aussage von Herrn Minister Beckstein: Gibt es eine braune RAF? - Das sind wir auch gefragt worden. Da haben wir gesagt: Nein, weil die Merkmale nicht zusammenpassen. Das, was wir im Rechtsextremismus sehen - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Genau so war es dann aber. Genau die Merkmale passten, bis auf die ausgebliebene Bekennerschaft.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das ist ein weiteres - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Illegalität, die Selbstversorgung durch Banküberfälle, das Exekutieren von Menschen.

**Zeuge Heinz Fromm:** Keine Selbstbeziehung, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich will eine letzte Frage stellen, bevor dann die Fraktionen die Möglichkeit haben, mit Ihnen zu sprechen.

Sie haben das vorhin angedeutet; Sie haben gesagt, Vorstöße, die Fragen der Organisation der nachrichtendienstlichen Arbeit im Inlandsbereich zu verbessern oder zu verändern, das sei ein mühseliges Geschäft; das ginge eigentlich nur, wenn öffentlicher Druck da ist. Mich würde interessieren: Nun sind Sie seit dem Jahr 2000 in dem Amt. Wenn man zwölf Jahre lang eine solche Behörde leitet, hat man ja auch viel Erfahrung.

Was wäre denn aus Ihrer persönlichen fachlichen Sicht erforderlich an strukturellen Veränderungen innerhalb des Bundesamts für Verfassungsschutz - auch gerade mit Blick auf die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden in Deutschland -, um effektiver zu sein, um besser aufgestellt zu sein, wenn es darum geht, Analyse und Bekämpfung von rechtsextremistischen Bestrebungen zu bewerkstelligen? Wenn man sich das wünschen könnte, was würden Sie sich wünschen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe kein fertiges Konzept. Aber wir haben - darüber ist ja auch schon berichtet worden - der Expertenkommission beim Bundesinnenministerium einige Vorschläge gemacht. Und ich halte das, was jetzt unmittelbar nach dem November ins Werk gesetzt worden ist - ich hatte es vorhin auch so erwähnt -, für einen richtigen Schritt. Weil es darum gehen muss, die im Verfassungsschutzverbund vorhandenen gewonnenen Informationen allen zugänglich zu machen, halte ich es für zwingend, dass es nicht nur eine Verpflichtung in der Koordinationsrichtlinie gibt, sondern eine gesetz-

liche Verpflichtung gibt für alle Verfassungsschutzbehörden, sich gegenseitig zu unterstützen, und zwar nicht nach Vorsortierung, sondern alles muss ausgetauscht werden.

Meiner Meinung nach soll den Ländern nicht - daran könnte man auch denken - die Möglichkeit gegeben werden, ihre eigenen Dinge auch selbst zu bewerten. Die Informationen müssen zusammenfließen. Die Rohinformationen müssen zusammenfließen, um dann eine Bewertung für das ganze Land treffen zu können. Das halte ich für den entscheidenden Punkt.

Wenn Sie sich - Sie haben das ja gemacht - die Chronologie anschauen, dann sehen Sie, wie viel an das Bundesamt gelangt ist und wie viel nicht. Welche Informationen seinerzeit an das Bundesamt gelangt sind und welche nicht, das könnte man in Prozenten dann vielleicht ausrechnen. Will ich gar nicht tun, weil jede Information auch wieder unterschiedlich zu bewerten ist; also nicht einfach nur zählen, sondern auch die Wichtigkeit der Information.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, kurz gefasst: Ihre Wahrnehmung ist, dass die grundsätzliche Informationsbereitschaft der Landesämter gegenüber dem Bundesamt dahin gehend ausbaufähig ist, dass man gesetzliche Grundlagen verändern sollte, die Ermessensspielräume einschränken und Informationspflichten stärken. Kann man das so sagen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das kann man so sagen. Und ich will auch noch mal, damit es an der Stelle keine Missverständnisse gibt, sagen: Das, was praktiziert worden ist, war rechtmäßig, war nicht zu beanstanden. Man muss über den Einzelfall dann reden, ob es - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also rechtmäßig, aber nicht sinnvoll?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, und deswegen muss man die Sinnhaftigkeit - - versuchen, das sinnvoll zu machen. Man muss versuchen - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es wäre natürlich immer ganz gut, wenn das, was rechtmäßig ist, auch sinnvoll ist.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Da müssen wir dran arbeiten, glaube ich. - Mich hat eine Sache gestern gewundert, obwohl sie mir eigentlich hätte bekannt sein müssen: Bei dieser Operation „Rennsteig“ gab es ja V-Leute, die von Ihnen geführt wurden, V-Leute, die vom MAD geführt wurden, und V-Leute, die vom Verfassungsschutz Thüringen geführt wurden. Bei Ihren V-Leuten mussten Sie die Thüringer informieren. Das heißt, das Landesamt musste in Kenntnis gesetzt werden, wer als V-Mann im Zuständigkeitsbereich des Bundesamtes geführt wird. Umgekehrt hatten Sie aber offenkundig keine Informationen, wer als V-Mann von Thüringen geführt wird im Zusammenhang mit dieser Operation. Ist das richtig?

**Zeuge Heinz Fromm:** Richtig, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist auch nicht sinnvoll, oder?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das entspricht den Regelungen. Wenn der Bund in einem Land - - Das ist ja immer der Fall, wenn er tätig ist, also im operativen Bereich tätig ist - - muss das Land informiert werden. Das Benehmen muss hergestellt werden. Umgekehrt nicht, weil jedes Land auf dem eigenen Territorium vollkommen souverän ist und eben zu entscheiden hat, ob Informationen mit der Zentralstelle geteilt werden. So ist das.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist das sinnvoll?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist nicht sinnvoll.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das ist nämlich - - Das ist auch kein Geheimnis; deswegen kann ich das hier auch in öffentlicher Sitzung sagen. Wir wissen ja nun aufgrund vieler Medienveröffentlichungen, dass beispielsweise Tino Brandt, der in der rechtsextremen Szene in Thüringen lange Jahre eine wichtige Rolle gespielt hat, als V-Mann geführt worden ist vom Landesamt für Verfassungsschutz. Wir finden halt auf Tino Brandt verschiedene Hinweise jetzt in den Bundesakten.

Könnte es sein, dass zu dem Zeitpunkt, wo Vertreter Ihres Amtes mit Herrn Brandt Kontakt hatten - der findet sich da an mehre-

ren Stellen in den Akten -, Ihre Kollegen gar nicht wussten, dass das jemand ist, der von Thüringen als V-Mann geführt wird? Ist das denkbar?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das ist denkbar, durchaus. Es ist so, um Ihnen das aus der Praxis zu sagen: Wenn die Mitarbeiter Informationen aus einem Land bekommen und das dann auswerten, dann überlegen sie natürlich und rätseln: Wer könnte das denn sein? Und dann gibt es Vermutungen. Das ist etwas, was sicher geschieht. Ich kann nur für mich sagen: Dass der Tino Brandt V-Mann des Thüringer Landesamtes war, habe ich aus dem *Spiegel* erfahren, im Mai 2001, glaube ich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dürfte ich mal eben kurz die Besucherin dort im Kleid in der Mitte fragen, was Sie da in der Hand haben? Warum leuchtet da ein Licht? Machen Sie gerade Aufnahmen? Ist die Kamerafunktion aktiviert worden? - Ich bitte, den iPad sicherzustellen, zu prüfen, was drauf ist. Kann der Sicherheitsdienst das bitte veranlassen? Nehmen Sie bitte Zugriff, bevor das gelöscht wird.

Ich glaube, ich habe mich unmissverständlich geäußert, dass hier keine Aufnahmen angefertigt werden. Ich verfüge hiermit ein dauerhaftes Verbot einer weiteren Teilnahme an den Sitzungen hier. Ich bitte, die Aufnahme zu sichern und dann später in einem ordnungsgemäßen Verfahren zu löschen. Ich möchte niemandem raten, hier solche Nummern nachzuahmen. Das ist nicht lustig. Rechtliche Konsequenzen müssen wir prüfen.

Herr Fromm, Sie waren, glaube ich, noch in der Beantwortung.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja. Jetzt habe ich den Faden verloren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Was war denn der letzte Punkt?

(Zuruf: Tino Brandt!)

- Tino Brandt, ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, von der V-Mann-Eigenschaft habe ich - das weiß ich genau - im Mai 2001 aus einer Presseveröffentlichung - es war der *Spiegel* - erfahren. Das war damals deshalb nicht ganz unbe-

deutend, weil in dieser Zeit das NPD-Verbotsverfahren lief.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Da lief aber schon die Operation „Rennsteig“ einige Jahre, bevor Sie erfahren haben, dass Tino Brandt V-Mann von Thüringen gewesen ist?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, so ist es.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Und Ihre Kollegen rätseln dann: „Wer könnte V-Mann eines Landesamtes sein?“, werden aber nicht darüber informiert vom Landesamt?

**Zeuge Heinz Fromm:** So ist es.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So ist es, und so ist es nicht gut.

Wir kommen jetzt zur Befragung durch die Fraktionen, zur sogenannten Berliner Runde oder Stunde. Den Auftakt macht die Unionsfraktion mit 23 Minuten. Das Wort hat der Kollege Clemens Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Präsident, ich will vorausschicken, was ich Sie in der ersten Runde fragen möchte, auch mit einer Erklärung verbunden. Wir haben uns die Untersuchungsarbeit dieses langen Komplexes von fast 19 Jahren aufgeteilt in bestimmte Komplexe. Der Schwerpunkt, in dem wir uns jetzt befinden, sind die Mordtaten, die Verbrechenserie des NSU, also der Zeitraum 2000 bis 2007. Das ist der Schwerpunkt der ganzen Vernehmungen der letzten Wochen und Monate gewesen. Das wird auch der Schwerpunkt meiner Befragung sein. Also ich werde bestenfalls am Rande oder gar nicht auf die Zeit davor, wo Sie ja noch nicht im Amt waren, oder auch nicht auf das Thema „Fahndungssuche in Thüringen“ eingehen. Schwerpunkt sollen die Mordtaten sein.

Aber vorneweg eine allgemeine Frage, die ich anknüpfen will an Ihre wenig freundliche Bemerkung mit dem verengten Blick, mit dieser analytischen Engführung oder „borniert“, wie Sie es genannt haben. Mir fiel auf - das gilt aber auch für andere Sicherheitsbehörden, nicht nur für Nachrichtendienste, die mit diesen zusammengearbeitet haben -: Es wurde mit hohem Aufwand gearbeitet; man hat vieles versucht, auch die Nachrichtendienste; man hat Quellen abge-

schöpft; man hat observiert; man hat telefonüberwacht; man hat seitens der Polizei Massendaten ausgewertet, 1 Million Handy-Daten in Funkzellen. Also man hat einen irren Aufwand betrieben. Aber vieles war, so fand ich, nach Schema F und nicht so sehr nach einer Analyse des möglichen Täterspektrums. Was müsste eigentlich passieren, dass man zunächst auf das Naheliegende kommt? - Das ist meine erste Frage an Sie.

Wären Sie jetzt in der Lage oder irgendeiner Ihrer Fachleute, aus dem Stand eine Größenordnung zu beschreiben oder, wenn man Sie bitten würde im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens, zu sagen, wie viele Personen der gewaltbereiten rechtsextremen Szene wir in Deutschland haben, wenn die Anfrage jetzt heute an Ihr Haus käme, die in der Vergangenheit - und bitte keine Eingrenzung auf Jahre oder irgendwelche Ankerpunkte - mit Sprengstoffdelikten schon mal bei der Polizei oder bei Ihnen in Erscheinung getreten sind, amtsbekannt sind? Wäre diese Frage heute oder auch damals schon mit vertretbarem Aufwand zu beantworten gewesen? Haben Sie selber - das ist jetzt eine Bitte der eigenen Einschätzung - ein Gespür dafür, wie groß die Gruppe an Neonazis wäre, wenn man sie so eingrenzen würde, zahlenmäßig?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, gewaltbereite Neonazis, die - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Schon einmal mit Sprengstoffdelikten bei Behörden auffällig geworden sind, aktenkundig geworden sind, sei es bei Verfassungsschutzämtern oder bei der Polizei.

**Zeuge Heinz Fromm:** Wir haben - das ist eine Zahl, die auch die Polizei kennt, jedenfalls das BKA kennt; das können Sie aus dem Verfassungsschutzbericht letzten Jahres sehen; wir haben die Zahl auch jetzt wieder vorgesehen, in diesem Jahr - eine Zahl von 9 500 gewaltbereiten Rechtsextremisten, nicht zwingend alle als Neonazis einzustufen.

Diese Menschen könnte man daraufhin überprüfen, wie sie und ob sie strafrechtlich vorbelastet sind und ob darunter Sprengstoffdelikte sind. Das könnte man machen. Das wäre ein erheblicher Aufwand, das zu betreiben. Wir haben - wenn ich das sagen darf; möglicherweise erinnern Sie sich auch daran - - Ich bin im Innenausschuss im November - ich glaube, es war 21. November -

vom Vorsitzenden des Innenausschusses gefragt worden: Wissen Sie eigentlich, wie viele Leute aus dem Bereich, also mit Haftbefehl, gesucht werden -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Die Frage war von mir, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war eine Frage vom Kollegen Binninger. Ich war da auch dabei.

**Zeuge Heinz Fromm:** - dann habe ich mich vorgedrängt; hätte ich nicht machen sollen -, und habe gesagt: Nein, das weiß ich nicht. Es wäre auch besser für mich gewesen, an die Polizeikollegen zu verweisen -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Der wusste aber auch nichts.

**Zeuge Heinz Fromm:** - nein -, weil das so ohne Weiteres gar nicht feststellbar ist, wie wir dann gesehen haben.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber ist das nicht schon ein Problem? Entschuldigen Sie mal, wenn ich Sie unterbreche, nicht aus Unhöflichkeit. Als Bürger, als Staatsbürger, als jemand, der jetzt Innenpolitik macht, hat man so die laienhafte Vorstellung, dass die Sicherheitsbehörden relativ kurzfristig in der Lage sind, zumindest den Kreis der Personen in ihren Dateien zu isolieren, schnell zu benennen, die mit Gewalt oder sogar mit hervorgehobener Gewalt aufgefallen sind oder die gesucht werden. Dass das schneller gehen müsste, nicht dass man sagt, dafür braucht man leider ein paar Wochen, ist das nicht das erste Problem, das man abstellen müsste?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das würde voraussetzen, dass Sie über solche Personen alle Erkenntnisse haben, die bei deutschen Behörden vorhanden sind, wenn man das mal so ganz generell sagen darf. Das heißt, es müsste eine fortlaufende gegenseitige Unterrichtung stattfinden, zumindest im Hinblick auf die Personen, die als gewalttätig oder gewaltbereit - bei der Definition fangen schon die Schwierigkeiten an - anzusehen sind.

Also nehmen wir mal die 9 500, die wir im Bereich des militanten Rechtsextremismus zählen. Über die müsste man fortlaufend alle

Informationen haben, die insofern relevant sind. Das heißt, man müsste wissen: Haben sie sich strafbar gemacht? Sind sie verurteilt worden? Läuft gegen sie ein Ermittlungsverfahren, oder haben sie sich gar der Verhaftung entzogen? Wird nach ihnen gesucht? Wobei es dafür ja, auch für Haftbefehle, wie Sie wissen, unterschiedliche Gründe gibt. Es gibt ja Haftbefehle, die dann nichts mit den politisch motivierten Taten zu tun haben, sondern mit Unterhaltungspflichtverletzungen; da gibt es auch manchmal Haftbefehle, wenn es jemand beharrlich betreibt. Also, auch das müsste man dann wieder differenzieren. Man müsste also das filtern, was relevant ist für den Bereich der Staatsschutzkriminalität. Das müsste an einer Stelle zusammengeführt werden.

Ich hoffe, dass die Datei, für die ja jetzt das Gesetz verabschiedet worden ist, dieses wird leisten können - das hoffe ich -; und dann hätte man das. Ob sie es tatsächlich im Hinblick auf alle Fragen, die sich auch künftig, wenn noch irgendetwas passieren sollte, stellen werden, leisten wird, muss man sehen. Auf jeden Fall ist das ein wesentlicher Schritt aus meiner Sicht, um einen besseren Überblick zu bekommen.

Und - das will ich an der Stelle noch sagen -: Ganz wesentlich ist, dass wir jetzt beim Verfassungsschutz, aber auch in dem Gemeinsamen Abwehrzentrum Rechtsextremismus anders als seither vonseiten des Verfassungsschutzes sehr viel stärker personenbezogen beobachten wollen und dann diese Erkenntnisse auch nachhalten wollen. Das ist ja das Problem im Zusammenhang mit dem Trio gewesen. Irgendwann kamen keine Informationen mehr. Dann ist über die Personen nicht mehr weiter nachgedacht worden, bzw. man hat nicht mehr nach ihnen gesucht. Das ist schon geändert.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist schon geändert. Also - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Entschuldigung noch mal. - Im Bereich des islamistischen Terrorismus, ein neues Phänomen, das uns seit rund zehn Jahren, also seit dem 11. September ja auch beschäftigt, auch die Sicherheitsbehörden, ist meine Wahrnehmung, dass man sehr viel offener, auch mit mehr Ideen, sehr viel zielorientierter an dieses Terrorismus- und Extremismus-

phänomen herangegangen ist. Man hat da auch das Instrument der sogenannten Bewertung als Gefährder. Haben wir das im Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus auch? Also können wir aus dem großen Spektrum, das Sie benannt haben, heute schon sagen: „Das sind für uns die Leute, die wir für hochgefährlich halten“, oder gibt es so etwas nicht?

**Zeuge Heinz Fromm:** Die Polizei hat sicher da sehr viel konkretere Dinge als wir. Da sind wir noch dabei, das aufzubauen. Ich hatte die Datei erwähnt und auch die Zusammenarbeit im Gemeinsamen Abwehrzentrum. Aber Ihr Eindruck ist richtig. Im Bereich des islamistischen Terrorismus ist der Informationsaustausch - ich komme darauf zurück - vollständig im Verfassungsschutzverbund. Wir sehen da keine Mängel und keine Versäumnisse. Es gibt sicher immer mal Fehler in der Administration. Aber generell ist das festzustellen. Das bedeutet, wir haben einen Überblick über das Gefahrenpotenzial, und die Mitarbeiter behalten diejenigen, die eine Gefahr darstellen oder nach unserer Bewertung eine Gefahr darstellen, auch auf Dauer im Auge. Das tut im Übrigen, was diesen Personenkreis angeht, auch die Polizei.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das Gleiche bräuchte man doch auch für den gewaltbereiten Rechtsextremismus.

**Zeuge Heinz Fromm:** So ist es.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das hätte man schon gebraucht seit zehn Jahren oder noch länger.

**Zeuge Heinz Fromm:** In der Tat. Nur, die Regelung der Koordinierungsrichtlinie für den Bereich des islamistischen Terrorismus oder den gewaltbereiten Islamismus, die haben wir seit 2004, wenn ich mich recht erinnere, unter dem Eindruck auch des 11. September 2001, und die Regelung für den gewaltbereiten Rechtsextremismus haben wir erst seit Dezember 2011.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Bisschen spät.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich wiederhole mich, wenn ich sage, nach meiner Einschät-

zung wäre diese Veränderung für den Rechtsextremismus nicht möglich gewesen, -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Warum nicht?

**Zeuge Heinz Fromm:** - wenn nicht dieses Ereignis gekommen wäre, wenn nicht das Erschrecken über die Taten des NSU - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber warum nicht? Das heißt ja für mich in der Schlussfolgerung, so wie Sie es beschreiben: Es muss erst so eine schlimme Mordserie passieren, damit die Besitzstandswahrer oder Bürokraten bei den Nachrichtendiensten oder wo auch immer oder in den Ministerien zur Einsicht gelangen, sei es in Bund oder Ländern, dass sich jetzt was ändern muss. Ist das so? Ist das der Befund? Muss erst was passieren, damit - -

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich würde das so scharf nicht formulieren.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich habe es jetzt getan.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich würde aber sagen, im Kern ist das richtig, was Sie feststellen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Herr Zeuge, wir haben nicht ganz so viel Zeit. Ich habe zwar die meiste. Aber trotzdem sehe ich, wie die verrinnt. Ich möchte neben diesen eher allgemein gehaltenen Fragen jetzt zu einem Verbrechen in dieser langen Serie gehen, das mich auch befasst, weil ich mir da vieles nicht erklären kann. Das ist der 9. Juni 2004, der Nagelbombenanschlag in Köln in der Keupstraße. Können Sie sich vielleicht noch daran erinnern, wann Sie von diesem Ereignis, wenn Sie im Gedächtnis forsten, erfahren haben? Aus den Medien oder waren Sie irgendwo dienstlich unterwegs? Sind Sie benach - - Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich weiß nicht mehr, wo ich an dem Tag war; könnte ich aber feststellen lassen. Aber ich weiß, dass ich es am selben Tag noch erfahren habe. Das war ein spektakulärer Anschlag bei den vielen Verletzten. Die Spekulationen waren ja auch dann sofort da. Ich bin ganz sicher,

dass ich das noch am Tattag - es war ja nicht spätabends, sondern tagsüber - gehört habe; aus den Medien vermutlich zunächst.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Haben Sie irgendwas gemacht dann? Können Sie sich noch daran erinnern, ob Sie irgendwie sofort - - oder ob Sie nur informiert wurden, und dann war es für Sie, weil Sie auch nicht zuständig waren - zuständig war ja zunächst mal die Kölner Polizei - - Also, Sie sind da nicht sofort gebeten worden, mit irgendjemandem Kontakt aufzunehmen oder eine Besprechung noch am Abend in Ihrem Hause zu organisieren oder was auch immer? Ich habe nur Beispiele genannt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, so läuft das ja auch nicht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wie läuft es üblicherweise?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das läuft üblicherweise unter den Kollegen, die sich zumeist auch noch kennen, auf der Arbeitsebene. Das heißt, es kommt eine Nachricht rein, eine Mitteilung rein, oder es kommt ein Anruf. Ich nehme an, es ist auch angerufen worden; weiß ich aber alles nicht. Da sind dann die vorhandenen Informationen drin, und damit ist die Bitte verbunden, alles abzuprüfen. Ich gehe davon aus, dass das sach- und fachgerecht gemacht worden ist und dass die Erkenntnisse, die wir hatten bzw. nicht hatten, auch unmittelbar mitgeteilt worden sind. Das ist die Praxis. Man fragt. Wir gucken als Erstes - das ist das Schnellste - in unser System, sehen, wir kennen jemanden von den Beteiligten. Dann wird das übermittelt. Oder wir berichten „Fehlanzeige“, und dann fängt das Überlegen an.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sie haben vorhin selber gesagt, dass ja diese schnellen Stellungnahmen damals, auch durch den damaligen Innenminister Schily, man hätte keine Anhaltspunkte für Fremdenfeindlichkeit, sicher auch nach Ihrer Bewertung - ja, ich will mal so formulieren - verfrüht oder nicht so belastbar waren. Können Sie das noch mal erläutern, wie Sie das wahrgenommen haben, Sie als Experte, ein Nagelbombenanschlag in einer Straße, wo nur türkische Mitbürger wohnen, 30 zum Teil Schwerverletzte, fast ausnahmslos auch

türkische Mitbürger, und dann stellt sich der damalige Innenminister hin und sagt: Wir können Fremdenfeindlichkeit, was wir im Moment wissen, ausschließen. - War so eine Bewertung überhaupt notwendig?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das will ich nicht kommentieren. Das muss ein Politiker - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber wie ist es Ihnen als Fachmann gegangen? Sie haben ja den Fall auch gekannt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Natürlich hatte ich nicht die Aufgabe, öffentliche Äußerungen meines damaligen Ministers zu kommentieren.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Das ist, glaube ich, das erste Mal, dass Sie - -

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, das entspricht auch gar nicht meinem Selbstverständnis, egal, wie der Minister heißt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber eine fachliche Bewertung trifft man doch auch im Hause.

**Zeuge Heinz Fromm:** Bitte?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Man trifft ja eine fachliche Bewertung.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das ist ja dann auch geschehen. Es ist nachgedacht worden, und etwa einen Monat später haben wir dann den Vermerk geschickt, über den ich gesprochen habe, weil - das BfV ist ja keine Fahndungsbehörde, wie Sie wissen - wir dann in dieser - - In den ersten Tagen danach war ja klar: Wie ist das abgelaufen? Was war das für Sprengstoff? Es war eine Nagelbombe. Welches sind die Opfer usw.? - Da haben wir gesagt, ein rechtsextremistischer Hintergrund ist jedenfalls aus unserer Sicht nicht auszuschließen, und zwar speziell deshalb nicht, weil es Nagelbombenanschläge oder mindestens einen Nagelbombenanschlag - ich meine; müsste ich jetzt aus dem Gedächtnis sagen - im Jahr 1999 in London gegeben hatte, der „Combat 18“ zuzuschreiben war.

Obwohl es auch, wenn ich das recht erinnere, Unterschiede gab, also eine andere Zusammensetzung des Sprengstoffs in Köln

als in London, haben wir gesagt, die Art und Weise der Tatbegehung ähnelt sich schon, haben etwas über den ideologischen Hintergrund zu „Combat 18“ aufgeschrieben, und wir haben gesagt: Wenn es Leute aus der Region waren, kommen folgende Personen aus unserer Sicht dafür in Betracht. - Das haben wir dann weitergegeben. Mir ist nicht bekannt, dass daraufhin Weiteres erfolgt ist.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Sie haben vorhin mir ja beschrieben, als ich gesagt habe: „Sind Sie selber angerufen worden und mussten was veranlassen?“, nein, so läuft es nicht; eigentlich gilt ja der umgekehrte Weg. Irgendjemand fragt dann auf der Arbeitsebene beim BfV an, wohl meistens das LfV, und sagt: Habt ihr Erkenntnisse? - Dann schauen Sie in die Datei und geben eine Bewertung ab.

Mir ist bei der Aktenauswertung etwas aufgefallen, das ich mit Ihnen gern mal besprechen würde. Das ist in MAT A NW-6 I. Das ist eine Lagedokumentation des Lagezentrums der Polizei Nordrhein-Westfalen - die sitzen in Düsseldorf - zu diesem Anschlag am Tattag. Das Lagezentrum selber war jetzt nicht unmittelbar mit dem Einsatz befasst. Aber die haben eben dokumentiert, wie sich der Informationsstand verändert hat, wen man zu informieren hatte, Minister etc. Und das steht hier immer schön mit Uhrzeit. Der Anschlag selber war 16.25 Uhr, und dann beginnt es hier auch mit Eingang Sofortmeldung Feuerwehr Köln etc. etc.

Knapp 2 Stunden 30 nach dem Anschlag, also schon noch relativ früh, ist hier dokumentiert ein Anruf des Bundesamtes für Verfassungsschutz in diesem Lagezentrum der Polizei in Düsseldorf, also nicht umgekehrt oder auch nicht LfV, sondern offensichtlich aus eigenem Antrieb ruft jemand vom BfV im dortigen Lagezentrum an und bittet darum, dass man einen Kontakt herstellt mit jemandem vom Landesamt für Verfassungsschutz; also Abteilung 6, aber das ist ja dort in NRW der Verfassungsschutz. Kurze Zeit später, drei Minuten später, meldet sich dann das Landesamt für Verfassungsschutz und möchte noch mal den Sachverhalt bestätigt haben - also, die kannten die Details so wohl noch gar nicht - und haben mitgeteilt: Mit den Staatsschutzdienststellen der Polizei nehmen wir Kontakt auf; da müsst ihr euch nicht drum kümmern.

Ich habe mich gefragt: Was ist so dringend oder welche brisante Information oder

Erkenntnis oder Hilfe - ich will es zunächst mal auch positiv sehen - ist beim BfV vorhanden, dass ein Mitarbeiter abends um 19.53 Uhr, also außerhalb der regulären Bürozeit, im Lagezentrum - nicht in Köln, wo der Einsatz läuft, sondern im Lagezentrum der Polizei Nordrhein-Westfalen - anruft und sagt: „Ich brauche mal sofort einen Kontakt mit“ - der Name ist hier geschwärzt; sonst wüsste ich es ja - „jemandem vom Landesamt für Verfassungsschutz“? Das fand ich sehr ungewöhnlich. Der kommt dann ja wohl auch zustande, weil kurz darauf der Landesamtsverfassungsschutzmitarbeiter zurückruft und noch mal den Sachverhalt als solches oder, was ist passiert, wie viele Verletzte etc., bestätigt haben will.

Haben Sie - das werden Sie jetzt wahrscheinlich das erste Mal hören - dafür eine Erklärung, und würden Sie auch sagen, es ist ungewöhnlich?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe keine Erklärung. Ich kannte den Sachverhalt, wie Sie richtig vermuten, bisher nicht. Es könnte sein, dass das Lagezentrum in Düsseldorf in Anspruch genommen worden ist, weil man den Kollegen beim Landesamt -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Nicht mehr erreicht hat.

**Zeuge Heinz Fromm:** - nicht mehr erreicht hat und dann über das Lagezentrum die Verbindung hergestellt hat.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Genau. So hatte ich es mir auch erklärt. Also, eigentlich sollte man ja erwarten, dass, wenn ein Bundesamt ein Landesamt versucht anzurufen, zumindest die Telefonverzeichnisse vorhanden und aktuell sind, dass ich dazu nicht die Polizei brauche, um eine Telefonnummer herauszufinden. Aber da es eben 19.53 Uhr war, man denjenigen über Handy oder zu Hause oder wo auch immer versucht hat zu erreichen, und die Nummer bekommt man in aller Regel nur über die Lagezentren.

Aber wenn das so war - das mache ich selten; aber aus meiner eigenen beruflichen Erfahrung - - so etwas macht man nur, wenn man Wissen oder Hinweise oder wichtige Anregungen hat, die nicht einmal bis zum anderen Tag warten können. Also es muss was Dringendes gewesen sein. Oder - ich frage Sie jetzt als erfahrenen BfV-Mann - können Sie sich an andere Fälle erinnern, wo

irgendjemand - es muss ja jetzt nicht irgendein Sachbearbeiter sein - anruft und sagt: „Bitte sofort Kontakt herstellen mit dem LfV; es geht um das Nagelbombenattentat in Köln vor zwei Stunden“?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, Ihre Annahme ist nicht zwingend. Ich könnte mir denken, dass der Eindruck im BfV, was ja seinen Hauptsitz auch in Köln hat - die Menschen, die darin arbeiten, leben in Köln oder in der Nähe - - dass das dazu geführt hat, dass man gerne wissen wollte, was - -

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Aber die Information hätte er bei der Polizei bekommen. Ich meine, wenn ich Informationen über das Nagelbombenattentat will, zweieinhalb Stunden nach der Tat, dann brauche ich nicht beim LfV in Nordrhein-Westfalen anzurufen. Da hilft mir dann nur die Polizei. Aber das wollte er ja gerade nicht. Er hat bei der Polizei angerufen: Ich brauche sofort einen Ansprechpartner vom LfV. - Also es ist ungewöhnlich. Aber da Sie den Sachverhalt nicht kennen, können Sie es jetzt auch nicht erklären.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich kann mich der Sache gerne annehmen, mal fragen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Machen wir auch, -

**Zeuge Heinz Fromm:** Machen Sie auch.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** - weil wir einfach noch mal wissen wollen, wer das war und wen er da so dringend gebraucht hat.

Auffallend war dann nur noch mal: Eine Stunde später - also, das muss dann irgendwie Kreise gezogen haben, diese Wünsche nach sofortiger Kontaktaufnahme - ist hier dokumentiert: 21.03 Uhr, Anfrage Minister Behrens an Lagezentrum: Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet? - Wir haben jetzt in vielen Vernehmungen von polizeilichen Sachbearbeitern, Ermittlern eigentlich eher gelernt, die Polizeikollegen wären froh, wenn der Verfassungsschutz in Summe schnell und unbürokratisch geholfen hätte. Hier erleben wir fast das andere Extrem. Aber, wie gesagt, wir gehen der Sache noch mal nach.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Damit ist für diese Runde das Zeitkontingent der Unionsfraktion erschöpft. Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion, und das Wort hat die Kollegin Dr. Eva Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Tag, Herr Fromm! Herr Fromm, ich möchte mich in der ersten Runde mit meiner Zeit dem Vorgang Aktenvernichtung widmen, weil das ist natürlich auch ein brisanter Vorgang. Deswegen habe ich gedacht, dass es sinnvoll sei, das so aufzuteilen.

Ich möchte aber vorausschicken, Herr Fromm - das möchte ich hier ganz deutlich noch mal sagen -, dass Ihr Rücktritt allergrößten Respekt verdient und Sie damit der Erste waren, der Verantwortung für Versagen einer Sicherheitsbehörde übernommen hat. Wir hatten hier schon einige Zeugen, und wir haben uns einen Eindruck darüber gemacht und mussten feststellen, dass eine ganze Reihe von Zeugen nicht in der Lage waren, auch nur ansatzweise Fehler zuzugeben, geschweige denn, auch Verantwortung einzuräumen und zu übernehmen. Insofern fand ich das äußerst respektabel.

Da im Zusammenhang mit Ihrem Rücktritt immer mal wieder spekuliert wurde, ob Sie vielleicht für noch viel mehr die Verantwortung übernehmen als jetzt ganz aktuell für die Vernichtung der Akten in Ihrem Haus: Können Sie vielleicht noch mal sagen, wofür genau Sie die Verantwortung übernommen haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Zunächst will ich sagen, dass der Antrag auf die vorzeitige Inruhestandsversetzung nach dem Beamtenrecht, wenn man so wie ich älter als 63 Jahre ist, keiner Begründung bedarf. Ich habe dem Minister - das will ich Ihnen hier verraten - aber gesagt, ich möchte einen personellen Neuanfang ermöglichen, weil ich den Eindruck hatte, dass die Situation so war, dass dieses Ereignis, die Vermutungen, die sich darum herumrankten, einer Reaktion auch von meiner Seite bedurften.

Ich kann Ihnen aber versichern, dass es keine weiteren Gründe gibt, gegeben hat für mich, die etwa darin bestehen - das war ja so die Frage -, dass noch andere Dinge mir zur Kenntnis gekommen wären aus der Vergangenheit, die dann irgendwann auch bekannt werden und die dann ohnehin später zu einem solchen Schritt oder zu einer Ruhe-

standsversetzung geführt hätten. Davon ist mir nichts bekannt, sondern es war die Gesamtsituation. Das heißt, die Erkenntnisse seit November oder insbesondere die, die wir im November bekommen haben, der Versuch der Aufklärung vonseiten des Verfassungsschutzes oder des Bundesamtes für Verfassungsschutz, den ich auch selbst unternehmen wollte.

Aber wenn ein solches Ereignis eintritt, was eine solche Wirkung in der Öffentlichkeit hat, muss eine Reaktion aus meiner Sicht erfolgen, die deutlich macht, dass man - ich; ich will nicht „man“ sagen -, dass ich damit nicht einverstanden bin, dass ich in dieser Weise - - nicht dass ein Fehler gemacht worden ist, sondern dass ich in dieser Weise hinter Licht geführt worden bin. So muss ich das sehen, auch wenn das Disziplinarverfahren noch nicht abgeschlossen ist. Die Aktenlage ist so. Es war dem Betreffenden bekannt, dass er die Akten an diesem Tag vernichtet hatte, und er hat die Amtsleitung - ja nicht nur mich - über diesen Vorgang im Unklaren gelassen, obwohl er selbst derjenige war, der zu diesem Thema die Amtsleitung vorzubereiten hatte für Berichterstattung in allen möglichen Gremien und auch für die Berichterstattung gegenüber meiner Aufsichtsbehörde. Das ist das: nicht der Fehler, der gemacht worden ist, sondern der Versuch, diesen Fehler zu vertuschen.

Mir wäre es natürlich lieber gewesen, der betreffende Beamte wäre gekommen und hätte seinen Fehler bekannt. Dann hätte man damit auch umgehen können. Das wäre trotzdem schlimm gewesen. Aber man hätte das besser erklären können, glaube ich, und es wäre nicht zu der Situation gekommen, wo ich gesagt hätte, das vertrete ich nicht mehr. Wenn ich in einer solchen Situation bei einem solchen Thema mich nicht darauf verlassen kann, dass die Mitarbeiter mir tatsächlich die volle Wahrheit sagen, alles sagen, was sie wissen, dann habe ich Probleme. Die Frage - das will ich hier auch sagen -, ob unmittelbare Vorgesetzte von der Vernichtung an diesem Tag Kenntnis hatten, muss noch geklärt werden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber vielleicht darf ich noch mal nachhaken. Sie hatten gesagt, Sie haben im Rahmen der Erstellung des Sprechzettels davon erfahren. Sie haben die beiden Versionen ja geschildert, 26. Juni, 27. Juni. Wir haben uns hier im Ausschuss schon so ein bisschen darüber gewundert -

vielleicht können Sie Licht ins Dunkel bringen -, dass die *Berliner Zeitung* bereits am 16. Juni davon berichtete, dass relevante Teile der Akten im BfV fehlen. Man stolpert insbesondere darüber - deswegen frage ich auch noch mal nach - - Man könnte meinen, es sei die konzertierte Aktion im Januar gemeint. Aber es ist da in diesem Artikel die Rede davon:

Sieben dieser Fallakten betrafen die „Operation Rennsteig“.

Also es wird ziemlich konkret auf diesen Vorgang der Löschung Bezug genommen.

Nun frage ich Sie mal, Herr Fromm, wenn Sie - - So was wird ja bei Ihnen im Haus auch gelesen; da gibt es ja auch Pressespiegel. So was wird ja recherchiert, wenn das BfV auftaucht. Hat in Ihrem Haus - wissen Sie das? - schon jemand vorher davon Kenntnis, bevor Sie das zur Kenntnis bekommen haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, ich zum Beispiel. Ich habe ja gewusst, dass diese Akten vernichtet sind. Ich habe das berichtet. Ich habe das berichtet gegenüber dem Ministerium, von Anfang an, kann ich sagen, also seit Dezember. Zunächst hatte ich keine präzisen Informationen über die Zahl der vernichteten Akten. Das ist dann nachgebessert worden. Dann hat es halbwegs gestimmt. Im Januar ist dann der damalige Kenntnisstand auch berichtet worden, sowohl gegenüber dem Ministerium wie auch gegenüber dem Kontrollgremium wie auch - jedenfalls in allgemeiner Form - gegenüber dem Innenausschuss.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Da sind Sie aber immer davon ausgegangen, dass es die konzertierte Aktion im Januar war, ja?

**Zeuge Heinz Fromm:** So ist es. Ich musste davon ausgehen, weil ich gar keine anderen Erkenntnisse hatte. Ich habe natürlich jetzt aktuell überlegt: Hätte ich denn in der Zwischenzeit irgendeinen Anhaltspunkt dafür haben müssen oder können, dass die Mitteilung, das sei bereits im Januar 2011 geschehen, falsch war? - Da bin ich noch nicht zu einem Ergebnis gekommen.

Das heißt also, der Umstand, dass nicht mehr alle Akten da waren, war nicht nur im BfV seit - ich will mich jetzt nicht präzise festlegen - - jedenfalls seit Mitte, ja, seit 20. November oder so was bekannt, also der

Amtsleitung und auch anderen, sondern das war auch Gegenstand der Berichterstattung. Das, was ja dann spektakulär war, war, dass diese Vernichtung nicht im Januar stattgefunden hat, sondern im November.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau, am 11.11.2011.

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, die *Berliner Zeitung* konnte das irgendwoher erfahren haben, weil es mittlerweile recht viele wussten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Fromm, ich will mal zu den konkret vernichteten Akten noch eine Frage stellen. Wir hatten ja gestern die Möglichkeit, in der Außenstelle in Treptow die rekonstruierten Akten einzusehen und hatten auch die einmalige Möglichkeit, die Klarnamen zu sehen. Können Sie denn eigentlich ausschließen, dass das Trio plus das engere Umfeld, also gegen die strafrechtlich ermittelt wird, jemals V-Leute des Bundesamtes für Verfassungsschutz waren?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nach allem, was ich weiß, kann ich das ausschließen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Woher nehmen Sie Ihre Sicherheit? Vielleicht lassen Sie uns ein bisschen teilnehmen.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich nehme die Sicherheit daher, dass wir das - - dass die Akten von einer Vielzahl von Mitarbeitern seit Ende des vergangenen Jahres geprüft worden sind und dass sich keinerlei Hinweise auf so etwas gefunden haben.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. - Dann würde ich ganz gerne noch mal etwas ansprechen, was uns heute Morgen auch ein bisschen verwundert hat im Gespräch mit dem Referatsleiter. Das Zitat war: Die Regale waren aufnahmefähig. - Sie haben ja auch schon darüber gesprochen, dass das Referat eher zu den Sammlern gehört hat. Als Sie festgestellt haben, dass dort die Beschaffungsakten mehrere Jahrzehnte aufgehoben wurden, und Sie dann angeordnet haben, dass es dort eine andere Praxis geben soll: Können Sie uns noch mal sagen, was genau Sie veranlasst haben? Hatte das damals personelle Konsequenzen, als das rauskam, dass die Akten über die gesetzlichen Vorschriften

hinaus aufgehoben wurden? Haben Sie mit Ihrem Datenschutzbeauftragten darüber gesprochen, oder können Sie sich daran erinnern, was genau Sie in Ihrem Amt veranlasst haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich kann mich nur erinnern, was ich vorhin schon erzählt habe oder gesagt habe vorhin, dass ich das veranlasst habe, nachdem ich mich gewundert habe über die Aussage, Beschaffungsakten werden nicht vernichtet, unter Berufung auf die damals geltende Version der Dienstvorschrift. Da steht von Fristen nichts drin.

Ich habe mich dann darauf verlassen - anders können Sie eine solche Behörde nicht führen -, dass das dann auch entsprechend erfolgt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Weiter verfolgt konkret haben Sie das nicht, also ob das dann auch umgesetzt wurde?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe nur verschiedentlich von dem damaligen Abteilungsleiter gehört: Wir machen das jetzt. - Das hat er mir in Anknüpfung an dieses Gespräch, von dem ich berichtet habe, ein-, zweimal mündlich bestätigt: Wir kümmern uns jetzt darum, dass da die Akten nicht mehr so lange liegen bleiben und aufbewahrt werden.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau. Das hat der Zeuge uns heute Morgen auch bestätigt, dass deshalb diese konzertierte Aktion im Januar gemacht wurde und das regelmäßig auch gemacht wurde.

Als Sie jetzt erfahren haben, dass ausgerechnet in dem Referat, was für übermäßige Sammelleidenschaft bekannt war und das Sie sogar dann veranlasst hat, eine andere Praxis in Ihrem Haus einzuführen, am 11.11.2011 wichtige Akten vernichtet wurden, hat Sie das überrascht, oder ist Ihnen da der damalige Vorgang sofort wieder in den Kopf gekommen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ob dieses Referat bekannt war für besondere Sammelleidenschaft, das kann ich gar nicht bestätigen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Sie hatten das gesagt, dass das Referat Beschaffung dasjenige sei, das - -

**Zeuge Heinz Fromm:** Ach so, ja. Dann ist das ein Missverständnis.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das habe ich aufgenommen aus Ihrem Vortrag.

**Zeuge Heinz Fromm:** Beschaffung ist kein Referat, sondern das ist eine Referatsgruppe.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay. Die Referatsgruppe.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, ich erläutere es gerne. Der Gruppenleiter hat mir seinerzeit die Auskunft gegeben, Beschaffungsakten werden überhaupt nicht vernichtet, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau.

**Zeuge Heinz Fromm:** - was mich dann zu der Reaktion veranlasst hat.

Nein, die Mitteilung, es sind bei einer solchen Bereinigungsaktion, Aktenbereinigungsaktion, im Januar 2011 auch Akten betroffen gewesen, die jetzt eine Rolle spielen könnten, hat mich nicht überrascht, weil ich ja wusste - es ging ja von mir aus -, dass solche Aktenvernichtungen durchgeführt werden, sodass mich, um noch mal darauf zurückzukommen, auch die Presseberichtserstattung dann nicht gewundert hat; denn es war ja bekannt, dass es so war. Das war zwar nicht schön, aber ich habe mir gedacht: Es ist schlecht, dass diese Akten davon betroffen waren im Januar; aber da kann man nichts machen. - Das war meine Reaktion, wenn Sie so wollen.

Das eigentliche Problem, auch für mich persönlich, ist eben dann entstanden, als der genaue Zeitpunkt der Vernichtung mir mitgeteilt worden ist. Auf meine Fragen - im Bewusstsein, dass es Vernichtungsprotokolle gibt, wo der Tag eingetragen werden muss - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, dann nicht. Ist klar.

**Zeuge Heinz Fromm:** Dann konnte man offenbar nicht mehr anders, als mir das dann tatsächlich auch so zu sagen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich wollte, Herr Fromm, nur darauf hinaus, dass ausgerechnet die Beschaffungsreferatsgruppe diejenige

war, die gesammelt hat, und dann diejenige war, die am 11.11.2011 in übermäßiger Hektik, in einer Situation, in der man vermutlich nicht mal irgendeine Datei löscht oder irgendein Blatt Papier - jedenfalls habe ich diese Vorstellung - - dass dann ausgerechnet dort bei den Sammlern zu diesem kritischen Zeitpunkt gelöscht wird. Das produziert jedenfalls Fragen.

**Zeuge Heinz Fromm:** Egal, in welchem Arbeitsbereich das passiert wäre, ob bei denen oder in anderen Bereichen, also etwa in der Auswertung, das hätte die gleiche Wirkung gehabt. Man kann nicht an einem solchen Tag, wo jedem, der halbwegs offene Augen hat, klar sein musste, was hier passiert war, Akten, die auch nur entfernt damit in Zusammenhang zu bringen sind, vernichten. Das kann man nicht machen. Ich habe auch, um das noch mal zu sagen, keine abschließende Erklärung für dieses Verhalten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich habe den Eindruck gewonnen, dass das -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Letzte Frage, Frau Högl.

**Dr. Eva Högl (SPD):** - ja - eher dilettantisch ist, als dass was vertuscht werden sollte. Wir können das natürlich nicht ausschließen. Aber Sie gehen auch eher in diese Richtung, oder haben Sie Hinweise darauf, dass irgendwas Besonderes vertuscht werden sollte?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, ich warte ab, was jetzt rauskommt. Ich wünsche mir, dass das rauskommt. So schlimm das alles ist; das ist die mildere Variante.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Danke schön.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Dann wechselt das Fragerecht jetzt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Hartfrid Wolff.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Herr Fromm, Sie haben am Montagmorgen Ihren Rücktritt bzw. die Versetzung in den Ruhestand eingereicht. Das ist meines Erachtens sehr ehrenwert und verlangt auch eine ganze Menge Respekt. Doch, ehrlich gesagt, ich verstehe es noch nicht ganz. Sie sagten

eben, Sie wollten einen neuen Blick ermöglichen, einen neuen Aufbruch schaffen, ein halbes Jahr vor der Pensionierung. Wollten Sie nicht mitarbeiten, gerade jetzt, mit Ihrer Erfahrung, gerade die Aktenvernichtung mit aufzuarbeiten, sich hierum zu bemühen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das war meine Absicht. Ich habe das ja auch gemacht, nachdem im November diese schrecklichen Dinge bekannt geworden sind. Ich habe auch zu mir selber immer gesagt: Du kannst jetzt nicht weglaufen. - Ich hätte ja schon im letzten Jahr diesen Antrag stellen können, im Juli. Dann wäre mir vielleicht einige Arbeit erspart geblieben. Aber das habe ich nicht gemacht. Ich war da im November und habe auch versucht, mich dieser Verantwortung zu stellen. Das war nicht ganz einfach. Das ist eine doch erhebliche Belastung gewesen. Jetzt rede ich nicht von der Arbeit - das ist klar -, sondern auch sonst. Die Fragen, die hier gestellt werden, die stellt man sich natürlich auch selbst. Das war der Grund dafür, dass ich gesagt habe: Dazu möchtest du beitragen, dass, so gut es eben geht, aufgeklärt wird.

Nur, jetzt ist eine Situation entstanden, wo das Amt unter meiner Leitung - ich stehe für das Amt; ich bin kein Politiker; aber ich bin der Leiter dieses Amtes - derartig in die Schlagzeilen gekommen ist und ich derjenige, der an der Spitze steht -- Dann müssten Sie, wenn ich das so sagen darf in dieser Runde, als Politiker eigentlich gut verstehen, dass das ein Versuch sein kann - so war es jedenfalls gemeint -, dem Amt Luft zu verschaffen, auch dem Minister Luft zu verschaffen, um hier einen Neuanfang an der Spitze - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Stimmt es, dass Sie am Donnerstag schon dem Innenminister dieses anbieten wollten?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein. Nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Was ist denn dann zwischen Donnerstag und Montag passiert? Es wurde kolportiert, dass Sie klar gesagt haben, es könnte sein, dass wir hier auch den Rücktritt machen, aber dass wir vielleicht weitermachen wollen. Wie kam es dann zu dem Gerücht?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das weiß ich nicht. Im Übrigen - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Dann habe ich - -

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich will nur - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay. Die Frage ist beantwortet.

**Zeuge Heinz Fromm:** Entschuldigung, ich will nur sagen, bevor das jetzt sich noch ausdehnt, dieses Thema: Ich habe Probleme damit, das mit dem Untersuchungsauftrag in Verbindung zu bringen. Aber ich gebe Ihnen gerne Auskunft.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Sie sagten im Innenausschuss am 21.11. damals - das war ja vorhin schon angesprochen -, dass Sie ausschließen könnten - die Kollegin hat ja auch schon mal danach gefragt -, dass einer aus dem Trio als Quelle für das BfV arbeitete. Davon konnten wir uns ja auch gestern überzeugen. Aber können Sie auch ausschließen, dass einer aus dem Trio im Zuge der Werbung angesprochen wurde?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nach allem, was wir bisher geprüft haben: Ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wir wissen, dass Frau Zschäpe eine enge Beziehung zu ihrer Oma hatte oder hat und sie Katzen liebte und in der Wohnung diese Katzen hielt. Hat das BfV eine Frau mit enger Beziehung zur Großmutter und einer Vorliebe für Katzen versucht anzuwerben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist mir nicht bekannt. Völlig neu wäre mir das.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Vorsitzender, ich bitte um Einstufung, weil die nächste Frage - - bräuchte ich einen Vorhalt aus einer geheimen Akte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Jetzt nur zum Verfahren: Wir werden wahrscheinlich verschiedene Berliner Runden machen. Ich gehe davon aus, es wird nicht bei dieser einen bleiben. Haben wir eine Möglichkeit, dass wir einfach die Fragen, die nur in eingestufter Sitzung gestellt werden können, sammeln und als Block - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Können wir dem Präsidenten die Akte geben? Dann geben wir dem Präsidenten jetzt die Akte, und er kann dann sich darüber einen Eindruck verschaffen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Sie legen Wert darauf, dass die Frage jetzt gestellt werden kann?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Dann bitte ich, das Dokument Herrn Fromm zu geben.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, es geht um die Klarstellung, nur, dass eben sichergestellt ist, dass hier keine weiteren Gerüchte auftauchen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es kann natürlich nicht in öffentlicher Sitzung jetzt aus der Akte zitiert werden. Das ist ja klar.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Es geht um die Seiten - -

**Zeuge Heinz Fromm:** Das sieht nach BfV aus, ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Fromm, es geht um die Seiten 61, 76, 80 und 123.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich will nur gucken, was das - - Das ist aus dem BfV, ja.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Es ist natürlich jetzt ein Problem, wenn da über Herrn Fromm Leute sitzen, die vielleicht gute Augen haben und da einen scharfen Blick auf die Vorlage werfen können.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Soll ich mich dahinterstellen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich finde es ein bisschen problematisch. Also, wenn Sie Wert darauf legen, dass Herr Fromm sich die Sache anguckt, und das

mehrere Seiten umfasst, dann würde ich sagen, machen wir jetzt eine kurze Sitzungsunterbrechung. Wir haben einen Zeugenraum. Herr Fromm geht mit der Akte in den Zeugenraum, schaut sich die an und kommt dann wieder, wenn er sie gesichtet hat, was die Seiten - -

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich weiß nicht, wie lang das ist. Ich habe im Moment noch keine Vorstellung davon.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Die Seiten 61, 62, Seite 76, 80 und 123.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich mache einfach mal einen Vorschlag: Herr Wolff und Herr Fromm gehen zusammen in den Zeugenraum. Herr Wolff sagt Herrn Fromm, was er sich anschauen soll, und dann kommen Sie bitte wieder zurück, und so lange machen wir eine Unterbrechung.

**Zeuge Heinz Fromm:** Jetzt habe ich mir die Seitenzahlen nicht alle aufgeschrieben.

(Zuruf: Herr Wolff kommt jetzt mit!)

- Der Herr Wolff hilft mir. Das ist nett.

(Unterbrechung von 15.06 bis 15.14 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Besteht noch Beratungsbedarf? - Dann würde ich, Herr Fromm, Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Einen Augenblick. Das gilt übrigens auch für die weiteren im Raum anwesenden Personen.

Herr Fromm, ich muss Sie fragen, ob Sie die Ihnen vom Kollegen Wolff gestellte Frage im Rahmen einer öffentlichen Beweisaufnahmesitzung beantworten können.

**Zeuge Heinz Fromm:** Wir haben das gemeinsam angesehen, diese Textpassagen, die Herrn Wolff zu seiner Frage veranlassen haben, und sind - korrigieren Sie mich bitte, wenn ich was Falsches sage - verblieben, dass ich das noch mal abschließend klären lasse. Es gibt allerdings einen Aspekt, der gegen die Annahme spricht - mindestens einen Aspekt; so genau konnte ich es nicht studieren -, dass es sich bei dem Kontakt um Frau Zschäpe gehandelt hat. Mehr möchte ich dazu nicht sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Diese Klärung, die Sie veranlassen, soll - -

(Ein Handy klingelt)

- Könnte ich mal kurz erfahren, wo jetzt gerade ein Telefon klingelt? War das auf der Tribüne?

(Zurufe: Ja!)

Ich weise mal darauf hin, dass ich vorhin in meinen einleitenden Bemerkungen dazu aufgefordert habe, Funktelefone auszuschalten. Man kann mit Funktelefonen wunderbare Aufzeichnungen, mittlerweile auch in guter Tonqualität, herstellen. Das ist aber hier nicht zulässig. Deswegen weise ich darauf hin, dass, sollte ich im weiteren Verlauf der Sitzung feststellen, dass da oben ein Funktelefon aktiv ist, ich den Benutzer dieses Funktelefons des Saales verweisen werde. Haben wir uns da verstanden? Ich gehe davon aus.

Herr Fromm, ich darf noch mal fragen: Diese Klärung, glauben Sie, es ist im Laufe des Tages noch realistisch, die zu vollziehen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich denke, man kann das klären, wenn man die Schwärzungen nicht hat. Das heißt also, das müsste sich ohne Weiteres klären lassen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, Sie haben veranlasst, dass in Treptow jetzt in die ungeschwärzten Aktenbestände jemand reinschaut?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Vorsitzender, wir werden die Textpassagen noch mal dem Bundesamt für Verfassungsschutz zur Verfügung stellen. Es wird noch mal geprüft. Es gab einige Indizien, die dafür, ein Indiz, was dagegen gesprochen hat. Dementsprechend wird er es noch mal prüfen, sodass wir es dann an der Stelle dem Ausschuss zur Verfügung stellen können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut. Ist denn aber jetzt für den Moment dann die Sache abgehakt, bis zur Klärung?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann, Herr Wolff, haben Sie noch eine Minute Fragzeit.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Eine Minute, gut. - Herr Fromm, Sie haben ja einen Überblick über die rechte Szene von heute. Wie hat sich die Szene in Bezug auf die Frauen in den letzten zehn, zwölf Jahren verändert? Sind sie einflussreicher geworden, gewalttätiger? Es fiel auf, dass vielfach gerade weibliche Aktivisten immer mal wieder gefragt oder auch erwähnt worden sind in den Akten.

**Zeuge Heinz Fromm:** Frauen im Neonazibereich sind, wenn ich die Zeit von 1990 an betrachte - für die Zeit davor gilt das sowieso, also im Blick auf die alte Bundesrepublik -, zunächst eher eine Randerscheinung gewesen, auch zahlenmäßig kaum vertreten. Das ist - gibt es ja auch wissenschaftliche Untersuchungen dazu - - In den letzten Jahren hat sich das verändert, wenn auch nicht dramatisch. Das heißt, Frauen spielen sowohl im rechtsextremistischen Parteienspektrum, NPD, wie aber auch in der Neonaziszene eine Rolle, eine stärkere Rolle.

Was Gewaltbereitschaft angeht, liegen mir im Moment keine Erkenntnisse vor; jedenfalls sind sie mir nicht präsent. Wir sehen im organisierten Rechtsextremismus, wozu eben auch Neonazigruppierungen gehören, dass Frauen sich stärker einbringen, um das mal so zu sagen, dass sie eine größere Rolle in solchen Organisationen spielen. Es gibt auch speziell Frauengruppen, etwa in der NPD, Ring Nationaler Frauen usw.

Was die Gewaltbereitschaft angeht, wie gesagt, kann ich das im Moment - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, es hat Sie überrascht, dass in dem Trio -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Kollege Wolff - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): - von den dreien eine Frau dabei war?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, nicht wirklich.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt nun zur Linksfraktion. Die Fragen für ihre Fraktion stellt die Kollegin Wawzyniak. Bitte.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Herr Fromm, wir haben in der Presse und in den Akten gelesen, dass das Bundesamt aus operativen Gründen nicht alle Quellenwerbung in die Werbungsdateien eingetragen habe. Ich würde Sie gerne fragen, ob das zutrifft und, wenn das zutrifft, wie Sie dann sicherstellen wollen, dass niemand aus den genannten Kreisen geführt oder angesprochen wurde. Vielleicht können Sie in dem Zusammenhang auch gleich noch erklären, was denn dieser Satz „operative Gründe“ eigentlich bedeuten soll und welche operativen Gründe Ihnen genannt worden sind.

**Zeuge Heinz Fromm:** Zu operativen Gründen kann ich in öffentlicher Sitzung, wie vorhin angekündigt, nichts sagen. Aber ich will gerne was zum Grundsätzlichen erklären. Ich habe das mit der Werbungsdatei ja jetzt auch erst gelernt, wie das zusammenhängt. Ich betreibe die ja nicht selbst, sondern ich habe mich erkundigt, nachdem in einer Zeitung von der Werbungsdatei die Rede gewesen ist. Jetzt weiß ich, wie das zusammenhängt, und will es Ihnen gerne berichten.

Die Werbungsdatei ist eine von einer ganzen Reihe von Arbeitsdateien, die im Amt existieren, um eben die Arbeit leichter zu machen. Die Werbungsdatei ist in 99 eingerichtet worden und hatte eben den Zweck, einen fortlaufenden Überblick zu gewährleisten über Werbungsvorhaben. Dabei ist, wie mir jetzt mitgeteilt worden ist, nicht alles, aus welchen Gründen auch immer, was vorher war, vor 99, dann in die neu installierte Werbungsdatei hereingenommen worden. Darauf geht wohl zurück, dass ein Teil der Werbungsvorhaben, die in der „Rennsteig“-Operation eine Rolle spielen - ich habe die Zahl hier; müsste ich aber in meinen Koffer greifen -, nicht in diese Werbungsdatei gekommen ist.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Das heißt, nach 99 gibt es diese Vorfälle nicht mehr?

**Zeuge Heinz Fromm:** Davon gehe ich aus. Ich habe das nicht persönlich geprüft, ob nach 99 tatsächlich jeder Werbungsfall auch in die Werbungsdatei eingetragen worden ist. Das war mir bisher nicht möglich. Ich habe es eigentlich auch nicht vor. Darauf muss ich mich verlassen können, dass, wenn eine solche Datei eingerichtet wird, mindestens die Fälle, die dann entstehen, in die

Werbungsdatei oder in eine solche Datei hineinkommen. Es soll ja gerade eine Arbeitserleichterung sein.

Im Übrigen, was die Zeit davor angeht, aber auch die Zeit danach, bis 2004, ist maßgebend nicht die Werbungsdatei, sondern die Papierakten. Bis 2004 ist mit Papier gearbeitet worden. Die Papierakten geben die Realität wieder, soweit nicht Vernichtungen stattgefunden haben, nicht die Datei, zumindest nicht, was die Zeit vor 99 angeht. Natürlich, aus meiner heutigen Sicht, wäre es besser gewesen, alles das, was noch an laufenden Werbungsmaßnahmen in 1999 bei Einrichtung der Datei lief, da auch mit zu übernehmen. Das ist aber nicht geschehen, und ich weiß nicht, warum nicht.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Okay. Ich muss ein bisschen auf das Tempo drücken, weil die Zeit uns sonst wegläuft, also unsere Fragezeit.

Sie haben vorhin gesagt, dass Sie persönlich, so habe ich Sie verstanden, von der Operation „Rennsteig“ und der Suche nach Mundlos, Zschäpe und Bönnhardt im November erfahren haben, Sie persönlich. Jetzt frage ich mich - es ist ja eine Kooperation, wie ich finde, relativ groß mit dem Verfassungsschutz Thüringen, mit dem MAD und dem Bund -: Bis zu welcher Ebene wird denn bei Ihnen die Kenntnis darüber weitergegeben, dass es so eine Kooperation gibt?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist unterschiedlich. Ich weiß nicht, ob diese Operation bei ihrem Beginn oder zur Zeit ihres Beginns der damaligen Amtsleitung zur Kenntnis gegeben worden ist; kann ich nicht sagen. Das könnte der nach mir folgende Zeuge sicher gut beantworten.

Die Amtsleitung wird jedenfalls dann informiert, wenn es besonders wichtige Erkenntnisse gibt oder auch zum Beispiel, wenn es in einer solchen Operation Probleme mit den Partnern gibt, die man nicht selbst lösen kann, weil es Streit gibt zwischen den Mitarbeitern und das dann auch auf der nächsten Eskalationsstufe, meinetwegen Abteilungsleiter, nicht gelöst werden kann; dann wird die Amtsleitung eingeschaltet. Ich kann nur sagen: Ich kannte diese Operation nicht, was ich mir dadurch erkläre - ich habe versucht, auch vorhin zu sagen -, dass die schon vier Jahre lief, als ich kam.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Gut. - Können Sie denn ausschließen, dass es parallele Operationen gegeben hat unter Beteiligung des Bundesamtes - in Thüringen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, ja. Parallel in dieser Zeit meines Wissens nicht. Ich habe mir mitteilen lassen - aber dazu kann ich jetzt hier in der öffentlichen Sitzung nichts sagen -, was es insgesamt für Zugänge des BfV in Thüringen im Rechtsextremismus gegeben hat. Das habe ich mir auflisten lassen. Dazu kann Ihnen nachher gerne Auskunft geben.

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Gut. Dann würde ich das nachher gerne noch mal aufrufen. - Ich hätte aber noch eine Frage. Wir haben nicht feststellen können, dass es eine Abschlussverfügung oder einen Abschlussvermerk zur Operation „Rennsteig“ gibt. Ist das üblich in Ihrem Haus und, wenn es nicht üblich ist, wie erklären Sie sich das?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist mir auch berichtet worden, dass es keinen formellen Abschluss gegeben hat. Ich vermute, dass die Sache langsam ausgelaufen ist. Ich vermute, dass das was mit dem Jahr 2001/2002 zu tun hatte und der Situation im Rechtsextremismus bzw. der Situation im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren. Seinerzeit hat man überlegt, doch eher Quellen oder den Quellenbestand zu reduzieren. Darüber kann man streiten, ob das sinnvoll und richtig war. Aber es war jedenfalls so - das ist meine Erinnerung -, dass mit Blick auf das NPD-Verbotsverfahren, insbesondere im Jahre 2002, als es ja noch nicht abgeschlossen war, sehr große Zurückhaltung geherrscht hat bei der Quellenwerbung im Bereich Rechtsextremismus.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht der Linksfraktion ist für diese Runde erschöpft. - Jetzt dürfen die Grünen fragen, und das macht der Kollege Wolfgang Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Herr Fromm, ich habe am Montag auch gesagt zu Ihrem - ich sage es jetzt mal untechnisch - Rücktritt, Versetzung in den Ruhestand, dass ich es sehr honorig finde, dass nach meinem Ver-

ständnis und meinem bisherigen Überblick andere noch viel mehr Anteil an dem Versagen der Sicherheitsorgane haben, was Sie ja auch festgestellt haben, und vor allem nach meinem konservativen Verständnis die Festnahme von Straftätern primär Aufgabe von Polizei und Staatsanwaltschaft ist.

Dennoch - nun kommt ein Aber; also, immer wenn ich positiv einleite, kommt ein Aber -: Die unterstützende Funktion, die der Verfassungsschutz hätte haben können bei der Mordserie BAO „Bosporus“, wird uns bei jedem Tatort, die wir jetzt, bis auf Heilbronn, alle durchuntersucht haben, von den Polizeibeamten als schlecht, schleppend, um nicht noch größere Negativattribute zu nehmen, geschildert. Nun sagen Sie: Das sind die Landesämter.

Nun hat uns der Zeuge Geier hier für die BAO „Bosporus“ gesagt: Ich habe mich an das Bundesamt für Verfassungsschutz gewandt, um einen Ansprechpartner gebeten und keine Antwort erhalten. Dies hat nun Ihr Amt nicht auf sich sitzen lassen, ja, sondern uns einen Text geliefert, über den ich bis heute nicht weiß, ob ich lachen oder weinen soll. Das muss ich Ihnen wirklich mal sagen. Man könnte ihn als Realsatire einem Kabarettisten geben. Da wird uns nämlich mitgeteilt, dass diese BAO „Bosporus“ sich - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Können Sie bitte kurz die Quelle nennen?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerne. Das ist das Schreiben an uns hier vom 04.05.2012, bezugnehmend auf die 12. Sitzung des Untersuchungsausschusses. Das wurde uns hier mit einem Anschreiben verteilt und hat sogar eine Nummer: MAT B, Bundesamt für Verfassungsschutz, 1; offenbar das Erste, was Sie unaufgefordert uns zugesandt haben.

Da wird also gesagt, die Anfrage ging an die Info-Homepage des BfV, zu [info@verfassungsschutz.de](mailto:info@verfassungsschutz.de), die Kontaktmailadresse, an die sich jeder Bürger wenden kann. Dort wurde das auch entgegen genommen mit einer handschriftlichen Verfügung U an Abteilung 5.

Dann ging es weiter: Nach Zeichnung durch den Abteilungsleiter 5 und den Referatsgruppenleiter 5A wurde dieses Schriftstück am selben Tag an den Referatsleiter 5A3 verfügt, der den Vorgang am 21.02.2006 an den Sachbearbeiter 5A35 handschriftlich weiter verfügte. Handschriftlich:

- „b. bei o. g. Stelle tel. nachfragen:
- worum geht es - Sachverhalt?
- Was soll ein „Ansprechpartner“ im BfV?
- „Auskunftersuchen“ - förmliche - sollten schriftlich gestellt werden!
- Es gibt auch regional zuständige LfV!?“

Dann hat immerhin ein - - Ich sage mal, wenn Ihre Aktenführung so penibel gewesen wäre wie diese bürokratische Bearbeitung, dann wären wir einen Schritt weiter.

Aber dann griff man zum Telefonhörer, und dann rief dieser Sachbearbeiter einen subalternen Beamten in der BAO „Bosporus“ an und erklärte ihm, dass er nur für rechts-extremistische Türken zuständig wäre und dass man im Übrigen einen formvollendeten Antrag zu stellen habe. Der kam dann nicht. Ende der Durchsage offenbar.

Meine Frage an Sie, nun mal wirklich: Die Polizei war erkennbar mit ihrem Latein am Ende bei dieser Mordserie und wendet sich an das Bundesamt, quasi hilfesuchend, und dann kommt ein solcher, ich sage mal, Arbeitsverweigerungsvermerk: Es gibt Landesämter, und bitte ein Formular ausfüllen. - Halten Sie das für angemessen? War das der richtige Beitrag des Bundesamtes zu dieser Mordserie Bosporus?

**Zeuge Heinz Fromm:** Wenn Sie mir eine etwas spitze Bemerkung erlauben, dann könnte ich sagen: Die Antwort entsprach der Frage oder dem Anschreiben an uns.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da haben Sie völlig recht. Das habe ich bei den Bayern mal - - Herr Fromm, das will ich mal sagen, ja. Das kenne ich aus der Schule: Wer doof fragt, bekommt eine doofe Antwort. - So haben es die Bayern gemacht, das Landesamt, und so haben Sie es offenbar auch gemacht. Aber es gibt kein Gesetz, was vorschreibt, dass der Antwortende dümmer zu sein hat als der Fragende, sondern wir erwarten eine Kooperation unserer Sicherheitsorgane, insbesondere derer, die wir gut ausgestattet haben.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich kann nur sagen, dass man sicher, zumal mit dem heutigen Wissen, hier hätte auch anders reagieren können auf diese sehr, wie ich fand, unspezifizierte Anfrage, die auch noch an die falsche Stelle kam. Und warum hat eigentlich

nicht die BAO dann noch mal nachgefasst? Ist ja auch eine Frage, die man vielleicht stellen kann. Ich kann die ja gar nicht beantworten.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein.

**Zeuge Heinz Fromm:** Aber ich gebe Ihnen recht: Man hätte möglicherweise nicht nur mit der BAO direkt Kontakt aufnehmen sollen, sondern möglicherweise auch mit dem Bayerischen Landesamt direkt und nicht verweisen. Man hätte möglicherweise mit Blick auf das, was da ermittelt wird, auch von der Hierarchie her etwas höher ansetzen können. Man hätte durchaus auch - so wäre es geschehen, wenn die Mail an die richtige Adresse gegangen wäre - andere Abteilungen einbinden können.

Das, was hier passiert ist, hängt damit zusammen - das können aber Außenstehende nicht wissen -, dass dann, wenn diese Mailadresse angeschrieben wird, also die für Bürgeranfragen, das Referat für Öffentlichkeitsarbeit bzw. die Abteilung 1 das dann an eine Abteilung gibt, an eine Stelle gibt, von der sie annehmen, die könnten sich darum kümmern. Wenn die offizielle behördliche Mailanschrift gewählt worden wäre - das ist keine Entschuldigung, sondern das ist nur eine Erklärung -, dann wäre sichergestellt gewesen, dass alle Fachabteilungen diese Anfrage bekommen hätten. Mehr kann ich Ihnen dazu im Nachhinein nicht sagen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das war den bayerischen Kriminalbeamten offenbar nicht bekannt, weil sie offenbar auch keinen Umgang mit dem Bundesamt pflegen; aber nun ja. Mir fällt da immer, Herr Vorsitzender - das sage ich noch -, eine Karikatur ein, die bei mir im Büro hängt, aus dem Höhepunkt der Bankenkrise:

Kommt ein Mann zum Bäcker, sagt: Fünf Brötchen, wie immer. - Die Bäckersfrau gibt ihm einen Zettel Papier und sagt: Wir sind jetzt auch verstaatlicht. Bitte stellen Sie einen Antrag.

So, Herr Fromm, kommt mir das vor; das muss ich wirklich sagen. Ich hätte sogar erwartet, dass Sie mal von sich aus bei dieser Mordserie tätig werden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So. Das war jetzt keine Frage, sondern ein Statement.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kommentar, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde. - Die Obleute haben sich abgestimmt, dass wir jetzt direkt eine zweite Runde machen. Im Anschluss an diese zweite Runde, die, wie die erste, ungefähr eine Stunde dauern wird, machen wir eine einstündige Pause. Das auch zur Information an den Zeugen. In dieser Pause haben dann auch die Vertreter der Fraktionen die Gelegenheit, draußen Statements zu geben. Das sage ich mit Blick auf die hier anwesenden Medienvertreter. Wir würden dann am Ende der Pause von einer Stunde, gehe ich jedenfalls davon aus, eine dritte Berliner Runde mit Herrn Fromm machen, es sei denn - aber das erwarte ich eigentlich nicht -, dass am Ende der zweiten Runde keine Fragen mehr sind.

Demnach hat jetzt zunächst die Unionsfraktion das Wort, und zwar in Person des Kollegen Stracke.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Fromm, ich möchte daran anknüpfen, was der Kollege Wieland gefragt hat. Wir haben sicherlich eine unspezifizierte Anfrage, wie Sie es vorher dargestellt haben, der BAO „Bosporus“ an das Bundesamt für Verfassungsschutz, wo dann auch reagiert wurde; aber es kam nichts mehr. Aber zu diesem Zeitpunkt, wenn ich davon ausgehe, dass die im Februar 2006 erfolgt ist, waren bereits sieben Mordtaten verübt worden - sieben Mordtaten. Und da frage ich mich: War denn dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht bekannt, dass wir hier eine bundesweite Mordserie haben, die aufgeklärt wird von der BAO „Bosporus“ in Zusammenschau mit vielen anderen Ländern? War das, wenn hier ein solcher Kontakt stattfindet - - schellen da nicht die Alarmglocken und sagen: „Mensch, da ist hier etwas Größeres da“, als eine solche Antwort dann zu geben? Das ist für mich unverständlich. - Okay. Also, Sie teilen dieses Unverständnis?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich hatte dazu Erklärungen abgegeben. Ich weiß nicht, was Ihre Frage ist. Ich akzeptiere natürlich, wenn Sie sagen: Das ist für mich unverständlich, vor allen Dingen mit Blick auf das, was wir heute wissen. Ich habe auf die Frage von Herrn Wieland gesagt: Man hätte es auch

anders machen können. Aber ich habe jetzt keine Erklärung, die Sie vermutlich zufriedenstellen würde.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Das ist ja das Erschütternde, dass wir immer wieder feststellen, dass es gerade im Zusammenspiel der unterschiedlichsten Behörden, wenn es dann auch darum geht, eigeninitiativ, proaktiv, wie man da so schön neudeutsch ja sagt, tätig zu werden, dass es da immer wieder hängt.

Herr Fromm, ein Thema, was Sie auch angesprochen haben, nämlich: Als der Nagelbombenanschlag in Köln stattgefunden hat, hatten Sie sich ja dahin gehend eingelassen gehabt in Ihren Anfangsausführungen, dass man einen rechtsextremistischen Hintergrund vonseiten des BfV nicht ausgeschlossen hat. Darf ich Ihnen allerdings einen Vorhalt machen von Ihrem Sprecher, einem Sprecher des Bundesamtes für Verfassungsschutz, und zwar einen Tag später, als es erfolgt ist. Das ist MAT A BMI-4/57 e. Darin heißt es wortwörtlich - Zitat -:

„Die Ermittlungen gehen nach wie vor in Richtung Organisierte Kriminalität“,

- Zitat Ende -

sagte ein Sprecher des Bundesamtes für Verfassungsschutz am Donnerstag.

Und zwar ist das hier eine Reuters-Meldung, von der ich hier zitiere:

„Die Ermittlungen gehen nach wie vor in Richtung Organisierte Kriminalität“ ...

Jetzt steht das in gewissem Widerspruch zu dem, was Sie mir sagen. Vielmehr erschließt sich mir hier ein Gleichklang, wie sich alle anderen eingelassen haben, sei es ein Bundesinnenminister, sei es ein Innenminister aus NRW, die genau in diese Richtung auch argumentiert haben und gesagt haben: Das hat hier keinen rechtsterroristischen Hintergrund oder rechtsextremistischen Hintergrund.

Da frage ich mich: Wie klären Sie jetzt diese unterschiedlichen Äußerungen auf von dem, wie Sie sich eingelassen haben, und wie jetzt Ihr Sprecher das damals gesagt hatte?

**Zeuge Heinz Fromm:** Na ja, das BfV war für die Ermittlungen ja nicht verantwortlich, und ich weiß nicht, wie diese Meldung zustande gekommen ist. Möglicherweise hat es ein Gespräch gegeben - was ja häufiger vorkommt - mit dem Pressevertreter, und unser Pressesprecher hat das erklärt, was er von der Polizei wusste. Ich kann das im Moment nicht im Einzelnen darlegen. Ich habe persönlich solche Erklärungen seinerzeit natürlich nicht abgegeben.

Fakt ist aber doch - und das ist entscheidend, nicht solche Erklärungen -, dass dieser Vorgang im BfV aktiv, trotz anderer Erklärungen, sehr schnell nach der Tat aufgegriffen worden ist und in Richtung Rechtsterrorismus Überlegungen angestellt worden sind, sogar bis hin zur Nennung von möglichen Beteiligten, wenngleich man das auf die Region beschränkt hat, also mögliche Beteiligte aus der Region, was wahrscheinlich damit zusammenhängt, dass seinerzeit auch die zuständigen Ermittlungsbehörden davon ausgegangen sind, dass die Täter aus der Region kamen. Das ist meine Erklärung dafür. Aber - -

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** War die Anfrage nach Ihren Kenntnissen dahin gehend spezifiziert, dass es nur die Region betreffen soll?

**Zeuge Heinz Fromm:** Welche Anfrage?

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Also vonseiten - - Wenn Sie sagen, Sie haben ja hinsichtlich „Combat 18“ und anderen Ermittlungen angestellt, was den Großraum Köln betrifft: War das dann nur so dahin gehend spezifiziert, die Anfrage, dass es hier nur diesen Raum betrifft?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein. Meines Wissens ging die Beschäftigung mit diesem Hintergrund „Combat 18“ oder Ähnliches, Nagelbombe, nicht auf Anfragen zurück, sondern das sind die Überlegungen, die im Bundesamt angestellt worden sind. So bin ich jedenfalls informiert. Das heißt, man hat überlegt: Könnte das nicht, der Modus Operandi - - Könnte der sich nicht orientiert haben an dem, was „Combat 18“ zu verantworten hatte 1999 in London? Das waren die Überlegungen, die angestellt worden sind. Daraufhin sind diese Überlegungen verschriftet worden, und man hat als Schlussfolgerung aus den Überlegungen dann die Na-

men aufgeschrieben der Personen, von denen man sich eine solche Tat vorstellen konnte, und zwar Personen aus der Region.

Ich vermute - aber da muss ich einen Vorbehalt machen, weil ich das jetzt nicht habe -, dass das auch darauf zurückging, dass seinerzeit - das ist meine Erinnerung - man die Täter als Personen aus der Region annahm. Also, man hat gesagt: Die sind mit dem Fahrrad gekommen, also - -

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Nun hat man das, Herr Fromm, ja unter Umständen, tatsächlich - - So, wie Sie darstellen, könnten ja die Erwägungen gewesen sein. Wenn Sie jetzt die Rückschau auf der einen Seite sehen und das, was man jetzt tun müsste - wir hatten ja auch schon danach gefragt gehabt -: Ändert sich denn hier im Vorgehen etwas? Gerade wenn Sie einen Sprengstoffanschlag haben, so furchtbar, wie er beispielsweise in Köln war, bleiben Sie denn dann in der Region, jetzt auch aktuell, wenn solches vergleichbarer Anschlag wäre, oder würde man dann automatisch, aus der Erfahrung heraus gesehen, dann das beispielsweise bundesweit ansehen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, aus der Erfahrung heraus, jetzt aus dem aktuellen oder aus diesem Zusammenhang, der den Untersuchungsausschuss beschäftigt, allemal, aber auch wegen der Arbeit im Gemeinsamen Abwehrzentrum. Das heißt, dort werden solche Ereignisse schon jetzt, seit Beginn des Jahres, aufgegriffen und gemeinsam mit den Ländern betrachtet, und es wird überlegt, was das sein könnte und wer welche Maßnahmen trifft. Also insofern wäre die Umgehensweise eine andere.

Ich bin ziemlich sicher, wenn heute so etwas, was Gott verhüten möge, passierte, würde man das schon am nächsten Tag miteinander besprechen, und zwar Polizei *und* Verfassungsschutz, Bund *und* Länder.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der Kollege Schuster hat eine Frage.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Herr Fromm, in dem Zusammenhang: Wissen Sie, wem die Videoaufnahmen, die wir über die Keupstraße haben, von Ihren Mitarbeitern vorgelegt wurden? Sie haben ja recht. Ich erkenne auch in den Akten: Sie haben selber ausgewertet; Sie haben selbst agiert. Dann, vermute ich mal, werden Ihre

Mitarbeiter auch auf die logische Idee gekommen sein, die Videoaufnahmen von den Tätern Quellen oder wem auch immer bei Ihnen mal vorzulegen, vor allen Dingen dann, wenn man Rechtsextremismusverdacht hat. Wissen Sie davon?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das kann ich im Moment nicht beantworten, ob also etwa Quellen befragt worden sind, womöglich unter Vorlage von Lichtbildern.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wir sind uns da ziemlich sicher, dass wir die Menschen nicht erkannt hätten auf den Videos. Aber jemand, der sie kennt, -

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe das gelesen, ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): - der hätte sie erkannt.

Zweite Frage nur in dem Zusammenhang: Ich habe aus einem Vorgang, MAT A BfV-4, entnommen, dass auch Ihre Mitarbeiter - da gab es noch einen in Köln im Polizeipräsidium, nur einen leider -, aber auch Ihre Mitarbeiter erkannt haben, dass es einen Zusammenhang geben könnte mit dem Anschlag 2001. Das ist der Vorgang, in dem dann auch die Auswertung zu „Combat 18“ drin ist.

In dem gesamten Vorgang von neun Seiten taucht das nur vorne auf als Möglichkeit und wird dann nicht weiter bearbeitet. Ist Ihnen erinnerlich, dass Sie diesen Zusammenhang irgendwann mal geprüft haben? Weil, er steht hier, wäre eine sehr konkrete Spur gewesen. Und dann taucht das nicht mehr auf.

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, ist mir nicht in Erinnerung, dass da etwas zusammengebracht worden wäre, was, wie wir heute wissen, zusammengehört.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Irgendjemand bei Ihnen hat es erkannt, aber dann wahrscheinlich liegen gelassen, nicht?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann fährt Herr Stracke jetzt fort.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Herr Fromm, ich möchte da nahezu anknüpfen,

und zwar MAT A BMI-3/130, Anlage 03 (?). Hier geht es um ein *BfV Spezial* „Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten - Entwicklungen von 1997 bis Mitte 2004“. Darauf hatten Sie ja, glaube ich, auch schon mal Bezug - -

**Zeuge Heinz Fromm:** Ist das das *BfV Spezial* Nr. 19?

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ja, genau. - Nr. 21, aber nicht weiter so von Relevanz. Entscheidend ist: Dort wird festgehalten, dass, was dieses Bomben oder dieses Trio betrifft, die als Bombenbastler von Jena dort aufgeführt werden, es denen jahrelang gelungen ist, sich ihrer Verhaftung zu entziehen. Es gebe aber - so wird dann im Resümee festgestellt - keine wirkungsvolle Unterstützerszene. Das spiegelt dann auch das, was Sie ja schon wiedergegeben haben: Nähe, was die Kleinstgruppen und Einzelpersonen betrifft. Dort ist dann - - Der Begriff vom „Feierabendterrorismus“ wird hier geprägt. Würden Sie denn das, was das Zwickauer Trio betrifft, als „Feierabendterrorismus“ sehen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein. Nein. Eindeutig.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ihre Hauptaufgabe - so, wie ich es jedenfalls sehe - ist im Rahmen des Bundesamtes für Verfassungsschutz das Thema der Analyse. Wenn Sie jetzt feststellen, dass hier so ein Trio, das Sprengstoffanschläge vorbereitet hat, dann abgetaucht ist und jahrelang im Untergrund offenbar da ist und abgetaucht war: Klingeln da nicht alle Alarmsignale auch im Bereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz? Und, wenn ja, was haben Sie denn dann unternommen, wenn man so etwas feststellt, wie es hier auch niedergelegt ist, dass die jahrelang sich im Untergrund befinden?

**Zeuge Heinz Fromm:** Sie kennen ja die Bemühungen, des Trios habhaft zu werden, Sie kennen die Bemühungen insbesondere der Thüringer Behörde in den Jahren 98 bis, sagen wir, einschließlich 2000. Diese Bemühungen waren dem BfV ja auch bekannt, und partiell war das BfV daran beteiligt, wie Sie wissen. Das Verständnis, das zumindest seinerzeitige Verständnis, war so, dass - ich

hatte das vorhin versucht auch darzulegen - die Zentralstelle die Informationen auswertet im Bereich Rechtsextremismus, die von den Landesbehörden geliefert werden, und natürlich die eigenen, soweit vorhanden.

Wenn Informationen, die zwar da sind, aber nicht geliefert werden - - dann können sie auch nicht in die Auswertung einfließen. Das hat möglicherweise hier eine Rolle gespielt, und dieser Umstand ist natürlich auch der Grund dafür, dass man jetzt dieses Gemeinsame Abwehrzentrum gegründet hat.

Wenn das BfV, um ein Beispiel zu sagen, und alle miteinander, die Verfassungsschutzbehörden, beispielsweise gewusst hätten, dass, ich glaube, im Jahr 2000 - ich muss das jetzt aus der Erinnerung machen -, Herr Wohleben gegenüber einer Quelle der Thüringer gesagt hat: „Die brauchen kein Geld mehr; die haben schon so viel Sachen gemacht“, hätte sich möglicherweise eine andere Sicht der Dinge ergeben - - hätte möglicherweise dazu geführt, dass diese drei in das von mir vorhin genannte *BfV Spezial* mit aufgenommen worden wären als gefährliche Personen, als Gefährder, und nicht nur am Rande erwähnt als Verschwundene. Das sind die Dinge, die ich meine. Wenn da nichts zurückgehalten wird, aus welchen Gründen auch immer, entsteht ein Gesamtbild, was die Chance erhöht - keine Gewähr, aber die Chance -, dass gefährliche Entwicklungen, gefährliche Gruppierungen schneller oder überhaupt erst entdeckt werden.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Herr Fromm, wenn es zu einer Ihrer Kernaufgaben gehört, nämlich die, Analyse auch vorzunehmen, wäre es denn dann nicht sinnvoll gewesen - vielleicht haben Sie es ja auch gemacht, und mir ist das nur nicht bekannt -, dass Sie, wenn Sie feststellen, ein solcher Personenkreis ist jahrelang untergetaucht, dann sagen: „Was sind denn dann die Voraussetzungen eigentlich dafür, dass Untertauchen über einen so langen Zeitraum tatsächlich gelingt, beispielsweise was das Thema der Geldbeschaffung angeht?“, und dass Sie da eigenständig hier entsprechend nachfassen und sagen: „Was muss ich denn da analytisch leisten?“, wo wir dann unter Umständen diesen Konnex wiederherstellen können zum Landesamt für Verfassungsschutz?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, wenn Sie erlauben, würde ich gerne sagen, dass das doch sehr aus heutiger Sicht betrachtet wird, wenn Sie das so sagen, sehr aus heutiger Sicht. Niemand und schon erst recht nicht der Verfassungsschutz konnte, glaube ich, eine Verbindung herstellen zwischen den Bankraubstrafaten und den übrigen Straftaten und dem Abtauchen, der Verfassungsschutz eher nicht. Kenntnisse über die Raubstrafaten - ich glaube, es sind mittlerweile 14, die festgestellt worden sind - sind dem Verfassungsschutz nicht zugeliefert worden.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Aber, Herr Fromm, mir geht es ja vor allem darum - -

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Liest der Verfassungsschutz keine Zeitung?)

- Herr Ströbele, ich habe das Wort.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Wort hat Herr Stracke.

**Zeuge Heinz Fromm:** Da sage ich gleich noch was dazu. - Natürlich, als Einzeltaten liest der Verfassungsschutz das auch. Nur, ich nehme an, es ist in Ihrem Sinne, Herr Ströbele - Verzeihung, Herr Vorsitzender, wenn ich das gerade sage -, es ist in Ihrem Sinne, Herr Ströbele, dass der Verfassungsschutz sich nicht mit Raubstrafaten befasst, oder?

(Dr. Eva Högl (SPD): Genau! - Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollten die Synopse im Schäfer-Bericht mal lesen!)

- Gut.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Herr Fromm - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht hat die Union. Herr Wieland und Herr Ströbele, Sie kommen ja nachher noch zu Wort. Keine Sorge, das kriegen wir hier alles geregelt. Aber Herr Stracke hat jetzt das Wort, und ich bitte auch den Zeugen, die Fragen desjenigen Kollegen hier zu beantworten, der das Fragerecht hat. - Bitte.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Darauf würde ich tatsächlich Wert legen. - Herr Fromm, mir geht es vor allem darum, abstra-

hierend auch festzustellen, ob es denn vonseiten Ihres Amtes überhaupt Ausarbeitungen dazu gegeben hat, wie beispielsweise die Frage von flüchtigen Extremisten, wie diese so lange untertauchen können, ob solche Ausarbeitungen denn überhaupt gestellt wurden jeweils und erarbeitet wurden von Ihrem Haus.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, Sie kennen ja die Papiere, die erstellt worden sind, die sich befassen mit gewaltbereiten Rechtsextremisten, mit dem Rechtsextremismus insgesamt, mit Strömungen im Rechtsextremismus, über Neonazismus. Das ist die vorrangige Aufgabe des Verfassungsschutzes, solche Dinge zu bewerten auf der Basis der vorliegenden Informationen. Das ist auch dann recht konzentriert Inhalt der jährlichen Verfassungsschutzberichte.

Die Ermittlung von einzelnen Straftaten ist zunächst nicht Sache des Verfassungsschutzes, jedenfalls nicht in erster Linie Sache des Verfassungsschutzes, sondern - das ist ja vorhin auch schon erwähnt worden - Angelegenheit der Staatsanwaltschaften und der Polizei.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Aber, Herr Fromm, ich frage ja danach, abstrahierend von dem Vorgang hier, -

**Zeuge Heinz Fromm:** Wenn Sie - - Pardon.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** - ob Sie eine Analyse überhaupt gemacht haben, -

**Zeuge Heinz Fromm:** Über Verschwundene?

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** - was flüchtige Extremisten betrifft, wie sie über Jahre hinweg beispielsweise im Untergrund bleiben können, und zwar unerkannt. Das interessiert mich ja nur.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, ja. Eine solche Analyse ist nicht gemacht worden, um die Frage ganz eindeutig zu beantworten, jedenfalls meines Wissens nicht. Und es wurde dafür auch keine Veranlassung gesehen. Es gab verschiedene, wie wir heute wissen, Hinweise aus dem nachrichtendienstlichen Bereich, die auch ganz widersprüchlich waren. Einmal ist eine Meldung gekommen, die

seien tot; ein anderes Mal ist eine Meldung gekommen, sie seien auf dem Weg nach Südafrika, usw. Aber die meisten Meldungen gingen dahin, dass sie irgendwo in der Region waren.

Diese Informationen, die wir heute kennen, die wir jetzt erst zusammengeführt haben, waren in ihrer Gesamtheit dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht bekannt, sondern es war der Grundsachverhalt bekannt: Drei Leute, die versucht haben, Rohrbomben zu bauen, jedenfalls das Material dafür zu haben, sind abgetaucht, nachdem eine Garage oder Garagen durchsucht worden sind und das Material sichergestellt worden ist. Das war der Grundsachverhalt, wie Sie wissen.

Dann hat man versucht, sie zu finden, mit Schwerpunkt in Thüringen durch Thüringer Behörden. Auch das ist heute bekannt. Das BfV hat sich an diesen operativen Maßnahmen beteiligt, soweit gewünscht, und das BfV hat die Informationen, die in dem Zusammenhang angefallen sind oder ihm zugeleitet worden sind, zur Kenntnis genommen, auch die Bewertungen der zuständigen Landesbehörde zur Kenntnis genommen.

Diese Bewertungen der zuständigen Landesbehörde waren so, dass diese drei Personen im Jahr 2004 nicht in die sogenannte Gefährderliste des BfV aufgenommen worden sind. Diese Gefährderliste des BfV, die Sie in diesem *BfV Spezial* Nr. 19 finden, enthält nicht die Namen von Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe, und diese Gefährderliste ist unter Beteiligung oder vorheriger Beteiligung aller Landesbehörden zustande gekommen. Alle Landesbehörden haben dem BfV diejenigen gemeldet, die auf die Gefährderliste aus ihrer Sicht, aus ihrem Geschäftsbereich, kommen sollten. Thüringen hat - ich habe das noch einmal nachgeschaut - zwei gemeldet. Die hießen aber weder Mundlos, Böhnhardt noch Zschäpe. Deswegen sind diese drei Personen auf der Gefährderliste nicht drauf.

Nun mag man natürlich sagen, wenn ich das noch ergänzen darf, das BfV hätte trotzdem so weise sein müssen, diese Dinge zu erkennen. Dann muss ich diese Kritik zur Kenntnis nehmen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Damit ist vorläufig das Fragezeitkontingent bei der Unionsfraktion erschöpft. Es setzt die Kollegin Dr. Eva Högl von der SPD fort.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, herzlichen Dank. - Das passt ganz wunderbar. Ich kann unmittelbar anknüpfen, Herr Fromm, an das, was Sie gerade eben gesagt haben.

Ich stelle mir auch noch mal die Frage - das ergänzt auch das, was Herr Wieland eben schon mal gefragt hat -: Muss nicht das Bundesamt für Verfassungsschutz auch von sich aus tätig werden? Man kann natürlich die Auffassung vertreten, die Anfragen müssen ordentlich gestellt werden. Aber wir stellen uns hier ja auch die Frage, ob es da nicht auch eigenes Engagement geben muss. Vielleicht können wir das noch mal ein bisschen konkretisieren.

Ich will vor allen Dingen eins erwähnen und das vorausschicken: dass man nicht sagen kann, es sei die ganze Zeit bei den Morden niemals Rechtsextremismus erwähnt worden oder habe niemals im Raum gestanden. Wir hatten den tragischen, damals richtigen Riecher von dem Innenminister Beckstein, der gleich nach dem ersten Mord sogar die Vermutung geäußert hat, es könne sich um ein ausländerfeindliches, fremdenfeindliches Motiv bei den Tätern handeln, und wir hatten zwei Fallanalysen; die eine bezog sich auf die Mordserie aus Bayern, und eine Fallanalyse, die an Deutlichkeit nicht zu überbieten ist, nach dem Kölner Nagelbombenanschlag. Nun brauchen wir beide hier oder wir gemeinsam nicht über Fallanalysen zu diskutieren. Ich wollte das nur erwähnen, um zu sagen, dass Rechtsextremismus im Raum stand.

Sind Ihnen die mal zu Gesicht gekommen, diese Fallanalysen, oder haben Sie mal gehört, dass auch bei der Mordserie - - oder dass da Rechtsextremismus auch durchaus vermutet wurde?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Niemals?

**Zeuge Heinz Fromm:** Erst im Nachhinein. Jetzt haben wir erfahren oder habe ich erfahren, dass im Zuge der Ermittlungen innerhalb der BAO solche Arbeitshypothesen entwickelt worden sind, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** - denen dann wohl auch nachgegangen wurde, mehr oder weniger intensiv.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Davon haben Sie damals nie gehört?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Darüber ist ja auch in den Medien berichtet worden durchaus, zwar natürlich nicht so deutlich, wie das notwendig gewesen wäre, aber es ist immer auch mal aufgegriffen worden. Aber das ist Ihnen nie zu Ohren gekommen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist - - Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn Sie davon gehört hätten - das ist jetzt hypothetisch, ja, aber: Hätten Sie etwas veranlasst in Ihrem Amt?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich hätte - wenn Sie es auf mich beziehen - meine Leute gefragt: Habt ihr da irgendwas in diese Richtung, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Okay.

**Zeuge Heinz Fromm:** - habt ihr mal nachgefragt?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Und wenn die mir gesagt hätten: „Wir haben keine Erkenntnisse; es gibt keine Anfassers“, wie wir sagen, dann wäre es das gewesen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Würden Sie im Nachhinein sagen, dass es sinnvoll wäre, wenn Personen mit Migrationshintergrund Opfer einer Straftat werden - in dem Fall Morde - oder wenn so schlimme Nagelbombenanschläge passieren, dass es auch sinnvoll wäre, wenn der Verfassungsschutz auch selber genau hinguckt und vielleicht mit eigenen Erkenntnissen auch behilflich ist?

(Zuruf: Automatisch!)

**Zeuge Heinz Fromm:** Das könnte man sich überlegen, sofern es nicht ohnehin geschieht. Es gibt ja viele Fälle, in denen das sehr viel klarer oder überhaupt - - in denen Anhaltspunkte dafür da sind, dass es eine fremdenfeindliche Straftat sein könnte. Das ist ja leider sogar relativ häufig der Fall, wenn auch nicht in dieser Ausprägung. Und dann geschieht das natürlich auch. Aber zunächst

mal wird ein solches Delikt von der ermittelnden Polizei bewertet.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das ist klar.

**Zeuge Heinz Fromm:** Und wenn sich etwa aus öffentlicher Berichterstattung oder aus einem Polizeibericht, der dem Verfassungsschutz zugeht, solche Anhaltspunkte ergeben, werden die Verfassungsschutzbehörden auch entsprechend tätig. Da bin ich ganz sicher.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir stellen uns ja hier die Frage, wie das kommen konnte, dass es bei den Ermittlungen der Polizeibehörden so eine Schiefelage gab, ja, also dass in alle Richtungen ermittelt wurde, mit Ausnahme von Rechtsextremismus. Da stellt man sich die Frage - ich will jetzt nicht zu weit in die Zukunft spekulieren, weil wir ja zu dem Punkt, was wir für gute Vorschläge haben, noch kommen werden - - Aber wenn eine Person Migrationshintergrund hat, Opfer einer Straftat wird, stellt sich natürlich die Frage, ob man nicht routinemäßig auch rechtsextremen Hintergrund abprüfen könnte bei Straftaten, und ob der Verfassungsschutz da auch hilfreich sein könnte.

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, wenn man zu einer solchen Praxis käme, wäre natürlich der Verfassungsschutz gefragt. Das ist doch ganz selbstverständlich. Das ist unser Thema von der Sache her.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Fromm, ich will mal anknüpfen an Ihr Engagement bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus. Sie haben sich dafür ja immer sehr engagiert. Wenn wir jetzt die Fehler analysieren, dann müssen wir uns natürlich fragen: Ist das Bundesamt für Verfassungsschutz gut aufgestellt, um Rechtsextremismus so wirksam zu bekämpfen, wie das notwendig gewesen wäre? Ich will mal das Thema V-Leute ansprechen. Also, wenn es doch zahlreiche V-Leute in der rechten Szene gibt, die den Rechtsextremismus beobachten, aber trotzdem nicht erkannt wurde, dass es die Zwickauer Terrorzelle gibt, kein Zusammenhang hergestellt werden konnte, können Sie uns noch mal Hinweise geben: Woran hat es gefehlt? Was hat Ihrem Amt gefehlt? Waren es die Instrumente, war es die Kompetenz der einzelnen Leute, vielleicht die Auswahl

der V-Leute, oder waren es politische Vorgaben, die gefehlt haben? Haben Sie da eine Idee?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich will zunächst auf diese Frage sagen, dass V-Leute für die tägliche Arbeit der Verfassungsschutzbehörden, insbesondere auch der Landesbehörden, ganz unverzichtbar sind. Wir haben fortlaufend Ereignisse, Veranstaltungen, vor allem Musikveranstaltungen, die zum Teil konspirativ vorbereitet werden und die man in erster Linie dadurch rechtzeitig erkennt und einschätzen kann, wenn man über V-Leute verfügt. Das ist geradezu die tägliche Praxis. Ich, von meinem Wissenshintergrund her, kann mir überhaupt nicht vorstellen, dass diese Arbeit vernünftig und erfolgreich betrieben werden kann ohne menschliche Quellen; kann ich mir überhaupt nicht vorstellen, aber vielleicht bin ich nicht phantasiebegabt genug. Das heißt, man kann, was ja gelegentlich auch in der Öffentlichkeit geschieht, den Wert von V-Leuten nicht allein daran messen, dass sie hier in dem konkreten Zusammenhang, in dem schlimmen Zusammenhang NSU-Morde, keine Informationen geliefert haben, die der Verhinderung von Taten, der Mordserie, Sprengstoffanschläge gedient hätten. Es wird ja oft, sicher polemisch, gesagt: Wenn die das nicht gekonnt haben, dann brauchen wir die nicht, weil das ohnehin ein etwas anrüchiges Instrument ist. - Davor kann ich nur sehr deutlich warnen.

Selbstverständlich ist zu bedauern, dass gerade in diesen Fällen der Einsatz von V-Leuten nicht zu Erfolgen geführt hat. Aber ich will doch - das können Sie auch der Chronologie entnehmen - daran erinnern, dass V-Leute einige Male Hinweise geliefert haben, die offenbar stimmten, die aber nicht so präzise waren, dass dann tatsächlich die drei Abgetauchten gefasst werden konnten. Aber noch mal: Ich halte das auch in der Zukunft für ein ganz, ganz wesentliches Instrument, das nötig ist gerade im Kampf gegen den Rechtsextremismus.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie stellen Sie eigentlich sicher, dass das auch gut läuft mit den V-Leuten? Ich will mal einen Punkt ansprechen: Haben Sie keine Angst, dass mit den Entschädigungen oder wie das heißt - ich weiß nicht, wie das in Ihrer Fachsprache heißt - auch rechtsextreme Aktivitäten finan-

ziert werden, dass rechtsextreme Organisationen auch stabilisiert werden?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, das - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Muss man darüber noch mal nachdenken?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, sicher. Das kann man nicht völlig ausschließen. Beim BfV ist es so, dass jeweils die Leistung honoriert wird. Das heißt, die Information wird bezahlt und nicht regelmäßige Einkünfte den V-Leuten verschafft. Das tun wir schon aus Rechtsgründen, um nicht den Anschein von Arbeitsverhältnissen aufkommen zu lassen. Das heißt, die Informationen werden bezahlt und nicht die Bereitschaft nur, tätig zu werden.

Die Beträge sind nicht so - ich rede vom BfV für den Bereich Rechtsextremismus -, dass man da Organisationen gründen kann, auch nur stabilisieren kann. Im Übrigen ist die Regel jedenfalls, dass V-Leute das ganz gerne auch für sich selber nutzen. Natürlich kann man nicht ausschließen, dass auch Geld - das vermischt sich ja dann mit dem eigenen Geld - - dass durch die Zahlungen auch Organisationen, Gruppierungen unterstützt werden. Aber das dürfte, aus meiner Sicht jedenfalls, kein entscheidender Faktor sein.

Im Übrigen - ich kann nur für das BfV sprechen - kontrollieren wir die Arbeit der V-Leute so gut es eben geht - das ist ein schwieriges Geschäft -, doch so, dass wir einigermaßen sicher sein können, dass wir nicht betrogen werden, weder was die Verwendung von Geld angeht, noch was den Wahrheitsgehalt der Informationen angeht. Da gibt es eine ganze Menge Möglichkeiten, professionelle Möglichkeiten, die Zuverlässigkeit der Quellen zu überprüfen. Das geschieht auch fortlaufend. Aber noch mal: Das ist ein schwieriges, ein schwieriges Geschäft.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich möchte gern noch eine Frage stellen zur Aufstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Bereich der Bekämpfung von Rechtsextremismus. Wir haben das ja in den Akten gefunden, dass Sie sich im Jahr 2006 dagegen gewehrt haben, dass die Abteilungen Links- und Rechtsextremismus zusammengelegt werden. Vielleicht können Sie auch noch mal eine Bemerkung aus Ihrer Sicht dazu machen, was da so für Sie die wichtigsten

Gründe waren, da so vehement dagegen zu sein.

Dann habe ich auch die Organigramme sorgfältig studiert. Das ist auch alles geheim. Ich lese da nichts vor oder so. Aber das ist, glaube ich, eine Information, die man sagen kann, dass auch innerhalb der Abteilung eine Referatsgruppe, die sich insbesondere mit Rechtsextremismus befasst hat, mit Rechtsterrorismus, im Jahr 2007 dann auch abgeschafft wurde und das gestrafft wurde. Können Sie dazu mal was sagen, ob Sie das für schlagkräftig genug erachtet haben, Ihr Amt, oder ob Sie sich da was anderes gewünscht hätten?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe die Entscheidung seinerzeit für falsch gehalten. Das habe ich ja auch deutlich gemacht. Das gehört sich für einen Beamten so, dass, wenn er etwas nicht richtig findet, er remonstriert.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Genau.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich wusste, dass solche Absichten bestehen. Mein Vorschlag war ein anderer gewesen. Und als dann klar war, es solle doch in die Richtung gehen, habe ich das noch mal sehr deutlich gemacht, auch im Sinne einer politischen Beratung - im Sinne einer politischen Beratung -, indem ich gesagt habe: Das halte ich für falsch, auch politisch falsch, die Selbstständigkeit dieser Abteilungen aufzugeben.

Es sind also zwei Aspekte. Einmal: Die Schlagkraft, wenn ich Ihren Begriff aufgreifen darf, die sank natürlich. Das war auch Absicht, nicht die Schlagkraft zu senken, sondern die Personalzahl zu reduzieren auch durch Zusammenschieben von Organisationseinheiten, und zum anderen das Signal, das damit verbunden war, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus von ihrer Bedeutung her sank. Das war ein klares Signal, was natürlich nicht nur außerhalb des BfV im Verfassungsschutzverbund registriert worden ist, sondern auch bei den eigenen Mitarbeitern. Insofern besteht immer natürlich die Gefahr, dass man dann nicht mehr so motiviert ist, als wenn man das Gefühl hat, die eigene Arbeit ist von besonderer Bedeutung.

Wenngleich ich von jedem erwarte, dass - egal, für welche Aufgabe er steht - er die nach besten Kräften zu leisten hat, auch wenn das eine Aufgabe ist, die in der Prioritätenliste ein bisschen weiter unten ist, ist

doch Tatsache, dass, wenn ich so ein Signal setze, natürlich auch die Motivation möglicherweise beeinträchtigt wird. All das hat eine Rolle gespielt. Und der Umstand, dass wir - ich habe die Zahlen hier - doch deutlich von Beginn der 2000er-Jahre bis dann zum Ende dieses Jahrzehnts in der Personalausstattung reduziert worden sind, hat sicher auch etwas mit Schlagkraft am Ende zu tun.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Ja, genau. - Vielen Dank, Herr Fromm. Eine Frage hat meine Kollegin Aydan Özoğuz noch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte.

**Aydan Özoğuz** (SPD): Herr Fromm, mir geht eine Sache noch nicht aus dem Kopf, und die hat mit dieser Struktur zu tun. Deswegen möchte ich Sie gerne fragen, weil Sie auch schon doch recht lange dort sind. Ich habe heute Morgen erfahren aufgrund der Aussagen des Zeugen und der Reaktion auch vieler Kollegen, dass es in den Behörden grundsätzlich normal ist, wenn man auch mal kurzzeitig so das Ressort wechselt, also mal das eine macht, dann kurz das andere. Ich wollte Sie fragen: Ist es auch im Bundesamt für Verfassungsschutz üblich gewesen, dass jemand sehr lange beispielsweise im Bereich Rechtsextremismus tätig war, vielleicht mal eine Weile was anderes macht und dann so für ein Jahr etwas anderes wie Ausländerextremismus, der, wie ich dann interessanterweise erfahren habe, nicht unterschieden wird in irgendwelche Abteilungen - - Wenn man das dann ein Jahr macht, plötzlich wieder zurückwechselt zum Rechtsextremismus, ist das etwas, wo Sie sagen: „Das ist halt normal; das war so; das haben wir öfter mal so gehandhabt“? War das so in der Zeit?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das kommt immer mal vor. Das hängt dann auch von Vorgesetzten ab, die dann darum bitten, wenigstens vorübergehend erfahrene Mitarbeiter mitnehmen zu können, wenn sie selbst die Position wechseln. Weshalb der Kollege mal eine Weile im Bereich Ausländerextremismus gearbeitet hat, weiß ich jetzt im Moment gar nicht. Solche oder ähnliche Gründe wird es gegeben haben.

Im Übrigen war es im Bereich Ausländerextremismus - nur damit da kein falscher Eindruck entsteht - so, dass wir früher eine Abteilung hatten, in der auch islamistische

Bestrebungen bearbeitet wurden, und nach dem 11.09.2001, eine Weile danach, haben wir diese eigene Abteilung Islamismus, islamistischer Terrorismus gegründet, und der restliche Ausländerextremismus ist dann verblieben in dieser Abteilung, in der er eine Weile gearbeitet hat.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Das Wort hat Herr Kollege Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich würde gern noch mal auf das zurückkommen, was auch die Kollegin Högl gerade schon angerissen hat, und noch mal das eine oder andere Mal genauer nachfragen. Ist es denn normal, dass bei Anwerbungen bereits finanzielle Leistungen erfolgen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das ist gängige Praxis.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also bei Anwerbungen genauso wie auch dann, wenn es tatsächlich sich um V-Leute handelt?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ist es denn auch normal, dass es sich da auch bei den Anwerbungen schon um Zigtausende Mark zum Teil handeln könnte und handelt?

**Zeuge Heinz Fromm:** Eher nein. Da müssen ganz besondere Umstände da sein. Ich kenne solche Fälle nicht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche Umstände wären das?

**Zeuge Heinz Fromm:** Wenn ein besonderer - -

**KOR Christopher Schäfer** (BMI): Entschuldigung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der Vertreter der Bundesregierung.

**KOR Christopher Schäfer** (BMI): Wenn die Fragen jetzt weiter ins Detail gehen, wie das gemacht wird im BfV, würde ich vor-

schlagen, würden wir vorschlagen, dass es in der nichtöffentlichen Sitzung stattfindet.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gut. Dann machen wir das im Detail in der nicht-öffentlichen Sitzung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich halte das für plausibel. Herr Wolff, wenn Sie zumindest indirekt referieren auf Geheim eingestufte Akten, sollten wir das vielleicht wirklich in einem anderen Teil besprechen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Dann die Frage: Ist es normal, dass auch Sachleistungen dazugehören, also nicht nur Geldbeträge, bei Anwerbungen bzw. auch bei V-Leuten?

**Zeuge Heinz Fromm:** Eher nein, allenfalls mittelbar.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ist es normal, dass man zum Beispiel einem V-Mann eine Urlaubs- oder eine Studienreise in die USA bezahlt?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, ich bin kein Praktiker, sodass ich jetzt die ganze Palette dessen, was man an Gegenleistungen oder an Vorleistungen bringt, um jemanden zu veranlassen, mitzuarbeiten oder weiterzuarbeiten, nicht im Einzelnen sagen kann. Das wäre eine Frage an meinen Nachfolger heute. Der weiß das besser als ich.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Das vertiefen wir dann auch in der eingestuften Sitzung vielleicht besser. - Quittungen: Wenn Zahlungen erfolgt sind, gibt es dort - - Werden die quittiert? Werden die auch in den Akten entsprechend vorgehalten?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Werden quittiert?

**Zeuge Heinz Fromm:** In der Regel. Grundsätzlich, ja.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): „In der Regel“ heißt - - Also, im BfV ist es Standard, oder wie?

**Zeuge Heinz Fromm:** Na ja, wenn Sie mit einer Quittung meinen, dass der Betreffende, der Geld bekommt, das selber unterschreibt, dann ist das die Regel. Es kann aber auch sein, dass der Beamte einen Vermerk macht und sagt: Habe ich so gemacht, die Umstände haben nicht erlaubt, das zu quittieren.

Aber, bitte, wenn Sie solche praktischen Dinge wissen wollen, dann bin ich vielleicht doch nicht so der Richtige. Ich habe das nicht gelernt, das Gewerbe, sondern leite eine Behörde.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gut. - Mich würde interessieren, welche konkreten Kontakte es Ihrerseits - nicht Ihrerseits, Entschuldigung, oder welche Sie kennen -, seitens der rechten Szene in Deutschland es ins Ausland gegeben hat, wo Sie da insbesondere - - Sahen Sie Schwerpunkte, gerade auch hier an der Stelle, wo Sie den Eindruck haben: „Da gibt es vertiefte, gegebenenfalls aber auch generelle Kontakte ins Ausland“?

**Zeuge Heinz Fromm:** Es gibt Kontakte ins Ausland, wobei man dann differenzieren muss etwa zwischen dem Parteienbereich und freien Gruppierungen, Musikveranstaltungen und Ähnliches mehr. Ich will vielleicht sagen: Wir haben, sehen Verbindungen in der Musikszene vor allem nach Tschechien und nach Polen, weil man dort die Chance hat, auch CDs herzustellen, Musik zu produzieren. Da haben wir einen engen Kontakt mit den Kollegen dort, um das aufzuklären.

Es gibt Kontakte der NPD, in der es ja auch eine Reihe von Neonazis, auch in führenden Funktionen, gibt, in eine Reihe von Nachbarländern, vor allen Dingen natürlich in den deutschsprachigen Raum, Schweiz, Österreich, aber auch nach Italien, auch nach Ungarn - das sehen wir immer wieder -, nach Spanien. Da gibt es jährlich einmal eine Veranstaltung, wo dann auch Repräsentanten der NPD eingeladen werden, auch häufig teilnehmen. Und es gibt vor allem nach Belgien und die Niederlande aus dem, ja, rechtspopulistischen Bereich enge Kontakte. „Pro NRW“ hat Kontakte nach Belgien, in die Niederlande, wo ähnliche Bestrebungen ja sehr erfolgreich sind. Und früher waren das die Republikaner, die diese Kontakte gepflegt haben. Das ist dann weniger die NPD.

Also, es ist unterschiedlich, aber es gibt diese Kontakte. Wenn Sie vielleicht Ihre

Frage konkretisieren, auf was Sie hinauswollen - -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Es geht gerade auch um den „Thüringer Heimatschutz“. Aus Ihren Erkenntnissen heraus: Gab es dort Kontakte, zum Beispiel in die Vereinigten Staaten oder in andere europäische Länder, ganz speziell aus der Gruppe heraus?

**Zeuge Heinz Fromm:** Der „Thüringer Heimatschutz“ als Organisation?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Oder auch Personen aus dem „Thüringer Heimatschutz“?

**Zeuge Heinz Fromm:** Es gibt - das, nehme ich an, sprechen Sie an oder darauf wollen Sie hinaus, wenn meine Vermutung zutrifft - einen Vorgang, der von italienischer Seite mitgeteilt worden ist, der im Moment auch noch bearbeitet wird durch das BKA, gemeinsam mit uns. Der Vorgang, wenn ich das jetzt richtig im Kopf habe, beinhaltet eine Mitteilung aus dem Jahr 2003 über eine Begegnung in Südtirol, glaube ich, und eine Information, die besagt, dass Herr Wohlleben 20 000 Euro abgeliefert hat zur Unterstützung einer Gruppierung.

Der Vorgang ist noch nicht aufgeklärt. Das BKA bzw. der GBA kümmert sich um diesen Sachverhalt. Wir prüfen da auch noch weiter. Dieser letzte Sachverhalt aus dem Jahr 2009 ist uns jetzt mitgeteilt worden, weil wir im Zusammenhang mit dem NSU-Komplex alle unsere europäischen Partner - und ich glaube, auch darüber hinaus - gefragt haben, ob sie irgendwelche Erkenntnisse haben. Die Italiener, die italienischen Kollegen haben uns dann mitgeteilt: Wir haben euch seinerzeit, in 2003, eine Information gegeben und dann noch mal in 2009.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Der Vertreter des Justizministeriums hat sich gemeldet. - Herr Dittmann.

**MD Thomas Dittmann** (BMJ): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Präsident, ich glaube, das ist auch Gegenstand des Ermittlungsverfahrens der Bundesanwaltschaft.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**MD Thomas Dittmann** (BMJ): Ich denke, das sollte hier nicht in diesem Kreise eingehender erörtert werden.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe kein Problem, mich zurückzuhalten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Mich würde generell noch interessieren, nachdem wir zum Beispiel vom LfV Bayern auch gehört haben, dass es enge Beziehungen zum Beispiel auf den Balkan gab: Wie reisefreudig generell würden Sie denn die rechte Szene in Deutschland so in den letzten zehn Jahren einschätzen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nicht sehr reisefreudig im Vergleich zu anderen. Einzelne, sicher, aber insgesamt nicht. Es ist eher - das liegt aber in der Natur der Sache - auf Deutschland konzentriert.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich meine, mich interessiert auch zum Beispiel - wenn ich mir das vorstelle -, dass gerade die Ceska sehr starke Bezüge, um es mal vorsichtig auszudrücken, in die Schweiz hat. Waffen kriegt man sicherlich auch woanders her. Warum gab es jetzt auch in diesem Fall - wie würden Sie das einschätzen im Hinblick auf das Trio hier? - eine ganze Reihe von Bezügen auch ins Ausland? Es gab - - Die BAO „Bosporus“ hat berichtet, dass sie durchaus häufiger auch im Ausland zum Teil auch Kontakte aufgenommen hat. Wie erklärt sich das aus Ihrer Sicht?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das kann ich Ihnen nicht erklären. Das hat zum Teil - ich sage das jetzt aus der Erfahrung - mit persönlichen Bekanntschaften zu tun. Es hat etwas damit zu tun, dass man im deutschsprachigen Raum durchaus auch gute Kontakte hat und pflegt - das sehen wir immer wieder -, insbesondere nach Österreich, aber auch in die Schweiz. Da lässt sich eine generelle Aussage im Sinne Ihrer Frage nicht treffen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie persönlich Maßnahmen ergriffen, um hier genauer auch in Richtung Ausland sich zu informieren bzw. auch die möglicherweise bestehenden Auslandskontakte zu verifizieren?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, es gibt es ganz, ganz enge Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, insbesondere, und dann noch mal sehr viel intensiver mit den beiden deutschsprachigen Ländern, wenn ich die Schweiz dazuzählen kann.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wie funktioniert diese Zusammenarbeit?

**Zeuge Heinz Fromm:** Die Zusammenarbeit funktioniert in permanenten Kontakten. Die funktioniert auf allen Ebenen, von der Leitungsebene an. Ich sehe die Kollegen, wenn ich das so sagen darf, im Durchschnitt mindestens vier-, fünfmal im Jahr, persönlich. Es gibt einen Informationsverbund, und der wird auch genutzt. Es gibt gegenseitige Hospitationen, sodass ich insofern, glaube ich, sagen kann, dass hier nichts durch die Lappen geht wegen schwieriger Verhältnisse.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Letzte Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Fragezeit ist -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Eine letzte Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - schon deutlich überschritten worden, Herr Kollege Wolff. Ich bin aber sicher, dass wir in der nächsten Runde Gelegenheit haben werden, Ihnen wieder zuhören zu dürfen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Das Wort hat die Vizepräsidentin des Bundestages.

**Petra Pau** (DIE LINKE): Herr Fromm, ich oder der Ausschuss geht ja der Frage auch insgesamt nach, warum bei den Ermittlungen, die immer in alle Richtungen geführt wurden - wie jetzt aus den Verlautbarungen der Ermittlungsbehörden zu lesen ist -, das Thema Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit meist ausgeblendet wurde bzw. nur eine ganz kurze Zeit verfolgt wurde.

Nun ist mir aufgefallen bei der Lektüre der Sprechzettel des Bundeskriminalamtes für die Nachrichtendienstliche Lage im Bundes-

kanzleramt, dass sehr, sehr häufig über die Mordserie zum Nachteil von türkischen und einem griechischen Gewerbetreibenden durch Herrn Falk oder Herrn Ziercke berichtet wurde. In den Sprechzetteln habe ich nicht einen einzigen Hinweis auf das Thema Rechtsextremismus gefunden. Deshalb habe ich in der vergangenen Woche Herrn Präsidenten Ziercke befragt.

Wir haben alle hier gelernt, dass er sich nicht an die Sprechzettel seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hält, sondern natürlich das vorträgt, was er für wichtig hält. Auf meine Frage, ob er denn zur Spur 195 - das ist die Spur, die dann aufgrund der zweiten Fallanalyse verfolgt wurde, also Richtung Rechtsextremismus - dort vorgetragen hat, hat er mir das erstens bejaht, dann mehrfach unterstrichen, dass er dies natürlich selbstverständlich und höchstselbst eingebracht hat.

Jetzt kommt mein Punkt. Ich habe ihn dann gefragt - ich habe hier das vorläufige Protokoll unserer Verhandlung aus der vergangenen Woche -:

Ich habe noch eine Frage: Ist vonseiten des BKA oder von Ihnen persönlich jemals im Laufe der Ermittlungen mit den Kollegen des Bundesamtes für Verfassungsschutz über einen möglichen rechtsextremen bzw. rassistischen Hintergrund der Mordserie geredet worden?

**Zeuge Ziercke:**

Herr Fromm saß ja immer neben mir in der ND-Lage. Er hat alle meine Vorträge und die von Herrn Falk ja gehört. Insofern: Dies war Thema. Auch in kleinen Runden war das Thema, selbstverständlich.

Ich habe dann noch mal nachgefasst. Herr Ziercke schließt das Ganze dann ab:

Aber noch mal: Ohne dass wir einen Anfasser hatten. Herr Fromm konnte uns auch nicht weiterhelfen.

Können Sie sich an ein solches Hilfsersuchen, an eine solche Debatte mit Herrn Fromm [sic!], Herrn Falk, Vertretern des Bundeskriminalamtes erinnern?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, zunächst will ich bestätigen, dass wir nicht weiterhelfen konnten. Das ist ja offenkundig. Ich bin nicht jedes Mal dabei - insofern muss ich das korrigieren -, sondern die Regel ist, dass ich

mich mit meinem Vizepräsidenten abwechselte, wöchentlich, sodass Sie -- Je nachdem, um welchen Zeitraum es sich handelt, bei dem das gewesen sein soll, müsste man dann klären, wer gerade da war.

Ich kann mich nicht daran erinnern - aber das kann jetzt an mir liegen -, dass ich in dem Zusammenhang was von Rechtsextremismus gehört habe. Ich hatte vorhin schon erklärt - das ist so, das ist meine Erinnerung -, dass wir von dieser Überlegung - mehr war es ja nicht -, dieser Arbeitshypothese, die in der BAO zu irgendeinem Zeitpunkt entwickelt worden war, keine Kenntnis hatten; ich jedenfalls nicht. Das kann ich mit Bestimmtheit sagen. Davon wusste ich nichts.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Alles --

**Zeuge Heinz Fromm:** Ob in der ND-Lage irgendwann in dem Zusammenhang was von Rechtsextremismus die Rede war, daran kann ich mich bei bestem Willen nicht erinnern, sondern ich kann mich erinnern, dass insbesondere Herr Falk, den das Thema sehr umgetrieben hat, also das Thema der Mordserie sehr umgetrieben hat - das weiß ich -, mehrfach in meinem Beisein dazu vorgelesen hat. Und wir haben uns auch mal bilateral, ohne dass ich das jetzt präzisieren könnte, unterhalten. Das Ergebnis war jeweils, dass er gesagt hat: Wir wissen es halt nicht. Das ist merkwürdig, ja.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Also, ich kann Sie insofern beruhigen: Herr Ziercke ist bisher der Einzige, der in irgendeiner Weise sich daran erinnern kann, dass in der Nachrichtendienstlichen Lage das Thema Rechtsextremismus auch eine Rolle gespielt hat. Nun wissen wir ja alle: Es gibt keine Protokolle von dieser Veranstaltung. Also können wir das nicht nachvollziehen. In den Sprechzetteln und Vorbereitungen lesen wir nur etwas über die Türkische Hisbollah, die organisierte Kriminalität und dies und das. Aber ich wollte das der Vollständigkeit halber hier eingeführt haben.

Nun kennen wir beide uns ja auch schon etwas länger, und Sie wissen natürlich, wie ich zu Nachrichtendiensten im Allgemeinen, zu Ihrem Haus im Besonderen stehe und insbesondere zum Thema V-Leute-Praxis. Ich sage das; das wissen wir voneinander.

Trotzdem habe ich eine Frage zum Thema Zusammenarbeit von Verfassungs-

schutzbehörden und Polizei, und zwar jetzt gar nicht bezogen auf das Bundesamt, sondern wir haben bei den bisherigen Vernehmungen hier immer wieder das Phänomen gehabt: Die bayerische Polizei wendet sich an das Landesamt in Bayern und will etwas lernen über Strategien von Rechtsextremisten, also aktuelle Strategien, und über aktuell eventuell als gefährlich eingestufte Rechtsextreme. - Erst bekommen sie gar keine Antwort, dann wird ihnen unter der Überschrift „Datenschutz“ gesagt: Da können wir euch eigentlich gar nichts sagen.

Noch toller der Fall, den wir letzte Woche hier zur Kenntnis nehmen durften, in Hessen. Da war zeitweise ein bezahlter hauptamtlicher Mitarbeiter des Landesamtes Hessen tatverdächtig in diesem Mordfall. Die Polizei verhandelt mit dem Landesamt für Verfassungsschutz, inwieweit sie Quellen, die dieser Tatverdächtige führt, vernehmen kann, bekommt sinngemäß zur Antwort: Nur weil ihr einen Mord habt, können wir doch nicht unsere Quellen gefährden. - Also, fällt aus, diese Vernehmung.

Oder aber der Zuständige für Personal des Landesamtes Hessen teilt den verzweifelten Polizisten und dem Staatsanwalt mit, dass eine Vernehmung und der damit einhergehende Verlust der Quellen das größtmögliche Unglück für das Landesamt darstellen würde. Er meinte weiter, dass, wenn man solche Vernehmungen genehmigen würde, es für einen fremden Dienst ja einfach sei, den gesamten Verfassungsschutz lahmzulegen. Man müsse nur eine Leiche in der Nähe eines VMs oder eines VM-Führers positionieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nennen Sie bitte die Quelle kurz?

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, natürlich. Das ist MAT A GBA-4/11 e, Seite 281. An dieser Stelle: Wie würden Sie jetzt aus Ihrer fachlichen Expertise und Kompetenz eine solche Abwägung „Ermittlungen in einem Mordfall“ - also, was geht da noch darüber? - und Quellenschutz heute bewerten?

**Zeuge Heinz Fromm:** Quellenschutz ist von ganz überragender Bedeutung. Es muss sehr besondere Gründe geben, um davon Abstand nehmen zu können. Es kommt ja gelegentlich auch vor, dass Quellen enttarnt werden, ohne dass man das selber will und

ohne dass die Quelle das will. Dann werden Lösungen gefunden, -

**Petra Pau (DIE LINKE):** In diesem Fall offensichtlich nicht.

**Zeuge Heinz Fromm:** - um die Quelle zu schützen. - Das ist das eine.

Das Zweite ist, dass nach meiner Erfahrung - aber die ist vielleicht nicht so ausgeprägt wie von denjenigen, die das sagen - man eigentlich immer oder häufig Lösungen finden kann, die so sind, dass dem Ermittlungsinteresse genauso gedient wird oder gedient ist wie dem Quellenschutz. Ich sage das so abstrakt.

Ich kann diesen Fall, den Sie hier aus Hessen schildern, nicht wirklich beurteilen. Aber wir bemühen uns immer, den Quellenschutz, der - noch mal! - von ganz, ganz großer Bedeutung ist, zu wahren, ohne Ermittlungsinteressen zu gefährden.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht der Linksfraktion ist damit erschöpft für diese Runde. - Aber ich möchte auch dazu befragen. Jetzt kommt erst meine Zwischenfrage, dann kommt die von Herrn Binninger.

Herr Fromm, wenn Sie als Leiter einer Verfassungsschutzbehörde kontaktiert werden von Polizei und Staatsanwaltschaft, und die sagen Ihnen: „Herr Fromm, einer Ihrer Beamten steht unter Mordverdacht, wir halten es für unsere Ermittlungen für ausgesprochen wichtig, dass wir mit einem oder mit zwei von Ihnen geführten V-Leuten sprechen, weil wir nicht ausschließen, dass es da einen Zusammenhang geben könnte zwischen Telefonaten am Tag des Mordes und dem Verdacht, den wir haben“, würden Sie dann der Polizei und der Staatsanwaltschaft sagen: „Wenn ihr nur so was Banales ermittelt wie einen Mord, dann helfe ich euch nicht bei der Ermittlungstätigkeit“?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist sehr - - Sie bringen mich in eine sehr schwierige Situation.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, ich weiß. Ich hoffe, das würden Sie nicht so machen, und ich hoffe auch nicht, wenn Sie sagen: Es gibt Alternativen. In Hessen war der Sachverhalt, dass dann der Verfassungsschutz gesagt hat: Dann gebt uns doch

die Fragen, die ihr habt, und wir legen die dem V-Mann vor. - Das könnte ja theoretisch ein denkbarer Weg sein. Das ist vielleicht nicht optimal, aber vielleicht ein denkbarer Weg. Und das dauert dann acht Monate bei einem akuten Mordverdacht.

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist wieder ein anderes Thema. Also - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, das ist derselbe Sachverhalt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe versucht - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, ich wollte nur sagen, wenn Sie sagen, Quellenschutz hat einen hohen Wert, -

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - dann hat aber doch wohl das Interesse, einen Mord aufzuklären, in einem Rechtsstaat einen noch höheren.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich habe ja gesagt: Man kann sicher in einer solchen Situation, ohne dass ich jetzt eine Ideallösung habe - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Aber wenn es eine Abwägung gäbe: Was wäre wichtiger, der Quellenschutz oder die Aufklärung eines Mordes?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das beantwortet sich ja von selbst, denke ich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Na, offenkundig nicht.

**Zeuge Heinz Fromm:** Für mich. Sie fragen doch mich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, ich frage Sie.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Aufklärung wäre wichtiger?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das sehe ich auch so.

**Zeuge Heinz Fromm:** Obwohl ich mich schon ein bisschen -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** - unbehaglich fühle, wenn ich hier mit solchen Fragen konfrontiert werde.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein. Es ist halt einfach - - Es war so, dass die Kollegin Pau etwas gefragt hat, wie eigentlich die Praxis ist und das Selbstverständnis im Bereich des Verfassungsschutzes, und ich freue mich, zu hören, dass das Selbstverständnis im Bundesamt für Verfassungsschutz ein anderes zu sein scheint als das im Landesamt Hessen. - Herr Binninger.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Diese Konstellation kann ja in Ermittlungsverfahren immer wieder vorkommen, dieses Abwägen, möglicherweise auch bei geringeren Delikten. Ist Ihnen bekannt - - Oder einfach die Frage, ob das überhaupt mal gemacht wurde, weil das ja für alle Verfassungsschutzbehörden - 16 im Land, die eine im Bund - mal zu dieser Situation kommen kann, dass sie abwägen muss: „Gebe ich den V-Mann preis oder nicht?“, ob es da eine abgestimmte Verfahrensweise gibt oder ob Sie in Ihrer Behörde mal auch von den Hessen gefragt wurden, sogar in dem speziellen Fall: „Wie sollen wir verfahren?“, im Sinne einer rechtlichen Bewertung.

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, nicht dass ich wüsste. Das muss und wird jeder auch künftig wohl selbst entscheiden wollen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und immer am konkreten Fall. Also, da gibt es keine allgemeinen - -

**Zeuge Heinz Fromm:** Und immer am konkreten Fall orientiert und immer unter Berücksichtigung des hohen Werts von Quellenschutz. Wenn wir damit, ja, nachlässig umgehen, dann wird die Arbeit sehr, sehr schwer.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Das war es.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann sind wir bei den Grünen, und die Fragen stellt Herr Kollege Ströbele. Bitte.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Fromm, Sie sind ja nun Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz und nicht ein operativer Mitarbeiter, und das seit dem Jahr 2000.

Haben Sie nicht jetzt im Nachhinein, wenn Sie das alles abarbeiten und sagen: „Da sind schwere Fehler gemacht worden“, und Sie sich ja auch selber Vorwürfe machen - Sie waren ja auch einer der Ersten, der öffentlich sich dazu verhalten hat und bekannt hat - - Haben Sie denn nicht mal mit den Mitarbeitern, die in den Jahren 1997, 98, 99, also bevor Sie tätig waren, weil Sie das gar nicht wissen konnten, sich in Verbindung gesetzt oder von denen Berichte angefordert, soweit sie noch da sind bei Ihnen - aber es sind ja offenbar noch welche da -, und haben die gefragt: „Ihr wart doch dort im Land tätig, in Thüringen, einmal bei der Hilfe zur Strafverfolgung, als die drei untergetaucht waren von 98 bis 2003, oder auch mit einer Riesensaktion - ‚Rennsteig‘ war ja nicht irgendwas, dass sie auf einmal 47 Werbungsvorgänge eingeleitet haben, das kommt ja auch bei Ihnen nicht so häufig vor in einem Bundesland, nehme ich mal an - - dass Sie die mal gefragt haben, ob denen nicht aufgefallen ist: Da sind sie hinter drei her, die wegen Sprengstoff untergegangen sind, Sprengstoffdelikten oder Sprengstoffaffinität, Sprengstoffbau, und die finden sie nicht, da kommen sie nicht ran, aber dann kriegen sie so Hinweise - sie sagen ja, sie haben Hinweise bekommen wie zum Beispiel, die brauchen Geld, die haben kein Geld, die sind in großer Not, die wissen nicht mehr, wie die weitermachen können -, und eines Tages kommt die Meldung: „Die brauchen gar kein Geld mehr“, und dann passieren in derselben Gegend zeitgleich Banküberfälle, die nicht aufgeklärt werden können, wo just zwei junge Männer als Täter, die man nicht kennt, aber die als Täter festgestellt worden sind - - ob die nicht mal auf den Gedanken gekommen sind, während ihrer Tätigkeit und während sie sich damit befasst haben, dass da vielleicht ein Zusammenhang bestehen könnte? So weit ist das doch nicht her. Von den Banküberfällen müssen doch auch Ihre Leute erfahren haben. Die lesen doch auch Zeitung.

**Zeuge Heinz Fromm:** Von den Dingen und den Zusammenhängen wissen wir alle und ich eingeschlossen seit Mitte November 2011.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, das stand schon vorher in der Zeitung, schon 2000, wenn nicht schon 1998, 99.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, ja. Von den Zusammenhängen NSU mit diesen Dingen wissen wir seit 2011. Die Ermittlungen in Banküberfällen, wegen Banküberfällen und die Ermittlungen wegen der Mordserie - darüber ist ja schon gesprochen worden - sind durch die Polizei vorgenommen worden. Von den Zusammenhängen mit einer rechtsextremistischen Terrorzelle wissen wir - ich wiederhole mich - seit Mitte November 2011. Und Ihre Frage war: Haben Sie denn nicht mal mit Ihren Mitarbeitern darüber geredet? - So habe ich Sie verstanden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie da ja noch gar nicht im Amt waren, ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Diese Gelegenheit, jetzt gezielt die Herrschaften, die Mitarbeiter, zusammenzuholen und mit ihnen darüber zu reden, habe ich bisher noch nicht genommen. Vielmehr ist mir in vielfacher Weise berichtet worden auf Anforderung, und es hat natürlich bei allen möglichen Gelegenheiten auch immer mal Gespräche gegeben über Einzelpunkte und Einzelfragen. In der Zeit - ich will nicht jammern -, aber in der Zeit seit Mitte November bis heute haben wir ja auch mehrere Stunden miteinander verbracht, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gemütlich.

**Zeuge Heinz Fromm:** - und die Zeit der Vorbereitung der Treffen mit Ihnen muss man dann auch noch hinzurechnen, und es gibt auch noch andere, die Bedarf hatten an meiner Gesellschaft. Das wiederum bedeutet, ich war - ich kann es jetzt nicht genau sagen, aber ich denke mal - von November bis heute vielleicht 20 Prozent meiner Zeit in Köln und 80 Prozent in Berlin.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sind nicht dazu gekommen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich bin nicht dazu gekommen, will ich damit sagen, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte gern noch eine Frage stellen, ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** - wengleich, wie gesagt, immer auch Gespräche stattgefunden haben bei allen möglichen Gelegenheiten. Das war aber nicht systematisch angelegt, sondern dem Zufall überlassen, sodass ich damit nicht dienen kann. - Das ist eine gute Idee. Das hätte ich tun können. Aber es war einfach nicht die Gelegenheit.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Jetzt habe ich die zweite Frage.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, bitte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als Sie dann im Amt waren, ab 2000, wurden irgendwann die Ermittlungen der Polizei und offenbar auch des Verfassungsschutzes in Thüringen eingestellt, weil man der Meinung war, mindestens bei der Polizei: Die Sachen sind verjährt, da brauchen wir uns nicht mehr drum zu kümmern; fünf Jahre sind rum. - Man kann darüber streiten, ob das so ist.

Aber nun wussten Sie ja: Die ganze Szene ist eigentlich so gefährlich, dass wir da so die Operation „Rennsteig“ sogar eingeleitet haben mit einer riesigen Man- und Womanpower und finanziellem Aufwand und so, also eine gefährliche Gegend. Und dann wussten Sie, dass die im Untergrund sind, drei, die jedenfalls wegen Sprengstoffdelikten gesucht werden, wegen Bombenbasteln. War da nicht für Sie, jetzt auch als Person und als Bundesamt - gerade fing Ihre Aufgabe eigentlich richtig an, die Polizei macht nicht mehr weiter, weil sie sagt, verjährt - - aber Sie müssen doch Bestrebungen, möglicherweise gewaltsame Bestrebungen mit Bombenbasteln und so gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und, und, und, was alles im Gesetz steht - - Musste da nicht Ihre Arbeit anfangen und nicht enden 2003, dass Sie sagen: „So, jetzt nehmen wir

uns mal dieser ganzen Szene besonders an, weil die anderen tun es ja nicht mehr“?

**Zeuge Heinz Fromm:** Sie fragen mich persönlich?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Zeuge Heinz Fromm:** Sie fragen mich persönlich?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, Sie persönlich und Ihr Amt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Denn da waren Sie ja im Amt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Zunächst einmal, was mich persönlich betrifft, habe ich ja vorhin schon gesagt: Ich konnte mich, als das im November letzten Jahres bekannt wurde, an die drei Namen nicht erinnern. Ich konnte mich auch nicht an diese intensive Nachsuche erinnern.

Meine Erklärung dafür ist - das können Sie möglicherweise nachvollziehen, wenn Sie die Chronologie sich anschauen -, dass nach meinem Amtsantritt keine wirklich wertigen Informationen mehr gekommen sind aus dem Bereich Trio, aus der Nachsuche nach dem Trio. Alles, was danach angefallen ist an nachrichtendienstlichen Informationen, haben wir erst im November, das BfV und damit ich, 2011 gehört. Das ist meine Erklärung dafür, dass ich mich letztes Jahr daran nicht mehr erinnern konnte und an die - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ist es deshalb richtig - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, denken Sie an die Zeit.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letzte Frage: Ist es deshalb richtig, dass Sie nach 2003, das Bundesamt für Verfassungsschutz und Sie persönlich, Richtung Thüringen, rechtsextremistische Szene Thüringen, die Ihnen so viel

Arbeit wert war, nichts mehr getan haben, bis die dann aufgefliegen sind?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das kann man so nicht sagen, Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie denn da noch gemacht?

**Zeuge Heinz Fromm:** Die Zusammenarbeit mit Thüringen ist natürlich fortgesetzt worden. Es hat natürlich weitere Unterstützungen gegeben auch in den Folgejahren, etwa durch Quellenwerbung; selbstverständlich. Die Zusammenarbeit ist fortgesetzt worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danach haben Sie noch Quellen geworben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, es sind Bemühungen auch weiterhin unternommen worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach 2003?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja. Interessant!

**Zeuge Heinz Fromm:** Aber nicht im Zusammenhang mit der Suche nach den Flüchtigen, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, mit Rechtsextremen.

**Zeuge Heinz Fromm:** - sondern zur Aufklärung der rechtsextremistischen Szene in Thüringen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Das ist eine permanente Aufgabe. Immer, wenn wir merken

und unsere Auswertung uns sagt, die Zugangslage ist unzureichend, dann werden Quellen geworben. Das gilt auch für andere Länder. Starke Landesämter können das alleine, etwas schwächere, wie auch die in den 90er-Jahren noch im Aufbau befindlichen, insbesondere, nutzen die Unterstützung durch das BfV.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Damit sind wir am Ende der zweiten Berliner Runde. Wir machen eine dritte, Herr Fromm, aber erst nach einer Pause. - Ich würde vorschlagen, jetzt nicht eine ganze Stunde zu pausieren, sondern bis 17.30 Uhr, wenn Sie damit prinzipiell einverstanden sind. - Dann halten wir das so fest.

Herr Wolff hat noch eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung, oder?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich wollte gerade fragen, weil wir jetzt einige Punkte hatten, die eingestuft vielleicht gefragt werden sollten, ob wir die zu Beginn der Fortsetzung erst mal eingestuft nach der Pause weitermachen. Wir müssen ja auch den Raum wechseln, wenn ich richtig informiert bin. Vielleicht wäre das zu überlegen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, dann würde ich aber doch eher vorschlagen, um 17.30 Uhr die öffentliche Zeugenvernehmung hier im Raum fortzusetzen - dann weiß auch die Öffentlichkeit, wo sie uns wann findet -, und dass wir dann bei Bedarf - Sie haben es ja angekündigt - den Raum wechseln und in eine abhörsichere Lokalität innerhalb des Hauses uns begeben. Das fände ich sinnvoller, als jetzt sozusagen 17.30 Uhr andernorts zu tagen und dann wieder herzukommen. - Gut, dann ist die Zeugenvernehmung bis 17.30 Uhr ausgesetzt.

(Unterbrechung des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung, Öffentlich:  
16.50 - Folgen Pause und  
Beratungssitzung)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung, Öffentlich:  
17.53 Uhr)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, Platz zu nehmen.

Wir setzen die öffentliche Zeugenvernehmung fort.

#### **Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Heinz Fromm**

Herr Fromm, ich weiß nicht, ob Sie es registriert haben: Ich habe gerade eben als Ergebnis der Beratungssitzung draußen vor den Medienvertretern erklärt, dass Spekulationen keinerlei Grundlage haben, dass seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Rahmen der Operation „Rennsteig“ Frau Zschäpe geworben werden sollte.

Vielleicht können Sie kurz was dazu sagen, ob sich das auch mit Ihrer Einschätzung deckt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir hatten ja gesagt, das sollte geklärt werden.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das deckt sich. Gut.

Dann haben wir jetzt eine neue Berliner Runde. Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Hat noch jemand Fragen? - Herr Schipanski, bitte.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Herr Fromm, ich habe eine kleine, kurze konkrete Frage noch. Sie haben vorhin immer von dem Informationsfluss von den Landesämtern zum Bundesamt gesprochen. Gibt es da denn in Ihrer Einschätzung - Sie kennen ja nun eigentlich alle Bundesländer - regionale Unterschiede? Wenn man jetzt auch mal speziell Thüringen betrachtet: Waren die besonders fleißig, waren die besonders zurückhaltend, was den Informationsaustausch angeht? Wie schätzen Sie das ein?

**Zeuge Heinz Fromm:** Da gibt es prinzipiell keine Unterschiede. In der Vergangenheit - ich habe versucht, das zu beschreiben - war es so, dass die Länder über mehr oder weniger viele Informationen aus den unterschiedlichen Phänomenbereichen verfügt haben, und sie haben die Dinge, von denen sie glaubten - so kann man das, glaube ich, beschreiben -, dass sie nur für das Land von Interesse sind, nicht weitergegeben. Das war und ist partiell noch die Praxis.

Nun sind die Landesämter unterschiedlich ausgestattet, und von daher ist der Informationsanfall auch eben entsprechend unterschiedlich. Ich hatte vorhin auch gesagt: Die Ämter in den neuen Ländern hatten sicher in der Aufbauphase - und das ist bis heute hin und wieder noch zu bemerken - Schwierigkeiten, einfach weil sie recht klein sind. Es gibt allerdings auch kleine westdeutsche Ämter. Das heißt, je weniger ich an Ressourcen zur Verfügung habe, desto weniger Informationen kann ich auch generieren. Das wirkt sich natürlich auf die Quantität aus. Aber im Prinzip unterscheidet sich das nicht, weil sich alle legitimerweise, legalerweise an dem § 5 orientieren und sagen: Das, was aus unserer Sicht, aus Ländersicht, der Bund nicht braucht, bekommt er auch nicht. - Das gilt insbesondere für quellengeschützte Informationen, wo man natürlich immer besorgt ist, im Interesse des Quellenschutzes nicht zu viel zu sagen, um Quellen nicht identifizierbar zu machen.

Wir hatten - das ist Gott sei Dank einige Jahre vorbei; das will ich ergänzend noch hinzufügen - Landesämter - zum Schluss war es nur noch eines -, die sich prinzipiell geweigert haben, dem BfV Rohinformationen zu liefern, also etwa - Sie können mit dem Begriff mittlerweile was anfangen - Deckblattmeldungen, sondern immer nur die Bewertungen. Das ist Gott sei Dank seit geraumer Zeit vorbei.

Mit diesem Zustand haben die Verfassungsschutzbehörden 60 Jahre gelebt, und in den Bereichen islamistischer Terrorismus und jetzt auch Rechtsextremismus hat sich die Situation, wie ich finde, entscheidend verbessert; beim Rechtsextremismus üben wir noch ein bisschen, aber beim islamistischen Terrorismus funktioniert das sehr gut. Wir haben ein aktuelles, komplettes Bild über die Informationen, die vorliegen. Das hilft sehr, und ich wünsche mir - auch das habe ich schon gesagt -, dass das auch gesetzlich fundiert wird, falls das so möglich sein sollte.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Welches Bundesland oder welches Landesamt war das denn gewesen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das war das Land Nordrhein-Westfalen.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): NRW, danke. - Ich dürfte vielleicht im Anschluss an diese Frage oder anknüpfend sagen: Das

Landesamt Thüringen - - Die haben einen Untersuchungsausschuss dort; wir streifen das hier hin und wieder auch. Sie kennen den Schäfer-Bericht. Sie würden also die Einschätzung teilen, oder kann man Sie so verstehen, dass die Zusammenarbeit mit dem Landesamt Thüringen genauso reibungslos lief wie mit den anderen Landesämtern auch?

**Zeuge Heinz Fromm:** Im Prinzip, ja, weil sich alle an derselben Praxis oder an derselben Vorschrift orientiert haben und das alles so praktiziert haben. Ob es da phasenweise mal zu vielleicht etwas geringerem Zulauf gekommen ist, das kann ich nicht beurteilen. Mag sein, dass die Informationsübermittlung in der ersten Phase der Suche nach den Flüchtigen doch ein wenig spärlich war. So kommt es mir vor; aber das will ich nicht abschließend beurteilen. Es scheint mir - ich hatte das vorhin an einem Beispiel gesagt, einer Quellenmeldung über Herrn Wohlleben -, dass an der Stelle man sich sehr zurückhaltend gegeben hat.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Danke. - Der Kollege Schuster würde weiterfragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte, Herr Schuster.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Herr Fromm, habe ich es richtig verstanden: Wenn wir den Fallkomplex anfangen 1996 ff., dass wir dann im BfV gar nicht so fündig werden zur Rechtsextremismusalage seinerzeit, weil die Landesämter Sie weitgehend blockiert haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, das will ich so nicht sagen. Die Länder haben grundsätzlich die Informationen geliefert, die es ermöglichen haben, ein Bild zu zeichnen für die Situation in der Bundesrepublik. Das können Sie in den Verfassungsschutzberichten des Bundes auch so nachvollziehen. Wenn man allerdings den Anspruch hat, auch Dinge, die nicht auf den ersten und nicht auf den zweiten Blick erkennbar sind, auch zu sehen, dann braucht man alle Informationen - alle Informationen - und nicht nur die, die ausgewählt werden.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Das ist ja trotzdem eine interessante Aussage. Also, ich habe die Verfassungsschutzberichte bisher so gelesen, weil ich dachte, Sie hätten da alles. Und wenn wir in die Jahre 96 ff. zurückgehen, wird das ein interessanter Aspekt sein: Was konnte das BfV eigentlich erkennen aufgrund der vorliegenden Informationen, die Sie bekommen haben?

Ich will noch mal auf die Frage § 12 Bundesverfassungsschutzgesetz kommen, weil Sie sehr offen gesagt haben, dass man zumindest in der Abteilung Beschaffung relativ lax damit umgegangen ist. Können Sie ausschließen, dass das in den anderen Abteilungen auch so war? Also, ich spreche speziell mal von der Auswertung.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ausschließen will ich im Moment zu 100 Prozent gar nichts. Die Erfahrungen der letzten Tage lassen mich vorsichtig sein, was solche Aussagen angeht.

Aber ich habe überhaupt keinen Grund zu der Annahme, dass das im Bereich der Auswertung nicht ordnungsgemäß erledigt wird. Ich hatte beschrieben, wie es in der Beschaffung gelaufen ist, dass man der Meinung war, auch aufgrund einer unklaren Verwaltungsvorschrift, man müsse gar nicht. Das habe ich dann in der Praxis - - Ich habe eine Änderung in der Praxis veranlasst, die nun auch aufgrund dieser neuen Praxis ihren Niederschlag in dieser Verwaltungsvorschrift gefunden hat. Das heißt, dort ist klaggestellt, dass auch für die Beschaffung das Gesetz gilt.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Jetzt diskutieren wir ja schon seit längerem im Deutschen Bundestag und in der Öffentlichkeit darüber, ob Informationen, die in Ihrer Behörde gesammelt werden, zu Recht gesammelt werden und vor allen Dingen gespeichert. Da ist ja eine besondere Sensibilität da.

Können Sie sich vorstellen, dass es Beamte insbesondere in der Abteilung Beschaffung gibt, die mit dieser sehr starken medialen Aufmerksamkeit, die sie jetzt auch über den Fall NSU bekommen haben, die Sorge hatten, dass es auffallen könnte, wie viele Akten bei ihnen gespeichert sind und es eigentlich nach § 12 gar nicht sein dürften, und deshalb eine, ich nenne das mal: Aktensäuberungsaktion stattgefunden hat?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich glaube eher das Gegenteil. Ich glaube - ich glaube, ich weiß es nicht -, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind durch diese aktuellen Dinge sehr sensibilisiert und werden sehr genau hinschauen, was sie tun, welche Akten sie vernichten. Und ich glaube auch - das wird auch sicher noch zu erörtern sein -, dass die Vorgesetzten jedenfalls grundsätzlich eingebunden werden.

Wir sind im Moment dabei, zu überlegen, ob wir die Kompetenzen im Bereich der Aktenvernichtung verändern. Bisher war es so, dass die Referatsleiter zuständig waren für die Anordnung der Vernichtung. Die Frage, die sich jetzt stellt - und daran wird gearbeitet -, ist: Ist es auch aus arbeitsökonomischen Gründen vertretbar, das ein wenig höher in der Hierarchie anzuhängen? Man muss sehen, das sind eine Menge Fälle, die da aufkommen, und man kann Führungspersonen nicht mit solchen Routinesachen ständig beschäftigen, wenn man nicht verhindern will, dass sie sich ihrer eigentlichen Aufgabe, nämlich ihre Organisationseinheit zu führen, widmen.

Daran arbeiten wir im Augenblick auch, ausgelöst oder vor allem ausgelöst jetzt durch die aktuelle Situation.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ich habe zu dem Umstand noch eine letzte Frage - das verstehe ich nämlich nicht; das habe ich auch heute Morgen nicht verstanden beim Referatsleiter -: Wenn ich mir die Schilderungen anschau, wie bei Ihnen der Ablauf zwischen Auswertung und Beschaffung ist, dann erscheint es mir als Laie so, als dass die eigentlich fallführende Einheit die Auswertung sein müsste, weil sie sich mit Analyse, Bewertung beschäftigt und eventuell operativ Dinge veranlasst.

**Zeuge Heinz Fromm:** So ist es.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Und dann ist die Beschaffung Lieferant.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wenn das so ist, warum entscheidet dann der Lieferant darüber, wann solche Informationen vernichtet werden, und warum sprechen wir hier so wenig über die Aus-

wertung? Das wundert mich, weil eigentlich ist die Auswertung - - Also, mich drängt jetzt vor allem nach heute Morgen unheimlich, mal einen von der Auswertung da sitzen zu haben, der uns mal erklärt, warum man von der BAO „Bosporus“ - - warum man das Trio, warum man dieses und jenes nicht erkannt hat, warum dann keine Beschaffungsaufträge an die Beschaffung gingen in Richtung Böhnhardt usw. Das wundert mich sowieso. Aber was mich ganz stark wundert, ist, dass dann der Lieferant Beschaffung einfach Akten löschen kann, ohne Rücksprache zu halten mit der Intelligence-Abteilung Auswertung. Das ist mir unklar.

**Zeuge Heinz Fromm:** Zunächst mal haben Sie recht: Die Auswertung steuert die Beschaffung. Das ist ein ganz alter und eherner Grundsatz - der gilt selbstverständlich -, weil die Auswertung feststellen kann: „Wo brauchen wir Informationen? An welcher Stelle müssen wir nachfassen? Wo müssen wir möglicherweise die Informationslage verbessern“, und steuert dementsprechende Aufträge an die Beschaffung, die das dann umsetzt, berichtet. Und dann guckt man: Ist es besser geworden oder nicht?

Die Frage der Aktenvernichtung, -löschung, kann man damit, glaube ich, nicht verknüpfen, weil das, was in den Akten der Beschaffung ist an sachlichem Gehalt, der Auswertung sowieso vorliegt. Das war ja auch der Grund dafür, dass wir in der Lage waren, die vernichteten Akten zum erheblichen Teil zu rekonstruieren, weil die Zulieferungen aus der Beschaffung dort in den Akten sich befinden, vernichtet in den paar Fällen, aber eben auch in den Auswertungsakten. Sonst würde das ja alles gar keinen Sinn machen. Jede Organisationseinheit hat eigenverantwortlich zu prüfen, ob Fristen abgelaufen sind und ob entsprechende Konsequenzen zu ziehen sind.

Ich glaube, das ist kein grundsätzliches Problem. Es war in der Vergangenheit - wie ich ja erwähnt habe - sowieso kein grundsätzliches Problem, weil die Beschaffung der Meinung war, sie müssten ihre Akten gar nicht vernichten. Und die Vorschrift, die Verwaltungsvorschrift war missverständlich an der Stelle.

Ich bitte um Nachsicht, wenn ich so ein bisschen in diese Details gehe. Aber ich denke, das sollte ich tun auf Ihre Frage hin.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Letzte Frage: Können wir davon ausgehen, dass wir jetzt bei dem, was wir an Akten hier vorliegen haben, auch alle Auswertungsinformationen haben, oder haben wir die Informationen vollständig von der Beschaffung respektive dem, was man jetzt nachrekonstruieren musste? Worüber verfügen wir hier? Sind das die Informationen der Beschaffung oder der Auswertung?

**Zeuge Heinz Fromm:** Es sind die Informationen der Beschaffung, die an die Auswertung gegangen sind - und jetzt gewissermaßen als Kopie zum Zwecke der Rekonstruktion wieder zurück. Es sind ja Beschaffungsakten rekonstruiert worden. Die Auswertungsakten haben ja in der ganzen Diskussion jetzt und bei den Fragen, die gestellt worden sind, keine Rolle gespielt. Es ist der Versuch - ich denke, weitgehend erfolgreich - unternommen worden, die vernichteten Akten zu rekonstruieren, unter anderem mithilfe der Auswertungsakten.

Ich will es jetzt nicht zu kompliziert machen: Es gab auch noch eine Sachakte in der Beschaffung, in der sich auch einiges befindet. Wenn Sie es sich angeguckt haben, werden Sie es nachvollziehen können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Winkelmeier-Becker hat noch Fragen. - Bitte.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Ich würde auch gern noch mal die Gelegenheit nutzen, an den *BfV Spezial* Nr. 21 anzuknüpfen; das hatten wir heute schon mal kurz.

Ich muss vorweg sagen: Für mich ist es doch sehr erstaunlich - und ich würde da doch noch mal um eine Erklärung bitten -, wie es sein kann, dass da eigentlich genau der Fall vorhergesehen wird oder formuliert wird, dass man aus dem rechten Spektrum gerade auch mit Brandanschlägen oder Sprengstoffanschlägen zu rechnen hätte, und dann praktisch zeitgleich zum Erscheinen dieses *BfV Spezial* passiert so etwas, und niemand kommt auf die Idee, dass das genau dieser Fall jetzt in der Realität ist, den man sich da vorher auch ausgedacht hat oder den man hat kommen sehen.

Von daher meine Frage: An welchen Adressatenkreis richtet sich diese Publikation? Wer liest das eigentlich?

**Zeuge Heinz Fromm:** Es gibt zwei Versionen, oder es hat zwei Versionen gegeben. Die eine hoch eingestuft, weil eben auch Quellenerkenntnisse eingegangen sind und beschrieben werden im nachrichtendienstlichen Bereich. Also, die Verfassungsschutzbehörden, der MAD und - ich weiß nicht, ich glaube - auch der BND - ich müsste nachsehen - haben das bekommen und, soweit ich weiß - das müsste ich aber nachschauen; ich bin ziemlich sicher -, auch unsere Aufsichtsbehörde. Das ist jedenfalls der übliche Verteiler.

Die heruntergestufte Version, die bereinigt ist um Quellenerkenntnisse, die ist, glaube ich, auf der niedrigsten Verschluss-sachenstufe nFD, die geht dann auch an die Polizei, an die Polizeibehörden, also BKA, Landeskriminalämter, ich glaube, auch Bundespolizei.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):** Also müssten das die Kölner eigentlich auch gehabt haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich weiß jetzt - - Sie haben es offenbar vor sich liegen. Ich kann jetzt das Datum nicht - - Diesen Zusammenhang habe ich jetzt - -

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):** Das ist aus Juli 2004, und der Anschlag in Köln war im Juni, also einen Monat zuvor. Wenn man das dann so auf den Tisch bekommt und liest, dann müsste man ja eigentlich so einen Aha-Effekt haben und denken: Ja, Moment mal, genau so was haben wir doch hier gerade. Und könnte das nicht doch auch dafür sprechen, in die Richtung noch mal weiter zu ermitteln?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, ich weiß nicht, ob man diesen konkreten Zeitbezug wirklich herstellen kann. Es müsste noch einmal genau geschaut werden, wann diese Dinge an die Polizei gegangen sind. Das kann ich im Moment nicht sagen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):** Also, Erscheinungsdatum oder jedenfalls der Ermittlungszeitraum ist bis Mitte 2004, und das Datum des Anschlags in Köln ist ja bekannt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Es kommt darauf an, wann das Papier gewissermaßen die

Empfänger, die Sie ansprechen, erreicht hatte. Das kann ich Ihnen im Moment, weil ich die Akten nicht dabei habe, nicht genau beantworten.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):** Okay. - In der Zusammenfassung, auch vorne, vorab, lobt sich das Bundesamt für Verfassungsschutz -

**Zeuge Heinz Fromm:** Das machen wir sehr gern, ja.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):** - ein Stück weit und meint also,

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil es sonst niemand tut!)

dass die Exekutivmaßnahmen in der Zeit davor doch dazu beigetragen haben, dass nichts mehr passiert ist im rechten Spektrum. Kann es sein, dass man da nicht so ganz objektiv war, sondern sich auch seine eigene schöne Bilanz nicht verderben wollte?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das war die Überzeugung damals, zumal es eine ganze Reihe von Fällen gegeben hat im Bereich des militanten Rechtsextremismus, die unter anderem auch mithilfe des Bundesamtes für Verfassungsschutz aufgeklärt werden konnten. Von daher ist das Selbstbewusstsein nicht ganz unbegründet gewesen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU):** Na ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Sie merken, ich mache das sogar hier.

Wenn Sie sagen, dort würde genau das beschrieben, was dann passiert ist, dann kann ich dem nicht folgen. Es ist nicht ganz so beschrieben. Ich habe auch versucht, das deutlich zu machen. Wir haben es hier mit einer sehr besonderen Konstellation zu tun: Illegale - Illegale -, die einen Sprengstoffanschlag verüben, der in der Tat - auch darüber haben wir ja schon heute gesprochen - die Vermutung nahelegte, dass es einen rechtsextremistischen Hintergrund haben konnte. Aber von Illegalen waren wir eben gerade nicht ausgegangen.

Die Zitate, die ich eingangs heute früh, heute Mittag gebracht habe, sollten zeigen, dass man bei der Bewertung eben gerade nicht davon ausgegangen ist, dass es eine

illegale Zelle, vergleichbar etwa mit der RAF, im Rechtsextremismus gab. Davon war man gerade nicht ausgegangen. Die Antwort auf die Frage: „Hat der Minister Beckstein recht, wenn er von einer braunen RAF spricht?“ war ja: Nein, das können wir nicht erkennen, weil verschiedene Merkmale fehlen, soweit wir das sehen. - Und da, an der Stelle, da haben wir falsch gelegen, wie wir heute leider wissen.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Jetzt fragen wir uns ja auch durch die verschiedenen Aussagen auf Vernehmungen hin - - Über die ganze Bundesrepublik verteilt stellen wir fest, dass man sich sehr schwergetan hat, die Gefahr richtig einzuschätzen aus dem rechtsextremen Bereich. Es kam mal hier und da als Hypothese vor; aber es ist eigentlich nie wirklich verfolgt worden, und alle gingen davon aus: Wir haben ja keine Anhaltspunkte, und die Lage ist halt nicht so.

Ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass es hier so einen Pingpong-Effekt gegeben hat zwischen den Polizeibehörden und dem Bundesamt für Verfassungsschutz. Das Bundesamt für Verfassungsschutz sagt: Wir haben keine Bedrohungslage.

**Zeuge Heinz Fromm:** Doch.

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Es gibt nur so ein paar Feierabend-Terroristen, die höchstens so im Nebenengagement irgendwie vielleicht das System kritisieren; deshalb ist da nichts zu erwarten. - Das wirkt dann wieder zurück auf die ermittelnden Behörden, die sagen: Wir haben keine Anhaltspunkte, und allgemein ist die Lage ja auch nicht so, dass wir darauf achten müssten. Also, dass sich das so gegenseitig bestärkt hat: Die einen gucken nicht richtig, weil sie von der anderen Behörde hören, es gibt auch nichts, und die andere Behörde, also das Bundesamt für Verfassungsschutz, macht eben auch nichts, weil man ja auch nicht erkennt, dass eben Taten aus dem Spektrum auch tatsächlich passieren.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich kann das nicht ganz bestätigen, so wie Sie das formulieren. Noch mal: Die Verfassungsschutzberichte des Bundes über all die Jahre weisen ganz eindeutig aus, dass die Gefahr gesehen wurde, dass sich kleine, kleinste Gruppen auch dazu entschließen könnten, schwere Terroranschläge zu verüben, dass es aber in

der Neonaziszene insgesamt - nicht aus pazifistischen Gründen, sondern aus taktischen Gründen - keinen Trend gibt, den bewaffneten Kampf aufzunehmen. Aber die Gefahr - das hat sich ja auch realisiert in dem Fall der „Kameradschaft Süd“ -, dass es terroristische Anschläge geben könnte aus der Neonaziszene heraus, die ist schon gesehen worden. Was nicht gesehen worden ist, ist, dass es eine solche offenbar abgeschottete illegale Zelle gab, die das verübt. Und die Schlussfolgerung daraus war: Wenn es, wie in dem Fall der „Kameradschaft Süd“ zu einem Anschlagsvorhaben von nicht in der Illegalität lebenden Leuten kommt, werden wir das mitkriegen.

Bei dieser Konstellation - bin ich sehr sicher - hätten wir es auch mitbekommen, so wie der bayerische Verfassungsschutz das mitbekommen hat im Fall der „Kameradschaft Süd“. Also, man muss das sehr genau differenzieren; darauf muss ich Wert legen.

Was nicht gesehen worden ist, ist, dass es illegale gibt, die Zellen bilden und dann ohne Umfeld, was man immer als Voraussetzung angesehen hat, oder ohne erkennbares Umfeld solche Straftaten verüben. Also, es tut mir leid, wenn ich das so korrigieren muss. Aber ich darf - -

**Elisabeth Winkelmeier-Becker** (CDU/CSU): Okay. Jedenfalls die Täter haben es nicht gelesen, sonst hätten sie sich vielleicht dran gehalten. - Vielen Dank.

**Zeuge Heinz Fromm:** Das habe ich gesagt, ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das stimmt, hat er gesagt, ja. - Das Fragerecht geht zur SPD-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Rix.

**Sönke Rix** (SPD): Herzlichen Dank. - Vielleicht mal daran direkt anknüpfend: Sie haben gesagt - das stimmt ja auch -, in den Verfassungsschutzberichten haben Sie häufiger auch ausgeführt, dass die Gefahr schon besteht, dass es kleinere Gruppen geben könnte, die also gewaltbereiter werden könnten, als sie es jetzt sind, und vielleicht auch zu terroristischen Taten in der Lage wären - oder sie können sich in diese Lage versetzen. Was sind denn da die ausschlaggebenden Punkte gewesen, dass Sie zu dieser Auffassung gekommen sind? Das hat ja Gründe gehabt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja. Ich hatte vorhin gesagt, bei der Betrachtung der Gegenwart und auch bei den Prognosen, die wir anstellen - eine Gefährdungseinschätzung hat auch immer ein prognostisches Element -, orientieren wir uns - das ist auch notwendig - an dem, was wir kennen, an den Erfahrungen, die wir gemacht haben. Die Erfahrungen aus den 80er-, aber dann vor allem auch aus den 90er-Jahren waren, dass es aus dem Bereich der rechtsextremistischen Szene Terroranschläge gegeben hat, die nicht immer Personenschäden verursacht haben, die aber eindeutig terroristische Züge trugen. Denken Sie an den Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken im Jahr 1999. Denken Sie an den Sprengstoffanschlag auf das Grab des früheren Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Galinski, hier in Berlin. Denken Sie an den Mordanschlag von Kay Diesner auf einen Buchhändler hier in Berlin. Die Reihe könnte noch fortgesetzt werden.

Und die alten Erfahrungen aus den 80er-Jahren, die aus dem Blick der Öffentlichkeit ja auch verschwunden waren - mit Ausnahme vielleicht des Oktoberfest-Anschlags -, waren sozusagen die Folie bzw. waren der Erfahrungshintergrund für diese Einschätzung. Die Einschätzung hat sich ja dann auch bestätigt noch mal im Fall der „Kameradschaft Süd“. Das haben wir jederzeit für möglich gehalten, waren aber zuversichtlich, dass wir dieses würden erkennen können, insbesondere auch über menschliche Quellen, die in der Szene waren.

Deswegen haben wir uns auch sehr stark bemüht gerade Ende der 90er-Jahre, die Zugangslage speziell in den neuen Ländern zu verbessern, weil wir gesagt haben: Die Gefahr ist sehr virulent, dass da was passiert. Also müssen wir sehen, dass wir nach Möglichkeit das im Ansatz mitbekommen, dann natürlich das entsprechend weitergeben.

**Sönke Rix (SPD):** Nun sind die Schritte so ja nicht besonders groß, sage ich mal, wenn man schon zu - ich sage mal - kleineren terroristischen Taten in der Lage ist oder sich da hingezogen fühlt, dass denn auch etwas mehr passieren kann. Dennoch sagen Sie immer, und auch die anderen Fachleute sagen immer: Aber diesen Schritt, der für mich gar nicht mehr so groß ist, aber der ja für Sie oder für Ihre Fachleute so groß gewesen sein muss, dass Sie zumindest sagen

können: Das halten wir nicht für möglich - - Wie begründen Sie das, dass Sie das für eigentlich nicht möglich gehalten haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Na ja, die Merkmale, die Merkmale von Terrorismus in der Art der RAF - also noch mal das Stichwort „braune RAF“ - waren nicht gegeben oder wurden nicht gesehen. Merkmal heißt: Illegalität und Umfeld, Unterstützermfeld. Das wurde nicht gesehen, und deswegen hat man das nicht für möglich gehalten. - Das war das eine. Und das andere: Die Ceska-Morde waren - jedenfalls was den Rechtsterrorismus in Deutschland angeht - Exekution von Leuten mit fremdenfeindlicher Motivation, rassistischer Motivation. Das war - ich hatte das eingangs versucht, zu sagen - und ist Gott sei Dank bis heute ohne Beispiel.

Es gibt - das haben wir dann jetzt im Januar noch mal untersucht - einen Fall aus den 90er-Jahren, der allerdings nicht in Deutschland spielt. Der ist ähnlich. Dabei handelt es sich aber um einen Einzeltäter, den sogenannten „Lasermann“, der Ende der 90er-Jahre eine gewisse Popularität hatte in der Neonaziszene. Da gab es T-Shirts mit so einem Laserpunkt drauf usw. Dieser Mann, ein Schwede, hat - ich glaube - in zehn oder elf Fällen mit einem Laserzielfernrohr, also mit einem Gewehr mit Laserzieleinrichtung, auf ihm völlig unbekannte, vorher völlig unbekannte Ausländer oder Menschen mit ausländischem Hintergrund in Schweden geschossen, einen dabei tödlich verletzt. Und er hat sein Leben in der Zeit durch Banküberfälle bestritten. Also insofern eine gewisse Parallelität, auch wenn er alleine tätig war, aber was die Objekte sozusagen anging, die Ziele anging, vergleichbar und die Finanzierung - Banküberfälle - auch.

Auch eine solche Konstellation ist denkbar. Auch das war vorher nicht erkannt worden. Auch solche Fälle muss man betrachten, wenn man zu einer richtigen Einschätzung der Gefährdung kommen will, also das beschreiben will, was möglich ist, was mehr oder weniger wahrscheinlich ist.

**Sönke Rix (SPD):** Nun haben wir auch „viele Experten“ - ich glaube auch, dass einige da ein bisschen übertreiben -, die gesagt haben: Nein, so was haben wir uns durchaus auch vorstellen können, dass so etwas, vielleicht nicht ganz so schlimm, aber doch so etwas möglich wäre. - Die kommen so aus der Szene, dass sie die rechte Szene beob-

achten. Nun beobachten Sie ja neben den Rechtsextremisten auch die Linksextremisten. Da kann man darüber streiten, was das ist und wie man die bezeichnet. Aber Sie beobachten ja diese Szene, und die beobachten sich ja auch gegenseitig.

Nun ist für mich noch die Frage, wie der Austausch bei Ihnen in der Behörde - sage ich mal - unter den einzelnen Abteilungen, den einzelnen Leuten stattfindet, weil da natürlich auch interessante Erkenntnisse sind. Ich habe manchmal das Gefühl, da haben Antifaschisten manchmal einen besseren Überblick über eine rechte Szene irgendwo vor Ort, als es vielleicht der Verfassungsschutz hat. Da würde mich mal interessieren, wie da der Austausch Ihrer Beobachter in Ihrem Haus ist.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das ist ja so ganz populär, das zu sagen. Das kommt immer gut.

**Sönke Rix (SPD):** Ich teile das ja auch nicht immer.

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, nein. Ich will nur sagen, es gibt ja auch aus der letzten Zeit so eine Geschichte mit einem Neonazifanzine, in dem drinstand: Wir danken für 2 000 Euro oder 2 000 Mark. - Das hat eine solche Beobachtergruppe festgestellt. Das hatte auch der Verfassungsschutz gelesen, konnte es aber nicht zuordnen. Das ist sowohl in Mecklenburg-Vorpommern ausgewertet worden und auch im BfV. Aber niemand konnte zu dem Zeitpunkt - ich glaube, es war 2002 - mit dem Kürzel „NSU“ was anfangen. Das wollte ich nur noch mal dazu sagen.

Der Austausch findet ständig statt. Der muss auch stattfinden, weil das natürlich Dinge sind, die gelegentlich miteinander zu tun haben. Das heißt, wir haben bei rechtsextremistischen Veranstaltungen nicht nur zivilgesellschaftlichen Widerstand, sondern wir haben dabei immer auch Personen darunter, die durchaus bereit und in der Lage sind, Gewalttaten gegen die Rechtsextremisten - und wenn sie das nicht können, gegen die Polizei - zu führen, sodass das Informationsaufkommen - jedenfalls aus solchen Anlässen - immer gebündelt werden muss, um auch der Polizei, wenn es geht, im Vorfeld eine Einschätzung geben zu können, worauf sie sich einzustellen hat.

**Sönke Rix (SPD):** Vielleicht noch eine letzte Frage. Ich weiß gar nicht, aber das würde mich noch mal interessieren. Wir haben ganz am Anfang über die Sicherheitsstrukturen schon mal hier diskutiert, eher abstrakt. Nun haben wir Sie als Leiter der Verfassungsschutzbehörde mal hier, und mich hat doch ein bisschen die Frage bewegt, mit welcher Ausbildung und welcher Arbeitsweise Ihre Mitarbeiter agieren. Da haben wir mal darüber diskutiert: Na ja, es sind eigentlich eher die Soziologen, Politikwissenschaftler. - Soll eigentlich eher das die Herangehensweise sein, um auch präventiv arbeiten zu können, oder sind das da eher die Juristen, die einfach nur sagen, wo eine Grenze überschritten wird, weil die eben das Recht kennen? Wie würden Sie, sage ich mal, sich zukünftig - vielleicht auch vor dem Hintergrund dessen, was passiert ist - Ihre Personalstruktur, wenn Sie sich die ganz neu erfinden könnten - - Wo würden Sie da Schwerpunkte legen, oder was würden Sie vielleicht auch ändern? Oder sagen Sie, das ist vollkommen in Ordnung, so wie es war?

**Zeuge Heinz Fromm:** Was die Mischung angeht, ist das im Prinzip in Ordnung. Sie brauchen in den Arbeitseinheiten Juristen. Das Beispiel der Aktenvernichtung zeigt das vielleicht. Auch die Frage, die immer wieder zu klären ist - was ist verhältnismäßig? - bedarf juristischer Vorbildung, wie ich meine.

Auf der anderen Seite waren möglicherweise in der Vergangenheit die Juristen etwas zu stark vertreten. Wir haben in der Zwischenzeit da eine relativ bunte Mischung von Juristen, die nach wie vor die Mehrheit im höheren Dienst bilden, mit Sozialwissenschaftlern und Politikwissenschaftlern, Islamwissenschaftlern. Das hat sich eigentlich sehr bewährt, diesen Sachverstand dabei zu haben. Ich bin da ganz guter Dinge, dass das auch sehr nützlich ist und auch nützlich sein wird. Wir müssen das sicher immer wieder austarieren, auch auf Situationen reagieren, was wir ja gemacht haben nach dem 11.09, als es um den islamwissenschaftlichen Sachverstand ging. Das ist aus meiner Sicht nicht das Problem.

Was den gehobenen Dienst angeht - wie manche sagen, das Rückgrat des Verfassungsschutzes, der Behörde -, haben wir eine eigene Ausbildung an der Fachhochschule des Bundes mit einem besonderen Teil Verfassungsschutz. Das heißt, sie werden auf die Ausbildung vorbereitet. In den

Ländern - das ist ja in den letzten Tagen auch diskutiert worden - ist es nicht so. Ich kenne es aus Hessen so, dass das Beamte waren, die die allgemeine Ausbildung für den gehobenen Dienst gemacht haben an der Fachhochschule und die dann „on the job“ gewissermaßen das nachrichtendienstliche Handwerk gelernt haben.

**Sönke Rix** (SPD): Eine letzte Frage, und zwar: Jetzt gerade in den letzten Tagen und Wochen - das wird sich auch so schnell wahrscheinlich nicht ändern, und Sie haben es ja auch schon kritisch bewertet - ist das Vertrauen, sage ich mal, der Bevölkerung, der Öffentlichkeit und auch im politischen Raum natürlich jetzt, sage ich mal, ganz stark beschädigt zum Bundesamt für Verfassungsschutz. Die einen diskutieren, ob man es überhaupt noch braucht, die anderen sagen: Da muss es eine grundlegende Veränderung geben. Alles auf den Prüfstand.

Eine letzte Einschätzung von Ihnen: Wie wollen Sie denn Vertrauen für die doch wichtige Aufgabe Verfassungsschutz - - Ich sage jetzt nur mal als Aufgabe. Vielleicht können Sie in ein paar Sätzen skizzieren, wie Sie die wiederherstellen würden.

**Zeuge Heinz Fromm**: Das wird sehr schwer. Das wird sehr schwer, wenn man das realistisch betrachtet. Wir haben ja auch Lasten aus der Vergangenheit, und wir können die nur schwer kompensieren. Anders als andere Behörden ist es schwer, Erfolge öffentlich zu demonstrieren. Gleichwohl ist ein Rest an Selbstbewusstsein, wie Sie ja festgestellt haben, immer noch vorhanden, und ich bin ganz zuversichtlich, dass gerade die jüngeren Leute, die neue Generation, das auch so schnell nicht verlieren wird.

Aber es ist schwer, das wiederherzustellen, wenn es überhaupt geht. Das wird ein Ereignis sein, was sich sozusagen im öffentlichen Bewusstsein festsetzt und was dann immer wieder vorgehalten werden wird. Das ist ja immer wieder festzustellen. Das beginnt dann bei dem ersten Präsidenten des Amtes und geht über die Affäre „Traube“. Ich will das nicht alles aufzählen. Und das wird ein weiteres Ereignis sein auf dieser Liste.

Es ist, wie gesagt, auch durch Zeitablauf und durch - wie soll ich sagen? - Ausbleiben solcher besonderen Vorkommnisse nicht möglich, das sozusagen in Vergessenheit geraten zu lassen. Das darf uns aber nicht daran hindern, unsere Arbeit so gut es geht

weiterzumachen. Das ist nun so; damit muss man umgehen. Natürlich spielt auch das Ergebnis Ihrer Arbeit oder wird das Ergebnis Ihrer Arbeit und die Konsequenzen daraus eine besondere Rolle spielen.

**Sönke Rix** (SPD): Danke schön.

**Vorsitzender Sebastian Edathy**: Das ist ja eine Punktlandung, Herr Rix. Hat die FDP noch Fragen? - Herr Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Fromm, aus den verschiedenen IGR-Sitzungen von 1997, wenn ich mir die so anschau: Da war ja auch regelmäßig - Sie sagten es zum Teil schon - ein Lagebericht Rechtsextremismus. Mir fällt auf, dass das BfV fast immer vor der rechten Gefahr gewarnt hat, sogar hin bis zu rechtsterroristischen Bedrohungen im Jahr 2001. Das BKA dagegen hat vielfach - na ja, ich sage es mal in meinen Worten und vielleicht ein bisschen salopp - abgewiegelt: Wir sehen das anders; da verfestigt sich nichts; das BfV übertreibt. - Den Eindruck gewinnt man aus der Akte MAT A BMI-32, Seite 165 (?). Wie kam es Ihrer Meinung nach zu solchen unterschiedlichen Einschätzungen auch über die Jahre hinweg?

**Zeuge Heinz Fromm**: Kann ich Ihnen nicht wirklich überzeugend beantworten, fürchte ich. Es ist aufgrund der unterschiedlichen Kompetenzen eine unterschiedliche Wahrnehmung. Polizei konzentriert sich auf Einzelvorgänge, auf Fallkomplexe, auf Organisationsdelikte, terroristische Vereinigungen zum Beispiel. Beim Verfassungsschutz geht der Blick mehr auf die Strömungen, auf die Strategien, auf die Bewertung dieser Strömungen und auf die Schlussfolgerungen, die sich daraus für mögliches militantes Verhalten ergeben, sodass die unterschiedliche Blickrichtung möglicherweise zu diesen Einschätzungen, verschiedenen Einschätzungen beigetragen hat. Aber ich kann es Ihnen in dem Kontext IGR jetzt nicht belegen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, oder auch im anderen Kontext. Mich interessiert: Sie haben ja auch regelmäßige Treffen mit dem BKA gehabt. Wie sahen denn die aus? Gab es da Austausch gerade auch zu den Themen? Wieso war das BKA so zurückhaltend?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das kann man gar nicht sagen. Wir haben auch gemeinsame Projekte gemacht. Zum Beispiel erinnere ich mich an ein Projekt - das ist bestimmt schon zehn Jahre her; das müsste Herr Cremer nachher präziser sagen können -, ein sogenanntes Kameradschaftsprojekt. Das heißt, wir haben unsere Informationen mit der Polizei und dem BKA zusammengetragen und geguckt: Was ist eigentlich mit den Kameradschaften? Das hatte den Grund, dass in den 90er-Jahren eine ganze Reihe von Neonazivereinen verboten worden ist und sich die Szene anders organisiert hat, nämlich in Kameradschaften, die so wenig strukturiert sind, dass Sie es mit dem Vereinsgesetz nicht schaffen, da zu intervenieren, oder nur sehr schwer. Diese Entwicklung hat dann dazu geführt, dass man sich zusammengesetzt hat, um einfach mal eine Übersicht zu bekommen: Was gibt es denn eigentlich in Deutschland, und wie sieht das aus?

Also, es hat immer wieder solche Projekte gegeben, und jetzt aktuell - ich erwähne das noch mal; darüber bin ich, wie gesagt, froh - sitzen wir sehr eng beieinander in dem Gemeinsamen Abwehrzentrum und in der Koordinierten Internetauswertung, vergleichbar mit dem Gemeinsamen Internetzentrum hier in Berlin. Da haben wir das sozusagen schon vorerprobt, und jetzt wenden wir das, diese Art, miteinander zu arbeiten und umzugehen, auch auf den Rechtsextremismus an.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn auch einen Austausch damals mit dem Militärischen Abschirmdienst? Haben Sie da eine Unterstützung, was auch die Sensibilisierung angeht?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, also was den MAD angeht: Der ist ja, wenn man so will, Bestandteil des Verfassungsschutzverbundes. Es ist ja der Verfassungsschutz der Bundeswehr, und von daher - er hat außerdem seinen Sitz in Köln - war die Zusammenarbeit immer sehr, sehr eng. Da gibt es auch keine Übermittlungsprobleme. Das heißt, wir können dort alles ohne jede Einschränkung austauschen, und das tun wir auch in beide Richtungen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Mich würde noch interessieren: Wie war denn da die Einschätzung - wie gesagt, 2001 - „rechtsterroristische Bedrohung“, die Sie damals erwähnt haben, im Bundesinnen-

ministerium? War da auch eher zu sagen: „Okay, die Verfassungsschützer, salopp gesagt, übertreiben ein bisschen“, oder wie wurde das im Bundesinnenministerium damals gesehen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, der Herausgeber des Verfassungsschutzberichtes des Bundes ist ja der Bundesinnenminister, und in den Jahren, in diesen Jahren hat das im Kern jedenfalls - ich weiß jetzt nicht mehr genau, wie das alles formuliert ist - genauso im Bundesverfassungsschutzbericht gestanden.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Fühlen Sie sich ausreichend unterstützt?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja. Ja, durchaus.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Immer?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja. Gut, es hat die Diskussion gegeben, über die wir vorhin geredet haben, über die Ausstattung und über die Frage: Müssen Ressourcen des Amtes stärker in eine bestimmte Richtung gelenkt werden, also stärker in die Terrorismusbekämpfung, und was kann man dafür tun, außer neue Stellen zu geben? Die haben wir ja auch bekommen dafür. Da ist dann versucht worden, solche Effekte zu erzielen, indem man Abteilungen zusammengelegt hat, also hier in dem Fall rechts und links zusammengelegt hat, und dadurch zum Beispiel schon mal den sogenannten Overhead eingespart hat. Wenn Sie zwei Abteilungen haben, haben Sie zweimal einen Abteilungsleiter und die Unterstützung des Stabs, sozusagen zweimal ein Berichtsreferat, und das konnte man dann zusammenfassen. Also, es hat schon einige Stellen gebracht.

Und natürlich hat das auch, wenn Sie so was tun - Personal abschmelzen in allen Bereichen -, die Folge, dass Sie in der Zeit, wo Sie reduzieren, kein neues, junges Personal dorthin geben können. Das spielt auch eine Rolle, neben den Motivationsproblemen, die da möglicherweise auch noch mit verbunden sind. Solche Diskussionen hat es also gegeben, aber die Unterstützung sonst war da, vor allem eben, was die Gefährdungseinschätzung angeht. Das ist im BMI immer - im Wesentlichen jedenfalls - nachvollzogen worden. Ich kann mich nicht daran

erinnern, dass gesagt worden ist: Das stimmt so nicht, was ihr sagt. Es gilt was anderes.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche Konsequenzen haben Sie eigentlich daraus gezogen, bzw. auch - - Ich meine, 2004 der Bombenanschlag, die schnelle Bewertung des damaligen Bundesinnenministers. Welche Konsequenzen haben Sie für sich daraus gezogen, als Sie das - beispielsweise auch diese Bewertung - gehört haben, wenn Sie mitgekriegt haben, dass also offensichtlich das Thema Rechtsterrorismus in der Zeit oder Rechtsextremismus in der Zeit jedenfalls nicht ganz vergleichbar ernst genommen wird, wie Sie es ernst genommen haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Habe ich so nicht verstanden. Für die Fachleute bei mir und auch für mich war ganz klar, dass wir gleichwohl das untersuchen müssen mit den Möglichkeiten, die wir haben. Wir haben ja dann die „Combat 18“-Vorgänge oder die Vorfälle in London, die Nagelbombe in London zum Anlass genommen, das auch eigenständig zu bewerten. Das heißt, wir haben zur Kenntnis genommen, was die Ermittlungsbehörden - auch die Politik - an ersten Ergebnissen verkündet hat. Aber das war ja nicht das Ende der Ermittlungen und schon gar nicht unserer Ermittlungen. Wir sind dem weiter nachgegangen - leider ohne Erfolg.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Herr Vorsitzender, ich weiß nicht, wie viel Zeit ich noch habe. Ich hätte eine Minute noch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 40 Sekunden.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich habe nämlich noch einen anderen Komplex. Wir sprachen schon über - der Kollege Stracke beispielsweise hat das auch dankenswerterweise angesprochen - das Thema Datenschutzbeauftragter. Deswegen würde mich da noch mal konkret interessieren - Sie sagten, es gibt einen -, welche Aufgaben, welche Aufgabendefinitionen, also auch konkret, denn der Datenschutzbeauftragte hatte. Welche Richtlinien gab es denn bei Ihnen, auch in der konkreten Umsetzung? Gab es da Arbeitsanweisungen, gab es da Vorgaben? Wie funktionierte er bei Ihnen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Wer?

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Der Datenschutzbeauftragte.

**Zeuge Heinz Fromm:** Der Datenschutzbeauftragte, das ist eine relativ kleine Organisationseinheit mit einem Juristen an der Spitze, der das seit einigen Jahr macht - man könnte fast sagen: vielen Jahren -, der ausgesprochen spezialisiert ist, der zum Beispiel die Kommunikation mit dem Bundesdatenschutzbeauftragten pflegt, also mit der Behörde dort. Da finden permanent Abstimmungen statt, Diskussionen, auch häufig kontroverse Diskussionen. Er hat die Aufgabe, wenn etwa neue Dateien kreiert werden, das zu prüfen, die Dateianordnung zu entwerfen und alle datenschutzrechtlichen Fragen zu prüfen. Das ist eine Daueraufgabe. Gerade in einem solchen Haus wie dem BfV spielt der Datenschutz, der ja gewissermaßen das gesamte Bundesgesetz durchzieht, eine ganz wesentliche Rolle.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Letzte Frage.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, bitte.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Hatte er - - Ganz konkret: Auf welcher Basisanordnung, Richtlinie oder so was hat er agiert? Gab es da eine Vorgabe, oder war das alleine die Auslegung aus dem Gesetz bzw. auch vielleicht Bundesdatenschutzgesetz?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das Bundesverfassungsschutzgesetz -

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Das meine ich.

**Zeuge Heinz Fromm:** - enthält die speziellen datenschutzrechtlichen Vorgaben als Spezialgesetz. Dafür gewissermaßen und für die Umsetzung und Beachtung ist er zuständig. Da gibt es keine besonderen Vorgaben, keine Verwaltungsvorschriften oder so was für ihn.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Kollegin Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Fromm, ich habe noch zwei Fragen. Die eine schließt an die Debatte vorhin zum Thema Nachrichtendienstliche Lage. Ich mache mir ja nicht erst seit heute darüber Gedanken, was das eigentlich heißt, wenn ein Thema in der Nachrichtendienstlichen Lage angesprochen wird, debattiert wird - sei es zum Beispiel die mögliche Spur in dem Bereich Rechtsextremismus, auch wenn das vielleicht Ihr Vizepräsident von Herrn Ziercke gehört hat, oder sei es nach dem „Blood & Honour“-Verbot. Da - habe ich dem Sprechzettel entnommen - ist sehr oft über Nachfolgestrukturen und Gefahren, die davon ausgehen, gesprochen worden. Was passiert eigentlich - ein Protokoll gibt es nicht, klar -, wenn jetzt Ihr Vizepräsident oder auch Sie aus einer solchen Nachrichtendienstlichen Lage mitnehmen: „Da entsteht ein Problem“? Wird das dann in Ihren Häusern in irgendeiner Weise ausgewertet und nachgesteuert?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, selbstverständlich.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Aha. Aber Sie können sich nicht erinnern, dass nach einer solchen Runde das Thema Spur 195 oder Einzeltätertheorie bei Ihnen im Haus in irgendeiner Weise eingespeist wird?

**Zeuge Heinz Fromm:** Die Praxis ist so, dass die da vertretenen Sicherheitsbehörden - - Also, die Leiter dieser Sicherheitsbehörden - insbesondere BND, BKA und BfV - berichten über aktuelle Dinge, aber auch durchaus gelegentlich über grundsätzliche Themen, und das wird - - Also, wenn der BND etwas berichtet, mache ich mir Notizen, oder das BKA was berichtet oder sonst wer, mache ich mir Notizen. Die nehme ich mit, und am selben Tag gebe ich das weiter. Dann gibt es eine Besprechung, und dann gibt es einen Kurzvermerk. Und diese Dinge, also diese Protokolle - sind keine Protokolle -, diese Vermerke über das, was in der Lage an Themen besprochen worden ist und was daraus an Aufträgen in das Haus geht, die haben wir durchgeschaut mit Blick jetzt nicht auf das, was das BKA erzählt hat, sondern überhaupt mit Blick auf den NSU-Komplex: Was ist in dem Zusammenhang irgendwann mal thematisiert worden, von uns oder auch von anderer Seite? Da findet sich dergleichen nicht<sup>1</sup>.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, danke schön. - Eine zweite Frage. Wir müssen ja am Ende dieses Ausschusses auch über Konsequenzen reden. Sie erinnern sich: Wir haben in den letzten Jahren immer wieder mal Debatten gehabt - insbesondere mit der Polizei, aber auch insgesamt -: Nach welchen Kriterien werden eigentlich Straftaten registriert? Wie wird eine Straftat zu einer rechtsextremen oder fremdenfeindlich motivierten Straftat? Ich will von Ihnen eigentlich nur ganz kurz wissen: Würden Sie mit dem heutigen Wissen auch die Banküberfälle, die das Trio begangen hat, und natürlich auch den Mord an Michèle Kiesewetter in das Raster „Rechtsextrem“ mit einsortieren, oder würden wir da auch wieder in den Streit der letzten Jahre verfallen: „Das eine ist deutlich fremdenfeindlich oder rechtsextrem motiviert, und das andere ist dann wieder allgemeine Kriminalität“?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, die Motivation scheint mir sehr klar zu sein. Das Bekennervideo - jedenfalls was die Morde jetzt betrifft und die Sprengstoffanschläge - ist sehr eindeutig. Ich glaube, da gibt es gar keine Zuordnungsprobleme.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, herzlichen Dank. Das genügt mir schon. Die Kollegin Wawzyniak hat noch Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, bitte. Vier Minuten noch.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Herr Fromm, Sie haben vorhin auch noch mal auf Nachfrage gesagt, dass - über die operativen Gründe reden wir ja noch - nach 99 da die Quellenwerbung nicht mehr in den Werbungsdateien sei, dass Sie das nach 99 ausschließen. Vorher hatte es etwas zu tun mit der Übertragung von Papier auf Elektronik.

Jetzt müsste ja eigentlich im Rahmen Ihrer Lösungsfristen - also nicht der gesetzlichen, sondern der angewendeten - eigentlich noch rekonstruierbar sein - weil: die 15 Jahre sind ja noch nicht um -, wenigstens über das Deckblatt der Auswertungsdateien, was es da an Quellenwerbung gegeben hat. Stimmen Sie mir da zu, und wenn ja, ist das schon veranlasst?

<sup>1</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

**Zeuge Heinz Fromm:** Das war -- Vielleicht dauert es jetzt schon ein bisschen lange. Das habe ich nicht verstanden.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Sie haben vorhin gesagt auf die Frage, dass es ja operative Gründe gegeben haben soll, dass die Quellenwerbung nicht in den Werbungsdateien vorhanden ist. Haben Sie vorhin auf Nachfrage erklärt, das hat etwas damit zu tun, dass von dem Papier auf elektronisch umgestellt worden ist. Nach 99 habe das Ihrem Wissen nach nicht mehr stattgefunden.

Jetzt ist meine Frage - wir haben lange über die Lösungsfristen der Abteilung Beschaffung geredet; das müsste ja eigentlich von dem Papier her nach Ihren Lösungsfristen noch vorhanden sein; es ist ja nun nicht übertragen, und es gibt ja auch das Deckblatt zu den Auswertungsdateien -, ob vor diesem Hintergrund die nicht angegebenen Quellenwerbungen in den Werbungsdateien wiederherstellbar sind, und wenn ja, ob Sie das schon veranlasst haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, das kann ich Ihnen sogar ziemlich genau sagen. Also, zu dem Thema Gründe, Legenden -

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Das machen wir nachher noch.

**Zeuge Heinz Fromm:** - kann man vielleicht später noch drüber reden. Es sind - das habe ich jetzt klären lassen, nachdem das Thema hochgekommen ist - 13 Werbungsvorgänge nicht in die Datei aufgenommen worden. Ich habe die hier aufgelistet. Die kann ich Ihnen nachher auch benennen.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Okay. - Ich hätte noch eine Frage. Sie haben vorhin gesagt, dass 1981 der Anlass war, das Gespräch zu führen über die Akten im Bereich Beschaffung, also diese Sammelwut. Gehe ich richtig, dass das Ereignis, auf das Sie sich bezogen haben, das Oktoberfest war? Und wenn ja, wenn dem so war -- Wir wissen ja, die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ - Herr Hoffmann selbst ist immer noch im Bereich Rechtsextremismus aktiv. Warum wird dann das Ereignis 81 genommen, zu sagen, jetzt müssen aber Akten vernichtet werden? Das habe ich vom Schluss her nicht verstanden.

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, Sie haben mich missverstanden.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Dann klären Sie mich auf.

**Zeuge Heinz Fromm:** Das war nicht das Oktoberfest.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Es war nicht das Oktoberfest?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann geht das Fragerecht zu den Grünen.

**Zeuge Heinz Fromm:** Das Oktoberfest, der Anschlag war 1980.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War es der Fall Verena Becker?

**Zeuge Heinz Fromm:** Sie sagen es, Herr Abgeordneter.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Brauchen wir jetzt nicht zu erörtern. - Herr Fromm, ich habe ein ganz anderes Problem. Ich habe es wirklich. Kollege Binninger sagt: Keinen Verdacht streuen. - Will ich auch nicht. Aber ich soll nun sozusagen einen grünen TÜV-Stempel darunter machen: Überprüft, dass beispielsweise Frau Zschäpe nie ein Anwerbevorgang war. Wie kann ich das?

(Zuruf des Abg. Hartfrid Wolff  
(Rems-Murr) (FDP))

- Ja, wie kann ich das?

Ich habe gestern die rekonstruierten V-Personen-Akten gesehen und festgestellt, das sind andere Personen. Ich habe dem Vorsitzenden vertraut, der sich die Werbungsvorgänge angeguckt und gesagt hat: Das sind andere Personen. - Alles gebongt. Um aber dieses ausschließen zu können, was Sie selber schon sehr früh gemacht haben -- Ich kann mich - November, Innenausschusssitzung - daran erinnern, wo im Grunde das einzig Unbedingte, das einzig Unbedingte, wo Sie Ihren Lieblingsvorspann „Nach meinen bisherigen Erkenntnissen“ oder „Soweit es unsere Aktenlage hergibt“ weggelassen haben, wo Sie gesagt haben,

die drei waren nicht unsere V-Personen und auch nicht Anwerbepersonen - -

Wenn ich jetzt höre: die Werbungsdatei erst seit 99. Da waren die ja schon im Untergrund. Also, danach wird man sie wohl schwerlich hätte anwerben können, selbst wenn man gewollt hätte. 98 waren sie nur im Januar noch auf freiem Fuß. 97 kamen sie wahrscheinlich auch nicht infrage, weil sie da schon eine Menge auf dem Kerbholz hatten. So, das kann ich alles nachvollziehen.

Frage ist: Was ist mit der Zeit davor? Und haben Sie sozusagen - - Wie haben Sie das denn rekonstruiert, wer nicht übernommen wurde in die Werbungsdatei, wonach nicht übernommen wurde? Das kann doch nur durch Befragung - so wurde es auch mal gesagt - der damaligen Werber geschehen sein; denn Dateiliste gab es doch nicht. Oder Sie haben es nach den Akten gemacht. Ja bitte, da sagt der Kollege Binninger mit einer gewissen Berechtigung - und das ist das Ergebnis der Befragung des Referatsleiters -: Was da nun vernichtet wurde, das war Lotterrie.

Eigentlich sollten gerade diese fehlgeschlagenen Werbungsversuche relativ schnell, nach fünf Jahren, vernichtet werden. Sind sie dann nicht. So. Aber wo nehmen Sie diese Selbstverständlichkeit her, dass Sie erstens dann noch vollständige Werbungsvorgänge haben und dass zweitens die Beamten, denen Sie ja zum Teil misstrauen, wie Sie hier gesagt haben - aus gutem Grund -, Ihnen nun in der Frage, wenn Sie sie gefragt haben, die Wahrheit gesagt haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, an dem grünen Stempel bin ich natürlich außerordentlich interessiert, den Sie eingangs erwähnt haben.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber den bekommt man nicht so einfach.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, ist klar. Das habe ich gemerkt, ja. Das habe ich gemerkt.

Dann will ich noch mal versuchen, zu erläutern: Maßgebend ist das Papier in der Zeit. Maßgebend ist allein das Papier. Wir wissen, was vernichtet worden ist. Wir wissen, was vernichtet worden ist.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wodurch?

**Zeuge Heinz Fromm:** Die Akten, die vernichtet worden sind - - Oder es ist dokumentiert, welche Akten vernichtet worden sind.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Darf ich Ihnen da mal vorhalten, dass der Referatsleiter gesagt hat: „Das wird nicht notiert; wir machen kein Löschungsbuch oder so was“? Wirklich, also da müsste ich mich verhört haben heute Vormittag.

**Zeuge Heinz Fromm:** Also gut. Also wir wissen, welche Akten vernichtet worden sind.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wodurch?

**Zeuge Heinz Fromm:** Weil - - Also, das kann ich Ihnen jetzt so genau gar nicht sagen. Ich bin ja kein Verwaltungspraktiker.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich frage da gerne noch mal nach. Wir haben die komplette Liste aus anderen Akten, die komplette Liste derer, die in der Operation „Rennsteig“ ins Auge gefasst worden sind.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Wurde denn auch schon vor der Operation „Rennsteig“ von Ihnen ausgeholfen beim Anwerben in Thüringen?

**Zeuge Heinz Fromm:** Das kann ich präzise jetzt nicht sagen, kann ich aber gerne nachliefern. Die Operation „Rennsteig“ ist jedenfalls transparent.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das ist ja gut. Das habe ich Ihnen ja auch gesagt. Da gehe ich von dem zeitlichen Beginn gar nicht davon aus, dass die drei da infrage gekommen wären. Wie gesagt, Januar 98 abgetaucht und 97 schon mit der Justiz gut in Kontakt. Würde ich einem vernünftigen Werber des Bundesamtes gar nicht zutrauen, dass er zu der Zeit auf sie zugesteuert ist. Aber davor wüsste ich es schon gerne, muss ich Ihnen sagen.

**Zeuge Heinz Fromm:** Gut, das ist jetzt noch mal ein Punkt, den ich gerne überprüfe. Sie müssen Folgendes sehen: Die Operation

„Rennsteig“ hat, wie Sie wissen, in 96 begonnen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Aber erst 97 - sagte uns auch wieder der Referatsleiter - begann das Operative für das Bundesamt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, sicher. Nur: Man hat natürlich - davon gehe ich jetzt einfach mal aus; das ist aber eine Vermutung, ich will vorsichtig sein -, als man in 96 begonnen hat, geschaut: Was hat man denn eigentlich? Das wird wahrscheinlich - Sie können das nachher meinen Nachfolger hier auf dem Stuhl fragen. Man hat sicher geschaut: Wie ist denn eigentlich die Zugangslage? Wen haben wir denn? Zumindest die Quellen kannte man doch und hat gesehen: Die Zugangslage ist schlecht. Deswegen machen wir jetzt eine Operation Thüringen, BfV, MAD, begonnen 96.

Die Aktivitäten der Personen aus dem Trio - das ist aber jetzt eine Schlussfolgerung; das muss ich dann Ihnen noch belegen -, die Aktivitäten dieser Personen vor 96 können in dieser Szene nicht allzu ausgeprägt gewesen sein. Jedenfalls können sie nicht sehr lange vor 96 zurückreichen. Man könnte - das ist aber jetzt Spekulation - in den Akten Mundlos, Böhnhardt, Zschäpe schauen, wann sie das erste Mal dem Verfassungsschutz aufgefallen sind.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU))

- Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger hat eine Zwischenbemerkung.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Weil Sie sagen „aufgefallen“, hätte ich es nur gerne präzisiert: „Aufgefallen“ heißt nicht, als V-Mann oder als Werbungsmaßnahme?

**Zeuge Heinz Fromm:** Nein, nein, um Gottes Willen, sondern seit wann wir Aktivitäten dieser drei in der rechtsextremistischen Szene haben feststellen können.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 95.

**Zeuge Heinz Fromm:** 95? Ich weiß es nicht genau. Deswegen bin ich vorsichtig.

Das wäre also die Zeit, auf die sich erkennbar Ihre Frage bezieht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich kann das im Moment nicht beantworten, weil ich es schlicht nicht weiß.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann man ja noch klären.

**Zeuge Heinz Fromm:** Das kann man klären.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie gesagt: Aber es sollte geklärt werden.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, mache ich gerne.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland, haben Sie noch weitere Fragen?

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber der Kollege Ströbele, wie ich ihn kenne.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. So kenne ich ihn auch. - Dann sind wir nämlich jetzt zunächst am Ende der laufenden Berliner Runde. Dann darf ich mal kurz fragen: Hat die Union Fragen? - Hat die SPD Fragen? - Hat die FDP Fragen? - Linksfraktion? - Dann hat Herr Ströbele das Wort für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

(Zuruf von der CDU/CSU-Fraktion:  
Das heißt aber nicht, dass Sie all  
unsere Redezeit kriegen!)

- Also, Herr Ströbele hat das Wort.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Wir waren vorhin bei der Befragung durch mich im Jahr 2003 gelandet, wo die Maßnahmen bezüglich des untergetauchten Trios zu Ende gingen, Polizei, Landesamt und Bundesamt. Ich wollte jetzt von Ihnen wissen: 2003 ist ja auch das Jahr, in dem Sie dann - Sie, das Amt - einen Bericht gemacht haben zu der These von Herrn Beckstein „Braune Armee Fraktion“. Da haben Sie ja - so habe ich Sie verstanden; Sie können mich korrigieren - unter anderem, oder haben Sie auch die drei er-

wähnt in diesem Bericht und haben gesagt: Haben wir, aber ist was ganz anderes. Die sind aus den und den Gründen - die Sie genannt haben - jetzt mit RAF nicht zu vergleichen, und deshalb passt das nicht.

Da habe ich mir nun aufgeschrieben: Sie wussten ja zu diesem Zeitpunkt erstens, dass die im Untergrund waren, zweitens wegen Sprengstoffdelikten im Untergrund waren, drittens, dass die sich im Jahr 2003 - so hatten Sie es vorhin mal ausgedrückt - Ihre Meinungen waren überwiegend, die Sie mitbekommen haben, dass die weiter in der Region sich aufhalten. Also Meldungen, dass sie im Ausland seien, die waren sekundär. Und Sie haben dann als einen der Gründe gesagt, warum die da nicht für in Betracht kommen: weil sie sich nicht auf eine Szene stützen konnten. - Ist das wirklich Ihre Auffassung?

Also, wir haben ja auch aus Ihren eigenen Berichten, aus Ihren eigenen Chronologien, die wir schon lange kennen - Da gibt es doch ein ganz erhebliches Aufkommen an Unterstützungsüberlegungen, an Unterstützungshandlungen, also Tino Brandt und andere, die auch versucht haben oder mit denen Kontakt hatten, auch Geld haben zukommen lassen. So was hat man ja nicht mal von der RAF erfahren, dass da Leute denen Geld gegeben haben, damit sie da im Untergrund weiterleben können oder so was. Also, es gab doch vor allen Dingen in Thüringen, aber nachher auch in Sachsen durchaus eine Unterstützerszene. Wie können Sie das als Unterscheidungsmerkmal haben?

**Zeuge Heinz Fromm:** Erstens möchte ich zu Ihrer Frage bemerken, dass wir nicht gesagt haben, die sind im Untergrund, sondern es ist gesagt worden: Die sind verschwunden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Heinz Fromm:** Wo das ist, das ist was anderes. Wenn man verschwindet, kann man im Untergrund sein, man kann tot sein, man kann im Ausland sein - alles denkbar. So war die Sicht 2003.

Sie haben recht, wenn Sie sagen: Es gab Erkenntnisse, es gab Erkenntnisse aus früheren Jahren - in dem Fall insbesondere aus 98 und 99, auch noch 2000 -, die darauf hindeuteten, dass es eine Reihe von Personen gab, die sich um die kümmern, ihnen Geld

zukommen ließen, Überlegungen angestellt haben, wohin man sie verbringen kann. - Das ist völlig richtig.

Solche Erkenntnisse - Und das mag der Grund dafür gewesen sein für diese Bewertung in 2003, einige Zeit vergangen. Es war eine Zeit, in der keine Erkenntnisse mehr angefallen sind von 2001, 2002. In 2000 hörte es auf, und dann hat man nichts mehr gehört. Und wir, das BfV, haben auch im Jahr 2000 keine wirklich wertigen, keine wirklich bedeutenden Nachrichten mehr bekommen über diese drei, sondern es war, wenn Sie die Chronologie sich anschauen, in 98 der Fall, in 99 der Fall. Und in 2000: Die wirklich wichtigen Informationen aus 2000 hatte das BfV nicht. Das bedeutet - und so erkläre ich mir das auf Ihre Frage -: 2000, 2001, 2002 war nichts mehr. Es war nichts mehr auch gekommen. Es war allerdings - und das sage ich selbstkritisch - auch vonseiten des BfV nicht mehr nachgefragt worden, wenn ich das richtig weiß.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eben.

**Zeuge Heinz Fromm:** Da gebe ich Ihnen recht. Das hing grundsätzlich mit dem Rollenverständnis zusammen. Die Zentralstelle, wenn sie nicht eigene Informationen durch eigene Quellen bekommt, wartet auf das, was die zuständigen Länder zuliefern. Das haben wir ja nun geändert. Das alles, diese Situation, hat zu dieser - objektiv gesehen - Fehleinschätzung geführt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, wir wollen das jetzt nicht - Ich sage ja nur: Da hatten Sie drei - die möglicherweise wahrscheinlich im Untergrund waren, jedenfalls nicht, von denen Sie nicht wussten, wo sie sind, und es sprach vieles dafür, dass sie sich weiter in der Gegend aufhalten, aber ja nicht gemeldet, nicht in der Wohnung, die Sie kannten usw. - mit einem ganz erheblichen Nazihintergrund - Auffälligkeiten gab es ja eine ganze Reihe vorher -, mit Affinität zu Sprengstoff, sogar gesucht deshalb. Und jetzt kommt das Jahr 2004. Da beschäftigt sich das Bundesamt für Verfassungsschutz mit dem Nagelbombenanschlag sehr intensiv in Köln und kommt zu der Überlegung: Das müssen Nazis sein.

**Zeuge Heinz Fromm:** Können.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ah, sehr wahrscheinlich. Die einzige Spur - ganz anders als andere -, die das Bundesamt erkennbar verfolgt hat, war eine Nazispur. Sie haben ja Parallelen gezogen zu Rassisten in England, also diesen „Combat 18“. Sie haben sogar einzelne Vergleiche gezogen. Sie haben Namen zusammengestellt über Rechtsextreme im Raum Köln. Sie haben da, glaube ich, sogar eine Hausdurchsuchung durchgeführt.

**Zeuge Heinz Fromm:** Das dürfen wir nicht, Herr Abgeordneter.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ja, gut. Also, Sie haben sich jedenfalls intensiv mit einem dieser Namen beschäftigt, und Sie haben dann auch der Polizei in Köln diesen Ihren Verdacht mitgeteilt. Also auch im Jahr 2004 hat das Bundesamt für Verfassungsschutz einen starken Verdacht, dass es da eine rechtsradikale, rechtsextreme terroristische Tat gibt gegen Fremde, gegen Leute, die als fremd angesehen worden sind, mit ausländischer Herkunft, türkischer Herkunft.

Sind Sie da nicht mal - - Oder wie erklären Sie - jetzt nicht Sie persönlich -, dass niemand auf den Gedanken gekommen ist, in den eigenen Akten mal nachzugucken, ein Jahr, zwei Jahre, drei Jahre vorher zu blättern, um da zu sagen: „Da haben wir genau die, die Sie auch in Köln gesucht haben“? Nämlich wesentliches Merkmal war: Affinität zu Sprengstoff und Kenntnisse in diesem Bereich. Sie haben ja sogar festgestellt, dass die Kenntnisse besser waren, dass die die Zünder professioneller gemacht haben, als die das in London gemacht haben. Warum ist man also nicht den einfachen Weg gegangen, hat in den eigenen Akten mal geguckt, wer kommt für so was in Betracht von den Leuten, die im Untergrund oder die wahrscheinlich im Untergrund sind? Das kann ich nicht nachvollziehen.

**Zeuge Heinz Fromm:** Der Sprengstoffanschlag passte scheinbar in die Analyse. Sprengstoffanschläge mussten nicht zwangsläufig - - Aus damaliger Sicht war es sogar eher unwahrscheinlich, dass sie von Illegalen verübt worden sind, sondern das war das bekannte Muster: Irgendjemand bastelt sich was zusammen und macht etwas. Das war das Muster Wehrmachtsausstellung und anderes.

Das heißt, das war zunächst mal etwas, was nicht ungewöhnlich erschien. Schlimm genug, aber nicht ungewöhnlich. Jedenfalls kein Rückschluss auf Illegale oder meinet halben Verschwundene. Und - wenn ich das noch richtig weiß - es gab den Aspekt, dass die Täter mit dem Fahrrad dort hingekommen sind, und das ist jetzt nicht erst neuerdings bekannt aufgrund der Fernsehaufnahmen, die da entstanden sind, sondern das war damals schon bekannt. Die Bombe war ja auf einem Fahrrad, auf dem Gepäckträger.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hatten Sie auch in Thüringen: Täter bei Banküberfällen mit dem Fahrrad gekommen.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, richtig.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zur selben Zeit.

**Zeuge Heinz Fromm:** Wenn man die Informationen alle zusammen hat, dann klappt es.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die waren alle beim Bundesamt für Verfassungsschutz vorhanden.

**Zeuge Heinz Fromm:** Sind Sie sicher?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie hätten sie nur zusammenführen müssen.

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU))

**Zeuge Heinz Fromm:** Sind Sie sicher?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Fal-scher Vorhalt, Herr Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, wieso?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Die Kenntnisse über die Banküberfälle waren noch nicht beim Bundesamt für Verfassungsschutz bekannt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, das war bei der Poli-

zei. Entschuldigung, ja. Das war bei der Polizei bzw. in der Presse.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, gut, in der Presse. Aber, also - - Das hat sicher irgendjemand zur Kenntnis genommen. Aber nicht alle Banküberfälle werden da genau betrachtet, und dann werden womöglich<sup>2</sup> noch Berichte angefordert: „Wie war es denn nun im Einzelnen mit der Tatausführung?“, um vielleicht zu sehen, dass das eine Geldbeschaffungsaktion war. Das ist vielleicht dann doch etwas viel verlangt, würde ich sagen, nach meinem Geschmack.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben von der Hepp-Kexel<sup>3</sup>-Gruppe geredet!)

- Ja, gewiss. Gewiss.

Man kann das nachträglich mit dem heutigen Wissen gut konstruieren. Ich beschreibe ja nur - bewerte es gar nicht, oder ich versuche, mich einer Bewertung zu enthalten -, was mutmaßlich die Gründe dafür waren, dass dieses Ereignis, was Sie eben ansprechen, der Sprengstoffanschlag in Köln 2004, nicht dazu geführt hat, auf diese drei zu kommen. Das ist unbefriedigend. Da gebe ich Ihnen ja recht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und ich will das jetzt mit einer letzten Frage beenden. Das zeigt nur, dass ich das überhaupt nicht verstehe, wenn Sie in den eigenen Akten nicht suchen. Dass Sie vielleicht bei den Landesämtern nicht gucken oder bei der Polizei und Landespolizei nicht, das kann man alles verstehen. Genauso umgekehrt: Dass vielleicht die Landespolizei nicht beim Bundesamt für Verfassungsschutz genügend nachhakt, kann man vielleicht noch nachvollziehen. Aber in den eigenen Akten?

Jetzt sage ich Ihnen dazu noch zwei Beispiele. Sie hatten ja durchaus, also die BAO in Bayern, in Nürnberg, hat ja durchaus Kontakt auch zu der Polizei, weil die durchaus überlegten, ob es da einen Zusammenhang gibt, zur Polizei in Köln, also wegen des Anschlags. Die haben sehr, sehr intensiv auch miteinander Auffassungen ausgeteilt, ihr Profiling, und was weiß ich, was sie da alles gemacht haben. Und die Kölner hatten auch wieder Kontakt zu den Mordaufklärungen in Dortmund. Also, da war durchaus Wissen vorhanden.

Bei allen stellt man aber fest - sowohl bei der bayerischen Polizei als auch beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, aber bei anderen auch, und das eben bei Ihnen auch -, dass sie in die eigenen Akten nicht mal reingucken. Wenn was ist, was sie nicht aufklären können, wo sie Probleme haben, wo sie aber eine ganze Reihe von Indizien oder Anhaltspunkten haben, da guckt man doch als Allererstes, da setzt man mal ein, zwei hin und sagt: „Was haben wir da im rechtsextremen Bereich auf Bundesebene für Verdächtige, auf die das passen könnte?“ und guckt da mal rein, ob man da jemanden findet. Kann man vielleicht nichts finden.

Sie wären hier immer drauf gekommen, weil die Merkmale, die in Köln auffielen, trafen ja zum erheblichen Teil auch auf die drei zu. Die waren ja geradezu zum Teil gemalt, also sowohl vom Personenausssehen her - man hatte ja die Videos usw. - als auch diese Operandi mit den zwei Leuten zusammen usw.

**Zeuge Heinz Fromm:** Zwei Bemerkungen dazu: Mir ist nicht bekannt, dass die Kommunikation zwischen der BAO in Bayern und der Polizei in Köln dem BfV bekannt geworden wäre. - Erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung - aber auch das wird nicht zu Ihrer Zufriedenheit letztendlich führen -: Nach meinem Wissen hat bei dem Blick auf die Region Rheinland oder Köln, bei dem Blick des BfV auf die Region Rheinland oder Köln eine Rolle gespielt, dass die Ermittlungsbehörden davon ausgingen, dass die Täter aus der Region wahrscheinlich gekommen waren.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegen der Fahrräder?

**Zeuge Heinz Fromm:** Wegen der Fahrräder. Möglicherweise hat das den Blick sehr einseitig ausgerichtet. Das ist meine Interpretation.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So, die Grünen haben keine weiteren Fragen. Dann darf ich fragen, ob es bei den anderen Fraktionen in öffentlicher Beweisaufnahmesitzung noch Fragen gibt. - Ich schaue mich um und erkenne, dass das nicht der Fall ist.

Wir haben gerade mal, Herr Fromm, abfragen lassen bei den Obleuten, ob es Bedarf gibt, Sie in eingestufte Sitzung, das heißt in

<sup>2</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

<sup>3</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 1)

nichtöffentlicher Sitzung - das heißt jedenfalls, ohne Öffentlichkeit - zu befragen. Das scheint der Fall zu sein. Das stelle ich hiermit fest. Der Vorschlag, den ich machen würde, weil wir dafür umziehen müssten in den Sitzungssaal des Auswärtigen Ausschusses, weil der die entsprechenden abhörsicheren Infrastrukturmerkmale aufweist - da können wir ja sofort auch darüber reden, ob wir so verfahren -, wäre, dass wir jetzt - auch wenn das hieße, dass Sie jetzt noch ein bisschen warten müssten - Herrn Cremer in öffentlicher Sitzung als letzten Zeugen vernehmen würden und dann Sie und anschließend Herrn Cremer in eingestufte Sitzung, sodass wir jetzt nicht zwischen - - Andernfalls müssten wir dann umziehen, dann müssten wir wieder zurückkommen für Herrn Cremer, dann müssten wir mit Herrn Cremer wieder umziehen in den Auswärtigen-Ausschuss-Saal. Da Bedarf besteht, Sie in eingestufte Sitzung zu vernehmen, Herr Fromm, ist das so. - Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wenn wir diese Frage nur in nichtöffentlicher Sitzung behandeln, dann können wir hierbleiben. Dann schließen wir hier nur die Öffentlichkeit aus. Das haben wir ja heute Morgen nur gemacht, um die Identität des Zeugen zu schützen. Das ist bei Herrn Fromm glücklicherweise nicht notwendig. Von daher würde ich vorschlagen, dass wir den Zeugen fragen. Es ging ja, wenn ich das richtig verstanden habe, nur um die Frage, aus welchen operativen Gründen jemand nicht in diese Anwerbedatei kommen kann.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Dann will ich mal fragen: Welche Fraktionen haben Bedarf, Herrn Fromm in eingestufte - ich sage ausdrücklich: eingestufte - Sitzung zu hören, weil sie ihm Vorhalte aus Geheimakten machen möchten? - Damit hat sich die Frage schon geklärt, dass wir hier nicht bleiben können.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Moment, wir hatten ja ursprünglich - - Das war der Hintergrund. Wir könnten diese Frage auch dem nächsten Zeugen stellen. Deswegen war das schlichtweg vielleicht auch organisatorisch einfacher. Da ist es uns wurscht; da brauchen wir nicht Herrn Fromm zu fragen. Umgedreht: Wenn jetzt die Grü-

nen ebenfalls, zumindest in die Richtung gehend, einen Vorhalt machen - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich würde ja Herrn Fromm fragen wollen - - Das ist ja auch - - Der Zeuge hat sich dazu zu äußern, ob er hier nichtöffentlich oder ob er unter höherer Einstufung das machen muss.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gut. Herr Fromm, könnten Sie das, was Herr Wieland umrissen hat - Sie wissen ja, worauf er hinaus will -, in einer nichtöffentlichen Sitzung sagen, oder könnten Sie das nur in einer eingestuften Sitzung beantworten?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ich denke, das kann ich hier sagen. Wenn ich dann merke, dass es doch kritisch wird, dann würde ich mich rühren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber dann hier in nichtöffentlicher Sitzung.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, in nichtöffentlicher Sitzung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Okay. Herr Wolff sagt, er hätte eine Frage, die wäre in eingestufte Sitzung zu erörtern, aber das könnte er ja auch mit Herrn Cremer machen.

Dann würden wir uns jetzt darauf verständigen, dass wir erstens jetzt Nichtöffentlichkeit herstellen, die Fragen an Herrn Fromm dann abschließen, dann die öffentliche Vernehmung von Herrn Cremer beginnen lassen und mit Herrn Cremer anschließend in den Auswärtigen-Ausschuss-Saal gehen, um dort den eingestuften Teil zu besprechen. Ist das so in Ordnung? - Dann bitte ich, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Unterbrechung des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung, Öffentlich:  
19.17 Uhr - Folgt Fortsetzung des  
Sitzungsteils Zeugenvernehmung,  
Nichtöffentlich)

(Wiederbeginn des Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung, Öffentlich:  
20.18 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen  
Wolfgang Cremer**

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, wir setzen die Beweisaufnahme fort, zunächst in öffentlicher Sitzung.

Ich begrüße als Zeugen den Herrn Ersten Direktor beim Bundesnachrichtendienst Wolfgang Cremer und früheren Abteilungsleiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz.

Herr Cremer, ich darf Sie zunächst darauf hinweisen, dass seitens des Sekretariats des Ausschusses eine Tonbandaufnahme von Ihrer Vernehmung gefertigt wird, die allerdings ausschließlich dem Zweck dient, die Erstellung des Stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, die Aufnahme wird dann, wenn der Zweck erfüllt ist, gelöscht.

Das Protokoll Ihrer Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann die Möglichkeit, sofern Sie davon Gebrauch machen wollen, innerhalb von zwei Wochen Korrekturen oder Ergänzungen oder beides zu reklamieren.

Ich stelle fest, dass Sie ordnungsgemäß geladen worden sind. Ihre Ladung haben Sie am 21. Juni 2012 erhalten, und es liegt auch eine Aussagegenehmigung seitens des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes vor. Die datiert vom 29.06.2012.

Vor Ihrer Aussage habe ich Sie zunächst formal zu belehren. Herr Cremer, Sie sind als Zeuge geladen worden. Sie sind verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie auf die strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Derjenige nämlich, der vor einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige

im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, aber auch einem dienstlichen Ordnungungsverfahren ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussagen aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Haben Sie Fragen zu dem von mir bisher Vorgetragenen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Cremer, dann würde ich Sie nach diesen notwendigen Vorbemerkungen jetzt bitten, sich dem Ausschuss mit vollständigem Namen, Alter, Beruf vorzustellen und uns mitteilen, ob die Adresse des BND auch die aktuelle ladungsfähige Anschrift ist.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren Abgeordneten, mein Name ist Wolfgang Cremer. Ich bin 59 Jahre alt, von Hause aus Jurist, und ich kann vielleicht kurz zu meiner Vorstellung ein bisschen zu meinem Lebenslauf sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Ihr derzeitiger Beruf ist Erster Direktor beim Bundesnachrichtendienst?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** So ist es.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Diese Behörde ist auch die Behörde, unter der wir Sie weiter erreichen können?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** So ist es. Ja, können Sie mich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Cremer, nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes des Bundes haben Sie Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Ich habe Sie eben beim Reinkommen kurz gefragt, ob Sie davon Gebrauch machen möchten. Das haben Sie bejaht.

Dementsprechend haben Sie jetzt, bevor wir Sie befragen, zunächst das Wort.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Vielleicht zunächst ein paar Worte zu meinem beruflichen Lebenslauf. Ich bin von Hause aus Jurist, bin 1982 beim BfV eingestellt worden, habe dort neun Jahre lang Spionageabwehr gemacht. 1991 bin ich in das Rechts- und Grundsatzreferat gewechselt, das ich geleitet habe. 1995 habe ich die Leitung des Projektbereichs 2.3, also Rechtsextremismus, übernommen und ein Jahr später die Leitung der Abteilung Rechtsextremismus. Die habe ich bis 2004 geleitet, bin dann Abteilungsleiter Spionageabwehr geworden und im Jahre 2007 zum Bundesnachrichtendienst gewechselt.

Ich habe also fast zehn Jahre lang Rechtsextremismus nicht nur beobachtet, sondern bekämpft. Das war jedenfalls mein Selbstverständnis. Mit großem Engagement haben sich die Mitarbeiter der Abteilung 2 - Rechtsextremismus - des Bundesamtes für Verfassungsschutz - und ich schließe mich hier ausdrücklich ein - dieser Aufgabe gewidmet. Wir haben bei Verbotverfahren, Abgaben an die Exekutive, im Aussteigerprogramm und bei Ausstellungen zum Rechtsextremismus zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit viel Kraft und viele Überstunden investiert und auch beachtliche Erfolge erzielt. Wir haben geglaubt, mit diesen Erfolgen der Sicherheitsbehörden die Gefahr eines Rechtsterrorismus wirksam bekämpft zu haben. Umso enttäuschter bin ich heute, dass uns das in einem so entscheidenden Fall nicht gelungen ist. Alle Erfolge sind damit aus meiner Sicht Makulatur. Angesichts der vielen Opfer und ihrer Angehörigen bin ich beschämt und möchte dies hier auch zum Ausdruck bringen. Das tut mir sehr leid.

Ich habe mir auch im Kreis von Kollegen in den letzten Monaten oftmals die Frage gestellt: Was hätten wir anders, was hätten wir besser machen können? Zur Beantwortung dieser Frage möchte ich gerne meinen Beitrag leisten. Aus den Unterlagen, die ich in der letzten Woche beim BfV eingesehen habe, und aus meiner Erinnerung scheinen mir folgende Fakten wesentlich zu sein: Die Abteilung 2 des BfV hat Ende der 90er-Jahre bis ins Jahr 2001 eng mit der thüringischen Landesbehörde für Verfassungsschutz zusammengearbeitet bei der Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen in Thüringen, insbesondere des „Thüringer Heimat-

schutzes“ und der drei Bombenbauer aus der Sektion Jena. Die Bearbeitungszuständigkeit lag damals primär bei der Landesbehörde für Verfassungsschutz. Der „Thüringer Heimatschutz“ war Landesbeobachtungsobjekt. Er entwickelte seine Aktivitäten vorwiegend in Thüringen. Bei Bundesobjekten wie der NPD, die bundesweit engagiert sind, wird die Bundesebene vom BfV beobachtet. Die Landesgliederungen werden von den Landesbehörden für Verfassungsschutz beobachtet.

Aufgrund der besonderen Bedeutung des „Thüringer Heimatschutzes“, aufgrund der von ihm ausgehenden Gefahr für die Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes haben BfV und die Landesverfassungsschutzbehörden 1995 vereinbart, dass auch das BfV die Informationen zum „Thüringer Heimatschutz“ auswertet. Auch bei der Beschaffung von Informationen war das BfV auf Bitte der Thüringer Landesbehörde behilflich. In einer gemeinsamen Operation „Rennsteig“ wurden V-Personen im „Thüringer Heimatschutz“ geworben. Die „Thüringer Heimatschutz“-Sektion Jena, zu der auch das spätere NSU-Trio gehörte, wurde allerdings allein von der Verfassungsschutzbehörde Thüringens operativ bearbeitet.

Die Thüringer Landesbehörde engagierte sich besonders bei der Aufklärung der Aktivitäten der Sektion Jena. Sie trugen durch Observationen zur Identifizierung der Garage bei, in der später dann der Sprengstoff und die Rohrbombe gefunden wurden. Auch nach der Flucht des Trios engagierte sich die Thüringer Landesbehörde außerordentlich bei den Ermittlungen des Aufenthalts, um zur Festnahme beitragen zu können. Das BfV unterstützte in Amtshilfe mehrfach mit Observationen von möglichen Kontaktpersonen. Quellen wurden befragt und lieferten teils vage, teils brauchbare Hinweise: Hinweise auf Personen, die im Kontakt zu den Untergetauchten standen, auf Bemühungen, Geld und Pässe zu beschaffen, auf angebliche Absichten, sich ins Ausland abzusetzen. Die thüringische Landesbehörde für Verfassungsschutz entwickelte viel operative Fantasie, um die Aufenthalte zu ermitteln. Es gab Kontaktversuche über die Eltern. Über eine Quelle sollten Pässe angeboten werden, über eine andere Unterkunft vermittelt werden. Es wurden Telefonzellen G-10-geschaltet und observiert, und es wurden immer wieder mögliche Kontaktpersonen observiert.

Wie ich jetzt bei meiner Vorbereitung auf die Befragung den Akten des BfV entnehmen konnte, hat die thüringische Landesbehörde weit mehr operative Maßnahmen durchgeführt und Ergebnisse erzielt, als damals dem BfV mitgeteilt wurden. Das ergibt sich im Einzelnen aus einer Chronologie, die das BfV erstellt hat; aber es ergibt sich auch aus dem Ergebnis der Untersuchungskommission in Thüringen, die Herr Dr. Schäfer geleitet hat. Darunter waren auch Deckblattmeldungen, die durchaus von Gewicht waren für die Bewertung des Sachverhaltes.

In dieser Phase der Suche nach den Untergetauchten stand die thüringische Landesbehörde in engem Kontakt zu dem thüringischen Landeskriminalamt. Im BfV entstand damals der Eindruck einer gemeinsamen Zielfahndung mit dem TLKA. Das BfV hatte auch den Eindruck, als würden die Informationen zügig an das TLKA weitergeleitet. Im Jahre 2000 operierten dann sogar das sächsische Landeskriminalamt, das thüringische Landeskriminalamt und die Landesbehörden für Verfassungsschutz Sachsen und Thüringen in einer sehr komplexen, abgestimmten Operation mit umfangreichen G-10- und TKÜ-Maßnahmen und Observationsmaßnahmen zusammen. Das machte auf uns einen recht professionellen Eindruck. Alle diese Maßnahmen blieben leider ohne Erfolg.

Was hat das BfV damals gemacht? Die vom thüringischen Landesamt für Verfassungsschutz übersandten Unterlagen, Deckblattmeldungen und Observationsberichte wurden ausgewertet und an andere, möglicherweise betroffene Behörden - hier in erster Linie LfV - übersandt. Das BfV übersandte auch Lichtbilder der Untergetauchten an Partnerdienste und fragte nach Hinweisen auf den Aufenthalt und möglichen Unterstützern. Auf die Bitte der thüringischen Landesbehörde wurden mehrfach mögliche Kontaktpersonen und Unterstützer des Trios observiert.

Die Steuerung operativer Maßnahmen allerdings aller beteiligten Verfassungsschutzbehörden durch das BfV erfolgte nicht. Es gab einen Versuch des BfV, sich an operativen Absprachen zwischen den LfV Thüringen, Brandenburg und Sachsen zu beteiligen. Das Angebot des BfV wurde von der thüringischen Verfassungsschutzbehörde nicht aufgegriffen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wann war das?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das muss zu der Zeit gewesen sein, als die brandenburgische Verfassungsschutzbehörde eine Deckblattmeldung zur Verfügung gestellt hat, die den Jan Werner betraf.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, und welches Jahr betrifft das?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Schneider - vom BMI, nehme ich an - hat sich gemeldet.

**KR Andreas Schneider (BMI):** Also, wenn es da jetzt um Details schon gehen sollte, dann würde jetzt schon die Frage der Einstufung der Sitzung im Raum stehen.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): Er hat ja keine Namen gesagt!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, es geht ja nicht darum, dass er uns sagt, um welche Details es geht, sondern in welchem Jahr. Ich denke, das kann keine eingestufte Information sein, uns hier zu sagen, wann, in welchem Jahr das Bundesamt für Verfassungsschutz angeboten hat, zu helfen, und das Angebot abgelehnt worden ist.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das müsste vor 2000 gewesen sein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber näher eingrenzen können wir es jetzt nicht?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Im Augenblick kann ich es nicht eingrenzen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Dann fahren Sie bitte fort.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Eine rechtliche Möglichkeit, die Federführung der Maßnahmen an sich zu ziehen, hatte das BfV nicht. Das BfV hätte allerdings hartnäckiger auf eine Beteiligung insbesondere an länderübergreifenden Maßnahmen drängen können. Warum dies nicht geschehen ist? Gegen das Trio bestand zum einen Haftbefehl.

Die Sachleitungsbefugnis hatte die örtliche Staatsanwaltschaft, und die Zielfahndung erfolgte durch das thüringische Landeskriminalamt. Durch die Verfassungsschutzbehörden konnten nur Hilfestellungen durch Szeenerkenntnisse geleistet werden. Natürlicher Ansprechpartner des thüringischen Landeskriminalamtes war das thüringische LfV. Die Kooperation des LfV Thüringen mit dem LKA schien uns zu funktionieren. Dass dies nicht so war, habe ich erst aus dem Bericht der Kommission von Dr. Schäfer erfahren.

Darüber hinaus führte das BfV etwa zur selben Zeit eine Reihe anderer Operationen, in die es weit stärker eingebunden war und die unsere Aufmerksamkeit erforderten. Es galt eine Gruppe in Göttingen zu identifizieren und an die Exekutive zu übergeben, die den bewaffneten Kampf plante. Es galt einen ehemaligen Rechtsterroristen zu beobachten, der im Verdacht stand, einen Sprengstoffanschlag begangen zu haben. Es galt aufzuklären den<sup>4</sup> Sprengstoffanschlag auf das Grab von Heinz Galinski, und es galt den Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtausstellung in Saarbrücken aufzuklären. Das waren nur einige Operationen, an denen wir sehr personalintensiv beteiligt waren.

Das alles kann keine Entschuldigung sein, sondern es kann allenfalls nur der Versuch einer Erklärung sein.

Hat das BfV das Entstehen rechtsterroristischer Strukturen falsch eingeschätzt? In der Sitzung der Bund-Länder-Sitzung der IGR - Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer/-terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte - vom 27. bzw. 28. September 2000 hat das BfV auf die Gefahr der Bildung von Ansätzen für rechtsterroristische Bestrebungen hingewiesen. Wohlgermerkt: An dieser IGR nahmen die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, die LKA und das BKA und der Generalbundesanwalt sowie weitere Justizbehörden der Länder teil.

In einem ausführlichen Lagebeitrag zu diesem Thema wurde auf folgende Faktoren hingewiesen: Seit November 1999 gebe es mehr Waffen- und Sprengstofffunde in der rechtsextremistischen Szene. Es wurde hingewiesen auf die Gruppe in Göttingen, die ich eben schon mal erwähnt habe, auf eine Sicherstellung eines Gewehrs mit Zielfernrohr und Schalldämpfer bei einem Berliner Rechtsextremisten, auf den Fund einer Rohrbombe in Berlin und auf die Sicherstellung von Waffen und Munition in Potsdam. In

allen den Fällen sei Zweck des Waffenbesitzes ein möglicher Angriff auf politische Gegner gewesen.

Hinzu komme eine anhaltende Gewaltdiskussion in der Szene. Es wurde Bezug genommen auf Veröffentlichungen in der Szenepublikation *Hamburger Sturm*, die dann später aufgrund dieser Gewaltdiskussion auch verboten wurde. Es gab in der Szene häufige Diskussionen zum Thema „Leaderless Resistance“ und über das Papier „Eine Bewegung in Waffen“. Das BfV sah darin Ansätze für das Entstehen eines Rechtsterrorismus, auch wenn oft nur Einzelpersonen im Verdacht standen, Anschläge begehen zu wollen. Auf die von solchen Personen ausgehende Gefahr, auch von<sup>5</sup> Einzelpersonen ausgehende Gefahr, wie beispielsweise auf den Attentäter Fuchs in Österreich oder auch den Unabomber in den USA, wurde ausdrücklich hingewiesen. Die Polizeibehörden und der Generalbundesanwalt verwiesen demgegenüber auf die Tatbestandsmerkmale des § 129 a und warnten vor der drohenden Begriffsverwirrung, wenn der Terrorismusbegriff des § 129 a durch die Verfassungsschutzbehörden ausgeweitet würde. Dieser Argumentation, dieser nachvollziehbaren Argumentation haben wir uns dann im Folgenden auch in unserer Berichterstattung angeschlossen.

Auf den IGR-Tagungen der Jahre 1999, 2000 und 2001 wurde immer wieder auf die Gefahr insbesondere von Sprengstoffanschlägen durch Einzelpersonen und Kleingruppen deutlich hingewiesen. Diese Einschätzung führte dann auch zu der Erstellung der Berichte, die unter *BfV Spezial* Nrn. 19 und 21 erstellt wurden und die dem Ausschuss auch vorliegen.

Welche Kenntnisse hatte die Abteilung 2 des BfV von den Straftaten der NSU? Es gab keine Hinweise aus der rechtsextremistischen Szene, dass einer der Ceska-Morde einen rechtsextremistischen Hintergrund haben könnte. Es gab auch keine Sachverhaltsübermittlung der Polizei an die Abteilung 2 des BfV mit der Bitte um Prüfung eines entsprechenden Hintergrundes oder Bewertung. Die Bemühungen des BfV nach dem Sprengstoffanschlag in der Keupstraße in Köln erfolgten eigeninitiativ aufgrund gewisser Parallelen<sup>6</sup>; zu einem rechtsextremistische motivierten Bombenanschlag von „Combat 18“ in London<sup>6</sup>. Es erfolgte daraufhin ein methodischer Abgleich mit diesem Anschlag bzw. mit Veröffent-

<sup>4</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 2)

<sup>5</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 2)

<sup>6</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 2)

lichungen zu dem Anschlag in Deutschland. Es erfolgte eine Untersuchung von „Combat 18“-Bezügen im Kölner Raum, ein Abgleich von gewaltbereiten Rechtsextremisten im Kölner Raum, und aus diesen Informationen, aus dieser Bewertung wurde auch ein Verdachtshinweis an die Polizei weitergegeben. Wir haben den Gesamtsachverhalt in einem Schreiben an die Landesbehörde Nordrhein-Westfalen zusammengestellt, mit dem Ziel, dass das Papier auch an die Polizei weitergegeben wird. Wir haben darüber hinaus unsere Observanten aus dem Rechtsextremismusbereich angehalten, die Tätervideos, die im Internet zur Verfügung standen, zu sichten. Das haben die Kollegen auch getan. Ein Zusammenhang mit dem flüchtigen Trio konnte sich daraus nicht herleiten lassen.

Was hätten wir damals besser machen können? Die Informationsübermittlung der Verfassungsschutzbehörden untereinander mit der Polizei war aus meiner Sicht, wie auch die Kommission von Dr. Schäfer festgestellt hat, völlig unzureichend. Durch Überarbeitung der Koordinierungsrichtlinie im Jahr 2011 ist ein Schritt zur Verbesserung der Informationsübermittlung zwischen den Verfassungsschutzbehörden sicherlich getan worden. Entscheidender dürfte allerdings die Rivalität zwischen Polizei und Verfassungsschutzbehörden, wie sie die Kommission in Thüringen festgestellt hat, gewesen sein. Meines Erachtens müssen diese Rivalitäten abgebaut werden.

Die IGR als Instrument von Polizei und Verfassungsschutz des Bundes und der Länder war damals ein durchaus erfolgreiches Instrument. Insbesondere was die Kooperation zwischen BfV und BKA angeht, hat sie dazu beigetragen, dass hier in vielen Sitzungen - etwa fünf oder mehr Sitzungen pro Jahr - das Verständnis füreinander deutlich gewachsen ist. Die Einrichtung des GAR als ständige Koordinierungsstelle ist sicherlich ein richtiger Schritt.

Wichtiger erscheint mir, das gegenseitige Verständnis für die unterschiedliche Denk- und Arbeitsweise von Verfassungsschutz und Polizei zu entwickeln. Hierzu sollten Wechsel von Mitarbeitern zwischen den Behörden erleichtert und gefördert werden, zumindest aber längere Hospitanzen in den jeweiligen Partnerdienststellen ermöglicht werden.

So weit meine Stellungnahme.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Cremer, herzlichen Dank. - Wir beginnen dann mit der Vernehmung.

Mir ist aufgefallen: Sie haben den Begriff Rivalität zwischen Polizei und Verfassungsschutz gebraucht und haben sich dabei auf Thüringen bezogen. Wir haben im Rahmen der bisherigen Zeugenvernehmung - jedenfalls ist das meine Wahrnehmung - Ähnliches auch in anderen Bundesländern vorgefunden, wenn nicht Rivalität, dann doch offenkundig ein Mangel an funktionierender Kooperation. Aus Ihrer langjährigen Wahrnehmung als jemand, der für das Thema Rechtsextremismus im Bundesamt für Verfassungsschutz zuständig ist: Ist denn das, was Herr Schäfer in seinem Bericht für Thüringen herausgefunden hat - Verhältnis Polizei/Verfassungsschutz -, atypisch, oder ist das auch in anderen Bundesländern ein Problem?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich glaube, das ist ein Extremfall. Damals waren uns dieses Verhältnis und die Problematik dieses Verhältnisses so nicht bewusst. In dem Bericht der Kommission wird die Aussage des damaligen Abteilungsleiters im thüringischen Verfassungsschutz wiedergegeben, der dieses Verhältnis für gut hielt und mitteilte, dass alle Informationen übermittelt worden seien. Das waren auch die Informationen, die wir damals aus Thüringen bekommen haben. Ich habe aber keinen Grund, zu zweifeln, dass die Ergebnisse, zu denen die Kommission gekommen ist, zutreffend sind.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie haben ja auch gesagt, es sind Ihnen - insbesondere seitens des Verfassungsschutzes Thüringen - maßgebliche Informationen vorgehalten worden.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wie hätten Sie sich denn verhalten, wenn Ihnen diese Informationen vorgelegen hätten?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das lässt sich ganz schwer sagen. Es sind allerdings Deckblattmeldungen dabei, die erkennen lassen, dass die Gruppe keine finanziellen Mittel mehr brauchte, und das hätte uns möglicherweise aufhorchen lassen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weil das dann möglicherweise den Rückschluss hätte zulassen können, dass sie durch illegale Aktivitäten sich ihren finanziellen Unterhalt sichern?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie öfter mal in Ihrer Zeit beim Bundesamt für Verfassungsschutz es erlebt, dass Sie angeboten haben, Länder bei ihrer Arbeit zu unterstützen - Sie haben ja gesagt, da hätte es was Gemeinsames gegeben, Thüringen, Brandenburg und Sachsen, richtig? -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** - wo Sie Hilfe angeboten hätten - jetzt unabhängig davon, worum es konkret gegangen ist -, dass es abgelehnt worden ist? Ist so was Ihnen öfter passiert?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja. Es gab selbstbewusste Landesbehörden, zum Teil hervorragend arbeitende Landesbehörden, die eine solche Unterstützung und Hilfe nicht für nötig hielten und sie auch entsprechend zurückgewiesen haben. Es gab andere Landesbehörden, die die Hilfe gerne in Anspruch genommen haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist das, wenn man das ablehnt, selbstbewusst oder eigensinnig?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** In den Fällen war es zum Teil selbstbewusst.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Na ja, ich meine, Herr Cremer, ich gehe ja mal davon aus, wenn die Lage so ist: Sie bekommen Informationen aus den Ländern, zum Beispiel dass da was geplant ist, operativ, Sie bieten Hilfe an. Sie würden doch nicht Ihre Hilfe anbieten, wenn Sie der Auffassung wären - vermute ich jedenfalls -, dass sie nicht benötigt würde.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist richtig, aber manche Länder verstehen das als ein Hineindrängen des Bundes in Angelegenheiten der Länder und weisen das als nicht nötig zurück.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja. Aber ist denn das sinnvoll, sich so zu verhalten?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, keineswegs.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Also, da geht es dann sozusagen nicht um die Sache, sondern darum, wer zuständig ist?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, solche Diskussionen gab es häufiger.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das ist nicht erfreulich.

Ich würde vorschlagen, wenn ich weitere Fragen haben sollte, dass ich sie später noch stelle und dass wir jetzt mit der ersten Berliner Runde beginnen.

Das Fragerecht geht zunächst an die Unionsfraktion. Das Wort hat der Kollege Binnering.

**Clemens Binnering (CDU/CSU):** Herr Cremer, wir haben jetzt 23 Minuten zusammen. Ich würde am liebsten chronologisch vorgehen, so, wie Sie auch im Amt und in Funktion waren in diesem Zeitraum, mit den Fragen, die mich interessieren, abdecken und dann auch relativ früh beginnen.

Sie sind 98 - - Wann sind Sie Abteilungsleiter Rechtsextremismus geworden?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** 96.

**Clemens Binnering (CDU/CSU):** 96. Da begann ja auch die Operation „Rennsteig“.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Clemens Binnering (CDU/CSU):** Lief die federführend innerhalb des Hauses, also was den Part des BfV angeht, in Ihrer Abteilung?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist richtig, ja.

**Clemens Binnering (CDU/CSU):** Gab es da einen Referatsleiter oder Sie selber, die dafür dann so eine Art Koordinierungsfunktion hatten? Wer hat sich darum gekümmert innerhalb der Abteilung?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ging zunächst einmal von Gesprächen zwischen

dem MAD und dem Referat aus, das zuständig war für den „Thüringer Heimatschutz“, also das Referat, was für gewaltbereiten Rechtsextremismus zuständig war. Die Kollegen unterhielten sich, dass der MAD Soldaten befragt und dass man aufgrund dieser Befragung interessante Hinweise auf mögliche Zielpersonen gewinnen kann. Und diese Anfangsüberlegungen mündeten dann in Gespräche mit der Landesbehörde Thüringen, in gemeinsame Gespräche, und dann schließlich in Forschungs- und Werbungsoperationen, die dann in unserem V-Mann-Führungsreferat bearbeitet wurden.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Habe ich Sie da richtig verstanden? Der erste Impuls - ich meine, irgendjemand muss ja mal zum Hörer greifen und den anderen anrufen und sagen: „Ich hätte hier eine Idee“ oder „Ich habe ein Problem“ - kam vom MAD an Sie, weil der MAD im Rahmen seiner - wahrscheinlich - Sicherheitsprüfungen möglicherweise festgestellt hat, dass es hier interessant werden könnte, oder hatten Sie, da der „Thüringer Heimatschutz“ dann schon Beobachtungsobjekt war, die Erkenntnis, dass sich da auffallend viele Soldaten tummeln?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das könnte ich jetzt nicht sagen, was zuerst da war. Wir standen damals jedenfalls mit dem MAD-Amt in engem Kontakt, mit der dortigen Abteilung Rechtsextremismus, und die Abteilung Rechtsextremismus des MAD war eben aktiv im Hinblick auf Soldaten, die sich in der Szene tummeln.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Wie sind Sie dann informiert worden über den - - Die Aktion hat ja eine Zeit lang gedauert, bis 2003. Wie sind Sie über den Fortlauf und den Erfolg der Aktion informiert worden? Also, hat man Ihnen berichtet, dass es gelingt, V-Leute anzuwerben, oder dass es sehr schwierig ist oder dass man nach einer bestimmten Methode vorgeht, oder war das dann kein Thema mehr, nachdem die Aktion mal lief?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich muss jetzt meine Erinnerung bemühen. In der Regel informierte mich der zuständige Gruppenleiter über den Fortgang solcher Operationen. Ich könnte mir auch vorstellen, dass er mir gesagt hat, dass er mir berichtet hat über die Anzahl der positiven Werbefälle und überhaupt die Anzahl der Werbefälle.

Aber ich habe keine konkrete Erinnerung mehr daran.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Dann will ich da auch nicht weiter darauf beharren.

Können Sie sich noch daran erinnern, wie die Aufgabenverteilung dann war? Also, als man sich darauf geeinigt hatte, man macht diese Operation „Rennsteig“ gemeinsam mit MAD und Verfassungsschutz Thüringen, gab es eine bestimmte Aufteilung: Wer bedient welche Region? Der MAD - logischerweise - kann ja nur in Kasernen da aktiv sein. Waren das nur Kasernen dann in Thüringen, oder waren auch Kasernen anderswo betroffen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, die Aufteilung nach geografischen Regionen erfolgte nicht zwischen dem MAD und den Verfassungsschutzbehörden, sondern innerhalb der Verfassungsschutzbehörden. Der MAD war für eben all diese Fälle erst mal zuständig, soweit Soldaten betroffen waren, unabhängig in welcher Kaserne die dann dienten. Die Thüringer und das BfV haben sich verständigt, dass die Thüringer den Raum Jena und Rudolstadt bearbeiten, und wir haben andere thüringische Regionen übernommen.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Jetzt fällt ja in dem gleichen Referat, in dem so eine neue Werbungsaktion gestartet wird - eben „Rennsteig“ -, ein Referat, das sich ja schon mit dem Objekt „Thüringer Heimatschutz“ auskennt, dann das Jahr 98, als die Thüringer Kollegen das TNT in der Garage finden, dann das Abtauchen dieses Trios - - Können Sie sich noch daran erinnern, wann Sie davon erfahren hatten, dass jetzt quasi eine Gruppe aus der Sektion Jena des „Thüringer Heimatschutzes“ - wie wir heute wissen, dem NSU - abgetaucht ist? Wurde das sofort bei Ihnen auch Thema, oder blieb das zunächst mal in Thüringen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, das Thema „Ergebnis der Exekutivmaßnahme“ wurde relativ schnell bei uns auch kommuniziert. Es wurde kommuniziert, dass es Probleme gibt beim Auffinden von Beweismaterial und dass die Garage, auf die die Thüringer hingewiesen hatten, erst verspätet durchsucht werden konnte und dass dadurch auch dem Trio das Verschwinden ermöglicht wurde. Das wurde damals - kann ich mich

noch sehr genau dran erinnern - kommuniziert.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wie war denn die Einschätzung so in den ersten zwei, drei, vier Wochen, als die abgetaucht waren, sofern Sie sich daran erinnern: dass man die bald wieder hat, dass sie überhaupt keine Chance haben, unterzutauchen, dass man Anlaufpunkte hat? Also, war man optimistisch, oder ging man gleich davon aus: „Die sind jetzt weg, da brauchen wir einen hohen Aufwand, um die wiederzufinden“?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, über die Chancen haben wir uns weniger Gedanken gemacht als um die Notwendigkeit, hier uns zu engagieren. Den Thüringern war klar, dass es sich um eine sehr gefährliche Gruppe handelt, und deswegen waren die Bemühungen, hier unterstützend tätig zu werden, um das Trio aufzufinden, recht umfangreich.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wenn Sie gerade sagen „sehr gefährliche Gruppe“ -- So wurde sie ja eingestuft. Es war ja auch lange die Diskussion - über ein Jahr lang mit dem GBA -, ob es eben für den Anfangsverdacht reicht, Stichwort: terroristische Vereinigung. Wenn Sie jetzt in Ihrer Erfahrung zurückblicken in der Zeit, wo Sie in Verantwortung waren, die gewaltbereite rechtsextreme Szene in Deutschland sich noch mal vor das geistige Auge führen, wie viele Gruppen oder Kleinstgruppen dieser Qualität hat es damals gegeben, wenn man das abschätzen kann? Die meisten waren ja doch auch bekannt in Form von Verfahren. Aber kann man sagen: „Das war schon die Spitze derer, also, in dieser Qualität gab es nicht viele“, oder hätten Sie jetzt gesagt: „Davon gab es in jedem Bundesland ein paar“?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, da gab es nicht in jedem Bundesland ein paar, aber es war kein Einzelfall. Ich habe ja eben schon geschildert, dass es eine Gruppe in Göttingen gab, die versuchte, sich Sprengstoff zu beschaffen, und die auch einen bewaffneten Kampf aufnehmen wollte. Es gab einzelne Personen im Raum Berlin, mehrere, Brandenburg. Also, es gab mehrere Brandherde.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wenn man zusammenzählt, sind wir in einer Größenordnung, die noch zweistellig ist, oder knapp um die Hundert?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Zweistellig?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, knapp zweistellig.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Knapp zweistellig, also überschaubar, sodass man mit Personenkenntnis die auch ein bisschen präsent hat für zukünftige Fälle.

Jetzt fiel mir auf, dass es ja - -

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Was ist denn  
knapp zweistellig? Neun oder  
zehn?)

- Zehn oder elf. Zehn, elf, zwölf. Neun ist einstellig.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Das ist ja eher  
wenig!)

Jetzt fiel mir auf: Sie hatten ja selber davon gesprochen, dass es dann Deckblattmeldungen gab auf Thema Geld, finanzielle Situation. Ich erinnere mich daran, dass es sehr früh Hinweise gab, dass sich das Trio nach Chemnitz abgesetzt hätte, was, wie wir im Nachhinein wissen, ja offensichtlich gestimmt hat, also Sachsen, auch laut Schäfer-Bericht. Aber vieles konzentriert sich nach wie vor auf Thüringen. Wie muss man das verstehen? Geht man diesen Quellenhinweisen dann nicht nach, oder sagt man: „Die sind zu vage. Wir wissen zwar auch nicht mehr, aber halten uns lieber an den Bereich um Jena“? Warum verlagert man dann nicht so etwas, wenn man konkrete Hinweise hat, wo das Trio sich aufhalten könnte?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, zunächst einmal wurde, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, die Landesbehörde in Sachsen sehr wohl eingebunden, ich meine, auch durch das BfV, bin mir aber nicht ganz sicher. Und dann geht es nicht darum, dass man jetzt in bestimmten Regionen sucht, sondern wenn man den Kontakt zu diesem Trio aufnehmen will, dann muss man sich um Kontaktpersonen kümmern. Dann muss man

sich um Personen kümmern, deren Aufenthalt man kennt und von denen man annimmt, dass sie als Kuriere den Kontakt zu den Illegalen herstellen. Und genau das haben wir gemacht. Diese Kontaktpersonen stammten überwiegend aus Thüringen, und deswegen war der Ansatz Thüringen meines Erachtens durchaus der richtige.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Im Schäfer-Bericht heißt es ja, dass man interessanterweise sich an die falschen Kontaktpersonen geheftet hätte, vor allem dort mit großem Aufwand immer wieder mal observiert oder technische Maßnahmen durchgeführt, während die Kontaktpersonen, die häufiger genannt wurden - auch in den Akten -, nur eher seltener beobachtet worden wären.

Ich muss sagen: Ich teile diese Einschätzung. Das wundert mich ja auch. Da gibt es Namen, die tauchen immer wieder auf als Kontaktpersonen, als jemand, der den Kontakt hält, sogar mit dem Hinweis auch in den Akten: Der Kontakt zu diesem Trio läuft nur noch über uns. Alle anderen haben nichts mehr damit zu tun.

Dann wäre jetzt meine Erwartungshaltung gewesen: Wenn Sie Ihre Strategie verfolgen, dann konzentriert man sich genau auf die. Aber das war dann eher so ein bisschen Gießkanne: mal da eine Maßnahme, mal da relativ lange observiert, oder in anderen Bereichen. Aber es war nicht zielführend.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich kann auch nur feststellen wie Sie, dass die Observationen nicht zum gewünschten Ergebnis geführt haben. Ich kann aber nicht nachvollziehen, warum der Auswerter, der für die operative Steuerung verantwortlich ist, sich für die eine und nicht für die andere Zielperson entschieden hat.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Dann gibt es ja Deckblattmeldungen, Hinweise, das Trio möchte sich eine Waffe oder Waffen beschaffen. Alarmiert so etwas dann, weil man ja jetzt förmlich merkt: „Das bekommt eine neue Qualität“, oder ist das auch etwas, was unter der Rubrik: „Wird uns immer irgendwie erzählt“ abgebucht wird?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich würde eher sagen, dass der Waffenbesitz und die Versuche, sich in den Besitz von Waffen zu bringen, in der rechtsextremistischen Szene

nichts Besonderes ist, zumindest damals. Ich habe ja eben schon dargestellt, dass gerade Ende der 90er-Jahre eine Vielzahl von Waffen in der Szene sichergestellt wurde. Wir haben etliche Male festgestellt, dass Rechtsextremisten damals versuchten, sich in der Schweiz Waffen zu beschaffen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): In der Schweiz? In der Schweiz, ja?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** In der Schweiz.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Woher kam der Hinweis, oder wie kam das zustande?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das war ein Hinweis auf eine bestimmte Person.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Können Sie das Jahr noch etwa eingrenzen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das muss so 95 gewesen sein. Ich empfehle die Broschüre *BfV Spezial* 19 oder 21. Da haben Sie eine Auflistung aller relevanten Fälle, die den Waffenbesitz betreffen und die solche Ansätze zu Rechtsterrorismus darstellen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Fragt man dann mal nach irgendwann nach gewisser Zeit bei der Quelle, wenn es heißt, die möchten eine Waffe sich besorgen, Stand Anfang oder Mitte/Ende 99? Fragt man dann mal nach irgendwann: Hat das jetzt geklappt? Haben die eine Waffe bekommen? Wisst ihr, was für eine Waffe? Ist irgendwas gesprochen worden? - Oder belässt man es dabei, und wenn die Quelle nicht mehr was sagt, dann bleibt der Zustand offen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, die Quellen werden regelmäßig abgeschöpft zum Thema zum Beispiel: Was weißt du über den Verbleib, oder gibt es Neuigkeiten zum Trio? - Und dann berichten die, wenn sie was Neues wissen, alles, was sie Neues wissen, und dann bekommt man auch mit, ob jetzt die Waffe beschafft werden konnte oder nicht.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber da gab es nie dazu mal die Rückmeldung: „Sie

haben jetzt eine Ceska seit 99 oder eine andere Waffe“?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, solche Meldungen hat es nicht gegeben.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Dann verliert sich ja die Spur ein bisschen, und die Fahndungsmaßnahmen gehen zurück, warum auch immer. Können Sie noch mal aus der Erinnerung uns sagen: Das Trio wurde gesucht bis 2003. So lange bestand der Haftbefehl. Also, so lange hätte man auch Maßnahmen, Aufklärungen, Quellenabschöpfungen ja aktiv halten können, erst recht, wenn Sie sagen: Die hatten eine Gefährlichkeit, die gab es vielleicht noch zehn-, zwölfmal in Deutschland. - Warum reißt es ab 2001, also auch auf nachrichtendienstlicher Seite? Bei Zielfahndung von Polizeiseite wissen wir, dass der Staatsanwalt gesagt hat, wenn sie nicht mehr bringen an konkreten Fahndungsansätzen, dann macht er nichts mehr - jetzt etwas verkürzt gesprochen. Aber Sie waren ja daran nicht gebunden. Sie hätten ja weiterhin fragen können in der Szene und sich umhorchen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Damals waren die Gerüchte bzw. die Hinweise, dass die drei sich nach Südafrika absetzen wollten, doch recht konkret. Wir hatten schon die Vermutung, das könnte ihnen gelungen sein, obwohl: Handfeste Beweise oder handfeste Hinweise hatten wir nicht.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Ja. - Ich würde Sie gerne mal um Ihre Einschätzung bitten, ob Sie das wirklich auch für möglich und plausibel halten. Da ist ein Trio, das zwar als hochgefährlich gilt, aber dennoch ja untergetaucht ist. Sie suchen noch mit Hochdruck, das BfV, die beiden LfVs, die beiden LKAs in Thüringen und Sachsen. Die verlagern im Jahr 2000 das erste Mal ihren Unterschlupf nach Zwickau, werden immer noch ja auch gesucht. Sie schöpfen Quellen ab, und dann schafft es dieses Trio, innerhalb von etwa acht Monaten bis Frühjahr 2001 vier Morde, einen Banküberfall und einen Sprengstoffanschlag zu begehen, und zwar nicht irgendwo in einer Region, wo sie sich sehr gut auskennen, sondern von Hamburg bis München und von Köln bis Nürnberg, und werden weder entdeckt, noch bekommt jemand was mit, noch sieht jemand

was. Ist das erklärbar? Geht so was überhaupt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Dass so was möglich ist, war sicherlich auch die Ursache, warum wir die Gefahr eines Rechtsterrorismus so deutlich betont haben in der Zeit und in den Papieren. Die Papiere zur Gewaltdiskussion - „Leaderless Resistance“, „Eine Bewegung in Waffen“ - gehen ja gerade davon aus, dass solche terroristischen Aktionen von Kleinstgruppen ausgeführt werden sollen, die völlig abgekapselt und konspirativ operieren und damit auch durch die Sicherheitsbehörden nicht oder fast nicht zu detektieren sind. Wenn dann eine solche Kleinstgruppe auch noch darauf verzichtet, politische Agitation zu verbinden mit ihren Taten, dann wird das Auffinden einer solchen Gruppe doppelt schwierig.

**Clemens Binniger (CDU/CSU):** Ja, aber jetzt muss ich trotzdem ein bisschen einschränken: Ganz so chancenlos kann das nicht sein. Die hinterlassen überall Spuren. Sie leben irgendwo, sie pflegen noch Kontakt. Sie haben vorhin selber gesagt, Ihr Fahndungssatz war nicht der örtliche. Also, wir gehen nicht nach Zwickau und bleiben dort präsent, sondern wir halten uns an die Kontaktpersonen.

Wir wissen aus der Anfangszeit: Den Kontakt zu einem bestimmten Personenkreis haben sie auf jeden Fall bis 2000/2001 intensiv gehalten. Sie müssen Autos oder Wohnmobile anmieten. Sie hatten für die ersten Morde mindestens zwei Waffen sich zu besorgen. Sie hatten einen Banküberfall geplant, wiederum den allerdings in der heimischen Region. Sie müssen quer durch Deutschland reisen, und soweit ich jetzt auch die Bilder sehe, die wir in der Fahndung ja präsentiert bekommen: Die haben sich ja überhaupt nicht verändert. Also, sie haben jetzt nicht irgendwie - - Zumindest die Bilder, soweit wir sie haben, die reichen, glaube ich, bis 2004 zurück, die Urlaubsfotos und anderes. Dieses Trio hat sich ja nicht verändert, also von wegen Bart, Haartracht, was auch immer. Die haben sich überhaupt nicht versteckt so richtig, und trotzdem entdeckt sie keiner.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Es ist auch für mich nur schwer zu verstehen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Nun werten Sie in Ihrer Abteilung ja auch die verschiedenen Fanzines aus, also diese Neonazipublikationen, die es da gibt. Sagt Ihnen *Der Weisse Wolf* etwas?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, ich habe den schon mal gehört. Ich könnte das aber jetzt nicht genauer zuordnen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ob jetzt in der Medienberichterstattung oder noch aus Ihrer aktiven Zeit?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, eher aus der Medienberichterstattung.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. - Wir haben hier ja eine Ausgabe bei uns in den Akten aus Januar 2002. Da waren schon vier Morde begangen. Da war auch schon eine dieser Bekenner-DVDs gepresst, die wir ja uns ansehen mussten und die in der Brandruine gefunden wurden. Da bedankt sich ja der Herausgeber gleich auf der zweiten Seite im Vorwort:

Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen;-)

Dann irgendein Zeichen.

Der Kampf geht weiter ...

Der Begriff NSU ist Ihnen bis jetzt zur Veröffentlichung nie untergekommen, bewusst, -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): - dass der mal ein Thema war in Ihrer Abteilung bei der Auswertung solcher - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Konnten wir nicht zuordnen. So was kommt aber durchaus häufiger vor, dass sich irgendwelche Gruppen mit Bezeichnungen melden, die unbekannt sind.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber derjenige, der das hier in seiner Zeitschrift übernommen hat - - Für was immer er sich auch bedankt - Geld, ich weiß es nicht -, aber er hatte zumindest die richtige Bedeutung des Wortes gekannt, weil bei NSU ist nicht zwangsläufig, dass man vornedran den Artikel „den“ setzt, also dass man weiß, dass „U“ „Untergrund“ bedeutet. Also, dann muss der

Begriff etwas breiter bekannt gewesen sein ja auch in der Szene möglicherweise.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also - -

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Wird da nachgefragt, wenn so ein neuer Begriff auftaucht in so einem Fanzine, das ja vertrieben wird in verschiedenen Regionen, hier wohl überwiegend in Ostdeutschland, dass man sagt: „Kann jemand damit etwas anfangen?“, also auch die Quellen gefragt werden, wenn so prominent auf Seite 2 da ein Neonaziblatt sich bei einer Organisation bedankt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das wird in der Regel abgefragt, ob jemand diese Organisation kennt, wo die sonst schon auftaucht ist. Das wird auch hier der Fall gewesen sein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich will - ich schaffe es zwar nicht mehr ganz mit Blick auf die Uhr - noch mal zwei Jahre weitergehen, von 2002 zu 2004. Im Jahr 2004 haben Sie das *BfV Spezial* herausgebracht: „Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten - Entwicklungen von 1997 bis Mitte 2004“. Das kennen Sie, nehme ich an. So sah es ja aus.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): In diesem *BfV Spezial*, das heute schon ab und zu mal Thema war in den Vernehmungen, wird das Trio ja sogar genannt. Also, damit ist auch offenkundig: Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe waren auch 2004 in den Sicherheitskreisen noch präsent, und sie wurden immer noch als Beleg genommen für gefährlichen Rechtsextremismus. Ist das richtig in der Bewertung?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist richtig.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Und in diesem *BfV Spezial* - - Erinnern Sie sich dran? Sie haben ja vorhin angedeutet, dass Sie verschiedene neue Theorien, neue Strömungen beschreiben - „Leaderless Resistance“, „Combat 18“ -, im Nachhinein ja alles ideologischer Unterbau, den man mit diesem Trio ja verbinden kann.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist - - Das ist wahr.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber zum Zeitpunkt der Erstellung nicht? Da kam niemand auf die Idee, zu sagen: „So ein Trio, das jetzt weg ist, das wir als gefährlich eingestuft haben, das sich Waffen besorgt, könnte genau dem entsprechen“? Also, vorne dran der Theorieteil, und weiter hinten kommen die Beispiele aus der Praxis, aber niemand stellt die Verbindung her?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir haben damals dieses Trio gekannt, wir haben es in den Kreis der besonders gefährlichen Gruppen eingeordnet, aber bis zur Erstellung dieses Papiers und auch nachher haben wir eine Zuordnung der Gewalttaten des Trios zu dem Trio nicht vornehmen können.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ich frage nachher dann noch mal weiter. Ich bin mit der Zeit durch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Erlauben Sie, wenn ich kurz eine Anschlussfrage dazwischenschieben würde?

Wir finden in MAT A BT-1/2 in den Akten ein Kurzprotokoll. Das ist hier von den Kollegen aus dem Innenausschuss, 60. Sitzung, 30. November 2011. Da wird Folgendes wiedergegeben, bezogen auf Ausführungen von Herrn Fromm, also dem Präsidenten des Verfassungsschutzes in Deutschland. Da hat der Präsident des BfV, Heinz Fromm, in der Sitzung erklärt:

Bekennerschreiben seien nicht notwendig für politischen Terrorismus. Es habe schon im 19. Jahrhundert den Begriff „Propaganda der Tat“ gegeben. Bei der RAF seien Bekennerschreiben zwar die Regel gewesen, doch bei rechtem Terror seien sie eher selten vorgekommen. So habe es bei allen rechten Anschlägen in den 80er-Jahren keine Selbstbezeichnung gegeben.

Wir hatten hier relativ viele, auch hochrangige Polizeivertreter, die gesagt haben, sie haben in die Richtung Rechtsextremismus unter anderem deshalb entweder nicht oder nur ansatzweise geschaut, weil es keine Bekennerschreiben oder keine Selbstbezeichnung einer Gruppe gegeben hätte. Dieses Wissen, das Herr Fromm da am 30. Novem-

ber 2011 kundgetan hat, ist das auch Ihr Kenntnisstand?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wird so was nicht kommuniziert gegenüber zum Beispiel den Landeskriminalämtern?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Doch. Ich könnte Ihnen allerdings jetzt nicht sagen, wo es jetzt im konkreten Fall kommuniziert wurde.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich meine, die haben ja auch ihre Staatsschutzabteilungen. Ich meine, wenn das sozusagen die Wissenslage ist des Bundesamtes für Verfassungsschutz, dann müsste das ja eigentlich auch geteilt werden.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ein Gremium, so etwas zu teilen, ist oder war die IGR, und ich kann Ihnen allerdings nicht sagen, ob das Thema dort - - Für ein solches Thema braucht man immer einen Aufhänger. Wenn der Aufhänger fehlt, dann fehlt auch meist der Informationsaustausch.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Aber ich meine, wenn über Rechtsterrorismus gesprochen worden ist zwischen den Behörden - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Es ist jedenfalls kein Wesensmerkmal des Rechtsterrorismus, dass hier keine Tatbekennung vorhanden ist. Wenn ich Herrn Fromm hier richtig verstanden habe - und das ist auch mein Stand -, sind Tatbekennungen nicht zwingend erforderlich und kommen nicht immer vor.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, nein, er hat ja offenkundig gesagt, bei rechtem Terror seien sie eher selten vorgekommen. So habe es bei allen rechten Anschlägen in den 80er-Jahren keine Selbstbezeichnung gegeben. Also, er sagt ja genau das Gegenteil. Er sagt: Die Regel ist beim Rechtsterrorismus, sich nicht zu bekennen. - Oder sehen Sie das fachlich anders?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich muss gestehen: So konkret kann ich Ihnen diese Frage jetzt nicht beantworten. Aber ich gehe

davon aus: Wenn Herr Fromm etwas im Innenausschuss sagt, dann hat er sich das nicht selbst ausgedacht, sondern ist das die Basis, ist die - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Könnte ihm vielleicht Ihr Nachfolger so aufgeschrieben haben?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, das kann auch sein, dass das zu meiner Zeit - - Ich weiß nicht, wann - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, das war 2011.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Bitte?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war 2011, also vor einem halben Jahr.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Dann wird die Abteilung 2 des BfV das aufgeschrieben haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, wahrscheinlich. Ja, interessant. - Das Frage-recht hat die SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl, bitte.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Danke schön, Herr Vorsitzender. - Schönen guten Abend, Herr Cremer!

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Guten Abend!

**Dr. Eva Högl (SPD):** Herr Cremer, Sie kannten die Mordserie, und Sie kannten das untergetauchte Trio. Als im November, im November 2011, bekannt wurde, dass die Mordserie von der Zwickauer Terrorzelle verübt wurde, wie war da Ihre Reaktion?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich war wie vom Donner gerührt. Natürlich kannte ich die Mordserie aus der Presse. Ja, ich war sprachlos.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn Sie das in Beziehung setzen zu Ihrer Arbeit in dem Zeitraum jedenfalls, in dem Sie Verantwortung getragen haben im Bundesamt für Verfassungsschutz, haben Sie da noch irgendeine Reaktion, also: „Ach, wir hätten die auch kriegen können“, oder irgend so was in der Art?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich kann mich erinnern, dass, als einzelne Morde begangen wurden, man durchaus darüber nachgedacht hat: Könnten das auch Rechts-extremisten gewesen sein? Ich muss gestehen: Die Berichterstattung in der Presse über die Hintergründe, möglichen Tathintergründe im Bereich organisierte Kriminalität haben mich dann von diesen Gedanken wieder runtergebracht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn Sie diese Gedanken hatten, dass das möglicherweise auch einen rechten Hintergrund, rechtsex-tremen Hintergrund haben könnte, hat das irgendeine Auswirkung gehabt, also haben Sie das mal prüfen lassen, oder haben Sie mal Nachfragen gestellt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, wir haben, anders als bei dem Sprengstoffanschlag in der Keupstraße in Köln, wo wir mögliche Bezüge zum Rechtsextremismus gesehen haben, die - vielleicht auch aufgrund der Berichterstattung in der Presse - bei den Ceska-Morden nicht gesehen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ist das mal thematisiert worden, beispielsweise bei der IGR oder so oder bei Ihren Runden mit den anderen Landesämtern für Verfassungsschutz?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Meines Wissens nicht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wenn wir heute noch mal draufschauen: Also, ich stelle mir die Frage, ob wir nicht auch dazu kommen müssen, wenn eine Person mit Migrations-hintergrund Opfer einer Straftat wird - in diesem Fall von Morden -, ob es dann vielleicht auch sinnvoll wäre, dass man routinemäßig daran denkt, dass es sich um rechtsex-tremen Hintergrund handeln kann.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das sollte man.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und damals ist man auf den Gedanken nicht gekommen. Aber man hätte auch darauf kommen können, dass das zumindest ein Motiv der Täter sein könnte?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und das ist in Ihren Runden nie erörtert worden? Weil, ich wollte Sie jetzt nämlich noch mal fragen, ob Sie beispielsweise irgendwas gehört hatten von den Ermittlungen in den Mordfällen. Beispielsweise gab es ja Fallanalysen. Sie haben selber gesagt, dass Sie sich für den Sprengstoffanschlag in der Keupstraße 2004 in Köln interessiert haben. Da gab es die deutlichste Fallanalyse, die wir haben. Also, es gab eine ja in München nach dem neunten Mord, die erstmalig, bezogen auf die Morde insgesamt, die Vermutung geäußert hat, es könnte sich um Täter aus der rechten Szene handeln, und in Köln in der Keupstraße war die Fallanalyse so deutlich, dass sie von Türkenhass der Täter sprach und einem menschenverachtenden Motiv. Ist Ihnen das mal untergekommen in den Diskussionen, oder haben Sie da schon mal von gehört damals?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich weiß, dass wir damals aufgrund der Tatsache, dass es sich um einen Nagelbombenanschlag handelte, den Bezug hergestellt haben zu dem Bombenanschlag, der ebenfalls ein Nagelbombenanschlag war, in London, und dass der Kollege, der dafür zuständig war, das zum Anlass genommen hat, zu prüfen, ob es hier weitere Parallelen gibt.

Wir hatten auch den Eindruck, dass damals die Polizei in Köln sehr viel offener, was die Motivmöglichkeiten - - war und auch durchaus unseren Beitrag geschätzt hat.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Der ermittelnde Beamte hat uns aber gesagt, dass Ihre Expertise zum Thema Vergleich mit „Combat 18“ da gar nicht bekannt war. Das haben Sie vielleicht schon gehört. Das hat jedenfalls keinen Niederschlag in den Ermittlungen gefunden, und das hat uns alle sehr verwundert, weil das ja wirklich auch eine Frage war, der man intensiver hätte nachgehen können, gerade Hintergrund Keupstraße.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, es gab damals - was ungewöhnlich ist - unmittelbare Kontakte des Sachbearbeiters im BfV zum Polizeipräsidium Köln, über die der Kollege auch Hinweise weitergegeben hat, meiner Erinnerung nach. Und darüber hinaus ist das Auswertungsschreiben von uns an die Landesbehörde für Verfassungsschutz gegangen. Ich habe damals ausdrücklich verfügt: zur Weitergabe an die Polizei.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann darf ich Sie noch mal fragen, wie das ist, wenn Zusammenarbeit mit Polizei - - Sie haben ja gesagt, in Köln war es außergewöhnlich, dass Sie sich gewandt haben da direkt an die Polizei und auch Ihre Unterstützung angeboten haben. Wie behandeln Sie das denn sonst? Vielleicht können wir das noch mal machen. Wenn Sie Ideen haben oder so, geben Sie das auch mal an die Landesämter für Verfassungsschutz? Das haben Sie ja eben auch schon angedeutet.

Aber da habe ich noch eine Frage. Sie haben gesagt: Einige Behörden waren sehr selbstbewusst. - Sie haben aber nicht gesagt, welche. Uns interessiert hier auch schon mal, welche Behörden Ihnen zum Beispiel in der Zusammenarbeit als äußerst hartnäckig in Sachen Kooperation aufgefallen sind.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das wechselte.

**Dr. Högl (SPD):** Okay. Schade. Ich bin tendenziell neugierig, und vielleicht die anderen auch. Mich hätte das sehr interessiert, weil das nämlich fortlaufend im Untersuchungsausschuss ein Thema ist, das, was Sie auch benannt haben, Herr Cremer, die Rivalität zwischen den Behörden, auch die Mentalität: mein Fall, dein Fall, und weniger unser Fall. Das hat ja auch dazu geführt, dass man an der einen oder anderen Stelle notwendige Informationen leider nicht ausgetauscht hat. Das betrifft sowohl innerhalb der Bundesländer die Zusammenarbeit als auch zwischen Bund und Ländern.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Högl, der Kollege Stracke bittet, eine Frage dazwischen stellen zu können. Sind Sie einverstanden?

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, selbstverständlich. Bitte sehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Bitte, Herr Kollege.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Vielen herzlichen Dank. - Weil Sie nun das Thema angesprochen haben und der Herr Zeuge den Hinweis gegeben hat, was den Nagelbombenanschlag in Köln betrifft, dass hier ein Mitarbeiter des Bundesamtes das Lage-

zentrum angerufen hat: Da würde mich interessieren, was denn der Grund dafür ist, für diese Kontaktaufnahme. Die ist ja doch, wie Sie auch beschreiben, etwas ungewöhnlich. Könnten Sie denn da Ihre Erkenntnisse uns mitteilen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Na, ich nehme an, das war die emotionale Betroffenheit des Mitarbeiters, dass so was in seiner Heimatstadt passieren konnte, und da bestehen natürlich auch dann ohnehin informelle Kontakte zu den Kollegen der Polizei. Der Normalfall wäre gewesen: Wir setzen uns mit der Landesbehörde in Düsseldorf zusammen, und die Düsseldorfer schicken die Informationen an die Kölner Polizei<sup>7</sup>. Dass das hier abgekürzt wurde, ist das Ungewöhnliche.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Aber Sie vermuten, dass das so ist, wie Sie es jetzt darstellen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Oder wissen Sie das?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich meine, mich daran erinnern zu können, dass das so war.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Und ist das regelhaft so, dass dann ein Mitarbeiter aus dieser emotionalen Betroffenheit im Lagezentrum anruft?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nicht im Lagezentrum.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Doch. Also, nach der uns vorliegenden Chronologie der Ereignisse in dem Bereich hat er im Lagezentrum angerufen, also nicht bei der damaligen Abteilung, die zuständig wäre, sondern im Lagezentrum.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das kann ich nicht sagen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Nicht bei den Kollegen in der Polizei, sondern im Lagezentrum.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das kann ich nicht sagen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Okay.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich bleibe noch mal ganz kurz bei Köln, bei der Keupstraße. Wenn Sie da also Hinweise geben - Sie haben ja diese Expertise gemacht, Vergleich Sprengstoff mit „Combat 18“ -, verfolgen Sie dann auch so ein bisschen, wie die Ermittlungsarbeit vor Ort weitergeht, oder ist das dann für Sie erledigt, wenn Sie Ihre Informationen gegeben haben?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein. Wir verfolgen, wenn es möglich ist, natürlich, wie die Ermittlungsarbeit weitergeht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. - Haben Sie mal davon gehört, dass auch Zusammenhänge hergestellt wurden zur Mordserie zwischen dem Nagelbombenanschlag und der Ceska-Mordserie?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und haben Sie auch verfolgt, dass in Köln wirklich in der rechten Szene dann nur ganz lokal ermittelt wurde, also nur sehr punktuell und nicht systematisch? Ist Ihnen das mal zu Ohren gekommen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, der Kollege, der bei uns ermittelt hat, hat den Großraum Köln abgeglichen. Was die Polizei gemacht hat, kann ich nicht sagen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie sind ja ein erfahrener Kenner der rechtsextremen Szene, und dass man durchaus auch auf die Idee kommen könnte, dass man über eine regionale Erforschung der Szene hinaus auch ein bisschen gucken könnte, weil die rechtsextreme Szene ja auch sehr mobil ist und Kontakte bestehen zu anderen regionalen Szenen, auf die Idee ist man weder in Nürnberg und in München gekommen, noch in Köln, und das wundert ja einfach ein bisschen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich könnte mir vorstellen, dass die Nutzung der Fahrräder die Kollegen dazu veranlasst hat, anzunehmen, dass es sich um einen regionalen oder lokalen Täter handelt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das sogenannte Depot in Köln. Ja, das war dann die falsche Spur.

---

<sup>7</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 2)

Ich möchte Sie ganz gerne noch ein bisschen dazu fragen, wie Sie selber die Aufstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz beurteilen beim Thema Bekämpfung von Rechtsextremismus. Sie haben selbst gesagt in Ihrem Eingangsstatement, für Sie sei das ein Selbstverständnis, Rechtsextremismus nicht nur zu beobachten, sondern zu bekämpfen, als Abteilungsleiter gewesen, und Sie haben dann auch gesagt, Sie hätten in dieser Zeit auch beachtliche Erfolge erzielt. Vielleicht können Sie noch mal ganz kurz sagen, was so die Erfolge waren, die Sie als „beachtlich“ bezeichnen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir haben es immer als unsere Aufgabe angesehen, Gefährder auszuschalten, und als<sup>8</sup> Gefährder galten für uns alle die, die im Besitz von Waffen waren, und insbesondere diejenigen, die diese Waffen für ihre Zwecke einsetzen wollten. Deswegen haben wir versucht, alle Informationen, die wir über den Waffenbesitz in der Szene gefunden haben, auch an die Exekutivbehörden abzugeben. Wenn Sie sich *BfV Spezial* 19 und 21 anschauen - ich muss immer wieder drauf zurückkommen, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das ist ja in Ordnung.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** - dann sehen Sie die Fälle. Es ist auch jedes Mal darauf hingewiesen worden, ob ein Fall durch einen Hinweis einer Verfassungsschutzbehörde des Landes oder des BfV an die Exekutive abgegeben wurde. Und wenn Sie das mal auswerten: Es sind doch eine ganze Reihe von Fällen an die Exekutive abgegeben worden. Das heißt für mich, dass Sprengstoff und Waffen aus der Szene rausgezogen wurden und die Verdachtspersonen dann auch zum Teil abgeurteilt wurden und somit jedenfalls zeitweise zumindestens unschädlich gemacht wurden. Ich würde das durchaus als Erfolg bezeichnen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nun sitzen wir hier zusammen - deswegen frage ich das auch in der Reihenfolge -, weil wir natürlich der Frage nachgehen: Welche Fehler wurden gemacht? Da muss man ja zu dem Ergebnis kommen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz auch keinen signifikanten Beitrag leisten konnte, der „Zwickauer Terrorzelle“ auf die Spur zu kommen. Im Nachhinein weiß man immer alles besser, ja? Mir

geht es aber darum, Ihre Einschätzung auch dazu: Wie konnte das denn passieren? Woran hat es denn gelegen, dass trotz der V-Leute, trotz der intensiven Beobachtung der verschiedenen Szenen, auch regionalen Szenen - - Woran hat es denn gelegen? Fehlen Ihnen die Instrumente, oder liegt es an der Kompetenz auch der Quellen oder derjenigen, die die führen? Liegt es an politischen Vorgaben, dass das überhaupt nicht erfolgreich war, also dass da kein signifikanter Beitrag zum Ergreifen der drei Untergetauchten geleistet werden kann? Haben Sie da eine Einschätzung? Weil Herr Fromm hat das selbst auch sehr kritisch gesehen, wie das BfV aufgestellt war.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich sehe vor allen Dingen Defizite in der Kooperation zwischen Verfassungsschutz und Polizei. Wenn der Verfassungsschutz schon Quellen in der Szene hat und wenn diese Quellen berichten über Kontaktpersonen zu dem Trio etc., dann muss man auch einen Weg finden, diese Informationen an die Polizei zu geben, damit die auch ihre Zielfahndung entsprechend einstellen kann. Das scheint hier nicht erfolgt zu sein. Und hierhin sehe ich also sicherlich ein sehr großes Problem.

Wenn man darüber hinaus Dinge verbessern will, dann kann man daran denken, die Zentralstellenfunktion des BfV zu stärken. Seit vielen Jahren ist immer wieder im Gespräch, dem BfV ein Weisungsrecht gegenüber den Landesbehörden einzuräumen. Das ist bisher aufgrund des Widerstands der Länder gescheitert. Ich könnte mir vorstellen, dass so eine zentrale Koordinierung sicherlich sehr hilfreich hätte sein können. Insoweit ist das GAR, wie es jetzt eingerichtet wurde, zwischen Bund und Ländern, Polizei und Verfassungsschutz vermutlich die beste Lösung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber hätte das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht schon in der damaligen Situation auch seine Funktion als Zentralstelle, die es ja hat nach dem Gesetz über den Verfassungsschutz und der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern - so ist das Gesetz ja auch überschrieben, ja; es trägt ja ganz eindeutig den Titel auch -, hätte es damals das nicht auch schon intensiver wahrnehmen können?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir hätten einfach hartnäckiger sein müssen, was die

<sup>8</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 2)

Forderung der Einbeziehung in die Absprachen, in die operativen Absprachen angeht. Wir konnten es aus rechtlichen Gründen nicht erzwingen, nicht einfordern, aber wenn man ein bisschen hartnäckig ist, kann man doch - - hätte man vielleicht mehr erreichen können.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wo sehen Sie da insbesondere eine Stelle, wo Sie hätten hartnäckiger sein können oder sein müssen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Meine Abteilung hätte vielleicht etwas hartnäckiger gegenüber den Thüringern, gegenüber den Brandenburgern sich einbringen müssen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wie hätte das aussehen können oder müssen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, indem man zum Beispiel die Landesbehörden heimsucht und mit ihnen die Fälle bespricht.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Högl - -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Meine Zeit ist um?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ihre Zeit ist noch lange nicht um, aber das Redekontingent für diese Runde ist erschöpft.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ach so, ja, das meinte ich. Ich war nicht mehr im Bilde, weil Herr Stracke ja eine Zwischenfrage gestellt hatte.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir haben angehalten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, alles gut. Ich habe mich auf Sie verlassen. Dann bedanke ich mich bei Herrn Cremer.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe eine technische Frage, die etwas zu tun haben könnte mit Menschenfreundlichkeit. Der freundliche Herr, der uns hier mit Speisen und Getränken versorgt, hätte eigentlich schon längst Feierabend. Er fragt, ob er noch mal kommen muss. Mein Vorschlag wäre, weil er auch deutlich schlechter bezahlt wird als die meisten hier im Saal, dass diejenigen, die sich jetzt noch eindecken wollen, die Gelegenheit nutzen und wir ansonsten den

Herren verabschieden. - Ja, machen wir so. Okay.

Also, das Fragerecht wechselt zur FDP-Fraktion. Herr Kollege Wolff.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Ja, vielen Dank. - Herr Cremer, keine Sorge: Eine Heimsuchung wird es nicht; die Kollegen hat es auch nicht so gemeint.

Mich würde noch mal die Operation „Rennsteig“ interessieren, auch in Anknüpfung dessen, was der Kollege Binninger vorhin sagte. Das Programm wurde ja 2003 eingestellt. Warum eigentlich? Was waren da die Gründe?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wenn ich mich da richtig erinnere, dürften das die Querelen in der Landesbehörde in Thüringen gewesen sein. Also, das Programm ist meines Erachtens schon wesentlich früher eingestellt worden. Ich habe gestern die Sachakte noch mal gelesen - zumindestens quergelesen -, und darin sind für das Jahr 2001 und 2002 kaum noch Eintragungen drin.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** Gab es denn eine Art Evaluierung darüber seitens des BfV: „Was lief gut, was lief schlecht?“ oder einen Gesamtüberblick über die gesamte Operation, die ja nun doch schon eine gewisse Zeit in Anspruch nahm und auch Ressourcen gebunden hat? Gab es da von Ihrer Seite aus so eine Art Überprüfung des Ganzen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Es gab einen kurzen Vermerk, aus dem hervorgeht, dass das BfV unzufrieden war, dass die Kollegen unzufrieden waren mit dem Ergebnis der Operation. Es sind verhältnismäßig viele Ansprachen erforderlich gewesen, und die Ausbeute war extrem schlecht. Die Quellen, die geworben werden konnten, sind meines Erachtens auch nur relativ kurz geführt worden. Dann ergaben sich Probleme im Hinblick auf die Zuverlässigkeit, den Wahrheitsgehalt der Aussagen, sodass die dann wieder eingestellt oder abgeschaltet werden mussten.

**Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP):** War das aus Ihrer Sicht Unprofessionalität, oder woran lag das, dass die Ausbeute - in Anführungszeichen - so schlecht war?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das liegt an der Szene. Wir arbeiten hier im Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus. Die Leute, die wir da als Quelle angeworben haben oder als Quellen angeworben haben, waren zum Teil verstrickt in Straftaten, zum Teil - - Oder sie sind alle in der Wolle gefärbte Rechtsextremisten, und da ist es nicht verwunderlich, dass eine Zusammenarbeit - zumindest eine längerfristige Zusammenarbeit - nicht möglich ist.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Also, so eine Aufarbeitung - Sie sagten ja gerade auf die Frage von Frau Högl: Wir hätten hartnäckiger sein müssen -, zum Beispiel so eine Art Aufarbeitung der Kommunikationsstränge, Aufarbeitung der Verzahnungen der Zusammenarbeit gerade anhand eines solchen konkreten Projekts - in Führungszeichen - Operation gab es nicht, also Stärken-/Schwächen-Analyse oder Ähnliches?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Es mangelte hier nicht an der Kooperation mit den Thüringern oder mit dem MAD, sondern es mangelte an der Qualität der Quellen. Die ergibt sich aber aus dem Potenzial, was hier zur Verfügung steht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn einen Eindruck, wie die Größenordnung des Mitteleinsatzes war, das heißt, wie zum Beispiel für Anwerbekosten oder auch für Kosten bei V-Leuten? Gab es denn darüber einen Überblick dann bei Ihnen bzw. auch bei den Kollegen oder einen Überblick da, wie viel Mittel dort verwendet worden sind?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, den Überblick hatte der Referatsgruppenleiter, der auch hier sehr stark in die Steuerung eingegriffen hat. Ich weiß allerdings nicht, ob das sich in irgendeiner Weise in den Akten niedergeschlagen hat.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Gab es denn Anwerbeaktionen auch in Sachsen, also außerhalb der Gruppe?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist mir nicht bekannt.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Sagt Ihnen die sogenannte „Gruppe 12“ im „Thüringer Heimatschutz“ etwas?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Rechtsextremisten verbreiten ja mitunter - -

(Zuruf des Abg. Clemens Binninger  
(CDU/CSU))

- Bitte? - Okay. Er meinte, sollte er eigentlich. Warum? - Sagt Ihnen gar nichts?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein. Bitte sehen Sie es mir nach. Ich bin auch mittlerweile fast zehn Jahre aus dem Geschäft wieder raus - na, acht Jahre -, und ich habe jetzt erst in den letzten Wochen mich mühsam wieder in den Rechtsextremismus eindenken müssen. Also, ich kann Ihnen auf bestimmte Detailfragen dann auch keine Antwort geben.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ja, vielleicht aus Ihrer jetzigen Verwendung eine andere Frage. Die Auslandsbezüge damals vom „Thüringischen Heimatschutz“, haben Sie da noch eine Erkenntnis, oder gab es da auch eine Systematisierung oder eine Form der Aufarbeitung, oder welche Auslandsbezüge gab es? Wenn Sie vielleicht gerade dazu was sagen könnten.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, für Auslandsbezüge hatten wir in der Abteilung ein eigenes Referat, das sehr gut informiert war über die Auslandsbeziehungen aller deutschen Rechtsextremisten. Dieses Referat hat sehr enge Kontakte gehalten zu europäischen Partnerdiensten. Es gab eine jährliche Konferenz der europäischen Partnerdienste, in der man sich über Rechtsextremismus und insbesondere über Kontakte von Rechtsextremisten ausgetauscht hat. Ich weiß, dass im Zusammenhang mit dem Trio Claus Nordbruch eine Rolle spielte. Der sollte das Trio wohl in Südafrika unterbringen, und es gab auch Rechtsextremisten aus dem gewaltbereiten Bereich, die schon auf der Farm von Nordbruch in Südafrika gearbeitet hatten und die hier diesen Kontakt herstellen sollten. Das ist aber alles, was ich im Augenblick dazu sagen kann.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wir haben ja - - Der Militärische Abschirmdienst

war ja dabei, und hier wurde auch schon von dem bayerischen Kollegen erläutert, dass es gerade in Nordbayern, Südthüringen Verbindungen beispielsweise in den Kosovo gab, auch in der Zeit um 98 herum. Haben Sie davon schon gehört?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Es gab eine Reihe von Rechtsextremisten, die als Söldner auf dem Balkan gekämpft hatten, und die Sorge - unsere Sorge - war damals, dass zurückkehrende Söldner eine besondere Gefahr darstellen könnten.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Waren da kräftige Wanderungsbewegungen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Na, kräftige Wanderungsbewegungen - - Es waren immer eine Reihe doch recht gefährlicher, von uns als gefährlich eingeschätzter Leute, die aus dem Balkan zurückkamen und um die wir uns zum Teil auch schwerpunktmäßig gekümmert haben.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Welche Veränderungen hatten Sie denn den Eindruck, die vorkamen, als sie wieder zurückkamen? Waren die besonders geschult, oder gab es da eine besondere - - etwas Auffälliges, als die wieder zurückgekommen sind?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, da bestand natürlich die große Gefahr drin, dass die kampferprobt waren, dass sie eventuell Waffen und Sprengstoff zur Verfügung hatten und den auch mitgebracht haben oder die Waffen auch mitgebracht haben. Das spielte damals in unseren Überlegungen - auch, um wen wir uns hier kümmern, wen wir beobachten - eine ganz wichtige Rolle.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Haben Sie denn einen Eindruck, wie viel das ungefähr in dem Zeitraum, sagen wir mal, 98 bis 2000, um den Dreh rum, gewesen sein könnte? Das ist so die Zeit des Balkankrieges gewesen. Ja, nein, der Balkankrieg war 98. Also so um den Dreh rum. Oder haben Sie ungefähr ein Gefühl dafür, wie viele es waren?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, nein. Das Gefühl könnte mich trügen, und ich lasse deswegen Schätzungen.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Okay. Nein, das ist seriös. Okay.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Es war jedenfalls nicht nur eine Handvoll.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Zwischenfrage?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Zwischenfrage nicht. Die Zeit ist schon abgelaufen für diese Runde.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Ich hätte sonst noch eine allerletzte in dem Komplex.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, bitte.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Mich würde da interessieren, weil bei der Operation „Rennsteig“ ja Bayern nicht dabei war, aber genau Nordbayern, Südthüringen ja einer der Schwerpunkte war: Wie haben Sie es denn eingeschätzt, dass da an der Stelle Bayern nicht dabei war, auch gerade, wenn es darum geht, hier Nachsorge quasi von Heimkehrern zu berücksichtigen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, wir waren enttäuscht.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Das war in Anführungszeichen gemeint.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, wir waren enttäuscht, dass die Bayern sich da ausgeklinkt haben. Ja, so will ich es mal bezeichnen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Kollege Binnerer möchte außer der Reihe eine Frage stellen.

**Clemens Binnerer** (CDU/CSU): Nur eine Ergänzungsfrage zu diesem Komplex „Söldner, Neonazis auf dem Balkan und zurück“. Sie hatten ja gesagt, es war mehr als nur eine Handvoll, die Sie dann auch beobachtet haben. Gab es da regionale Schwerpunkte? Wo waren die her, die da sich als Söldner verdungen hatten? Kann man das eingrenzen? Gab es einen Schwerpunkt, oder hatten Sie auch Namen? Wen müssten wir fragen, wenn wir dazu Erkenntnisse

bräuchten, in Ihrer Abteilung? Es fällt in den Untersuchungszeitraum. Insofern - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, das ist meines Erachtens im Bereich Rechtsterrorismus bearbeitet worden.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Es gab keinen Schwerpunkt jetzt in Deutschland, wo die - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, also kann ich nicht sagen. Nein.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur Linksfraktion. Frau Kollegin Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ja, guten Tag, Herr Cremer! - Ich möchte einen Satz von Ihnen von vornhin aufnehmen: Der Versuch, sich Waffen zu beschaffen, ist an sich nichts Besonderes in dieser Szene. - So weit, so gut. Ich muss Ihnen sagen: Nicht erst, seitdem wir jetzt diese Mordserie untersuchen, sondern schon ein bisschen länger treibt mich wirklich die Frage um. Sie - wie übrigens auch andere Behörden - hatten Erkenntnisse darüber, dass sich Neonazis in einem bestimmten Zeitraum verstärkt Waffen, Sprengstoff und andere gefährliche Dinge beschaffen, diese horten. Es wurden entsprechende Lager ausgehoben. In diesem *BfV Spezial*, was heute schon mehrfach zitiert wurde, wurde das eindrucksvoll beschrieben.

Am Schluss, wenn man sich in Koordinierungsrunden oder auch in Analyserunden dann aber die Frage stellte: „Haben wir eine rechtsterroristische Gefahr? Geht überhaupt von Rechtsextremisten Gefahr aus?“, dann wird das in der Regel verneint und maximal als eine minimale Chance gesehen. Ich habe diese Frage übrigens auch anderen Zeugen schon gestellt: Was war denn damals die Einschätzung, was diese Nazis eigentlich mit diesen Waffen und Sprengstoff wollen, was die damit vorhaben?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich habe ja in meinem Einleitungsstatement schon darauf hingewiesen, worin die Problematik lag. Wir haben vonseiten des Verfassungsschutzes damals - zumindest intern - einen anderen

Terrorismusbegriff gehabt wie der des § 129 a. Wir sind mehr von der Gefahr ausgegangen, die von Anschlägen droht, als von den Anforderungen des § 129 a im Hinblick auf die Organisationsstrukturen, auf die Größe der Organisation usw. Deswegen haben wir gesagt, es gibt eine solche Gefahr des Entstehens eines Rechtsterrorismus, auch wenn vielleicht die Schwelle des § 129 a noch nicht erreicht ist.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Vielleicht hätte man es anders nennen müssen, meinetwegen nicht Terrorismus. Aber dass davon eine Gefährdung der Gesellschaft ausgeht - jedenfalls aus meiner Sicht müsste man erkennen. Aber ich würde gern - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das haben wir aber auch getan. Das haben wir getan. Wir haben nur gesagt: Es gibt keine rechtsterroristischen Strukturen, aber es gibt durchaus eine Gefahr des Entstehens von Terrorismus oder von Anschlägen, die von Kleingruppen oder Einzelpersonen begangen werden. - Das haben wir immer wieder betont, auch in unseren Verfassungsschutzberichten.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, dann möchte ich jetzt konkret zu dem Trio kommen.

Die Operation „Rennsteig“ wurde ja gemeinsam mit dem MAD durchgeführt. Sie haben vorhin auch noch berichtet, dass Sie gebeten wurden, dann an der Operation „Drilling“ teilzunehmen. In diesem Zusammenhang habe ich dem Schäfer-Bericht entnommen - Seite 91 -, dass einer der sehr frühen Helfer des Trios, ein gewisser Jürgen Helbig, nach Ansicht von Professor Schäfer die wahrscheinlich wichtigste Spur, die die Zielfahndung des LKA Thüringen hatte, um den Aufenthaltsort des Trios zu ermitteln, durch den MAD am 15. September 1999 befragt wurde - 15. September 1999.

Am 6. Dezember 1999 teilt dann der MAD dem thüringischen Landesamt den Bericht zur Befragung von Jürgen Helbig mit. Das heißt, man teilt dort mit:

Helbig gehe davon aus, dass sich die in der Illegalität Lebenden aufgrund des zu erwartenden Strafmaßes nicht den Behörden stellen. Szeneintern werde von einem Strafmaß von zehn Jahren ausgegangen, weil man ein Exempel gegen Rechts statuieren wolle. Die

drei Bombenbastler hätten sich schon „auf der Stufe als Rechtsterroristen bewegt, die mit einer gewissen Zielsetzung eine Veränderung dieses Staates herbeiführen wollten“.

Ende des Zitats aus dem Schäfer-Bericht, Seite 197.

Ist das eigentlich üblich, dass eine so lange Zeit zwischen der Aufnahme einer solchen Quelleninformation und der Übermittlung an das kooperierende Landesamt und gegebenenfalls auch an andere kooperierende Stellen vergeht?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Es sollte nicht so sein, Frau Abgeordnete.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Danke. - Dann würde ich gerne an dieser Stelle weitermachen, weil Herr Professor Schäfer kommt dann in eben diesem Bericht auf Seite 198 zu der Schlussfolgerung:

Gerade unter Berücksichtigung der vorerwähnten Quellenermittlungen aus einem anderen Bundesland,

- also, das ist etwas, was dann noch weiter vorne im Bericht schon stattfindet -

wonach das TRIO mutmaßlich mit Waffen ausgestattet werden sollte und Überfälle plane, hätten die Angaben von Helbig im Gesamtzusammenhang, insbesondere auch zur Beurteilung der Gefährlichkeit der Flüchtigen, bewertet werden müssen. Dies ist offensichtlich nicht geschehen. Nach Aktenlage wurde das Schreiben des MAD nicht einmal zur Akte „Drilling“ genommen, sondern andernorts abgeheftet.

Mag ja sein. Ist Ihnen denn damals diese Information auf anderen Wegen, selbst wenn es nicht zur Akte „Drilling“ gekommen ist, irgendwie zugegangen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, soviel ich weiß, hat der MAD uns unabhängig davon die Information zugeschickt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ich meine, das war das Jahr 1999. Hier ist die Rede von schon stattgefundenen Aktionen, die sich zumindest nach Einschätzung der Flüchtigen auf der Ebene des Rechtsterrorismus bewegen und sie ein entsprechende Strafmaß erwarten lassen. Hier ist die Rede von weite-

ren Überfällen usw. Das muss einen ja in irgendeiner Weise hellhörig machen und auch, was die Einschätzung dieses Trios betrifft, Reaktionen auslösen. Können Sie sich erinnern, wie das diskutiert wurde, wenn Ihnen das zugegangen ist?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, eine Erinnerung habe ich nicht an diesen Sachverhalt.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Die Kollegin Wawzyniak hat noch eine Frage.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Herr Cremer, ich würde Sie gern fragen: Herr Fromm hat heute in der öffentlichen Anhörung hier oder in der öffentlichen Zeugenvernehmung gesagt, er hat das erste Mal im Jahr 2011 von der Operation „Rennsteig“ gehört, also den Begriff Operation „Rennsteig“. Jetzt würde ich Sie gerne fragen: Sie haben vorhin gesagt, die Abteilung Rechtsextremismus war im Bundesamt federführend. Wer ist denn von Ihnen informiert worden? Vielleicht der frühere Präsident? Wie erklären Sie sich das, dass der Präsident des Bundesamtes über so eine Aktion bis zum Jahr 2011 nichts gehört hat?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das war eine Routinemaßnahme. Der Präsident wird informiert über wesentlichen Operationen, wenn sie ein besonderes Risiko beinhalten. Hierbei handelte es sich um eine routinemäßige Zusammenarbeit zwischen dem MAD und den Kollegen in Thüringen zur Aufklärung einer bestimmten Szene. Eine Unterrichtung des Präsidenten war da nicht geboten.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Dann würde ich Sie gerne noch fragen: Sind Ihnen Parallelmaßnahmen des Bundesamtes in Thüringen bekannt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Was heißt „Parallelmaßnahmen“?

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Zum selben Zeitpunkt, danach, davor.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Maßnahmen, die nicht –

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Parallelinformationen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** - die nicht innerhalb der Operation „Rennsteig“ - -

**Halina Wawzyniak** (DIE LINKE): Ja.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, die sind mir nicht bekannt, aber ich will die nicht ausschließen. Wenn wir beispielsweise im NPD-Bereich forschen und werben, dann wird das nicht in der Operation „Rennsteig“ erfolgt sein, sondern eben im NPD-Bereich. Also sind Paralleloperationen sehr wohl möglich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Vielen Dank. - Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde. Es gibt weitere - - Ach, Entschuldigung. Ich habe - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie immer werden wir schlecht behandelt, -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Nein, das tut mir leid. Das tut mir ausgesprochen leid. Herr Wieland, ich bitte um Nachsicht.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - bei der Zeitzuteilung und auch sonst. Herr Zeuge.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Wieland.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, danke schön, Herr Vorsitzender. Sie waren durch Gespräche abgelenkt. Das räume ich ja ein.

(Clemens Binninger (CDU/CSU): So viele Bonusminuten wie ihr hat niemand!)

Herr Zeuge. - Vor allen Dingen meine Zeit wird hier jetzt wieder vergeudet.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Kein Problem. Wir fangen jetzt an. Die Zeit läuft.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, die Zeit läuft jetzt. - Wissen Sie, ob schon vor der Aktion „Rennsteig“ in Thüringen von Ihrem Amt geholfen wurde beim Werben beispielsweise?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, weiß ich nicht, aber halte ich durchaus für möglich.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine ganz andere Frage: Sie haben eben auf den Vorhalt des Kollegen Binninger - die hatten ihr Aussehen gar nicht verändert, und die liefen quer durch Deutschland - gesagt: Na ja, das ist eben „Leaderless Resistance“. So agieren die. - Warum haben Sie das damals eigentlich nicht gemerkt? Also, wenn jemand dieses Schema doch auf dem Schirm hätte haben müssen, dann doch Sie. Oder sehe ich das falsch?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, das ist richtig. Die Frage ist: Bestand ein Anfangsverdacht bei den Ceska-Morden, dass es sich hier um solch einen Zusammenhang handeln könnte? Wir betrachten ja jetzt die Ceska-Morde aus der Retrospektive und sehen die immer als Gesamtzusammenhang. Da fällt natürlich so etwas leicht auf. Wenn Sie eine Einzeltat haben - -

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, wenn ich Sie mal unterbrechen darf: Die Besonderheit an den Ceska-Morden war, dass man wusste, sie gehören zusammen. Eben die Ceska war das Verbindende. Das wurde auch als Serie gesehen und wurde von der Polizei auch als Serie verfolgt. Man war zum Beispiel im Jahr 2004 schon recht erfolglos, merkte das auch, wandte sich ans Bundesamt. Das will ich jetzt nicht vertiefen; das haben wir schon mit Herrn Fromm besprochen.

Meine Frage an Sie, als den, der Rechtsextremismus im Prinzip am besten kannte, der auch die Schriften ja doch analysiert hatte - das haben wir entnommen der Analyse zur Keupstraße -: Warum nicht Übertragung dieser Art des Vorgehens auf die Ceska-Mordserie?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich kann darauf nur antworten, dass wir wahrscheinlich blind waren, aufgrund der in der Presse veröffentlichten Ermittlungsspuren der Polizei, die ja in eine ganz andere Richtung gingen.

**Wolfgang Wieland** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber doch, wie man auch der Presse entnehmen konnte - das stand ja oft da drin -: Wir kommen keinen Zentimeter

weiter. - Nach Jahren: Wir kommen keinen Zentimeter weiter. - Sie waren fixiert auf eine Richtung. Das sehe ich auch so. Aber ich sehe nicht, dass nun gerade Sie gegensteuert hätten. Obwohl - ich muss Ihnen das noch mal vorhalten -: Sie haben doch wahrscheinlich auch diese Zeitschrift *Stormer Nr. 1* ausgewertet von „Combat 18“, wo im Grunde vorgeschlagen wird, Kleinunternehmer anzugreifen, Dealer, Antifas, ausländische Zuhälter und nicht Systemträger, mit der makaberen Begründung, der Vorteil wäre auch, dass niemand darum heulen würde, wenn es ab und an mal einen Zuhälter, Kankaken oder Dealer treffen würde.

Also, wenn man das analysiert, dann muss man doch auch eine solche Möglichkeit - - dass motivlose Morde - bzw. die Polizei läuft Motiven hinterher und ist immer ergebnislos - dann in dieses Schema passen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, kann ich Ihnen nur recht geben.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich meine, das finde ich beeindruckend, dass Sie das so in dem Sinne auch analysieren. Aber Sie sind ja auch bei der Keupstraßen-Analyse oder Ihre Abteilung dann letztlich zu dem Ergebnis gekommen, es passt nicht in dieses Konzept, wiederum mit dem Hinweis: Konkrete Hinweise, dass mit dem Kölner Anschlag ein derartiges Konzept zur Umsetzung kam, liegen allerdings nicht vor. - Ein Konzept, das gerade eines ist, keine Spuren zu hinterlassen - verstehen Sie, das ist ein richtiger Kurzschluss in der Argumentation. Wir kennen theoretisch diese Vorgehensweise. Wir wissen, es gibt da quasi Handbücher, und nun sagen wir: Wir sehen aber nicht, dass hier eine konkrete Spur ist; denn sie halten sich an ihr Drehbuch und hinterlassen keine Spur. - Verstehen Sie? Die Subsumption dieses Konzeptes auf die Keupstraße, da kommen Sie zu dem Ergebnis: Es muss doch organisierte Kriminalität sein.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, zu dem Schluss sind wir bestimmt nicht gekommen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja. Ich darf das noch mal zitieren:

Diese Überlegungen sehen ein aktives Vorgehen gegen ausländische

Zielpersonen aus dem kriminellen Milieu vor. Jedoch wird die Art der Vorgehensweise in diesen Ausführungen offen gelassen. (?)

Und dann kommt:

Konkrete sehen es nicht vor. (?)

Einen Tag nach der Tat - das waren nun nicht Sie - aber wird ein Sprecher des Bundesamtes zitiert von Reuters mit dem Satz:

Die Ermittlungen gehen nach wie vor in Richtung Organisierte Kriminalität.

Das will ich nun nicht Ihnen zuschreiben. Aber ein Sprecher des Bundesamtes immerhin, so wie der damalige Bundesinnenminister. Da hat man nicht den Eindruck, hat man wirklich nicht den Eindruck, dass die fachlich kompetenteste Stelle in unserer Behördenlandschaft nun wirklich hier wenigstens mal Anstöße in diese Richtung gegeben hätte. Sie hätten ja doch nicht hingehen müssen und sagen: Ich weiß nun alles besser, das muss Konzept „Combat 18“ sein, aber es könnte so was sein. - Und das finden wir eben auch nicht.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wenn ich das richtig sehe, haben wir damals sogar einen Hinweis auf einen bekannten Kölner gewaltbereiten Rechtsextremisten gegeben.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist wohl so, ja. Aber da haben wir nun wieder das Problem: Die Bayern suchen in Nürnberg, weil Ankerpunkt Nürnberg ist, die Kölner suchen in Köln, und das Ganze ist eine bundesweite Mordserie, und jeder sucht auf seiner Insel. Ja, gut, okay. Ich habe dann keine weiteren Fragen dazu.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Wir sind jetzt tatsächlich am Ende der ersten Berliner Runde. Es ist mir signalisiert worden, es gibt weiteren Fragebedarf. Wollen wir direkt eine zweite Runde anschließen lassen, oder besteht der Bedarf nach einer kurzen Pause aufgrund der vorgeschrittenen Uhrzeit? Oder wünscht der Zeuge eine kurze Pause?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Schade. - Dann hat das Fragerecht wieder

die Unionsfraktion. Der Kollege Binninger macht weiter.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Herr Cremer, Sie hatten es, glaube ich, in Teilen schon fast entschlüsselt. Ich war nur gerade kurz draußen und habe noch die letzten zwei Sätze gehört, aber ich will das Thema noch mal ansprechen.

Der Sprengstoffanschlag 2004 in Köln: Da hatten Sie vorhin gesagt, dass ein Mitarbeiter des Amtes aus emotionaler Betroffenheit direkt bei der Polizei in Köln - quasi Expertise - sich gemeldet hat. Können Sie das noch mal versuchen zu beschreiben?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich meine mich zu erinnern, dass ich damals das Okay gegeben habe, dass sich der Mitarbeiter, der auch dann die Analyse erstellt hat, unmittelbar mit dem Polizeipräsidium Köln in Verbindung setzt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber er hat Sie vorher gefragt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Dann ist es doch noch nicht ganz geklärt, wie ich dachte, weil - - Ich hatte es auch schon Herrn Fromm gefragt; der konnte es uns nicht erklären. Jetzt hatte ich vorhin gedacht, Sie hätten es durch diesen Satz aufgeklärt, aber es muss da noch was anderes geben, und zwar haben wir in den Akten gefunden - die MAT-Nummer hatte ich jetzt schon ein paar Mal genannt - dieses Protokoll des Lagezentrums der Polizei Nordrhein-Westfalen. Die sitzen in Düsseldorf und sind ja für das ganze Land zuständig dort im Innenministerium. Führen nicht direkt Einsätze, aber haben so den Überblick. Kennen Sie sicher.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Dieses Lagezentrum hat am Tattag alles protokolliert, was an Verständigungsmaßnahmen, Informationspflichten, Informationen des Ministers, Staatssekretärs, ranghoher Polizeibeamter, Lagefortschreibungen, was da eben so einging. Und dann ist da protokolliert - der Anschlag war ja 16.30 Uhr etwa -, zweieinhalb Stunden später: 19.53 Uhr BfV an Lagezentrum. - Also, jemand vom Bundesamt

für Verfassungsschutz ruft zweieinhalb Stunden nach der Tat nicht bei der Polizei in Köln an, die ja vor Ort ist und wahrscheinlich den besten Überblick hat und auch für die Sachbearbeitung zuständig ist, sondern beim Lagezentrum der Polizei Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf. - BfV ruft an mit der Bitte, einen Kontakt hergestellt zu bekommen mit jemandem vom Landesamt für Verfassungsschutz - Abteilung 6, aber das ist dann ja in NRW Verfassungsschutz. 19.53 Uhr. Drei Minuten später, 19.56 Uhr, meldet sich jemand vom Landesamt für Verfassungsschutz im Lagezentrum - also offensichtlich hat der Kontakt rasend schnell funktioniert; ich nehme an, der hat die Privat- oder Handynummer bekommen - und bittet um die Bestätigung des Grundsachverhaltes, also der Explosion, des Sprengstoffanschlages, und teilt dann außerdem noch mit, dass die Polizei keinen Kontakt mit den Staatsschutzdienststellen des LKA, des PP Köln aufnehmen soll. So lese ich das hier aus der kurzen Zeile. Das wird wohl vom LfV dann übernommen. Eine Stunde später meldet sich der Minister und fragt: „Warum ist der Verfassungsschutz in die Ermittlungen eingeschaltet?“

Wir waren uns eigentlich alle einig, die ich gefragt habe - auch alle anderen Zeugen -, dass es ein sehr ungewöhnlicher Vorgang ist, dass eine Bundesbehörde - hier das Bundesamt für Verfassungsschutz - so schnell nach der Tat - in der ersten Stunde ging man ja noch von einer Explosion aus; das war ja die Meldung der Feuerwehr - direkt im Lagezentrum der Polizei anruft.

Jetzt hatten wir einen Erklärungsansatz auch schon gefunden. Den hat auch Herr Fromm - das will ich Ihnen nicht vorenthalten - uns so geschildert. Da es 19.53 Uhr war und die Behördennummer im LfV nicht mehr besetzt, er die Privat- oder Handynummer des LfV-Kollegen nicht hatte, ist der einzige Weg in solchen Fällen: Man geht über das Lagezentrum.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** So ist es.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. Dann die Frage an Sie: Wie dringend oder wie wertvoll muss eine Information sein, die ein Mitarbeiter des BfV hat, dass sie quasi auch nicht bis an den anderen Morgen warten kann, dass er noch quasi unmittelbar in der Tatnacht, quasi am Tatabend, schon einen Ansprechpartner braucht beim LfV?

Wir haben jetzt ja viel gehört im Laufe der letzten Monate über Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz, auch intern. Also, Eigeninitiative haben wir ganz selten erlebt, und in so rasend kurzer Zeit auch nicht. Meistens waren die Zeiträume eher immer Tage, Wochen oder Monate.

Frage an Sie: Ist da irgendjemandem beim BfV, nachdem er vielleicht die Videobilder gesehen hat - n-tv hat recht früh übertragen -, irgendetwas eingefallen, wo er sofort einen Tathinweis, einen Fahndungshinweis - sonst macht es ja kaum einen Sinn - an die Landesdienststelle weitergeben wollte? Was kann -- Oder wissen Sie von diesem Anruf?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein. Erstens. Ich weiß nichts von diesem Anruf, und ich kann es mir auch nur sehr schwer erklären. Ich kann mir jedenfalls nicht erklären, dass der Kollege des BfV irgendeinen Hinweis geben wollte. Wahrscheinlich wollte er eher in Erfahrung bringen: Was ist los? Seid ihr Kollegen vom LfV in diese Sache eingebunden?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ist so viel Fürsorge üblich?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wenn eine so unmittelbare Nähe zu einem Anschlag besteht, durchaus. Und bei Bombenanschlägen ging damals bei uns immer sofort die Lampe an im Hinblick auf einen rechtsextremistischen Hintergrund. Ich habe eben erwähnt: Sprengstoffanschlag auf das Grab von Heinz Galinski, Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtsausstellung. Also, mit Sprengstoffanschlägen - das ist ein typisches Tatmittel für die rechtsextremistische Szene.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Ja, das haben wir ja gehört. Aber wir verzweifeln ja daran, dass dann am Ende niemand mehr ermittelt und alles Richtung OK ermittelt. Sie leiten das so lehrbuchmäßig alles ab, und man kann eigentlich nur noch zu einem Schluss kommen: Hinter diesem Anschlag stecken Neonazis 2004 in Köln. Also, mehr drängt es sich ja nicht auf. Und da, wo Sie alle Thesen belegen und die Gefährlichkeit, nennen Sie auch noch die Täter in Ihrem *BfV Spezial*. Es gibt Videobilder. Zumindest die hätte ja mal jemand bundesweit an alle Verfassungsschutzbehörden schicken können: Schaut sie euch an! - Die Kölner Polizei sagt,

die Videobilder sind zwar nicht gut, aber wer diese Leute kennt, wird sie wiedererkennen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich habe eben schon in meinem Einleitungsstatement gesagt, dass wir unsere Observanten im rechtsextremistischen Rahmen gebeten haben, diese Bilder sich genau anzuschauen. Das haben die auch getan. Sie haben es so oft getan, dass sie eine paar Tage später Besuch von der Polizei bekommen haben, die sie gefragt haben: Warum habt ihr euch denn diese Aufnahmen --

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Weil sie auf der Homepage waren.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Bitte?

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Sie haben die Homepage angeklickt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Genau. „Warum habt ihr euch --“

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Die Homepage wurde überwacht.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** So ist es.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und schon kommt die Polizei. So schnell geht es.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, also wir haben die Sache durchaus ernst genommen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Zumindest eine Festnahme hätte es dann fast gegeben, ja.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Aber auch unsere Observanten haben die Täter nicht erkannt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Frage: Gibt es im BfV ein Lagezentrum, das rund um die Uhr besetzt ist?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Kann der Anruf von diesem Lagezentrum erfolgt sein?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das kann sehr wohl sein.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Sind die autorisiert, quasi sofort den Kontakt herzustellen, oder müsste da nicht erst die Fachabteilung - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, die können - insbesondere außerhalb der Dienstzeiten - auch unmittelbar Kontakt aufnehmen.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Aber die waren dann ja schneller als die Landesbehörde. Die wusste offensichtlich noch von nichts.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Die haben wahrscheinlich den Knall gehört.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Die Landesbehörde sitzt in Düsseldorf, und Sie sitzen eben in Köln.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** So ist es.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, wir werden der Sache noch mal nachgehen, weil es doch - - Aber ungewöhnlich ist es, das räumen Sie ein?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich habe noch zum Schluss in meinem Part eine Frage. Wir waren jetzt im Jahr 2004. Die Spuren waren nachhaltig da. Wir wissen ja auch aus der Sprengstoffdatei der Polizei, und Sie hatten diesen Fall mal gesprochen, um den Sie sich gekümmert haben: den Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung in Saarbrücken.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ist Ihnen da bekannt, dass da die Polizei als Ermittlungsmaßnahme - BKA, wohl die saarländische Polizei - eine Abfrage gemacht hat in diesem Tatmittelmeldedienst - so heißt er verwaltungstechnisch korrekt, umgangssprachlich: Sprengstoffdatei -, und was war Ihr Part dort bei diesem Anschlag?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir haben das Bekennerschreiben analysiert, haben Vergleichsschreiben untersucht und haben das Ergebnis der Landesbehörde mitgeteilt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Man hat Ihnen nie gesagt, dass bei dieser Recherche in dieser Sprengstoffdatei als ein Ergebnis vom BKA auch an den Generalbundesanwalt übermittelt wurde, für diese Tat - im Zusammenhang mit zwei Briefbombenattrappen, die auch noch verschickt wurden - könnten drei Bombenbastler aus Thüringen verantwortlich sein, nämlich Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe. So sind sie dort genannt. Und dann gibt es auch einen DNA-Abgleich, den man macht.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein. Uns ist mitgeteilt worden, die Tat habe keinen rechtsextremistischen Hintergrund.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Seitens der Polizei?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Seitens der Landesbehörde für Verfassungsschutz.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Im Saarland?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Aber auf der Basis der dortigen Zusammenarbeit mit dem LKA.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Also, dann scheint es an der Stelle doch wieder am Informationsfluss eher gehapert haben. Wir haben diesen Vorgang gefunden in den Prüfungsgängen des Generalbundesanwaltes. Dort ergibt sich zweifelsfrei, dass man diese Abfrage gemacht hat und dann zu dieser Bewertung kommt, dass für so ein Delikt - jetzt nicht speziell nur Saarbrücken, aber auch die in diesem Zusammenhang, weil im gleichen Monat geschehen, Versendung von Briefbombenattrappen - Mundlos, Bönnhardt und Zschäpe verantwortlich sein könnten, die eben untergetaucht sind. Das haben Sie nie erfahren?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ist mir jedenfalls jetzt nicht bekannt.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich meine, auch da verzweifeln wir langsam ein bisschen, ja? Wir haben eine Tat 99. 2000 kommt man über eine Recherche auf dieses Trio, kann es dann ausschließen über den DNA-Abgleich. Sie machen eine vollkommen richtige Lageanalyse in diesem *BfV Spezial*,

nennen dieses Trio auch wieder als Beispiel. In dem Monat, wo das *BfV Spezial* erscheint oder wahrscheinlich gedruckt wird - Erscheinungsdatum Juli -, passiert der Sprengstoffanschlag. Da sieht man die zwei fahrräder-schiebend.

Also, irgendjemand, der Mundlos und Bönnhardt gekannt hat, hat dieses Video nicht gesehen, oder? Auch bei den Nachrichtendiensten nicht. Mehr Hinweise wird es, glaube ich, nie mehr geben, um eine Straftat zu klären.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Mir fiel -- Schlussfrage: In einem Satz -- Aber das mag sprachlich bedingt sein, also dass Sie einfach die Zeitform entsprechend gewählt haben.

Entschuldigung. - Das muss ich aus dem Gedächtnis heraus machen. Ich meine, es kommt im *BfV Spezial* vor, wo Sie dieses Trio noch mal beschreiben und wo Sie eine Zeitform wählen so sinngemäß: „denen es gelungen war, mehrere Jahre unterzutau-chen“, wo man die Wortwahl auch so deuten könnte, als ob der Untertauchprozess beendet ist. Hatte aber sicher eher sprachlich --

Also, unter Nr. 6 in diesem *BfV Spezial*, das schon ein paar Mal jetzt Thema war - MAT A BMI-3/30 und dann Nr. 6 -:

Ungeachtet der Tatsache, dass es den Bombenbastlern von Jena jahrelang gelungen war, sich ihrer Verhaftung zu entziehen, gibt es keine wirkungsvolle Unterstützerszene, um einen nachhaltigen Kampf aus dem Untergrund heraus führen zu können. (?)

Daraus kann man jetzt nicht schließen, dass Sie sagen: Ja, weil der Haftbefehl 2003 abgelaufen ist, gehen wir davon aus, dass sie irgendwann ihre Untergrundphase beenden?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das würde ich nicht so interpretieren.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Weil auch in der Szene wohl so Hinweise immer mal so kursierten: Was machen wir mit den zweien - da ging es nur um Mundlos und Bönnhardt -, wenn sie wieder da sind? Das ist Ihnen nie zu Ohren gekommen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, jedenfalls gehe ich nicht davon aus, dass wir angenommen haben, die sind wieder in der Legalität.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ich meine, 2003 wurden sie aus allen polizeilichen Dateien gelöscht. Sie wurden nicht mehr gesucht. Der Haftbefehl war aufgehoben. Die Straftat war verjährt.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich gehe davon aus, dass wir eher vermuteten, sie sind im Ausland.

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Danke. - Kollege Stracke fragt weiter.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Herr Cremer, mich würde interessieren: Inwieweit waren Sie denn persönlich mit diesem Nagelbombenanschlag in Köln befasst? Was haben denn Ihre Mitarbeiter Ihnen berichtet, oder was haben Sie selber lenkend veranlasst?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich meine mich erinnern zu können, dem Kollegen, der das Papier erstellt hat, das Okay gegeben zu haben zur Kontaktaufnahme mit dem PP Köln. Ich habe dann später das Papier zu lesen bekommen und habe darauf verfügt - ich habe mir das in den letzten Tagen noch mal angeschaut -, dass die Landesbehörde zu unterrichten ist, mit der Bitte um Weitergabe an die Polizei. Und ich habe mich auch davon überzeugt, dass das Papier auch wirklich an die Landesbehörde versandt wurde.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Haben Sie denn jemals erörtert, inwieweit hier das Bundesamt für Verfassungsschutz auf diese Eingrenzung gekommen ist auf den Großraum Köln? Also, Köln und Wuppertal, was das „Combat 18“ angeht, die vier Verdächtigen oder Sympathisanten aus dem Unterstützerkreis: Wie diese Eingrenzung da zustande kommt. Haben Sie das jemals erörtert?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich meine mich erinnern zu können, dass die Nutzung der Fahrräder entscheidend war für die Überlegung, es muss sich um einen Kölner Täter handeln oder einen Täter aus dem Umland.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Es spielt mit den Fallanalysen -- Wir haben ja da einen erbitterten Streit, ob es jetzt 16 Minuten oder 6 Minuten entfernt war, der Ankerpunkt.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, wir haben sicherlich auch die Erfahrung gemacht, dass Rechtsextremisten solche Taten eher in ihrem Lebensumfeld begehen, als zu reisen und irgendwo anonym eine Tat zu begehen.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Inwieweit nehmen Sie denn eigentlich Ihre eigenen Schriftenreihen denn ernst? Also, Kollege Binninger hat es ja schon angemerkt, das *BfV Spezial*, wo auch noch mal ganz deutlich beschrieben wird - ich darf da auch noch mal daraus zitieren, wenn ich es finde, hier -:

Brand- oder Sprengstoffanschläge, auch mit Briefbomben, sind solchen Tätern eher möglich als komplexe Tatabläufe. (?)

Und es geht hier:

Möglich ist derzeit allenfalls ein von Kleinstgruppen oder Einzelpersonen geführter Feierabendterrorismus. (?)

Dann wird da Bezug genommen auf Brand- und Sprengstoffanschläge. Und dann vorher, einen Absatz vorher, haben Sie dieses Thema mit den Bombenbastlern von Jena. Im Juni haben Sie dieses *Spezial*, im Mai ist der Bombenanschlag, und keiner in Ihrem Amt kommt drauf, dass ich mir mein eigenes Schriftenwerk mal durchlese. Das ist irgendwie unverständlich.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich glaube, Sie würden auch noch mehrere potenzielle Täter in diesem Papier finden, die potenziell für einen Sprengstoffanschlag - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Herr Cremer, Sie haben vorher gesagt gehabt, wenn ich Sie unterbrechen darf, dass diese Gruppe in den Kreis der besonders gefährlichen Gruppen aufgenommen wurde.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ich habe mir das extra so mitnotiert. Wie passt das dann zusammen: „Kreis der besonders ge-

fährlichen Gruppen“, aber dann hier offenbar durchs Raster fällt, 2004.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Sie sind nicht durchs Raster gefallen. Es ist nur kein Bezug hergestellt worden. Es konnte auch, glaube ich, damals kein Bezug hergestellt werden zwischen der Gruppe und der Tat.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Aber Sprengstoff? Die wurden gesucht wegen Sprengstoff und sind dann abgetaucht in den Untergrund.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Aber was - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Und Sie - - Allein diese Tatsache - - Ich verzweifle daran immer etwas, weil ich mir denke: 2004 wären wir wahrscheinlich so nah wie nirgendwo sonst an diesen Tätern dran gewesen, und da scheitern wir an diesen, an solchen Kleinigkeiten im Prinzip.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Aber die Bezüge kann man ja nicht nur herstellen aufgrund der Tatsache, dass es hier einen Bombenanschlag gegeben hat und dass das Trio auch mal mit Sprengstoff hantiert hat. Man muss doch da in die Tiefe gehen und muss sich anschauen, ob es zum Beispiel methodische Übereinstimmungen der Taten des Trios, so, wie sie uns bekannt waren in Thüringen - - Die Bombenattrappen, die das Trio in Thüringen gebaut hat, die Rohrbombe, die das Trio in Thüringen gebaut hat, das kann man vergleichen mit dem Tathergang in Köln. Und wenn man da entsprechende Parallelen hätte erkennen können - - Aber die Thüringer haben vorher keine Nagelbomben gebaut. Also, außerdem: Das zu vergleichen, ist doch in erster Linie Sache der Polizei.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Binninger?

**Clemens Binninger** (CDU/CSU): Ja. - Aber Herr Cremer, vielleicht bin ich zu schlicht; kann ja sein. Aber Sie haben doch nach diesem Nagel- - Nach einem Verbrechen suchen Sie doch in erster Linie die beiden Täter und nicht den Sprengstoff. Diese Vergleicherei, zu sagen: „Wir suchen nach der gleichen Sprengmethode“, würde ich ja akzeptieren, wenn Sie gar keine Hinweise

hätten auf die Täter. Sie hatten in Köln ein Video der beiden Täter. Da laufen zwei junge Männer mit einer Nagelbombe 20-mal durchs Bild. Mehr geht doch nicht. Dann muss ich mich doch daransetzen. Und diese beiden Männer sind auch noch im Alter wie Mundlos und Böhnhardt, die Sie hier selber nennen. Was muss noch kommen an Hinweis, um einen Zusammenhang herzustellen, zumindest mal versuchen, gedanklich?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Die Kollegen haben sich ja auch gerade diese Videos angeschaut, um mögliche Zusammenhänge, um mögliche Bekannte aus der Szene zu identifizieren.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber aus der NRW-Szene, oder waren das Kollegen, die Mundlos und Böhnhardt mal gesehen haben in natura?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, das waren Kollegen aus dem Bereich Terrorismus, aus dem Terrorismusreferat Rechtsextremismus, die die gesamte Palette dessen kennen, was Sie in dem Papier gesehen haben.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Aber die Thüringer Verfassungsschutzkollegen, die haben dieses Video nie gesehen? Ich meine, ich frage mich: Warum führt man eine gefährliche Gruppe in einem Strategiepapier des BfV auf? Dann hat man einen Sprengstoffanschlag, der genau zu diesem Trio oder zu diesem Duo passt, man hat Videobilder dazu. Das ist ja der Idealfall, von dem träumt ja jeder Kriminalbeamte. Wann hat man schon mal die Straftäter auf Video? Und dann gucken sich die Dienststellen, die über dieses Duo wirklich am meisten wissen - Mundlos und Böhnhardt -, das Video gar nicht an, sondern Sie in Köln, die vielleicht irgendwann mal vor Jahren die auf einem Foto gesehen haben oder bei einer Veranstaltung oder irgend so einem Neonaziaufmarsch. Wissen Sie, ob die Thüringer Verfassungsschützer, die in Sachsen dieses Video auch so ausführlich angeguckt haben?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, kann ich Ihnen nicht sagen.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Und Sie wiederum - Entschuldigung, wenn ich

jetzt etwas emotionaler werde - kriegen es nicht von der Polizei, Sie müssen auf die Homepage der Polizei klicken, machen das so häufig, dass Sie verdächtigt werden, und dann steht die Streife vor der Tür. Das ist ja Absurdistan.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, das stimmt.

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Kollege Schuster.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Herr Cremer, hatten Sie - -

**Clemens Binninger (CDU/CSU):** Nach zehn ereifere ich mich immer. Entschuldigung.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Herr Cremer, wissen Sie, dass einer Ihrer Mitarbeiter - - Projekteinheit 22B (?) ist eine Organisationseinheit von Ihnen gewesen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Wissen Sie, dass einer Ihrer Mitarbeiter den Zusammenhang gesehen hat zwischen dem Anschlag Probsteigasse und dem Anschlag 2004?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, ist mir jetzt nicht Erinnerung.

**Armin Schuster (Weil am Rhein) (CDU/CSU):** Zur gleichen Zeit, zur exakt gleichen Zeit, hatte ein Kriminalhauptkommissar diese Idee auch im PP Köln. Das ist noch ein Mosaikstein mehr, um der Sache auf die Spur zu kommen. Das PP Köln hat wenigstens daraufhin eine Synopse angefertigt, um einmal gegenüberzustellen, und kam dann leider zu dem Schluss: kein Zusammenhang.

Was bei Ihnen gelaufen ist, weiß ich jetzt nicht; deswegen frage ich Sie. Ich habe so die Vorstellung: Wenn eine Projekteinheit 22B (?) fast alles richtig erkennt, gepaart auch noch mit dem Strategiepapier, wer kämpft dann bei Ihnen für diese Idee? Ich weiß doch, wenn ein Kriminalist oder ein Nachrichtendienstler in einem schier unlösbaren Fall von einer Idee überzeugt ist, dass der auch kämpft. Gibt es den bei Ihnen?

Oder ist das ein Vermerk, der einfach in die Akten gegangen ist? Entweder benutzt sie einer oder eben nicht. Das kann ich mir gar nicht vorstellen. Ich stelle mir gerade vor: Der, der das geschrieben hat, der den Zusammenhang sieht, der mit „Combat 18“ genau in die richtige Richtung denkt, der muss doch Herzblut vergießen, wenn dann nichts passiert.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, das war ja der Grund, warum der Kollege mich gefragt hat, ob er Kontakt zum PP Köln aufnehmen kann. Das zeigt, dass er auch durchaus Biss hatte, um seine Idee auch direkt an den Mann zu bringen und nicht an die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Wussten Sie, dass zeitgleich die Bayern mit ihrer Ermittlungsgruppe sich eigentlich am Ende ihrer Möglichkeiten sahen und schon auf dem Weg waren Richtung Wiesbaden, weil sie der Meinung waren - das war exakt zu diesem Zeitpunkt, 2004 -, das muss jetzt bundeszentral gesteuert werden, und man hatte die Idee, das ans BKA abzugeben? Haben Sie davon, von dem Vorgang, Kenntnis gehabt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das bezieht sich jetzt auf die Ceska-Morde?

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Ja.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, hatten wir keine Kenntnis. Wie gesagt, wir haben von keiner Polizeibehörde in irgendeiner Weise eine Anfrage bekommen zu den Ceska-Morden oder Überlegungen, hier könnte ein rechtsextremistischer Hintergrund vorliegen.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Noch eine letzte Frage: Sie haben gerade eben in Ihrer eigenen Einleitung gesagt, es gab irgendwann, wahrscheinlich vor dem Jahr 2000, einen Großeinsatz - ich habe jetzt also „Großeinsatz“ verstanden; Sie haben es nicht so gesagt - des thüringischen, des sächsischen LKA und der Verfassungsschutzämter.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Armin Schuster** (Weil am Rhein) (CDU/CSU): Aber Sie haben nicht gesagt, was der Grund war. Sie sagten, das war ein sehr massiver Einsatz. Aber wo kam die Idee da her, und welche Motivation steckte dahinter?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das war der Versuch, Kontaktpersonen zu observieren, die eben den Kontakt zu dem Trio herstellen sollten oder als Kuriere dienten, und diese sollten observiert werden. Und zu dem Zweck wurden also die Telefonzellen überwacht, mit denen hier eine Kontaktaufnahme stattfinden könnte oder sollte, und es wurde dieser Kreis von Kontaktpersonen observiert.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das Fragerecht wechselt zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich will noch mal ein paar kleinere Fragen stellen zur Abrundung.

Diese Einschätzung des Trios als gefährlich, des untergetauchten Trios, haben das eigentlich alle so geteilt und war das unisono, oder gab es auch welche, die gesagt haben: „Ach, belanglos. Die sind weg von der Bildfläche“?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, also die Einschätzung, was die Gefährlichkeit angeht, haben alle geteilt. Nach den Exekutivmaßnahmen bestand aber durchaus die Neigung, zu sagen: Das ist jetzt Sache der Polizei, die haben einen Haftbefehl, die machen die Zielfahndung. Wir können noch unterstützen mit unseren Szenekenntnissen, aber die Federführung liegt jetzt eindeutig beim LKA Thüringen.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Das ist ja auch richtig. Das ist ja auch eine richtige Aufgabentrennung. Das müssen wir auch bei der Mordermittlung immer sorgfältig unterscheiden.

Die Frage, die ich mir nur stelle - ich kenne das Innenleben des Bundesamts für Verfassungsschutz nicht und auch nicht der Landesämter -, ob da nicht auch so eine Energie geweckt wird, also wenn man sich gerade beschäftigt mit der zunehmenden Radikalisierung innerhalb der rechtsextremen Szene, dass dann aus Eigenmotivation, also intrinsisch, man sagt: Also, wir müssen da noch mal dranbleiben, unabhängig, was die

Landesämter sagen. Das ist uns ganz egal, oder was die Polizei macht. Wir wollen wissen, wo die bleiben und da im Umfeld - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, diese Motivation habe ich ganz deutlich beim damaligen Leiter der Landesbehörde für Verfassungsschutz in Thüringen gespürt. Ich habe ihn mal besucht und hatte den Eindruck, dass er sehr persönlich eingebunden war in die Maßnahmen, die hier getroffen wurden zur Aufenthaltsermittlung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir kommen bei unserer Arbeit hier im Untersuchungsausschuss ja noch zu Thüringen und werden da auch genauer hinschauen. Aber Ihre doch durchaus positive Bewertung der Zusammenarbeit und der Arbeit in Thüringen ist jedenfalls was, was wir ja bisher nicht so wahrgenommen haben. Das wundert etwas, dass Sie das so positiv einschätzen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Im Nachhinein sehe ich das auch nicht mehr so positiv.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Aber damals ist mir eben aufgefallen der enorme Biss und die enormen Anstrengungen, die die Thüringer gemacht haben, um dieser Leute habhaft zu werden. Schauen Sie sich nur die Vielzahl von Observationen an. Das ist ja immer auch mit einem enormen Aufwand verbunden. Daraus wird für mich deutlich, für wie gefährlich die die Gruppe gehalten haben und wie sehnsüchtig die auch einen Erfolg erzielen wollten.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Wir haben ja eben schon drüber gesprochen - das war hier schon mehrfach Thema -, dass die Mordfälle bei Ihnen kein Thema waren dergestalt, dass Sie da irgendwie eingebunden waren. Aber haben Ihre Landesämter für Verfassungsschutz - nicht Ihre, aber die Landesämter für Verfassungsschutz bei ihren Koordinationsrunden mit Ihnen zusammen - mal was berichtet oder haben mal gesagt: „Ich bin da angefragt oder eingebunden, oder da wird jetzt gerade vermutet, dass das rechtsextremer Hintergrund ist“? Können Sie sich da an irgendwas erinnern?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, ist mir nicht erinnerlich.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ist das nicht üblich, dass man sich über so was austauscht? Also, eine bundesweite Mordserie - ich will das nur mal in Erinnerung rufen; wie gesagt, ich kenne Ihre Praxis nicht -, das ist sicherlich kein tägliches Geschäft auch im Bereich des Verfassungsschutzes, und die einzelnen Landesämter waren ja zum Teil eingebunden. Also, das klappte natürlich nicht immer hervorragend; das haben wir schon festgestellt. Aber sie waren zumindest damit konfrontiert, da auch mit der Polizei zusammenarbeiten zu müssen.

Mich wundert wirklich, dass das überhaupt nicht thematisiert wird bei Ihren Runden. Ich frage mich dann so ein ganz bisschen - laienhafte Draufschau -: Warum gibt es diese Koordinationsrunden eigentlich, wenn im Fall einer bundesweiten Mordserie - klassischer Fall der Notwendigkeit einer Koordination, bundeslandübergreifend, mit bundespolitischer Bedeutung, Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik Deutschland betroffen - das nicht angesprochen wird?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das wundert mich auch. Ja, tut mir leid.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja, ja, klar. Aber Sie haben keine Erklärung dafür?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und dass das Bundesamt von sich aus auf die Idee kommt, zu sagen: „Freunde, guckt mal, da gibt es eine bundesweite Mordserie. Seid Ihr da auch irgendwie mit befasst. Dient Ihr der Polizei Eure Erkenntnisse an?“ Oder - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist sicherlich das, was Herr Fromm auch meinte, meint, wenn er sagt, dass er hier Versäumnisse auch des BfV sieht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Man kann sich das auch - - Also, ich kann es mir wirklich nicht vorstellen, auch wenn man Lagebesprechungen im Kanzleramt sich vorstellt oder so. Wenn wir jetzt irgendwie regelmäßig - was wir nicht hoffen wollen - schlimme Mordfälle hätten - aber das war wirklich ein einmaliger Vorgang, völlig ungeklärt, und

dass das nicht anders thematisiert wird, das werde ich nie verstehen, wie das passieren konnte.

Ich will noch mal eine Frage stellen zur Operation „Rennsteig“. Wenn Sie jetzt die Operation „Rennsteig“ - Sie waren ja damit befasst - bewerten: War die aus Sicht des Bundesamts für Verfassungsschutz eine erfolgreiche Operation?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, es war sicherlich keine erfolgreiche Operation. Sie hat viele Ressourcen verschlungen. Wir haben - ich weiß nicht - an die 40 oder mehr Ansprachen durchgeführt, und letztendlich ist kaum was, und vor allen Dingen nichts Bleibendes, dabei rumgekommen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Was hätten Sie sich versprochen? Wertvolle Erkenntnisse? Wie hätten die ausgesehen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wenn es uns gelungen wäre, eine oder mehrere zuverlässig berichtende Quellen aus dem „Thüringer Heimatschutz“ zu gewinnen, die uns Informationen geben über Absichten des „Thüringer Heimatschutzes“, Planungen von irgendwelchen Vorhaben, und vor allen Dingen, wenn diese Person dann auch noch verlässlich gewesen wäre, das wäre ein Erfolg gewesen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und was ist Ihrer Meinung nach der Hauptgrund, warum diese Operation, die ja über so einen langen Zeitraum ging, nicht erfolgreich war?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das liegt an dem Potenzial der Szene. Wenn Sie sich mal die Mitglieder dieser Szene anschauen - ich habe es eben schon gesagt: gewaltbereit, zu Straftaten geneigt, in der Wolle gefärbte Rechtsextremisten -, dann müssen Sie immer damit rechnen, dass die Leute entweder eine Straftat begehen oder Sie belügen, und mit solchen Leuten kann man nicht zusammenarbeiten, von Ausnahmen abgesehen. Diese Ausnahmen dann zu finden, ist das große Problem und erfordert sehr viele Anläufe, sehr viele Versuche, bevor man dann eine wirklich verlässliche Quelle gewinnen kann.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Dann habe ich noch mal eine Frage - es ist eben ja thematisiert

worden -, inwieweit die Leitung auch eingebunden war in die Operation „Rennsteig“. Können Sie das noch mal sagen? Sie waren da ja aktiv mit betraut und haben sich da auch darum gekümmert. Der Präsident, war der auch befasst?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Vermutlich nicht - es sei denn, es gibt eine einzelne Operation, die ein gewisses Risiko beinhaltet. Dann hätten wir den Präsidenten auch darüber informiert. Aber solange das nur Routineforschungs- und Werbungsmaßnahmen waren, wird der Präsident damit nicht betraut.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Hat er heute auch - - Herr Fromm hat das heute auch gesagt, dass er damit nicht befasst war. Ein bisschen wundern tut es natürlich schon bei so einer wichtigen Operation, auch mit mehreren anderen Behörden. War der Vizepräsident, Herr Fritsche, war der befasst damit?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das glaube ich nicht, nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Auch nicht?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also, das halten Sie auch für - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, was die Wichtigkeit dieser Operation angeht: Solche Operationen haben wir natürlich auch mit anderen Verfassungsschutzbehörden geführt, nicht nur mit Thüringen. Wir haben überall in den neuen Ländern - damals neuen Ländern - Aufbauhilfe mit geleistet, uns operativ eingebunden, und insoweit war das keine besondere Operation.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Also raten Sie uns auch dazu, das nicht überzubewerten, oder wie darf ich Sie verstehen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, nur weil diese Operation oder dieses Bündel von Einzelforschungs- und Werbungsmaßnahmen in Abstimmung mit Thüringen eine Operationsbezeichnung gehabt hat, ist das keine besonders herausgehobene.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Na ja, und weil natürlich „Thüringer Heimatschutz“ und die spätere „Zwickauer Terrorzelle“ nicht in der - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist richtig. Aber wir haben in der eben schon gesagten Auswerter- und Beschaffertagung 95 mehr als eine Handvoll Szenen, also ich würde mal eher sagen, so zwischen fünf und zehn Szenen, in Ostdeutschland benannt, die wir für so bedeutend hielten, auch was ihre Gewaltgeneigtheit angeht, dass sich das Bundesamt für Verfassungsschutz hier mit auswertend und im Einzelfall auf Anforderung auch beschaffend beteiligt hat.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Wir werden ja im zweiten Schritt im weiteren Verlauf der Arbeit hier in unserem Untersuchungsausschuss dazu kommen, dass wir Vorschläge auch machen, wie wir die Arbeit der Sicherheitsbehörden, die Architektur der Sicherheitsbehörden verbessern und wie wir aus den Fehlern lernen können, die hier ja ganz offensichtlich gemacht wurden und die wir hier auch herausarbeiten. Wir wissen ja auch, dass es einen ganz erheblichen Vertrauensverlust auch gegeben hat, in die Sicherheitsbehörden generell, aber insbesondere natürlich auch in den Verfassungsschutz. Das liegt ja auch an den Fehlern, die da gemacht wurden.

Wenn Sie jetzt mal ganz kurz überlegen: Was hielten Sie für den größten Fehler und dann für die dringendste Forderung, in welche Richtung man den Verfassungsschutz reformieren sollte oder Veränderungen machen sollte? Über die Zusammenarbeit haben wir eben schon gesprochen, die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Gibt es noch irgendwas, wo Sie sagen: Ich habe einen Wunsch frei; das würde ich mir wünschen. - Sie sind zwar nicht mehr Verfassungsschützer, aber Sie sind ja noch im Thema.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich glaube, die größten Wünsche habe ich schon in meinem Einleitungsstatement genannt. Das ist die Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Polizei durch besseres gegenseitiges Kennenlernen. Ich glaube, das ist wichtiger als alle strukturellen Veränderungen. Und den besseren Informationsaustausch über das GAR halte ich für ganz, ganz entscheidend.

**Dr. Eva Högl** (SPD): Danke schön, Herr Cremer.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Gibt es bei der SPD noch weitere Fragen?

**Dr. Eva Högl** (SPD): Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** FDP? - Herr Kollege Wolff.

**Hartfrid Wolff** (Rems-Murr) (FDP): Wir haben auch keine weiteren Fragen jetzt, sondern später in der eingestuften Sitzung.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Linksfraktion?

**Petra Pau** (DIE LINKE): Ich habe auch zwei Fragen, und ich glaube, die Kollegin Wawzyniak hat auch noch eine.

Sie haben gesagt, Ihr größter Wunsch, wenn es um die Schlussfolgerung geht, wäre eine bessere Zusammenarbeit oder ein besseres Kennenlernen der Behörden untereinander und die Zusammenarbeit mit der Polizei. Nun bin ich zwar naturgemäß als Linke ein wenig skeptisch, wenn es um ein engeres Zusammenrücken geht; trotzdem stellt sich gerade während der Untersuchungen, die wir hier insgesamt haben, tatsächlich die Frage nach dem Verhältnis zwischen Nachrichtendienst und Polizei und auch nach Prioritäten, und ich möchte Sie einfach mal nach der Bewertung eines Vorganges fragen, der uns, als wir uns mit dem Mord in Hessen, also in Kassel, beschäftigt haben, hier zur Kenntnis gelangt ist und mit dem wir auch noch nicht fertig sind.

Die Polizei hatte damals lange Zeit einen hauptamtlich beim Landesamt für Verfassungsschutz beschäftigten Mitarbeiter im Blick, und auch als Verdächtigen für diesen Mordfall im Blick, und ersuchte das Landesamt für Verfassungsschutz gemeinsam mit dem Leitenden Staatsanwalt um die Genehmigung, erstens, natürlich diesen Herrn entsprechend weiter zu vernehmen, aber vor allen Dingen, von ihm geführte Quellen zu vernehmen.

Im Verlauf eines Gespräches, wo man wieder mal darum rang, ob man in irgendeiner Weise da zueinanderkommt, stellte der Vertreter des Verfassungsschutzes dar, dass eine Vernehmung und der damit einhergehende Verlust der Quellen das größtmög-

liche Unglück für das Landesamt darstellen würde. Er meinte, dass, wenn man solche Vernehmungen genehmigen würde, es für einen fremden Dienst ja einfach sei, den gesamten Verfassungsschutz lahmzulegen. Das Ganze findet sich - ich habe es heute schon mehrfach zitiert - in MAT A GBA-4/11 e, Seite 281.

Nun ermittelten die Polizisten ja nun nicht wegen Hühnerdiebstahls oder sonst irgendetwas, sondern wegen eines Mordes. Wie würden Sie in der Abwägung, wenn es um dieses Aufklärungsinteresse geht und man keine andere Möglichkeit hat, zu den notwendigen Informationen zu kommen, eine solche Abwägung vonseiten des Verfassungsschutzes auch aus heutiger Sicht bewerten?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich würde alles tun, um eine solche Befragung zu ermöglichen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Danke schön. - Dann komme ich auf eine zweite Frage. Die Kolleginnen und Kollegen im Thüringischen Landtag haben gestern zuständige Staatsanwälte und Polizeibeamte in öffentlicher Sitzung befragt, und zwar: Es ging um die Aktivisten der „Anti-Antifa Ostthüringen“ und um den „Thüringer Heimatschutz“. Sie waren also mit all diesen Vorgängen damals befasst, und alle Zeugen berichteten gestern übereinstimmend - Polizei wie Staatsanwaltschaft -, dass sie regelmäßig Besuch von Vertretern des Landesamtes für Verfassungsschutz Thüringen, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des MAD bekommen hätten, mit der Forderung, ihnen doch bitte sämtliche polizeilichen Aktionen gegen den „Thüringer Heimatschutz“ im Vorfeld zu signalisieren. Ein Mitarbeiter sagte - ich habe das hier gerade im Internet zitiert gefunden -: „Man fühlte sich regelrecht abgesaugt, was diese Informationen betraf“.

Haben Sie Kenntnis von solchen Anfragen von Vertretern des Bundesamtes aus der damaligen Zusammenarbeit, und wie würden Sie so etwas bewerten?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, habe ich keine Kenntnis. Müsste ich auch im Einzelfall schauen, ob so etwas notwendig ist. In der Regel sollte es nicht notwendig sein.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Danke schön. - Frau Wawzyniak.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Frau Wawzyniak, bitte.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Ja, ich hätte die Frage: Weder in den Akten - und das ist jetzt auch in den Zeugenvernehmungen, die wir ja hatten, bestätigt worden - findet sich ein Abschlussbericht oder ein Abschlussvermerk zur Operation „Rennsteig“ - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, soviel ich weiß, nicht. Es gibt - -

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Genau. Wir haben bisher keine schlüssige Erklärung dafür gefunden. Haben Sie denn vielleicht eine schlüssige Erklärung dafür?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich weiß aus den Akten, auch aus einer Art Zwischenbilanz, dass das BfV jetzt - das müsste so um das Jahr 2000 gewesen sein - mit dem Ergebnis der Operation „Rennsteig“ nicht zufrieden war. Es ist einfach zu wenig dabei rumgekommen. Es war zu großer Aufwand.

Die Landesbehörde hat noch mal versucht, unsere Aktionen wiederzubeleben, aber die Kollegen haben entschieden, da wenig zu machen.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Wann endete denn nach Ihrer Erinnerung die Operation „Rennsteig“?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Sie ist ausgefallen 2002, würde ich mal sagen.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Okay. - Dann hätte ich noch eine letzte Frage. Ich habe Sie vorhin gefragt, warum der Präsident über die Operation „Rennsteig“ nicht informiert war. Der Präsident hat in der Anhörung oder hier in der Zeugenvernehmung auch gesagt, dass ihm die Namen Zschäpe, Mundlos, Bönnhardt bis zum Jahr 2011 nicht wirklich ein Begriff waren. Heißt das, dass über diese, wie Sie selbst geschrieben haben, Gefahr des militanten, des gewalttätigen Rechtsextremismus der Präsident auch nicht informiert worden ist, weil es zu unwichtig war? Oder der Präsident vorher - - Oder wie muss ich mir das vorstellen, dass über so gravierende Sachen nicht informiert wird?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Der Präsident bekommt jede größere Veröffentlichung zu sehen, insbesondere eine solche wie die *BfV-Spezial*-Veröffentlichungen. Nun stehen in einer solchen Veröffentlichung, in der auch über die Gefährlichkeit einzelner Organisationen, einzelner Gruppierungen berichtet wird, so viele Namen drin, dass man von einem Präsidenten schwerlich erwarten kann, dass er die alle behält.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Keine weiteren Fragen bei der Linksfraktion. - Die Grünen haben noch Fragen?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, bitte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Cremer, 2002 haben Sie, sagen Sie, die Operation „Rennsteig“ dann beendet. 2000 waren Sie schon der Auffassung: Da kommt nicht viel bei rum. - Haben Sie denn die Szene in Thüringen insgesamt nicht mehr für problematisch oder gefährlich gehalten?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, das kann man so nicht sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also waren die noch genauso gefährlich wie, als Sie anfangen mit der Operation, 1998/97?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Der „Thüringer Heimatschutz“ hat allerdings in dieser Zeit an Bedeutung deutlich verloren<sup>9</sup>. Das war die Zeit, in der der „Thüringer Heimatschutz“ sich immer mehr an die NPD angelehnt hat. Es gab auch damals einen Generationswechsel im „Thüringer Heimatschutz“, und die Zahl der Gewalttaten ist, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, doch zu diesem Zeitpunkt deutlich zurückgegangen.

Also, insoweit könnte das auch der Grund gewesen sein, dass wir hier nicht mehr den gleichen Schwerpunkt in unserem Interesse gesetzt haben als noch fünf Jahre zuvor.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie wussten ja, dass

da noch drei unterwegs waren, die wegen Bombenbauens gesucht wurden?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist richtig. Die Maßnahmen zur Identifizierung sind auch meines Erachtens noch fortgesetzt worden. Erst ab 2001/2002 sind die Meldungen in die Richtung dann nicht mehr gekommen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, warum denn nicht mehr?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir haben damals vermutet, dass es dem Trio gelungen sein könnte, sich nach Südafrika abzusetzen. Das stand immer wieder im Raum. Da wurden auch entsprechende Kontakte geknüpft, und wir hatten ja auch Meldungen, wonach die Geldbeschaffung erfolgen sollte mit dem Ziel, dadurch das Absetzen nach Südafrika zu ermöglichen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wann war das?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das habe ich zeitlich nicht mehr - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Ihr früherer Chef, Herr Fromm, vorhin noch gesagt hat, dass ganz überwiegend die Meldungen dahin gingen, dass sie sich noch im Raum Thüringen aufhalten. Oder: Er hat wörtlich „in der Region“ gesagt.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das war, soviel ich weiß, eine Meldung, die die Thüringer Landesbehörde uns erst 2011 zur Verfügung gestellt hat. Ich bin mir aber jetzt nicht ganz sicher. Ich meine - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 11?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** 2011, ja, im letzten Jahr.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und warum sind Sie jetzt - - Sie dachten dann: „Die sind nicht mehr da, wir brauchen die nicht mehr zu suchen“, oder was? Haben Sie dann aufgehört, zu suchen?

<sup>9</sup> Korrektur des Zeugen (Anlage 2)

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wenn wir keine Anhaltspunkte haben, wo wir suchen müssen, wer die Kontakte zu ihnen hält - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, in Thüringen zum Beispiel, Eisenach. Es gibt ja lauter schöne Städte da. Oder in Sachsen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, aber ohne einen Anknüpfungspunkt, zum Beispiel eine Kontaktperson, die man observieren kann, wird man kaum eine Möglichkeit haben, jemanden in Thüringen zu finden - oder in der Sachsen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben doch auch vorher schon versucht, Leute zu finden. Wir wissen ja: 49 hatten Sie auf der Werbeliste. Davon sind dann 8 übrig geblieben - oder wie viel auch immer genau. Haben Sie nicht noch mal eine Aktion gemacht, um zu sehen: Wo sind die eigentlich?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, soviel ich weiß, nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder war Ihr Grund - weil ja jetzt die Taten dann verjähren sollten, 2003 - - dachten Sie: Dann interessiert die uns auch nicht mehr?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, die Verjährung dürfte sicherlich auch mit eine Rolle gespielt haben, warum danach dann keine Maßnahmen mehr erfolgten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von Ihnen, vom Bundesamt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was haben Sie eigentlich mit Verjährung zu tun - und Strafverfolgung? Ich habe - - Wenn ich den Aufgabenbereich des Bundesamtes für Verfassungsschutz richtig im Kopf habe, steht da von Strafverfolgung nichts drin - auch von Verjährung nicht.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist wahr. Aber ich habe ja eben schon gesagt, dass

wir auch unsere Tätigkeit darin sehen, die Strafverfolgungsbehörden zu unterstützen mit den Informationen, die wir haben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wenn dann Verjährung eintritt und drei, die wegen Bombenbastelns unterwegs sind und gesucht wurden fünf Jahre lang, dann plötzlich weg sind oder immer noch nicht da sind - jedenfalls sind sie nicht im Gefängnis, auch nicht vor Gericht -, dann stellt das Bundesamt für Verfassungsschutz seine Arbeit ein? Das ist Ihre Meinung?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir hatten bis zu diesem Zeitpunkt keine Anhaltspunkte dafür, dass diese sich noch weiter in die Richtung Bombenbasteln etc. betätigen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie haben sie nicht mehr als Gefährder angesehen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, so könnte man das sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und warum? Weil keine Straftaten bekannt wurden?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Weil keine Aktionen der Gruppe mehr zugeordnet werden konnten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie nicht mal rumgehört, was denn so passiert ist, zum Beispiel Banküberfälle in der Zeit? Wurde vielleicht gesagt, dass die vielleicht dafür verantwortlich sind? Sie hatten ja kein Geld, und plötzlich hatten sie dann Geld - auch nach Ihren Informationen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, nicht nach unseren Informationen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nach den Thüringer Kollegen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, die hatten wir aber nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die haben Sie nicht gegriegt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, das hatten wir vorhin besprochen, Herr Ströbele, dass diese Information dem Bundesamt ofenkundig nicht zugeliefert wurde.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und haben Sie dann nicht noch mal insgesamt für Thüringen neue Bemühungen unternommen, um V-Leute zu bekommen, solange Sie noch da waren? Bis 2004 waren Sie da.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, könnte ich jetzt - - Wir haben sicherlich im Bereich der NPD noch versucht, unser Quellennetz zu verbessern; aber ich könnte jetzt nicht sagen, dass wir im Bereich des gewaltbereiten Extremismus da noch mal so eine ähnliche Aktion angestoßen hätten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also eine weitere Operation so ähnlich wie "Rennsteig" gab es nicht?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Jedenfalls nicht unter der Bezeichnung „Rennsteig“.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Parallel haben wir natürlich sehr wohl in anderen Rechtsextremismusbereichen gearbeitet.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, ich meine jetzt Thüringen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, ja, auch in Thüringen haben wir auch neben der Aktion "Rennsteig" noch operiert.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auch nach der Operation „Rennsteig“?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Sicherlich. Ich könnte Ihnen jetzt kein Beispiel nennen, aber sicherlich, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber eine Werbeaktion gab es Ihrer Erinnerung nach nicht?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Eine was? Eine?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Werbeaktion.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Also, da müsste ich noch mal in unsere Unterlagen schauen lassen und schauen, ob wir da Werbungsaktionen auch noch nach Abschluss der Operation „Rennsteig“ geführt haben.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das hatte der Präsident hier übrigens, Herr Zeuge, ausgeführt. 2003 bis 2005 habe es eine Aktion „Zafira“ gegeben.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ach so.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Haben Sie davon was gehört? „Zafira“: Sagt Ihnen das was?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ist mir jedenfalls nicht erinnerlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 2006 sind Sie ausgeschieden, oder?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** 2004.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** 2004.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, drei hätten Sie ja eigentlich mitkriegen müssen als Chef von der Abteilung Rechtsextremismus.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich muss gestehen, ich habe keine Erinnerung daran.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, da wir auch noch weiteren Fragebedarf haben, müssen wir jetzt eine neue Berliner Runde einleiten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, leiten Sie Runden ein. Wobei, Herr Vorsitzender - ich habe schon mal darauf hingewiesen -: Ich habe an dem Gesetz mitgewirkt. Da steht nicht drin, man

soll immer nur Berliner Stunden machen, sondern da steht drin: Normalerweise soll man die Befragung so machen, nur wenn man sich nicht einigt, dann soll man Berliner Stunden machen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, aber wir haben uns hier so verständigt - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie müssen das nicht so zwanghaft immer wieder ritualisieren.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich mache das ja gar nicht zwanghaft. Ich glaube, hier kann sich auch keiner beschweren, dass Fragen, die er stellen möchte, hier nicht gestellt werden können. Ganz im Gegenteil! Aber wir haben halt in einer der ersten Sitzungen zu unserem Verfahren hier besprochen, dass wir Berliner Runden machen. Sie hätten jetzt natürlich auch ohne Limit weiteres Fragerecht von mir sofort bekommen, wenn nicht auch andere Kollegen aus anderen Fraktionen ebenfalls was fragen wollten. Deswegen kommen Sie ja auch gleich wieder zu Wort, Herr Ströbele, aber zwischenzeitlich dann eben auch die anderen Kollegen.

Die Unionsfraktion hat noch Fragebedarf. Herr Stracke fängt an.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Mich würde interessieren: Was ist denn eine Gefährderliste?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist eigentlich ein Begriff aus dem polizeilichen Bereich. Darin werden Personen aufgezählt, von denen eine bestimmte Gefahr ausgeht. Diese Personen werden angesprochen, und es wird ihnen verdeutlicht, dass sie im Blick der Sicherheitsbehörden stehen und dass sie sich entsprechender Taten enthalten sollen. Das ist meines Erachtens - -

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Wird bei Ihnen im BfV eine Gefährderliste geführt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ist mir nicht bekannt.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Also, mir liegt hier - MAT A HE-1/1 (?) - ein Schreiben des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz an das Bundesamt für Verfassungsschutz vor, und zwar vom 6. Oktober 2003. Das betrifft die Gefahr der Entstehung weiterer terroristischer Strukturen in Deutschland, hier: Arbeitstagung am 9. Oktober 2003 im BfV. Da schreibt das Landesamt für Verfassungsschutz Thüringen unter dem letzten Punkt c:

Punkt 10: Streichung bzw. Aufnahme von Personen in die Gefährderliste. (?)

Da soll die eine oder andere Person gestrichen werden, glaube ich. Jedenfalls wird hier aufgeführt:

Eine Aufnahme von weiteren Personen aus dem Gebiet des Freistaats Thüringen scheint aus unserer Sicht nicht geboten. (?)

Ihnen sagt diese Gefährderliste nichts?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich habe Ihnen eben schon gesagt, was ich unter einer Gefährderliste verstehe. Es kann sein, dass wir auch so was geführt haben, ist mir aber jetzt im Augenblick nicht erinnerlich.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Ihr Präsident sagte, dass das Trio auf dieser Gefährderliste - das hatte ich mir jedenfalls gemerkt gehabt - nicht aufgeführt worden sei. Also von daher scheint es ja doch eine gegeben zu haben. Aber wenn Sie sich nicht daran erinnern, ist es in Ordnung. Mich wundert es nur, wenn es so was gibt und Sie gleichzeitig sagen, das ist eine besonders gefährliche Gruppe, dass die dann unter Umständen nicht geführt wird oder jedenfalls nicht in irgendeiner Weise kenntlich gemacht wird, dass das hier für Ihre Mitarbeiter eine Gruppierung ist, wo man das Augenmerk doch drauf stellen sollte.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich habe Ihnen ja eben gesagt, dass die Gefährderlisten meines Erachtens erstellt wurden, um diese Leute anzusprechen und ihnen deutlich zu machen, dass sie im Blickpunkt der Sicherheitsbehörden stehen. Bei Personen, die untergetaucht sind, macht das wenig Sinn.

**Stephan Stracke** (CDU/CSU): Noch mal anknüpfend, was der Kollege Ströbele gefragt hat, so schwer es auch immer fällt: Wie ist denn das, wenn wirklich ein Strafverfahren eingestellt wird? Ist das für Sie dann auch

das Signal: Ja, so gefährlich kann diese Gruppe eigentlich gar nicht mehr sein?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, natürlich nicht. Wir orientieren uns eigentlich an solchen Dingen allenfalls sekundär.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Aber Sie orientieren sich an Ihren eigenen Schreiben wahrscheinlich. Aber gut, ich hätte keine weiteren Fragen mehr.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Schipanski.

**Trankred Schipanski (CDU/CDU):** Vielen Dank. - Herr Cremer, Sie kennen ja sicherlich aus der Medienberichterstattung den Schäfer-Bericht und den Gasser-Bericht, und Sie waren ja Abteilungsleiter 2, sprich: Rechtsextremismus, und Sie wissen ja auch, dass in der medialen Darstellung der damalige Landesamtschef in Thüringen doch als eine recht bizarre Persönlichkeit dargestellt wurde. Wie hat sich das denn in Ihrer alltäglichen Arbeit dargestellt? Haben Sie das gemerkt? Ich bin jetzt nämlich schon leicht überrascht. Sie haben auch der Frau Dr. Högl geantwortet: „Das war eine super Zusammenarbeit mit Thüringen“, und das lässt sich ja eigentlich weder dem Schäfer-Bericht noch dem Gasser-Bericht so richtig entnehmen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich habe nicht gesagt: Das war eine super Zusammenarbeit. Wir haben eng zusammengearbeitet mit den Thüringern. Ich habe gesagt, dass die Thüringer sehr engagiert waren. Ich habe auch gesagt, dass ich den Eindruck hatte, dass das auch auf das Engagement des damaligen Thüringer Landesamtschefs zurückzuführen war.

Wir haben natürlich durchaus die Spannungen innerhalb des Landes, innerhalb der Landesbehörde Thüringens mitbekommen. Dass die so gravierend waren, wie sie sich dann später auch in dem Gasser-Bericht dargestellt haben, ist mir jedenfalls so nicht deutlich geworden.

**Trankred Schipanski (CDU/CDU):** Also das heißt, Sie würden das als Engagement des Thüringer Amtschefs bezeichnen, diese Amtsführung, die er da hatte, also nach außen hin zu Ihnen, zum BfV.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt: Was sein Engagement für die Ergreifung bzw. die Aufenthaltsermittlung der drei Bombenbastler angeht, das war aus meiner Sicht außergewöhnlich. Das war keine Kommentierung der Amtsführung dieses Präsidenten.

**Trankred Schipanski (CDU/CDU):** Das heißt aber auch im Umkehrschluss, Sie haben mit den Thüringern aber genauso zusammengearbeitet wie mit anderen Landesämtern - trotz des außergewöhnlichen Amtschefs?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, natürlich. Wir müssen mit allen Landesbehörden auskommen, und wir können es uns gar nicht leisten oder konnten es uns nicht leisten, die Landesbehörden zu vergraulen. Wir sind ja auf die Informationen und die Zusammenarbeit angewiesen.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die  
kamen doch nicht, haben Sie uns  
unentwegt hier erklärt!)

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Schipanski hat das Fragerecht. - Herr Stracke hat noch Fragen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Und zwar nur noch eine Nachfrage. In der Arbeitstagung der Verfassungsschutzbehörden am 9. Oktober 2003 in Köln - das ist MAT A BMI-4/56<sup>10</sup> - wird unter anderem als Maßnahme herauskristallisiert, dass die Erkenntnisse über den Besitz von Waffen und Sprengstoff oder irgendwelche Versuche in dem Bereich der Polizei übermittelt werden sollen. Das ist als Maßnahme „Übermittlung an die Polizei“, wenn es um das Thema Sprengstoff geht aus dem Bereich Rechtsextremismus, weil es hier bei dieser Arbeitstagung insgesamt darum geht - ich zitiere -:

Gibt es im Bereich des Rechtsextremismus Gruppierungen, von denen eine Gefahr der Entstehung terroristischer Strukturen ausgeht?

Da geht es vor allem erst mal um die „Kameradschaft Süd“ und diese Folgerungen daraus. Also jedenfalls Ihr Arbeitsauftrag, der

<sup>10</sup> Anmerkung Stenografischer Dienst: Die korrekte Fundstelle lautet: MAT A BMI-4/43, Blatt 56

Polizei das zu übermitteln: Erkenntnisse über den Besitz von Sprengstoff.

Jetzt sagen Sie: Dieses Trio ist eine besonders gefährliche Gruppe. Haben Sie es übermittelt der Polizei, haben Sie es der Polizei Köln übermittelt, dass diese Gruppe besonders gefährlich ist? Und warum nicht?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, zunächst einmal haben nicht wir, sondern die Landesbehörde Thüringen ihre Informationen an das LKA Thüringen übermittelt, was das mögliche Sprengstoffdepot in der Garage angeht. Das hat ja überhaupt erst zu dem Ermittlungsverfahren geführt und zu der Durchsuchung. Also insoweit sind die Informationen über das Trio an die Polizei weitergegeben worden. Sie sprechen jetzt einen Zeitraum an, der wesentlich später liegt.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** So ist es. Ich spreche den Zeitraum 2004 an, also wo Sie 2003 das noch mal im Rahmen Ihrer Arbeitstagung festgestellt haben: Das ist unsere Aufgabe als Verfassungsschutzbehörden, BfV plus die Landesämter. Da wollen wir unseren Schwerpunkt drauf legen. - Dann kommt dann kurz oder ein Jahr da hinterher dieses *BfV Spezial*. Mich wundert immer noch, wenn Sie sagen: „Das ist eine besonders gefährliche Gruppe“, dass es dann tatsächlich zu keinerlei Übermittlungen an die Polizei kommt.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, das *BfV Spezial* ist an alle LKÄ gegangen, an alle.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Und damit haben Sie Ihre Übermittlungspflichten und Maßnahmen, die Sie sich da selbst auferlegt haben, erfüllt?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, zunächst einmal waren die Aufgaben, die wir uns da auferlegt haben, eher darauf gerichtet, aktuelle Informationen über Waffenbesitz in der Szene an die Polizei weiterzugeben, damit die Polizei diese Waffen sicherstellen kann - Waffen und Sprengstoff. Es sollte noch mal betont werden, dass jegliche Information, die wir über Waffen- und Sprengstoffbesitz in der Szene bekommen, so prioritär ist, dass sie an die Polizei weitergegeben werden muss. Das ist der Inhalt der Vereinbarung.

Die Informationen über frühere entsprechende Sachverhalte, die waren hier gar nicht gemeint mit dieser Vereinbarung.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Ich habe keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die Union ansonsten noch Fragen? - SPD? - FDP? - Nach wie vor nicht. Linksfraktion? - Frau Pau.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Eine einzige Frage. - Wir sind ja hier auch unterwegs, um Gerüchten und Verschwörungstheorien entgegenzutreten, soweit uns das irgendwie möglich ist. Habe ich das vorhin richtig verstanden, als Sie nach Auslandsbezügen gefragt wurden, dass Sie gesagt haben, Sie haben in Ihrem Haus einen eigenen Bereich, eine eigene Abteilung, die sich mit diesen Dingen - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nicht Abteilung, sondern ein Referat innerhalb des Bereichs Rechtsextremismus, das sich damals mit Auslandsbezügen von Rechtsextremisten beschäftigt hat.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Ist Ihnen dann in der Zeit, in der Sie sich mit dem „Thüringer Heimatschutz“ - - oder auch, als es um die Aktion „Trio“ ging oder „Drillinge“ ging, jemals der BND in diesen Zusammenhängen begegnet in Thüringen, oder haben Sie Kenntnis von Operationen, die parallel zu Ihren Bemühungen dort liefen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich meine, mich zu erinnern, dass der BND damals angefragt worden ist, aber konkret könnte ich Ihnen das jetzt auch nicht sagen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Angefragt im Zusammenhang mit „Rennsteig“ oder anderen Dingen? Oder?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Angefragt im Zusammenhang mit dem Trio. Aber da müsste ich also auch noch mal in die Akten schauen.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. Aber an irgendwie eigenständige Aktionen, wo Sie sich irgendwie gegenseitig mal plötzlich auf den Füßen standen, weil Sie nichts voneinander

wussten oder so, können Sie sich nicht erinnern?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut. - Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, jetzt haben Sie die Möglichkeit, weiterzufragen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Cremer, Sie haben ja nun fünf Jahre lang vergeblich fünf Gefährder gesucht. Ist Ihnen in den fünf Jahren mal die Idee gekommen - also Ihnen persönlich oder Ihrem Amt -, andere Landesämter für Verfassungsschutz als das Thüringer Landesamt wenigstens darüber zu informieren, dass da welche unterwegs sind, die Sie nicht kriegen, wo Sie immer meinen, nahe dran zu sein, manchmal sogar fotografiert zu haben und Ähnliches, also relativ nah? Haben Sie mal andere Landesämter informiert, vielleicht die Nachbarländer, also Bundesländer?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, wir haben alle die Landesbehörden informiert, wo wir Hinweise hatten, dass sich die Täter dort möglicherweise aufhalten könnten. Die Sachsen sind informiert worden von Thüringen, die Niedersachsen sind meines Erachtens, meines Wissens von uns informiert worden, als es darum ging, Heise in Niedersachsen für eine neue Unterbringungsmöglichkeit des Trios zu gewinnen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und Bayern?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Die anderen Landesbehörden, soweit es eben keine Anhaltspunkte dafür gab, dass das Trio sich in diese Richtung bewegen würde, sind eher nicht informiert worden.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Eher nicht oder gar nicht?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, meines Wissens nicht informiert worden.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aha. Und hatten Sie denn nicht aufgrund Ihrer Erkenntnisse über die

drei, die in Ihren Akten waren, Informationen darüber, dass die, solange sie noch legal waren, also in den Jahren 95 bis 97, Ende 97, Anfang 98, sich durchaus auch bei rechten, rechtsradikalen Treffen in Bayern aufhalten haben?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Muss ich passen. Wir sind - - Rechtsextremisten reisen durch die ganze Republik, um an Demonstrationen teilzunehmen, um an Treffen teilzunehmen. Wir sind hier bei der Suche nach den - - Oder: Die Thüringer in erster Linie sind bei der Suche nach den dreien davon ausgegangen: Zu wem haben diese drei Kontakte oder könnten Kontakte haben? Und diesen Kontakten sind sie nachgegangen. Ob da jetzt Kontakte nach Bayern dabei waren, kann ich im Augenblick nicht sagen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War Ihnen bekannt, dass der „Thüringer Heimatschutz“ sich bemüht hat, einen „Fränkischen Heimatschutz“, also so eine Art Ableger, zu gründen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Lag das dann nicht nahe, die Bayern auch zu informieren?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Sehr zum Ärger der bayerischen Verfassungsschutzbehörden. Ja, war mir bekannt. Ich kann aber auch nicht sagen, dass die Bayern jetzt nicht informiert wurden. Muss ich passen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie hatten vorhin auf die Fragen des Kollegen Wieland gesagt: Es sind auch vor der Werbeaktion von der Operation „Rennsteig“ schon Leute geworben worden. Davon gehen Sie aus. Sie sind 96 dahin gekommen, in die Abteilung. Meine Frage geht jetzt dahin: Haben Sie, als Sie dann da tätig waren ab 96, Kenntnis davon gehabt oder gar selber daran mitgewirkt, dass noch andere Operationen durchgeführt wurden vom Bundesamt für Verfassungsschutz außer dieser Werbeaktion „Rennsteig“, um mögliche Mitarbeiter, also V-Leute oder Ähnliches, zu werben?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Erinnerlich sind mir solche Operationen nicht; aber ich halte das durchaus für möglich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): An was denken Sie da?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich denke an gar nichts. Wie gesagt, ich habe keine eigene Erinnerung; aber ich halte es für möglich, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz in Thüringen auch parallel zu der Operation „Rennsteig“ in anderen Bereichen des Rechtsextremismus Werbungen vorgenommen hat - aber in Abstimmung mit der Landesbehörde.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, auch durch Einsatz besonderer Mittel, um besondere Wege zu gehen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Was verstehen Sie unter „besonderer Mittel“?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na, indem man jetzt nicht nur Erkenntnisse über Rechte sammelt, die man ansprechen könnte, sondern indem man vielleicht noch andere organisatorische Vorbereitungen dafür trifft.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich weiß - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will jetzt noch nicht deutlicher werden, weil das - -

(KR Andreas Schneider (BMI)  
meldet sich zu Wort)

- Da hinten hebt schon einer den Finger.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich weiß auch nicht, was Sie meinen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Also Ihnen ist aus dieser Zeit nichts Konkretes bewusst -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder im Gedächtnis?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Hat die Union noch Fragen? - SPD? - FDP? - Linke? - Grüne? - Das ist nicht der Fall.

Eine einzige hätte ich,

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

aber die ist kurz. Die ist kürzer als die Fragen, die Herr Ströbele gestellt hat; ist versprochen.

(Zuruf des Abg. Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

- Es ist in Ordnung. Wir führen jetzt eine Statistik.

Herr Cremer, es ist in den Medien berichtet worden - wir finden das auch in den Akten, aber die kann ich Ihnen jetzt hier nicht vorhalten, weil sie eingestuft sind und wir jetzt nun mal offen fragen - - Aber ich möchte die Frage ganz gerne offen stellen, weil es in den Medien berichtet worden ist. Da hieß es, das TNT, das man gefunden hätte in der Garage, stamme aus einem Überfall auf eine Bundeswehrkaserne in der Nähe von Jena. Ist man dieser Spur mal nachgegangen? Offenbar gab es eine räumliche Nähe zu Jena. Dieser Einbruch oder Überfall bei der Kaserne muss 91 ungefähr gewesen sein - - oder soll 91 gewesen sein. Ist man seitens Ihrer Behörde mal mit der Frage mitbefasst oder überhaupt konfrontiert worden, wie die an den Sprengstoff gekommen sind?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ist mir nicht erinnerlich.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist denn darüber diskutiert worden, dass - - Also ist Ihnen gar nicht erinnerlich, dass man über die Quelle gesprochen hat?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Das war ja eine ungewöhnlich große Menge an TNT, oder?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Es war mehr, als in die Rohrbombe passte, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich meine, 1,8 Kilogramm hatte ich gelesen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ja, also tut mir leid, über die Herkunft dieser Information kann ich überhaupt nichts sagen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Weil, ich meine, wenn man wirklich da einen Hinweis hat, dass das zumindest Teil eines Sprengstoffvolumens ist, das 1991 der Bundeswehr in der Nähe von Jena abhanden gekommen ist: Wäre das nicht ein Indiz gewesen für eine besondere Qualität dieser Gruppe, die sich im Besitz von Sprengstoff mit dieser Herkunft befindet?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also ich kann nur sagen, dass die - -

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Sie wissen es nicht, ob das - -

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, ich weiß es nicht, und ich weiß nur, dass die Gruppe als sehr gefährlich eingeschätzt wurde - auch von Thüringen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Ich weiß nicht, ob diese Information die Gefährlichkeit noch höher hätte stufen können.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ist Ihnen mal berichtet worden, dass im Vorfeld des Irakkrieges jemand aus dem „Thüringer Heimatschutz“ der irakischen Botschaft eine Hundertschaft Deutscher angeboten haben soll?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ich habe noch ein, zwei Fragen in eingestufte Sitzung, die ich aber nur dann dort stellen würde, wenn nach wie vor auch bei den anderen Kollegen der Wunsch danach besteht, eine solche eingestufte Sitzung durchzuführen. Bei Herrn Wolff ist das mindestens der Fall. Das heißt, wir müssen so oder so eine machen.

Dann stelle ich fest, dass wir am Ende der öffentlichen Vernehmung des Zeugen sind.

Herr Cremer, ich hatte es schon gesagt: Die eingestufte Sitzung kann nicht hier im

üblichen Sitzungssaal stattfinden, weil die technischen Voraussetzungen für Abhörschutz hier nicht gewährleistet sind. Wir müssen deswegen umziehen in den Sitzungssaal des Auswärtigen Ausschusses. Das ist der Raum 2.800 hier im Paul-Löbe-Haus. Aber folgen Sie uns einfach, dann werden Sie das auch finden.

Das heißt, ich unterbreche jetzt lediglich die Zeugeneinvernahme, und wir setzen sie gleich im Saal des Auswärtigen Ausschusses in eingestufte Form fort.

Ich darf bei dieser Gelegenheit die Öffentlichkeit dann verabschieden, weil wir mit Sicherheit nicht anschließend noch mal in eine öffentliche Vernehmung eintreten werden.

(Schluss des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Öffentlich: 23.20 Uhr - Folgt Fortsetzung des Sitzungsteils Zeugenvernehmung, Geheim)

**Petra Pau (DIE LINKE):** Herr Fromm, ich habe noch zwei Fragen. Die eine schließt an an die Debatte vorhin zum Thema Nachrichtendienstliche Lage. Ich mache mir ja nicht erst seit heute darüber Gedanken, was das eigentlich heißt, wenn ein Thema in der Nachrichtendienstlichen Lage angesprochen wird, debattiert wird - sei es zum Beispiel die mögliche Spur in dem Bereich Rechtsextremismus, auch wenn das vielleicht Ihr Vizepräsident von Herrn Ziercke gehört hat, oder sei es nach dem „Blood & Honour“-Verbot. Da - habe ich dem Sprechzettel entnommen - ist sehr oft über Nachfolgestrukturen und Gefahren, die davon ausgehen, gesprochen worden. Was passiert eigentlich - ein Protokoll gibt es nicht, klar -, wenn jetzt Ihr Vizepräsident oder auch Sie aus einer solchen Nachrichtendienstlichen Lage mitnehmen: „Da entsteht ein Problem“? Wird das dann in Ihren Häusern in irgendeiner Weise ausgewertet und nachgesteuert?

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, selbstverständlich.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Aha. Aber Sie können sich nicht erinnern, dass nach einer solchen Runde das Thema Spur 195 oder Einzeltätertheorie bei Ihnen im Haus in irgendeiner Weise eingespeist wird?

**Zeuge Heinz Fromm:** Die Praxis ist so, dass die da vertretenen Sicherheitsbehörden - - Also, die Leiter dieser Sicherheitsbehörden - insbesondere BND, BKA und BfV - berichten über aktuelle Dinge, aber auch durchaus gelegentlich über grundsätzliche Themen, und das wird - - Also, wenn der BND etwas berichtet, mache ich mir Notizen, oder das BKA was berichtet oder sonst wer, mache ich mir Notizen. Die nehme ich mit, und am selben Tag gebe ich das weiter. Dann gibt es eine Besprechung, und dann gibt es einen Kurzvermerk. Und diese Dinge, also diese Protokolle - sind keine Protokolle -, diese Vermerke über das, was in der Lage an Themen besprochen worden ist und was daraus an Aufträgen in das Haus geht, die haben wir durchgeschaut mit Blick jetzt nicht auf das, was das BKA erzählt hat, sondern überhaupt mit Blick auf den NSU-Komplex: Was ist in dem Zusammenhang irgendwann mal thematisiert worden, von uns oder auch von anderer Seite? Da findet sich dergleichen nichts.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, danke schön. - Eine zweite Frage. Wir müssen ja am Ende dieses Ausschusses auch über Konsequenzen reden. Sie erinnern sich: Wir haben in den letzten Jahren immer wieder mal Debatten gehabt - insbesondere mit der Polizei, aber auch insgesamt -: Nach welchen Kriterien werden eigentlich Straftaten registriert? Wie wird eine Straftat zu einer rechtsextremen oder fremdenfeindlich motivierten Straftat? Ich will von Ihnen eigentlich nur ganz kurz wissen: Würden Sie mit dem heutigen Wissen auch die Banküberfälle, die das Trio begangen hat, und natürlich auch den Mord an Michèle Kiesewetter in das Raster „Rechtsextrem“ mit einsortieren, oder würden wir da auch wieder in den Streit der letzten Jahre verfallen: „Das eine ist deutlich fremdenfeindlich oder rechtsextrem motiviert, und das andere ist dann wieder allgemeine Kriminalität“?

**Zeuge Heinz Fromm:** Also, die Motivation scheint mir sehr klar zu sein. Das Bekennervideo - jedenfalls was die Morde jetzt betrifft und die Sprengstoffanschläge - ist sehr eindeutig. Ich glaube, da gibt es gar keine Zuordnungsprobleme.

**Petra Pau (DIE LINKE):** Gut, herzlichen Dank. Das genügt mir schon. Die Kollegin Wawzyniak hat noch Fragen.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Ja, bitte. Vier Minuten noch.

**Halina Wawzyniak (DIE LINKE):** Herr Fromm, Sie haben vorhin auch noch mal auf Nachfrage gesagt, dass - über die operativen Gründe reden wir ja noch - nach 99 da die Quellenwerbung nicht mehr in den Werbungsdateien sei, dass Sie das nach 99 ausschließen. Vorher hatte es etwas zu tun mit der Übertragung von Papier auf Elektronik.

Jetzt müsste ja eigentlich im Rahmen Ihrer Lösungsfristen - also nicht der gesetzlichen, sondern der angewendeten - eigentlich noch rekonstruierbar sein - weil: die 15 Jahre sind ja noch nicht um -, wenigstens über das Deckblatt der Auswertungsdateien, was es da an Quellenwerbung gegeben hat. Stimmen Sie mir da zu, und wenn ja, ist das schon veranlasst?

zei. Entschuldigung, ja. Das war bei der Polizei bzw. in der Presse.

**Zeuge Heinz Fromm:** Ja, gut, in der Presse. Aber, also - - Das hat sicher irgendjemand zur Kenntnis genommen. Aber nicht alle Banküberfälle werden da genau betrachtet, und dann werden wenn möglich noch Berichte angefordert: „Wie war es denn nun im Einzelnen mit der Tatausführung?“, um vielleicht zu sehen, dass das eine Geldbeschaffungsaktion war. Das ist vielleicht dann doch etwas viel verlangt, würde ich sagen, nach meinem Geschmack.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben von der Exel-Gruppe geredet!)

- Ja, gewiss. Gewiss.

Man kann das nachträglich mit dem heutigen Wissen gut konstruieren. Ich beschreibe ja nur - bewerte es gar nicht, oder ich versuche, mich einer Bewertung zu enthalten -, was mutmaßlich die Gründe dafür waren, dass dieses Ereignis, was Sie eben ansprechen, der Sprengstoffanschlag in Köln 2004, nicht dazu geführt hat, auf diese drei zu kommen. Das ist unbefriedigend. Da gebe ich Ihnen ja recht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, und ich will das jetzt mit einer letzten Frage beenden. Das zeigt nur, dass ich das überhaupt nicht verstehe, wenn Sie in den eigenen Akten nicht suchen. Dass Sie vielleicht bei den Landesämtern nicht gucken oder bei der Polizei und Landespolizei nicht, das kann man alles verstehen. Genauso umgekehrt: Dass vielleicht die Landespolizei nicht beim Bundesamt für Verfassungsschutz genügend nachhakt, kann man vielleicht noch nachvollziehen. Aber in den eigenen Akten?

Jetzt sage ich Ihnen dazu noch zwei Beispiele. Sie hatten ja durchaus, also die BAO in Bayern, in Nürnberg, hat ja durchaus Kontakt auch zu der Polizei, weil die durchaus überlegten, ob es da einen Zusammenhang gibt, zur Polizei in Köln, also wegen des Anschlags. Die haben sehr, sehr intensiv auch miteinander Auffassungen ausgeteilt, ihr Profiling, und was weiß ich, was sie da alles gemacht haben. Und die Kölner hatten auch wieder Kontakt zu den Mordaufklärungen in Dortmund. Also, da war durchaus Wissen vorhanden.

Bei allen stellt man aber fest - sowohl bei der bayerischen Polizei als auch beim Bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz, aber bei anderen auch, und das eben bei Ihnen auch -, dass sie in die eigenen Akten nicht mal reingucken. Wenn was ist, was sie nicht aufklären können, wo sie Probleme haben, wo sie aber eine ganze Reihe von Indizien oder Anhaltspunkten haben, da guckt man doch als Allererstes, da setzt man mal ein, zwei hin und sagt: „Was haben wir da im rechtsextremen Bereich auf Bundesebene für Verdächtige, auf die das passen könnte?“ und guckt da mal rein, ob man da jemanden findet. Kann man vielleicht nichts finden.

Sie wären hier immer drauf gekommen, weil die Merkmale, die in Köln auffielen, trafen ja zum erheblichen Teil auch auf die drei zu. Die waren ja geradezu zum Teil gemalt, also sowohl vom Personenaussehen her - man hatte ja die Videos usw. - als auch diese Operandi mit den zwei Leuten zusammen usw.

**Zeuge Heinz Fromm:** Zwei Bemerkungen dazu: Mir ist nicht bekannt, dass die Kommunikation zwischen der BAO in Bayern und der Polizei in Köln dem BfV bekannt geworden wäre. - Erste Bemerkung.

Zweite Bemerkung - aber auch das wird nicht zu Ihrer Zufriedenheit letztendlich führen -: Nach meinem Wissen hat bei dem Blick auf die Region Rheinland oder Köln, bei dem Blick des BfV auf die Region Rheinland oder Köln eine Rolle gespielt, dass die Ermittlungsbehörden davon ausgingen, dass die Täter aus der Region wahrscheinlich gekommen waren.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wegen der Fahrräder?

**Zeuge Heinz Fromm:** Wegen der Fahrräder. Möglicherweise hat das den Blick sehr einseitig ausgerichtet. Das ist meine Interpretation.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** So, die Grünen haben keine weiteren Fragen. Dann darf ich fragen, ob es bei den anderen Fraktionen in öffentlicher Beweisaufnahmesitzung noch Fragen gibt. - Ich schaue mich um und erkenne, dass das nicht der Fall ist.

Wir haben gerade mal, Herr Fromm, abfragen lassen bei den Obleuten, ob es Bedarf gibt, Sie in eingestufferter Sitzung, das heißt in

Die Sachleitungsbefugnis hatte die örtliche Staatsanwaltschaft, und die Zielfahndung erfolgte durch das thüringische Landeskriminalamt. Durch die Verfassungsschutzbehörden konnten nur Hilfestellungen durch Szeenerkenntnisse geleistet werden. Natürlicher Ansprechpartner des thüringischen Landeskriminalamtes war das thüringische LfV. Die Kooperation des LfV Thüringen mit dem LKA schien uns zu funktionieren. Dass dies nicht so war, habe ich erst aus dem Bericht der Kommission von Dr. Schäfer erfahren.

Darüber hinaus führte das BfV etwa zur selben Zeit eine Reihe anderer Operationen, in die es weit stärker eingebunden war und die unsere Aufmerksamkeit erforderten. Es galt eine Gruppe in Göttingen zu identifizieren und an die Exekutive zu übergeben, die den bewaffneten Kampf plante. Es galt einen ehemaligen Rechtsterroristen zu beobachten, der im Verdacht stand, einen Sprengstoffanschlag begangen zu haben. Es galt aufzuklären <sup>H: den</sup> ~~den~~ Sprengstoffanschlag auf das Grab von Heinz Galinski, und es galt den Sprengstoffanschlag auf die Wehrmachtausstellung in Saarbrücken aufzuklären. Das waren nur einige Operationen, an denen wir sehr personalintensiv beteiligt waren.

Das alles kann keine Entschuldigung sein, sondern es kann allenfalls nur der Versuch einer Erklärung sein.

Hat das BfV das Entstehen rechtsterroristischer Strukturen falsch eingeschätzt? In der Sitzung der Bund-Länder-Sitzung der IGR-Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer/-terroristischer, insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte - vom 27. bzw. 28. September 2000 hat das BfV auf die Gefahr der Bildung von Ansätzen für rechtsterroristische Bestrebungen hingewiesen. Wohlgemerkt: An dieser IGR nahmen die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder, die LKA und das BKA und der Generalbundesanwalt sowie weitere Justizbehörden der Länder teil.

In einem ausführlichen Lagebeitrag zu diesem Thema wurde auf folgende Faktoren hingewiesen: Seit November 1999 gebe es mehr Waffen- und Sprengstofffunde in der rechtsextremistischen Szene. Es wurde hingewiesen auf die Gruppe in Göttingen, die ich eben schon mal erwähnt habe, auf eine Sicherstellung eines Gewehrs mit Zielfernrohr und Schalldämpfer bei einem Berliner Rechtsextremisten, auf den Fund einer Rohrbombe in Berlin und auf die Sicherstellung von Waffen und Munition in Potsdam. In

allen den Fällen sei Zweck des Waffenbesitzes ein möglicher Angriff auf politische Gegner gewesen.

Hinzu komme eine anhaltende Gewaltdiskussion in der Szene. Es wurde Bezug genommen auf Veröffentlichungen in der Szenepublikation *Hamburger Sturm*, die dann später aufgrund dieser Gewaltdiskussion auch verboten wurde. Es gab in der Szene häufige Diskussionen zum Thema „Leaderless Resistance“ und über das Papier „Eine Bewegung in Waffen“. Das BfV sah darin Ansätze für das Entstehen eines Rechtsterrorismus, auch wenn oft nur Einzelpersonen im Verdacht standen, Anschläge begehen zu wollen. Auf die von solchen Personen ausgehende Gefahr, auch Einzelpersonen ausgehende Gefahr, wie beispielsweise auf den Attentäter Fuchs in Österreich oder auch den Unabomber in den USA, wurde ausdrücklich hingewiesen. Die Polizeibehörden und der Generalbundesanwalt verwiesen demgegenüber auf die Tatbestandsmerkmale des § 129 a und warnten vor der drohenden Begriffsverwirrung, wenn der Terrorismusbegriff des § 129 a durch die Verfassungsschutzbehörden ausgeweitet würde. Dieser Argumentation, dieser nachvollziehbaren Argumentation haben wir uns dann im Folgenden auch in unserer Berichterstattung angeschlossen.

Auf den IGR-Tagungen der Jahre 1999, 2000 und 2001 wurde immer wieder auf die Gefahr insbesondere von Sprengstoffanschlägen durch Einzelpersonen und Kleingruppen deutlich hingewiesen. Diese Einschätzung führte dann auch zu der Erstellung der Berichte, die unter *BfV Spezial* Nrn. 19 und 21 erstellt wurden und die dem Ausschuss auch vorliegen.

Welche Kenntnisse hatte die Abteilung 2 des BfV von den Straftaten der NSU? Es gab keine Hinweise aus der rechtsextremistischen Szene, dass einer der Geska-Morde einen rechtsextremistischen Hintergrund haben könnte. Es gab auch keine Sachverhaltsübermittlung der Polizei an die Abteilung 2 des BfV mit der Bitte um Prüfung eines entsprechenden Hintergrundes oder Bewertung. Die Bemühungen des BfV nach dem Sprengstoffanschlag in der Keupstraße in Köln erfolgten eigeninitiativ aufgrund gewisser Parallelen, die zu einem rechtsextremistische motivierten Bombenanschlag von „Combat 18“ in London <sup>hinwies</sup> ~~hinwies~~. Es erfolgte daraufhin ein methodischer Abgleich mit diesem Anschlag bzw. mit Veröffent-

zentrum angerufen hat: Da würde mich interessieren, was denn der Grund dafür ist, für diese Kontaktaufnahme. Die ist ja doch, wie Sie auch beschreiben, etwas ungewöhnlich. Könnten Sie denn da Ihre Erkenntnisse uns mitteilen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Na, ich nehme an, das war die emotionale Betroffenheit des Mitarbeiters, dass so was in seiner Heimatstadt passieren konnte, und da bestehen natürlich auch dann ohnehin informelle Kontakte zu den Kollegen der Polizei. Der Normalfall wäre gewesen: Wir setzen uns mit der Landesbehörde in Düsseldorf zusammen, und die Düsseldorfer schicken die Informationen an die Kölner. Dass das hier abgekürzt wurde, ist das Ungewöhnliche.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Aber Sie vermuten, dass das so ist, wie Sie es jetzt darstellen?

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Oder wissen Sie das?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich meine, mich daran erinnern zu können, dass das so war.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Und ist das regelhaft so, dass dann ein Mitarbeiter aus dieser emotionalen Betroffenheit im Lagezentrum anruft?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nicht im Lagezentrum.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Doch. Also, nach der uns vorliegenden Chronologie der Ereignisse in dem Bereich hat er im Lagezentrum angerufen, also nicht bei der damaligen Abteilung, die zuständig wäre, sondern im Lagezentrum.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das kann ich nicht sagen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Nicht bei den Kollegen in der Polizei, sondern im Lagezentrum.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das kann ich nicht sagen.

**Stephan Stracke (CDU/CSU):** Okay.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ich bleibe noch mal ganz kurz bei Köln, bei der Keupstraße. Wenn Sie da also Hinweise geben - Sie haben ja diese Expertise gemacht, Vergleich Sprengstoff mit „Combat 18“ -, verfolgen Sie dann auch so ein bisschen, wie die Ermittlungsarbeit vor Ort weitergeht, oder ist das dann für Sie erledigt, wenn Sie Ihre Informationen gegeben haben?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein. Wir verfolgen, wenn es möglich ist, natürlich, wie die Ermittlungsarbeit weitergeht.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Ja. - Haben Sie mal davon gehört, dass auch Zusammenhänge hergestellt wurden zur Mordserie zwischen dem Nagelbombenanschlag und der Ceska-Mordserie?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Und haben Sie auch verfolgt, dass in Köln wirklich in der rechten Szene dann nur ganz lokal ermittelt wurde, also nur sehr punktuell und nicht systematisch? Ist Ihnen das mal zu Ohren gekommen?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, der Kollege, der bei uns ermittelt hat, hat den Großraum Köln abgeglichen. Was die Polizei gemacht hat, kann ich nicht sagen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber Sie sind ja ein erfahrener Kenner der rechtsextremen Szene, und dass man durchaus auch auf die Idee kommen könnte, dass man über eine regionale Erforschung der Szene hinaus auch ein bisschen gucken könnte, weil die rechtsextreme Szene ja auch sehr mobil ist und Kontakte bestehen zu anderen regionalen Szenen, auf die Idee ist man weder in Nürnberg und in München gekommen, noch in Köln, und das wundert ja einfach ein bisschen.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich könnte mir vorstellen, dass die Nutzung der Fahrräder die Kollegen dazu veranlasst hat, anzunehmen, dass es sich um einen regionalen oder lokalen Täter handelt.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das sogenannte Depot in Köln. Ja, das war dann die falsche Spur.

Ich möchte Sie ganz gerne noch ein bisschen dazu fragen, wie Sie selber die Aufstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz beurteilen beim Thema Bekämpfung von Rechtsextremismus. Sie haben selbst gesagt in Ihrem Eingangsstatement, für Sie sei das ein Selbstverständnis, Rechtsextremismus nicht nur zu beobachten, sondern zu bekämpfen, als Abteilungsleiter gewesen, und Sie haben dann auch gesagt, Sie hätten in dieser Zeit auch beachtliche Erfolge erzielt. Vielleicht können Sie noch mal ganz kurz sagen, was so die Erfolge waren, die Sie als „beachtlich“ bezeichnen.

*Fälle*  
**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir haben es immer als unsere Aufgabe angesehen, Gefährder auszuschalten, und Gefährder galten für uns alle die, die im Besitz von Waffen waren, und insbesondere diejenigen, die diese Waffen für ihre Zwecke einsetzen wollten. Deswegen haben wir versucht, alle Informationen, die wir über den Waffenbesitz in der Szene gefunden haben, auch an die Exekutivbehörden abzugeben. Wenn Sie sich *BfV Spezial* 19 und 21 anschauen - ich muss immer wieder drauf zurückkommen, -

**Dr. Eva Högl (SPD):** Das ist ja in Ordnung.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** - dann sehen Sie die Fälle. Es ist auch jedes Mal darauf hingewiesen worden, ob ein Fall durch einen Hinweis einer Verfassungsschutzbehörde des Landes oder des BfV an die Exekutive abgegeben wurde. Und wenn Sie das mal auswerten: Es sind doch eine ganze Reihe von Fällen an die Exekutive abgegeben worden. Das heißt für mich, dass Sprengstoff und Waffen aus der Szene rausgezogen wurden und die Verdachtspersonen dann auch zum Teil abgeurteilt wurden und somit jedenfalls zeitweise zumindestens unschädlich gemacht wurden. Ich würde das durchaus als Erfolg bezeichnen.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Nun sitzen wir hier zusammen - deswegen frage ich das auch in der Reihenfolge -, weil wir natürlich der Frage nachgehen: Welche Fehler wurden gemacht? Da muss man ja zu dem Ergebnis kommen, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz auch keinen signifikanten Beitrag leisten konnte, der „Zwickauer Terrorzelle“ auf die Spur zu kommen. Im Nachhinein weiß man immer alles besser, ja? Mir

geht es aber darum, Ihre Einschätzung auch dazu: Wie konnte das denn passieren? Woran hat es denn gelegen, dass trotz der V-Leute, trotz der intensiven Beobachtung der verschiedenen Szenen, auch regionalen Szenen -- Woran hat es denn gelegen? Fehlen Ihnen die Instrumente, oder liegt es an der Kompetenz auch der Quellen oder derjenigen, die die führen? Liegt es an politischen Vorgaben, dass das überhaupt nicht erfolgreich war, also dass da kein signifikanter Beitrag zum Ergreifen der drei Untergeachteten geleistet werden kann? Haben Sie da eine Einschätzung? Weil Herr Fromm hat das selbst auch sehr kritisch gesehen, wie das BfV aufgestellt war.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Also, ich sehe vor allen Dingen Defizite in der Kooperation zwischen Verfassungsschutz und Polizei. Wenn der Verfassungsschutz schon Quellen in der Szene hat und wenn diese Quellen berichten über Kontaktpersonen zu dem Trio etc., dann muss man auch einen Weg finden, diese Informationen an die Polizei zu geben, damit die auch ihre Zielfahndung entsprechend einstellen kann. Das scheint hier nicht erfolgt zu sein. Und hierhin sehe ich also sicherlich ein sehr großes Problem.

Wenn man darüber hinaus Dinge verbessern will, dann kann man daran denken, die Zentralstellenfunktion des BfV zu stärken. Seit vielen Jahren ist immer wieder im Gespräch, dem BfV ein Weisungsrecht gegenüber den Landesbehörden einzuräumen. Das ist bisher aufgrund des Widerstands der Länder gescheitert. Ich könnte mir vorstellen, dass so eine zentrale Koordinierung sicherlich sehr hilfreich hätte sein können. Insoweit ist das GAR, wie es jetzt eingerichtet wurde, zwischen Bund und Ländern, Polizei und Verfassungsschutz vermutlich die beste Lösung.

**Dr. Eva Högl (SPD):** Aber hätte das Bundesamt für Verfassungsschutz nicht schon in der damaligen Situation auch seine Funktion als Zentralstelle, die es ja hat nach dem Gesetz über den Verfassungsschutz und der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern - so ist das Gesetz ja auch überschrieben, ja; es trägt ja ganz eindeutig den Titel auch -, hätte es damals das nicht auch schon intensiver wahrnehmen können?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir hätten einfach hartnäckiger sein müssen, was die

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Der Präsident bekommt jede größere Veröffentlichung zu sehen, insbesondere eine solche wie die *BFV-Spezial-Veröffentlichungen*. Nun stehen in einer solchen Veröffentlichung, in der auch über die Gefährlichkeit einzelner Organisationen, einzelner Gruppierungen berichtet wird, so viele Namen drin, dass man von einem Präsidenten schwerlich erwarten kann, dass er die alle behält.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Keine weiteren Fragen bei der Linksfraktion. - Die Grünen haben noch Fragen?

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Vorsitzender Sebastian Edathy:** Herr Ströbele, bitte.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Cremer, 2002 haben Sie, sagen Sie, die Operation „Rennsteig“ dann beendet. 2000 waren Sie schon der Auffassung: Da kommt nicht viel bei rum. - Haben Sie denn die Szene in Thüringen insgesamt nicht mehr für problematisch oder gefährlich gehalten?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Nein, das kann man so nicht sagen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also waren die noch genauso gefährlich wie, als Sie anfangen mit der Operation, 1998/97?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Der „Thüringer Heimatschutz“ hat allerdings in dieser Zeit an Bedeutung deutlich gewonnen. Das war die Zeit, in der der „Thüringer Heimatschutz“ sich immer mehr an die NPD angelehnt hat. Es gab auch damals einen Generationswechsel im „Thüringer Heimatschutz“, und die Zahl der Gewalttaten ist, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, doch zu diesem Zeitpunkt deutlich zurückgegangen.

Also, insoweit könnte das auch der Grund gewesen sein, dass wir hier nicht mehr den gleichen Schwerpunkt in unserem Interesse gesetzt haben als noch fünf Jahre zuvor.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Sie wussten ja, dass

da noch drei unterwegs waren, die wegen Bombenbauens gesucht wurden?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das ist richtig. Die Maßnahmen zur Identifizierung sind auch meines Erachtens noch fortgesetzt worden. Erst ab 2001/2002 sind die Meldungen in die Richtung dann nicht mehr gekommen, wenn ich das richtig in Erinnerung habe.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, warum denn nicht mehr?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Wir haben damals vermutet, dass es dem Trio gelungen sein könnte, sich nach Südafrika abzusetzen. Das stand immer wieder im Raum. Da wurden auch entsprechende Kontakte geknüpft, und wir hatten ja auch Meldungen, wonach die Geldbeschaffung erfolgen sollte mit dem Ziel, dadurch das Absetzen nach Südafrika zu ermöglichen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann war das?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das habe ich zeitlich nicht mehr - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weil Ihr früherer Chef, Herr Fromm, vorhin noch gesagt hat, dass ganz überwiegend die Meldungen dahin gingen, dass sie sich noch im Raum Thüringen aufhalten. Oder: Er hat wörtlich „in der Region“ gesagt.

**Zeuge Wolfgang Cremer:** Das war, soviel ich weiß, eine Meldung, die die Thüringer Landesbehörde uns erst 2011 zur Verfügung gestellt hat. Ich bin mir aber jetzt nicht ganz sicher. Ich meine - -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** 11?

**Zeuge Wolfgang Cremer:** 2011, ja, im letzten Jahr.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Und warum sind Sie jetzt - - Sie dachten dann: „Die sind nicht mehr da, wir brauchen die nicht mehr zu suchen“, oder was? Haben Sie dann aufgehört, zu suchen?